

Thesen zur Volkszählung S. 24

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 17, Nr. 280, 9. 3. 87 5 DM C 21734 E

AIDS
Kommt der Satan?

Zurück in die fünfziger, zurück zur Jahrhundertwende, ins Mittelalter, zum katholischen Urschlamm, am liebsten in die Höhle, auf allen Vieren kriechend, rückwärts. Beten, geißeln und sich geißeln lassen, kalt duschen und vor allem die Aussätzigen aussetzen, die Kranken, die Abartigen, die besonders Gefährdeten, die Ausländer. Im Zeitalter des Fortschritts, in einem Land, das auf seine führende Stellung in Wissenschaft, Technik und Tennis stolz ist, ist eine sich überschlagende Angstkampagne angelaufen, der es inzwischen genügt, vier Buchstaben aneinanderzureihen, um die gewünschten Reflexe zu erzielen. Zwar erreicht die Zahl von AIDS-Kranken nicht entfernt das Ausmaß der Krebs-Opfer, von Krieg und Hunger ganz zu schweigen. Weil es aber irgendwie um Sex geht und Sex schmutzig ist, dreht die Bildzeitung durch.

Zu diesen Themen
— Bakteriologische Waffen
— Genforschung
auf den Seiten 3 bis 10

USA 1983: Demonstration gegen Registrierung

Friedensdiplomatie der PLO und syrische Großmachtpolitik

Ende Februar besetzte die syrische Armee Westbeirut. Die militärische Intervention sollte die Amal-Milizen entlasten, die unter schweren Druck der drusischen und kommunistischen Milizen geraten waren. Sie sollte zudem die Macht der pro-iranischen Hezbollahis einschränken, die unabhängig von Syrien agieren. Doch die Belagerung der palästinensischen Flüchtlingslager, in denen die Menschen seit Wochen Hunger leiden, wurde nicht aufgehoben. Immerhin konnten inzwischen einige Lebensmitteltransporte in die Lager gelangen.

Syrien unterstützt und billigt die blutigen Kämpfe gegen die Palästinenser. In der Vergangenheit hatte sich Syrien wortstark für die Rechte der Palästinenser eingesetzt. In den letzten Jahren verfolgte Präsident Assad einen Kurs, all jene Kräfte innerhalb der PLO zu ermuntern und zu stärken, die jede Verhandlungslösung mit dem israelischen Staat scharf ablehnen und den bewaffneten Kampf gegen Israel propagieren. Der Konflikt Syrien/PLO hat eine mehr als zehnjährige Geschichte. Seit 1976 verfolgt Assad die Absetzung Arafats als PLO-Chef und spielte eine maßgebliche Rolle bei der PLO-Spaltung 1983. Als Israel 1982 im Libanon intervenierte, um die PLO-Strukturen zu zerstören und die Fedayin zu vertreiben, sah Syrien tatenlos zu.

○ Zum *Konflikt Syrien/PLO* siehe Seite 18

Welche Lösung für den Nahen Osten? Der *palästinensisch-israelische Dialog* ist der Versuch, Gespräche zwischen der PLO und (jüdischen) Israelis über eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu führen.

Wir beginnen in diesem AK mit einer (voraussichtlich) dreiteiligen Dokumentation zum Dialog, an deren Anfang ein Text von Afif Safieh steht. Er gibt einen Überblick über die Entwicklung der Friedensdiplomatie, wie sie von der Führungsgruppe der PLO um Jasser Arafat seit 1973/74 versucht wird. Im Zentrum des Textes von Safieh, einem UNO-Diplomaten der PLO, steht die Frage der „gegenseitigen Anerkennung" zwischen Israel und der PLO und des Zwei-Staaten-Modells. (Es folgen: Interviews mit den israelischen Linken Uri Anerni und Israel Schahak sowie eine Gesamtdarstellung palästinensischer Meinungen zum Dialog)

○ Zum „*Palästinensisch-israelischen Dialog*" Seite 20

Sockenwechsel bei der DKP!

Die DKP „erwecke in der Öffentlichkeit den schädlichen Eindruck, die Partei würde ihre politischen Anschauungen schneller wechseln als manche Menschen ihre Socken", kritisierte Ralf Cüppers in der „Diskussionstribüne" der Parteizeitung UZ die schnelle Neufestlegung der Partei auf Alleinkandidaturen. In Hessen und Rheinland-Pfalz, demnächst auch in Schleswig-Holstein und Hamburg, ist der Sockenwechsel bereits erfolgt. Zur Bundestagswahl hatte die DKP noch zur Erststimmenwahl für die Friedensliste aufgefordert und mit der Zweitstimme je nach persönlicher Präferenz die Wahl von SPD oder Grünen empfohlen. Doch tiefer Frust herrscht nach dem Abschneiden der Friedensliste. Zu gering ist vielen der Erfolg gemessen an der eigenen Mühsal. Zu fast 90 Prozent habe die DKP die Arbeit der Friedensliste getragen, um den Preis der Selbstverleugnung und bei Gefahr, die eigene, „unverwechselbare Identität" zu verlieren, lautet die häufigste Klage.

Zwar hält der Parteivorstand an der Sprachregelung fest, daß mit dem Abschneiden der Friedensliste die Richtigkeit der Bündnispolitik der DKP im Kampf gegen rechts bestätigt worden sei, doch wird jetzt wieder auf die gewohnten Wahlergebnisse zwischen 0,1 und 0,3 Prozent gesetzt. Die DKP-Traditionalisten, die trotzig-stolz an ihrer „revolutionären Arbeiterpartei" hängen, sind wieder im Kommen.

Zwischentöne: Professor Jörg Huffschmidt empfiehlt Verzicht auf Kandidatur — allein oder im Bündnis —, da links von SPD und Grünen aktuell kein wahlpolitischer Platz sei. Erasmus Schöfer beklagt gar „das Leiden der Kommunisten an ihrer eigenen Partei".

Seite 35

Der AK sprach mit

Pierre Juquin, dem ehemaligen Parteisprecher und ZK-Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs, jetzt einer der Sprecher der KPF-Opposition. Juquin greift die gesellschaftliche Isolierung der KPF an. „Die Linkskräfte haben noch keine glaubwürdige, realistische, revolutionäre Perspektive erarbeitet. Man muß zugeben, daß uns das Finden der richtigen Antworten auf die Krise sehr schwer fällt." — Seite 29

Wolfgang F. Haug, Herausgeber der Zeitschrift „Argument", über Faschismus, Demokratie und Sozialismus. „Ich sehe durchaus einen doppelten Kohl: Im Vordergrund steht der Pragmatiker, der einem Kompromißkabinett vorsteht, in dessen Politik nicht alles anders ist als unter Helmut Schmidt. Schwer einzuschätzen ist das Gewicht jenes anderen Kohl, dessen politisch Imaginäres nur in Form eines Krieges ins Wirkliche umschlagen könnte." — Seite 31

Verurteilung im Radi-Aktiv-Prozeß:

Staatsbeleidigung

Spontane Erleichterung, weil es keine Haftstrafen gab — ein bitterer Nachgeschmack bei genauem Hinsehen — letztlich Bestätigung der in den letzten Wochen geäußerten Befürchtungen: das waren die Reaktionen der Angeklagten und ihrer Verteidiger nach der Urteilsverkündung. Die Zuhörer, die auch am letzten Prozeßtag wieder massenhaft und mit Power erschienen waren, konnten erst mit Verzögerung reagieren. Richter Voll hatte nämlich für seine Urteilsbegründung den Saal räumen lassen.

Achteinhalb Monate Haft mit Bewährung plus eine Geldstrafe hatte der Staatsanwalt für Anita A. und Christian B. gefordert: wg. ,,Aufforderung zu Brandstiftung und Sachbeschädigung, Aufforderung zum Geheimnisverrat und Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole.'' Der dritte Angeklagte, Wolfgang K., sollte mit einer Geldstrafe davonkommen, weil er nachweislich zum Zeitpunkt der Erstellung der RadiAktiv Nr. 7 in Urlaub gewesen war.

Amtsrichter Voll blieb deutlich unter diesem Strafmaß: jeweils 60 Tagessätze für Anita und Christian (3.000 DM und 3.600 DM), 45 Tagessätze für Wolfgang (900 DM).

Aufforderung zu Brandstiftung?

Der Hintergrund des verhältnismäßig niedrigeren Strafmaßes war die Tatsache, daß Richter Voll zur allgemeinen Überraschung die Angeklagten im brisantesten Punkt freisprach: eine Aufforderung zu Brandstiftung und Sachbeschädigung, sprich zu Anschlägen auf WAA-Firmen, ließ er nach dem Grundsatz ,,in dubio pro reo'' fallen.

Die Kombination dreier im ganzen Heft verteilten Textstellen sollte nach Auffassung der Ankäger herhalten, um die geneigte RadiAktiv-Leserschaft zu Anschlägen aufzufordern. Dieser waghalsigen Konstruktion mochte der Richter nicht folgen. Vielmehr könne ,,der unbefangene Leser nicht zweifelsfrei'' in den Textstellen eine konkrete Aufforderung zu derartigen Straftaten erkennen. Allerdings war seine Begründung keineswegs aus dem Anspruch auf Meinungs- und Dokumentationsfreiheit hergeleitet, sondern eher aus einem layout-technischen Zufall: immerhin lägen doch zehn Seiten zwischen dem inkriminierten Satz aus dem ,,taz''-Artikel einerseits und der ,,Schwarzen Liste'' sowie dem Bekennerschreiben andererseits (s. AK 279, S. 2)

Wie wenig der Freispruch in diesem Punkt ein demokratisches Signal gegen die Zensurversuche der Staatsanwaltschaft bedeutet, zeigten auch die Gesinnungsabwägungen des Richters. Fein säuberlich listete er auf, was für und was gegen eine gewalttätige Gesinnung der Angeklagten spräche. Negativ schlug zum Beispiel die Prozeßerklärung von Wolfgang K. zu Buche, der vertreten hatte: *,,Die Berichterstattung über alle Widerstandsformen ist notwendig. Ein explizietes Ausgrenzen bestimmter Teile der Bewegung würde logischerweise nicht mehr eine umfassende Dokumentation der Bewegungsaktivitäten darstellen. Zu einer Distanzierung von bestimmten Aktionen der Bewegung sehen wir uns in keinster Weise veranlaßt. Doch genau dies verlangt die Staatsanwaltschaft mittels ihrer Anklageschriften. Dabei wird verkannt, daß beispielsweise es niemals Aufgabe eines Presseorgans sein kann, durch selektive Berichterstattung bestimmte Entwicklungen zu verschweigen und dadurch faktisch Distanzierungserklärungen abzugeben.''*

Aber auch Äußerungen in der RadiAktiv darüber, daß im Widerstand nicht auf illegale Elemente verzichtet werden soll, legten nach Meinung des Richters eine Interpretation im Sinne der Anklageschrift nahe. Dagegen spreche wiederum, so der Richter, daß die Angeklagten auf die zahlreichen Versuche der Anti-WAA-Bewegung hingewiesen hätten, mit den Firmen, vor allem deren Arbeitern, ins Gespräch zu kommen, um diese von dem Wahnsinn der WAA zu überzeugen. Richter Voll ging zugunsten der Angeklagten davon aus, daß sie mit illegalen Elementen des Widerstands Aktionsformen wie Platzbesetzung und Barrikadenbau, nicht jedoch Anschläge gemeint hätten.

Der Satz aus dem ,,taz''-Interview mit Anita A., ,,Radikalisierung heißt hier nicht z.B. wahllos Steine werfen'', war auch Gegenstand richterliche Abwägung. Man könne ihn zwar auch so interpretieren, daß die Steine eben gezielt, statt ,,wahllos'' geworfen werden müßten, er gehe hier aber doch davon aus, den Satz vielmehr als Zeichen der Distanzierung von Gewalttaten werten zu können. Schließlich stellte der Richter fest, daß die Angeklagten offensichtlich mit Anschlägen sympathisierten. Befürwortung von Straftaten sei aber etwas anderes als Aufforderung zu Straftaten, das erste sei eben nicht strafbar.

Bei genauem Hinsehen handelt es sich um einen allenfalls drittklassigen Freispruch. Denn in der Herangehensweise folgte Richter Voll genau den staatsanwaltschaftlichen Gesinnungsschnüffeleien. Er zog andere Zitate zur Feststellung heran, ob die Angeklagten wohl dieses oder jenes gemeint, gedacht oder angedeutet haben könnten. Somit hat er auch für die Berufungsinstanz den dortigen Richtern die umgekehrte Interpretationsmöglichkeit eröffnet.



Insofern ist dieser zweischneidige Freispruch wohl kaum als erfolgreiches Zurückschlagen von Zensurmaßnahmen zu werten; vielmehr wurde am Nürnberger Amtsgericht deutlich vor Augen geführt, was den Charakter kommender 130a-Prozesse ausmachen wird: die Heranziehung des gesamten Inhalts einer Zeitschrift, die politische Ausrichtung der Redakteure, ihre Gesinnung, die Gesinnung der Leserschaft und vor allem viel, viel Interpretation der weißen Stellen zwischen den Zeilen.

Verunglimpfung der bayerischen Raubtiere

Mit der Verurteilung wg. Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole folgte Richter Voll allerdings wieder dem gesetzten Urteilsdruck. Einige Prozeßbeobachter hatten eigentlich erwartet, daß er diesen Anklagepunkt fallen lassen könnte, nachdem er zahlreiche Beweisanträge über brutale Polizeieinsätze u.ä. abgelehnt hatte, weil er die aufgestellten Behauptungen als wahr unterstellte. Er listete in seiner Urteilsbegründung alle diese Aussagen noch einmal auf, was ein drastisches Szenario polizeilicher Brutalität ergab. Angesichts dieser Fakten erkannte Voll auch durchaus ,,reale Ansatzpunkte'' für eine Kritik an der Polizei. Diese könnten auch die Angeklagten im Rahmen der Presse-, Meinungs- und Kunstfreiheit ausüben. Aber hierfür stünden andere Mittel als das gewählte zur Verfügung. Denn: das bayerische Staatswappen symbolisiere eben nicht die Polizei, sondern den gesamten Staat. Die Polizei sei nur ein Teil des Staates, und deren Übergriffe rechtfertigten noch lange nicht die Verunglimpfung des bayerischen Freistaates als Polizeistaat, wie es das verfremdete Wappen vermittele.

Aufforderung zum Verrat von Dienstgeheimnissen

Auch wenn Richter Voll die Urteilsbegründung hinsichtlich dieses Anklagepunktes mit der Bemerkung einleitete, daß es hier für ihn am leichtesten gewesen sei, zu einem Urteil zu kommen, handelt es sich bei dieser Verurteilung um einen keineswegs weniger politisch brisanten Komplex. In dem inkriminierten Aufruf der RadiAktiv wurden die WAA-Gegner/innen aufgefordert, geheimgehaltene Informationen aus dem Polizei-, Justiz- und Behördenbereich an die Redaktion zu schicken. Das gesamte Verteidigungsvorbringen auch zu diesem Komplex wischte Richter Voll vom Tisch.

In der Urteilsbegründung diffamierte er die Beweisanträge der Verteidiger/in als ,,krampfhaft anmutende Versuche'', ein fehlendes Unrechtsbewußtsein der Angeklagten zu behaupten. Die Beweisanträge hatten nämlich die illegale Praxis von Polizei und Verfassungsschutz zum Gegenstand, die gerade im Zusammenhang mit den Polizeimaßnahmen in der Oberpfalz eine große Rolle spielen. Für Richter Voll war aber von keinerlei Bedeutung, ob die Angeklagten insbesondere die rechtswidrigen, geheimdienstlichen Maßnahmen mit ihrem Aufruf aufdecken wollten. Auch wenn staatliche Behörden rechtswidrig handelten, gebe dies einer Zeitung noch keine Befugnis, Geheimnisse zu veröffentlichen, noch zur Preisgabe solcher Geheimnisse aufzufordern. Und die Bekanntmachung von z.B. Polizeieinsatzplänen liefe der Wahrnehmung präventiver und repressiver polizeilicher Aufgaben geradezu zuwider.

Beurteilung des Verfahrens

Wenn es auch unbestreibar ein Erfolg der Verteidigung und der guten Vorbereitung des Prozesses ist, daß der Hauptanklagepunkt fallengelassen wurde, so bestätigen doch Prozeßverlauf und Urteilsbegründung, daß es sich um ein ,,Zensur- und Gesinnungsverfahren reinsten Wassers'' (RA Maeffert) handelt, in dem der ,,Zeitgeist'' der neuen 130a und 129a sein deutliches Unwesen treibt. Richter Voll ist eben auch in seinem Urteil konsequent seiner Linie des ,,geringsten Widerstands'' gefolgt, er wollte es allen Seiten einigermaßen recht machen. Das sei ,,der nervenaufreibendste Prozeß seiner bisherigen Laufbahn'' gewesen, erklärte er nach Urteilsverkündung empört den Verteidigern, die er dann auch noch verantwortlich für die Politisierung und Zuspitzung des Prozeßgeschehens machte.

Ergebnis des richterlichen Mittelmaßes: Beide Seiten gehen in die Berufung. Dem Staatsanwalt ist alles nicht hart genug, er möchte wegen ,,Aufforderung zur Brandstiftung'' verurteilt sehen — logisch, ist doch dies der derzeit brisanteste Punkt in der politischen Landschaft. Die Radi-Aktiv kann ihrerseits vor allem die Verurteilung in den erwähnten Punkten akzeptieren.

Denn dieser Widerspruch kann wohl nicht stehenbleiben: Die Kritik an den Polizeieinsätzen in Wackersdorf soll berechtigt sein, aber nicht die Kritik an dem Staat, der die Einsätze angeordnet und durchgeführt hat? Hier hat sich Richter Voll, indem er erfolgreich die Oberpfälzer Zeugen aus dem Gerichtssaal verbannte, die Möglichkeit eines rein formalen Urteils geschaffen. Ziel der nächsten Instanz wird es daher sein, die in der RadiAktiv angeprangerten Vorgänge nicht nur auf der Ebene papierner Anträge und blutleerer ,,Wahrunterstellungen'' zu behandeln, sondern endlich die Oberpfälzer Realität in Form von Zeugen in den Gerichtssaal einziehen zu lassen.

KB/Gruppe Nürnberg

Grüne Einzelfallprüfung

von Thomas Ebermann und Günter Kolodziej

,,Der Präsident ist staatsrechtlich der Repräsentant des Bundestages. (...) Der umfassende Vertretungsauftrag entspricht der protokollarischen Stellung des Bundestagspräsidenten als symbolische und offizielle Personifizierung des Parlamentes.''
(Geschäftsordnung des Bundestages, Kommentar)

Der Bundestagspräsident hat eine Reihe von Vizepräsidenten an seiner Seite. Einen dieser Stellvertreterposten reklamierte die grüne Bundestagsfraktion in der konstituierenden Sitzung des Bundestages für sich. Antje Vollmer begründete vor dem Hohen Haus den grünen Antrag. Der Inhalt dieser Begründung gibt Aufschluß über den parlamentarischen Reifungsprozeß der GRÜNEN und verdient eine genauere Betrachtung.

Antje brachte fünf Argumente für eine grüne Vizepräsidentin vor. Bezüglich der ersten drei mag es hier genügen, sie zu benennen: Adäquate parlamentarische Repräsentanz der Opposition, Minderheitenschutz, Wähler/innenwillen. Ab Argument vier aber wird's interessant: Antje wirbt um Zustimmung der Parteien, die sich bereits auf Ablehnung festgelegt hatten.

,,Im Art. 38 steht über die Abgeordneten, daß sie Vertreter des ganzen Volkes sind, an ‚Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.' Dies gehört zu den größten demokratischen Errungenschaften.''

Hinter dem Ehrgeiz, an der ,,Personifizierung'' des ganzen Parlaments teilhaben zu wollen, muß für Antje offenbar der diesbezügliche Beschluß der Partei zurückstehen. Dieser lautet:

,,Die Grünen im Bundestag sind an die Beschlüsse der Bundesversammlung und des Bundeshauptausschusses gebunden. Verstöße gegen diese Beschlüsse sind ein Grund für den Ausschluß aus der Bundestagsgruppe.'' (Beschluß der BDK, Sindelfingen, 16.1.83)

Ein Beschluß, der sich im übrigen nicht nur der Erkenntnis verdankt, daß sich das ,,hohe Gut'' eines Abgeordnetengewissens im Zweifelsfall ziemlich genau in harter Deutschmark beziffern läßt, sondern auch der eigentlich nicht schwer nachzuvollziehenden Einsicht, daß nach langer Debatte gefaßte Beschlüsse der Partei allemal demokratischer sind, als das Ergebnis individuellen Ringes mit dem eigenen Gewissen.

Wenn nun umgekehrt, diese Beschlußlage von Antje ohne Argument und ohne innerparteiliche Diskussion schlicht in ihr Gegenteil verkehrt wird, läßt das auf ein politisches Interesse schließen: dem Wunsch, in die schauerliche Gemeinschaft der Demokraten aufgenommen zu werden, werden ziemlich bedenkenlos die Inhalte geopfert, für die man/frau sicht hat wählen lassen.

Aber Antje setzt noch eins drauf. Als letztes und entscheidendes Argument gelten ihr die persönlichen Qualitäten der konkreten grünen Kandidatin. Sie sollen den anderen Parteien ihre positiv Entscheidung sehr ,,erleichtern.''

,,Christa Nickels als Kandidatin ist sozusagen eine vertrauensschaffende Maßnahme in Person. Sie kennen sie aus ihrer bisherigen Arbeit. Sie kennen sie als unabhängige Demokratin mit eigenen Gedanken im Kopf ...''

Solche Werbung ist gefährlich. Weniger wegen der Peinlichkeit, eine grüne Vertreterin den Rechten ausgerechnet als ,,vertrauenschaffende Maßnahme'' anzudienen. Sie ist gefährlich, weil sie logisch unterstellt, daß andere GRÜNE die Anforderungen, die die Altparteien *und* Antje an dieses Amt stellen, eben nicht erfüllen. Weil sie unterstellt, daß bestimmte GRÜNE zurecht keine Chance hätten, daß die Attribute ,,unabhängig, mutig, vertrauensschaffend'' lange nicht auf alle Grüne zutreffen. Und sie ist gefährlich weil es sich nicht um eine grüninterne Diskussion handelt, sondern Antje es als Positivum verbucht, die richtige *Voraussortierung* für den politischen Gegner getroffen zu haben.

Der Redner der SPD, Schmude, ist Politiker genug, um die Chance zu nutzen, die Antjes Rede seiner Partei eröffnet. Er plädiert für großzügigen Umgang mit dem grünen Anliegen. Zum einen, weil er weiß, daß die Bekleidung staatstragender Ämter ein probates Mittel zur parlamentarischen Domestizierung von Minderheiten ist.

,,Solche Großzügigkeit schwächt nicht die Position der Mehrheit. Sie stärkt vielmehr die Geltung ihrer Entscheidungen, die von der Minderheit leichter (!) hingenommen (!) werden können.''

Zum anderen hat er gespürt, daß Antjes Argumentation treffliche Aussichten eröffnet, innergrüne Spaltungstendenzen zu forcieren.

,,Statt global abzuqualifizieren, wen immer die GRÜNEN vorschlagen werden, schlage ich Ihnen vor, wenn Sie meinen, Sie müßten Vertrauen beweisen, die oder den zu prüfen, die uns vorgeschlagen werden.''

Das ist sie wieder, die *Einzelfallprüfung*, von Antje initiert, von der SPD dankbar aufgegriffen und der CDU/CSU als effektives Mittel, zumindest einen Teil der GRÜNEN ins politische Abseits zu definieren, anempfohlen. Die parlamentarische Diskriminierung, die bisher die GRÜNEN ,,global'' traf, soll künftig nur noch für jene gelten, die sie wegen ihrer ,,exzentrischen'' und ,,abenteuerlichen'' Positionen auch verdienen.

Christ- und Freidemokraten waren natürlich noch nicht zufrieden mit der grünen Selbstpreisgabe. Sie haben weitere Examina vorgesehen. Das aktuellste ist die Volkszählung.

,,Gerade jetzt rufen Sie zum Boykott der Volkszählung auf, die mit demokratischen Mehrheiten hier im Bundestag beschlossen worden ist ... Was Sie machen, ist rechtswidrig und ist Rechtsbruch. Sie zeigen, wie wenig Ihnen an demokratischen Spielregeln gelegen ist ... Wir machen nicht den Bock zum Gärtner — damit das einmal ganz klar ist.'' (Seiters, CDU)

Am darauffolgenden Montag war der Presse zu entnehmen, daß prominente grüne Bundestagsabgeordnete diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen wollten. Sie demonstrierten Lernfähigkeit und Einsicht in die demokratischen Spielregeln. Allen voran Otto Schily:

,,Ich bin etwas reserviert in der Frage, ob wir als Parlamentarier zu einem solchen Boykott auffordern sollen.''

Stattdessen will Schily über ,,Mißbrauchsgefahren'' aufgeklärt wissen. Es bedarf nicht viel politischer Phantasie, um sich die weiteren demokratischen Prüfungen der Altparteien auszumalen. Die Grünen sollten sich schnellstens darüber klärwerden, welcher Prozeß hier losgetreten wird. Die Vision, daß die grünen Kandidatinnen für die Parlamentarische Kontroll-Kommission und den Geheimdienstausschuß mit dem ,,Argument'' vorgeschlagen werden, sie hätten nicht nur ein astrein positives Verhältnis zum staatlichen Gewaltmonopol, sondern auch schon praktische Erfolge in aktivem Verfassungsschutz aufzuweisen, ist zwar schrecklich, aber nicht sonderlich weit von der Realität.

Vorarbeiten zu einem grün-eigenen Gutachten über die Aktivitäten diverser Kader jedenfalls gibt es schon genug.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Gegen die schrittweise Kondomisierung von Staat und Gesellschaft

Zu den Hindergründen einer Jahrhundert-Kampagne

Zweifellos: AIDS ist eine neue Krankheit. AIDS ist tückisch. AIDS ist seuchenträchtig. AIDS ist bisher unheilbar. AIDS ist eine Tragödie für die Betroffenen.

Grund genug für eine aktive Bekämpfung der neuen Krankheit und solide gezielte Aufklärung. Da ist einiges nachzuholen. Gerade in der BRD, wo AIDS noch vor zwei Jahren als ,,Schwulenpest'' galt.

Zur apokalyptischen Jahrhundert-Bedrohung aber wird AIDS erst von denen hoch und höher gerechnet, die in seiner Besonderheit als neue ,,Lustseuche'' die Chance für ein moralisches und ordnungspolitisches Roll-back im Jahrhundert-Maßstab wittern.

Eine Angstkampagne wird z.Z. inszeniert, gegen die selbst die Anti-Terrorismus-Kampagnen der Vergangenheit verblassen. Das gilt für die Süßmuth-Linie nicht anders als für die Strauß/Gauweiler-Fraktion. Sicherheitsbedürfnis in gigantischem Ausmaß wird produziert. Was Frau Süßmuth noch kondomieren möchte, wollen Strauß und Co. bereits reglementieren. Ob noch als kleineres oder schon als größeres Übel, so oder so: Das ist Präventions- und Sicherheitspolitik durch die Betten der Nation. Strauß, als einer der Motoren der gegenwärtigen AIDS-Kampagne, weiß, wovon er redet, wenn er ankündigt, das Thema AIDS werde in Zukunft alle anderen politischen Themen verdrängen.

Es ist an der Zeit, dieser Kampagne entschieden entgegenzutreten — auch wenn es schwierig ist. Die folgenden Artikel sollen Argumente dazu liefern.

F.

Hören wir zunächst, was in Sachen AIDS-Ansteckungsgefahr inzwischen ABC-Wissen sein könnte, so daß es sogar schon bis zur Polizei durchgedrungen ist, der mensch ja gewiß eine staatsverdrossene Parteilichkeit gegen die Kampagne nicht wird vorwerfen wollen. In einem Aufsaz ,,Aids-Risiko beim Polizei-Einsatz'' (,,Kriminalistik'', 1/87), in dem die Ansteckungsgefahr durch Bißwunden und Verletzungen untersucht wird, wird AIDS wie folgt charakterisiert:

,,AIDS ist die Abkürzung für die englischsprachige Krankheitsbezeichnung Aquired Immune Definency Syndrome. Der Erreger dieses erworbenen Immundefektsyndroms ist ein Virus aus der Gruppe der sogenannten Retroviren; nach einer Empfehlung der WHO ist die gebräuchliche Bezeichnung für dieses Virus jetzt HIV = Human Immunodefinency Virus (andere gebräuchliche Bezeichnungen sind HTLV-III = Human T-cell Lymphotropic Virus Type III, aber auch LAV = Lymphadenopathia Associated Virus). Das Virus befällt nach der Infektion vorzugsweise eine bestimmte Gruppe weißer Blutkörperchen, die für das Abwehrsystem des Körpers von besonderer Bedeutung sind. (sog. T-Lymphozyten).

Die Infektion kann ohne Krankheitserscheinungen einhergehen oder es kann nach einiger Zeit (Monate oder Jahre) zur Ausbildung der Krankheit Aids kommen. Infizierte Menschen bilden gegen die Eiweißstoffe des Virus Antikörper, welche mit speziellen Testuntersuchungen im Blutserum nachweisbar sind. (Enzymimmuntest ELISA, Immunfluoreszenstest IFT und Bestätigungstest Immunoblot).

Das Aids-Virus wurde bisher in zahlreichen Organen und Körperflüssigkeiten nachgewiesen, insbesondere in Blut, Sperma und Speichel. Zu einer Infektion kann es nur dann kommen, wenn etwa Blut oder Sperma eines Infizierten in die Blutbahn eines anderen Menschen gelangen. Eine besondere Infektionsgefahr ist mit aggressiven sexuellen Praktiken verbunden; gefährlich ist auch die gemeinsame Benutzung eines Spritzbestecks mit einem Aids-infizierten Fixer. ... Durch die intakte Haut kann das Aids-Virus nicht hindurch, die mögliche Übertragung einer Aids-Infektion beispielsweise durch einen ,normalen Kuß' ist deswegen auch völlig zu vernachlässigen. Erst wenn ,Blut fließt', ist überhaupt eine Infektionsgefahr gegeben.''

Das Risko, heißt es schließlich nach Vorführung entsprechender Fall-Studien und Vergleichen zu Infektionen mit anderen Krankheitserregern wie Diphterie, Tuberkulose, Lues u.a., daß bei einer Bißverletzung mit dem Speichel eine Aids-Infektion übertragen werde, sei ,,außerordentlich gering'', sei ,,weit unter 1%'' einzuschätzen. *,,In allen westlichen Ländern sind in den letzten Jahren besonders sorgfältige Untersuchungen bezüglich eines Aids-Risikos bei Krankenpflegepersonal und Ärzten durchgeführt worden. Unter vielen hundert entsprechend untersuchter Fälle, bei denen Pflegepersonal mit offenen Verletzungen in Kontakt mit Aids-Infizierten gekommen ist oder bei denen sich Ärzte oder Pflegepersonal im Rahmen von Injektionen, Blutentnahmen oder Operationen bei Aids-Kranken selbst verletzt haben, ist bisher unseres Wissens erst ein einziger Fall beschrieben worden, bei dem eine Krankenschwester nach einer Nadelstichverletzung selbst Aids bekommen hat.''*

Aus medizinischer Sicht lasse sich eine besondere Infektionsgefahr beim Polizeieinsatz eindeutig verneinen. *,,Jeglicher Hysterie muß hier entgegengewirkt werden.''*

Soweit unsere unverdächtigen, zugegeben ein wenig biederen Zeugen, deren Angaben bis hierhin nicht nur den offiziellen Wissensstand referieren, sondern auch mit der kritischen Literatur zum Thema übereinstimmen. (Anm. 1) Und soviel auch erst mal ins Stammbuch der schrillsten Hysteriker 'a la BILD und Co., die sich nicht scheuen, bereits am Arbeitsplatz die Infektions-Gefahr aufzuspüren.

Apokalyptische Hochrechnung ...

Bleibt die Frage, ob die Besonderheiten von AIDS die gegenwärtigen Hochrechnungen der AIDS-Gefahr zur apokalyptischen ,,Jahrhundertseuche'' berechtigen. Als Besonderheiten werden genannt:

Erstens: Die Neuartigkeit und Einmaligkeit des Virus, dessen Wirkung anders als bei bisher bekannten Viren nicht in der Ausschaltung, sondern in der Vernichtung des körpereigenen Immunsystems bestehe. Dagegen seien bisher keine Gegenmittel bekannt.

Zweitens: Das Fehlen genauer Kenntnis über die Bedingungen, unter denen eine Infektion stattfinde und denen, unter denen sich eine Infektion zur Krankheit entwickle.

Drittens: Die symptomlose Infizierungsmöglichkeit über eine unbekannt lange Inkubationszeit, die die Ansteckungsmöglichkeiten potenziere.

Viertens: Die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Infektion, die sich alle acht bis zehn Monate verdopple.

Fünftens: Das — aufgrund der Hauptübertragungswege — faktische Auftreten der Infektion als Geschlechtskrankheit. Das mache die Ausbreitung schwer kontrollierbar und zu einem sozialen Problem.

Sechstens: Die hohe Todesrate: 90% der Erkrankten.

Aus der Summe dieser Angaben entsteht in der statistischen Hochrechnung des Süßmuth-Ministeriums für die BRD folgendes Bild: Bis 30.1.1987 409 Aids-Tote, 875 Erkrankte. 800 Neuerkrankungen 1987. Verdoppelung der Erkrankungen und der Infektionen alle 10 bis 12 Monate. Infizierte bis heute 30.000 bis 100.000. 90% davon würden krank. *,,Ihr Tod scheint unaufhaltsam''*, setzt der SPIEGEL (7/87) fort, *,,solange kein Heilmittel gefunden ist. ... Schon 1990 werden eine halbe Million Westdeutsche das Aids-Virus haben''. Zwei Wochen später war die Prognose (SPIEGEL, 10/87) bereits auf ,,130.000 oder gar 200.000 Bundesdeutsche Ende dieses Jahres.''* gestiegen. *,,Das sind, wenn kein Heilmittel gefunden wird, die Aids-Toten der neunziger Jahre.''* Weltweit entwickle sich die *,,Jahrhundertseuche, die Millionen von Menschen in aller Welt bedroht und voraussichtlich töten wird''*.

BILD sah schon weiter voraus: *,,20.000 Stationär-Patienten soll es in den nächsten zwei Jahren geben. ,,Dafür wären 50 — 100 neue Aids-Sterbekliniken nötig'', erklärt Prof. Frösner, München''.* Laut Pognose des WHO werde es ,,in fünf Jahren 100 Millionen Aids-Kranke'' geben. (BILd, 3.2. und 7.2.)

Die Beispiele mögen reichen. Sie stehen für viele. Sei nur noch das Bekenntnis aus eben dem SPIEGEL (10/87) angefügt, in dem diese Prognosen aufgestellt werden: *,,Präzise Zahlen auf ganz lange Sicht kann es nicht geben''.*

... und Realität

Hochrechnungen im Bereich der Epidemiologie, selbst wo sie von gesicherten medizinischen Fakten und langjährigen Erfahrungs- und Untersuchungswerten ausgehen können, tragen ihrer Natur nach als in die Zukunft gerichtete Projektion bestehender Zustände bereits starke spekulative Züge. Sie müssen mit zuviel Variablen, vor allem im sozial-psychologischen Bereich, operieren. Hinzu kommt die uneinschätzbare Rückwirkung der Hochrechnung auf den Gegenstand der Untersuchung selbst. Der Nutzen von Hochrechnungs-Prognosen ist daher in der Medizin und Gesundheitspolitik, z.B. in der Krebsvorsorge, schon grundsätzlich umstritten.

In Sachen AIDS fehlen aber selbst die Mininal-Voraussetzungen, die Hochrechnungs-Prognosen der zur Zeit verbreiteten Art sinnvoll erscheinen lassen könnten. Einen beinahe zynisch anmutenden Beleg liefert wieder der SPIEGEL (10/87) in just dem Artikel, in dem er eben diese Hochrechnungen propagiert. Es wird dort nämlich u.a. die Klage des als Hochrechnungs-Experte der Epidemiologie vorgestellten Kölner Privatdozenten Jürgen Weyer zitiert, das wirklich Schwierige sei die Erhebung der Primärdaten. Zuverlässig bekannt sei aber nur die Bevölkerungsstruktur.

Diese einschlägige Aussage über mangelnde Basisdaten hindert aber den SPIEGEL-Autor — so wenig wie andere — daran, desweiteren die von diesen Daten ausgehenden Hochrechnungs-Prognosen über Millionen zukünftige Tote bis zu der apodiktischen Behauptung zu treiben: *,,So gesehen ist Aids die neue Pest''.*

Mensch mache sich klar:

Weitgehend bekannt ist inzwischen das Virus und seine Wirkungsweise. Ebenso die Hauptübertragungswege, die Zahl der Toten, der Erkrankten sowie die Hauptzüge des Krankheitsverlaufs.

Unbekannt und z.T. auch noch unerforscht dagegen ist, unter welchen Bedingungen eine Infektion erfolgt. Selbst einem scharfmacherisch gemeinten Bericht der BILD über einen afrikanischen Busyness-man, der in Holland zu 17 Frauen Kontakt gehabt haben soll, war zu entnehmen: Neun steckte er an, die übrigen nicht.

Unbekannt ist die Dauer der Inkubationszeit. Unbekannt ist die Zahl der sexuellen Kontakte (zu einem oder mehreren Menschen), die für eine Hochrechnung der Infektionshäufigkeit als ,,normale''Berechnungsgrundlage angenommen werden könnten. Angaben (wie etwa im SPIEGEL), jede/r Kranke hinterlasse 100 Infizierte, sind vor diesem Hintergrund glatt aus den Fingern gesogen, bzw. fußen auf Daten der bisher statistisch erfaßten ,,Risikogruppen'', die keineswegs auf die Allgemeinheit hochgerechnet werden können, wie es aber laufend geschieht.

Unbekannt ist, welche (medizinischen, sozialen, psychologischen) Ko-Faktoren gegeben sein müssen, daß eine Virus-Infektion sich tatsächlich zur Krankheit entwickelt. Genauer: Die Ko-Faktoren, die zum Ausbruch der Krankheit führen, sind bisher noch nicht einmal Forschungsgegenstand. Die staatlich geförderte Forschung, soweit sie — besonders in der BRD — bisher überhaupt stattfindet, konzentriert sich nahezu vollkommen auf GEN-technische Experimente am Virus. Soweit folgt die staatliche Forschungs-Politik voll dem Muster der Krebsforschungen, die ja sattsam berüchtigt dafür sind, nicht nur an sozialen und umweltbedingten Ursachen vorbeizuforschen, sondern diese geradezu zu verschleiern.

Unsicher ist, zu welchem Prozentsatz der Ausbruch der Krankheit erfolgt. Dies schon allein deshalb, weil zwar die Anzahl der effektiv Erkrankten, nicht aber die der Infizierten statistisch erfaßt, sondern ihrerseits bereits lediglich ,,hochgerechnet'' ist. Keineswegs gesichert ist demzufolge die Angabe einer Todesrate von 90% nach erfolgter Infektion. Die 90%-Annahme ist statistisch nicht zu belegen. Mittlere Angaben schwanken zwischen 30 und 60%.

Interessant ist überdies, was Robert C. Gallo, allgemein anerkannte und gerade von den Hochrechnungs-Prognostikern gern zitierte US-amerikanische AIDS-Autorität in seinem neuesten Aufsatz über die Geschichte von AIDS zum Stand der Forschung mitzuteilen hat. Obwohl er, wohl schon um weitere Forschungsgelder locker zu machen, noch einmal kräftig ins Katastrophen-Horn bläst, betont er andererseits: *,,Der nur in drei Jahren erzielte Fortschritt ist enorm: Die Ursache von Aids ist identifiziert, ein Bluttest entwickelt, die erste wirksame Therapie gefunden und die Entwicklung eines Impfstoffs in Angriff genommen. Beachtlich ist das vor allem deshalb, weil es sich bei Aids um eine Viruserkrankung handelt, und solche Infektionen entziehen sich im allgemeinen einer wirksamen Behandlung''.*

Dr. Gallo steht mit solchen Meldungen nicht allein. Aus Schweden, dessen epidemiologisches Hochrechnungszentrum die WHO erst kürzlich mit der Prognose der um das Jahr 2000 drohenden AIDS-Apokalypse versorgte, wurde soeben das erste Anti-AIDS-Heilmittel in der Öffentlichkeit vorgestellt. Es soll im klinischen Einsatz bereits erfolgreich, d.h. im Unterschied zu anderen Präparaten ohne schädliche Nebenwirkungen, gegen die schon ausgebrochene Krankheit getestet worden sein.

Epidemiologische Statistiker, vor allem in den USA, wo AIDS ja schon seit 81 diagnostiziert und entsprechend früher therapiert wurde, neuerdings aber auch in der BRD, weisen auf eine Abflachung der Kurve der registrierten AIDS-Neuerkrankungen hin. (Anm. 3) Die Abflachung wird wesentlich auf die Reinigung von Blutkonserven seit ihrer Kontrolle durch Aids-Tests, aber auch auf eine Eindämmung von Übertragungsrisiken in ,,Risikogruppen'' zurückgeführt.



aus: FAZ, 21.2.87

Diese Daten können bisher selbstverständlich sowenig auf eine allgemeine Abflachung der Ausbreitungs-Kurve von AIDS hochgerechnet werden, wie die bisher bekannten Basis-Daten die gegenwärtigen Katastrophen-Hochrechnungen berechtigen. Sie bestätigen aber zumindest, auf welchem sumpfigen Boden sich die Hochrechner bewegen, zumal mensch vergeblich nach einer Berücksichtigung dieser Daten in den aktuellen Prognosen sucht. Unter solchen Umständen verwandeln sich die bloß unsicheren Prognosen bereits in direkte Irreführungen.

Was schließlich die aktuelle Situation betrifft, so zeigen wenige Vergleiche zu Opferstatistiken anderer Krankheiten, Unfallursachen usw., daß AIDS bisher in der unteren Skala der statistischen Risiken steht: Vom ersten Auftreten der neuen Krankheit bis zum 3o.6.86 beispielsweise starben in der BRD 248 Menschen an AIDS, im gleichen Zeitraum aber 5.500 an Tuberkulose. (Anm. 4) Den 409 AIDS-Toten von Anfang 82 bis Anfang 87, also über einen Zeitraum von 5 Jahren, stehen in einem einzigen Jahr, beispielsweise 1982, gegenüber: 13.000 Selbstmorde, 150.672 Krebstote, 360.582 Herz-Kreislauf-Tote. Weitere 715.857 starben an anderen Krankheiten oder Unfällen, hauptsächlich im Verkehr und am Arbeitsplatz. (Anm. 5)

Die Beispiele mögen genügen. Was von der ,,Jahrhundertseuche'' bleibt, ist eine neue Infektionskrankheit, gegen die es bisher keine Heilmittel gibt, wohl aber absehbar geben könnte, eine Krankheit, nicht mehr oder weniger gefährlich als andere Infektionskrankheiten wie Tuberkolose, Hepathitis B etc. auch, bevor sie durch Impfung und Gegenmittel eingedämmt werden konnten.

Das ist für die bisherigen und potentiellen Opfer der Krankheit kein Trost. Es macht weder verstärkte Forschung, noch gezielte Vorsorge, noch gründliche Aufklärung überflüssig. Das gilt für AIDS nicht anders als für andere unerforschte und gefährliche Krankheiten, insbesondere natürlich solche, die seuchenträchtig sind. Der galoppierende Bote der kommenden Apokalypse jedoch, an der die Menschheit zugrunde gehen wird, ist das HIV-Virus offenbar nicht. Da gebührt, unter den Krankheiten der Metropolen, sicher dem Krebs, unter denen des Globus dem Hunger sowie den großen Hungerseuchen, und unter allen der Menschheit drohenden Gefahren sicher der atomaren Verseuchung der Vorrang.

Die Jahrhundert-Chance

Wenn dennoch eine lange nicht mehr erlebte große Koalition von Kirche, Staat und Moralisten aller westlichen Länder und aller Couleur nicht an der Gefahr der atomaren Verseuchung, nicht am bedrohlichen Ansteigen der Krebsraten oder an den Hungerkatastrophen der ,,3. Welt'' u.a.m., sondern ausgerechnet an der AIDS-Frage den drohenden Weltuntergang beschwört, dann deswegen, weil schon bald nach Auftreten der Krankheit klar wurde, daß sie als Geschlechtskrankheit, wie Dr. Gallo es ausdrückt, *,,offensichtlich mit der Lebensweise zu-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sammenhing", und „ohne tiefe Eingriffe in das menschliche Zusammenleben" nicht zu bekämpfen sein werde.

Genau hier und nirgendwoanders setzen denn auch die staatlichen „Aufklärungs"-Strategien, insbesondere in der BRD, an. Nach anfänglichem Zögern in den zurückliegenden Jahren, in denen AIDS als angebliche „Schwulenpest" zunächst nur als günstiger Anlaß zur Diffamierung und Disziplinierung „sexueller Randgruppen", insbesondere der Schwulen, benutzt wurde, wird jetzt, nachdem klar ist, daß Lieschen Müller und Otto Normalverbraucher auch von AIDS infiziert werden können, voll zugegriffen. Jetzt wird die Angst der „normalen" und „anständigen Bürger", die „Schwulenpest", die zudem noch aus Afrika komme, könne auch auf sie übergreifen, aus vollen Rohren angeheizt.

Es muß hellhörig machen, daß gerade Strauß und sein Saubermann Gauweiler das Thema in die Koalitionsverhandlungen puschten und weiter in die zukünftige Regierungspolitik puschen wollen.

Was Kirche, Anti-Terror-Kampagnen und „Wende"-Versuche nicht gebracht haben, das soll die AIDS-Kampagne jetzt nachholen: Das Volk vom gefährlichen Weg der Gottlosigkeit, Staatsverdrossenheit und sexuellen Libertinage zu Sitte, Sauberkeit, Ordnung und gemeinsamer Verantwortung für das Volksganze zurückzuführen. Was wäre dazu besser geeignet als die Angst vor einer neuen „Lustseuche", einer venerischen Pest wie weiland die Syphilis: Tod wird wieder zur Strafe des Lasters, Leben zum Lohn von Tugend, Treue und Enthaltsamkeit. Oder in der Süßmuth'schen Variante: *„Vertrauen ist gut, Kondome sind besser"*.

Wer dies für Satire hält, erinnere sich an den Satz Kardinal Höfners, AIDS sei ein „Wink Gottes". In der FAZ vom 16.2. konnte mensch denselben Gedanken in säkularisierter Fassung bewundern: *"Daß Aids, diese rätselhafte Krankheit, eine Strafe Gottes für menschliche Hoffart, für Laster und für Ausschweifung sei, ist etwas, das nicht nur die Frömmsten beschäftigt. In der Tat, ist der Zusammenhang zwischen dem Abbau moralisch-ethischer Schranken und der Verbreitung der körperlichen Immunschwäche Aids so unabweisbar, daß allein die Angst vor der tödlichen Krankheit eine freiwillige Veränderung gängiger Einstellungen bewirkt"*.

In einem Sonder-Journal des „Hamburger Abendblatt" (14./15.2) wurde unter der Überschrift „An Alle" verkündet: *„Aids wird die sexuelle Freizügigkeit, die die Anti-Baby-Pille uns Ende der sechziger Jahre bescherte, in grausamer Weise beenden. Es sind nicht wenige, die gar behaupten, AIDS sei die moralische Antwort auf die Pille, sei somit ein Korrektiv der Natur"*.

sei die moralische Antwort auf die Pille, sei somit ein Korrektiv der Natur".

In freier Improvisation, aber dennoch als unverkennbare Variation desselben Motivs, beschließt der SPIEGEL 10/87) seine Warnungen vor der neuen Pest: *„Ein kluger Mann, er heißt Otto Heuer, hat die Liebenden vor Jahren in der Zeitschrift ‚Guckloch' gewarnt: „Die Freiheit zu lieben, wie immer man will, ist bestürzend kostspielig und kostbar geworden. Mag sein, daß sie eines Tages unbezahlbar wird." Dieser Tag rückt für alle Menschen, Heteros wie Homos, immer näher"*.

Mit andern Worten: Die Abrechnung mit der sexuellen Befreiung, die sich die 68er-Revolte unter dem Motto „make love, not war" auf die Fahnen geschrieben hatte, ist nun fällig. Jetzt wird bezahlt.

Und darüber darf auch schon mal gelacht werden: *„Hand aufs Herz"*, bekennt die FAZ, *„war es nicht schon fad? Man durfte alles und mit jedem und keiner nahm Anstoß. Seit der Pille brauchte man sich nicht einmal zu sorgen, ob es noch einmal ‚gutgegangen war', und für den schlimmsten Fall gab es die soziale Indikation. Nun hat die Sache mit den wechselnden oder unbekannten Partnern wieder ihren Reiz, nicht weil die Nachbarn intoleranter wurden, sondern weil die Frage lautet: Werde ich daran sterben?"*

Niemand lasse sich täuschen: Die Kondomierungs-Kampagne von Frau Süßmuth, wenngleich in ihrer populistischen Berücksichtigung der real existierenden Promiskuität vom katholischen Klerus als „menschenunwürdig" und wegen der Ablehnung der AIDS-Meldepflicht von Strauß/Gauweiler sowie der konservativen Riege von BILD bis FAZ als halbherzig attackiert, zielt und wirkt dennoch in dieselbe Richtung.

Was uns hier vorgeführt wird, ist lediglich die Verschiebung der klassischen Arbeitsteilung zwischen „kleinerem Übel" und „größerem Übel" nach rechts.

Kondomierung: Das kleinere Übel ...

„Nicht kleckern, sondern klotzen", will Frau Süßmuth. Und das tut sie. Für bisher 17 Mio macht sie der Bevölkerung klar, daß Sicherheit heute nicht umsonst zu haben ist, sondern bei der Einschränkung der individuellen Lebensentfaltung beginnt. Die von ihrem Ministerium betriebene allgemeine Kondomierungs-Kampagne macht für die tatsächliche Bekämpfung von AIDS, d.h. für die effektive und gezielte Eindämmung der Krankheitsquellen und -ursachen im statistischen Ausmaß wenig Sinn. Ebensowenig die inzwischen entfachte allgemeine Test-Hysterie. Die Funktion dieser Maßnahmen mag, besonders vor dem Hintergrund der geschürten Panik, für die Einzelnen in einer persönlichen Beruhigung liegen. Insofern soll hier niemand davon abgehalten werden, sein/ihr Seelenheil in solchen Maßnahmen zu suchen.

Nimmt man jedoch die konkrete Bekämpfung von AIDS als Maßstab, dann wäre eine Konzentration auf gezielte Maßnahmen notwendig, statt einer diffus gestreuten Präventionskampagne, die die Last auf die einzelnen Individuen verteilt. So vor allem:

Verstärkte Forschung zu den Ursachen der Krankheit, sowie zur Gewinnung von Impfstoffen und Gegenmitteln gegen die bereits ausgebrochene Krankheit, und zwar nicht nur im Bereich der virologischen GEN-Technik, sondern auch über Untersuchung der Ko-Faktoren, die den Ausbruch der Krankheit erst ermöglichen.

Notwendig wäre Förderung gezielter Maßnahmen zur Eindämmung der effektiven Übertragungsrisiken: Vor allem eine lückenlose Überwachung von fektiven Übertragungsrisiken: Vor allem eine lückenlose Überwachung von Blut-Transfer. Neuesten Meldungen der Presse war zu entnehmen, daß z.B. mehr als 1500 Hämophilie-Kranke (Bluter) durch aus den USA importiertes Blutplasma infiziert wurden. Das dürfte wohl nur ein Zipfel der Wahrheit sein. Die Pharma-Industrie stellte — mensch höre! — finanzielle Entschädigung für die Infizierten in Aussicht. (FR, 13.87) Sinnvoll wäre desweiteren konkrete, Zielgruppen-gerichtete Aufklärung zu übertragungsriskanten Sexualpraktiken, eine Entkriminalisierung von Drogen-Gebrauch, konkret: Kostenlose Ausgabe von Spritzbestecken (als einer der wesentlichen Übertragungsquelle von AIDS und übrigens auch anderer gefährlicher Infektionskrankheiten) in Apotheken etc.

Notwendig wäre dementsprechend eine großzügige finanzielle und medizinische Förderung von AIDS-Beratungsstellen und —Selbsthilfegruppen, sowie therapeutischer Einrichtungen.

Notwendig wäre schließlich eine allgemeine solide Aufklärung, die der öffentlichen Hysterie vorbeugt, statt sie zu schüren, um einer sozialen Stigmatisierung der AIDS-Infizierten und Erkrankten vorzubeugen und sie stattdessen zur Behandlung ihrer Erkrankung zu ermutigen.

Taten in diese Richtung unterbleiben ganz oder fallen doch der Kondomierungs-Kampagne zum Opfer:

Der bisherige Forschungsstand ist mehr als desolat: So klagt z.B. die eher konservative „Bild der Wissenschaft" unter der Überschrift: *„Die Lage der AIDS-Forscher in Deutschland — gebremst, zermürbt, alleingelassen"* 52 Milliarden DM seien z.B. 1985 in der BRD für Forschung und Wissenschaft ausgegeben worden, 950 Mio davon für Projekte der Max-Planck-Gesellschaft; nicht eins davon beschäftige sich mit AIDS. 5022 UNI-Forschungsvorhaben, 147 Sonderforschungsbereiche, 98 Schwerpunktprogramme fördere die Deutschte Forschungsgemeinschaft (DFG), nur ein Projekt zu AIDS sei darunter; dies zudem noch im Normal-Finanzierungsverfahren. 3 Milliarden investiere die Pharmazeutische Industrie jährlich in Forschung und Entwicklung. In Sachen AIDS-Medikation: Schweigen. (Anm. 6)

AIDS

Wir verkaufen die Vorsorge!

500 Kondom-Automaten mit Plätzen zu verkaufen, auch in Teilmengen.

Kapitalnachweis erforderlich.

#76-9512 Morgenpost, Berlin 11, Postfach 110 303

Aus der „Berliner Morgenpost"

Ähnliche Klage führen Therapeutische Einrichtungen und die nationale, sowie die kommunalen AIDS-Beratungsstellen und Selbsthilfe-Gruppen. Vor allem die kommunalen Gruppen müssen sich noch vorwiegend aus Spenden und nach dem bekannten alternativen Selbstausbeutungs-Prinzip finanzieren. Sofern kommunale Zuschüsse gezahlt werden, sind sie zumeist mit Auflagen und Einmischung der Bürokratie in die Selbstverwaltung verbunden.

135 Millionen DM für „Modellvorhaben in Forschung und Betreuung" forderte die AG AIDS zur Behebung dieses Mißstands kürzlich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen. Die Mittel für „Aufklärungsarbeit" sollen von bisher 20 Millionen auf 50 aufgestockt werden. Angesichts der beklagten Misere in Forschung und Therapie — und gemessen an der behaupteten apokalyptischen Bedeutung des Themas — ist das ein Witz.

Aber nicht nur das: Aus einer Kritik ist das ein Witz. Aber nicht nur das: Aus einer Kritik der SPD am AIDS-Hilfe-Programm der Bundesregierung ist zudem zu entnehmen, daß keinerlei einheitliche Koordinierung der verschiedenen Projekte auf kommunaler oder nationaler Ebene stattfinde. (FR, 21.2.87)

Was problembezogene, Zielgruppen-gerichtete Aufklärung „vor Ort" anbetrifft, so beklagen AIDS-Selbsthilfegruppen nicht nur mangelnde Unterstützung, sondern sogar Querschüsse seitens lokaler Bürokratien. (Anm. 7) In Frankreich wird erwogen, Spritzen im freien Verkauf zuzulassen. Ähnliche Erwägungen in der BRD wären wohl schon eine Revolution.

So konkret betrachtet, hat Frau Süßmuths Kampagne wenig Effekt. Was durchschlägt — und das mit Wucht — ist das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer General-Prävention. Faktisch wird über die Kampagne in grandiosem Maßstab, gerade wenn mensch die apokalyptischen Katastrophen-Prognosen bedenkt, auf denen die Kampagne fußt, eine Individualisierung des an die Wand gemalten Risikos betrieben. Dessen hauptsächlicher Nutzen ist die Vorverlagerung von Präventionsdenken in die Intimsphäre des Individuums und dessen — über Angst vermittelte — Rück-Erziehung zu repressiver Sexualmoral.

Mehr noch: Mögliche gesellschaftliche Ursachen von AIDS, die den Staat in die Verantwortung ziehen könnten, werden nicht nur nicht untersucht, sondern für viel Geld durch die Kampagne systematisch verschleiert: So die Hinweise, AIDS könnte einem Labor-Unfall der (US)-GEN-Technologie entsprungen sein. So die Möglichkeit, AIDS könnte ein Produkt der Bio-Waffen-Forschung der USA sein. Selbst die unbestreitbare Tatsache, daß das Virus aus den USA in alle Welt verschleppt wurde, nicht zuletzt über den Blut-Plasma-Handel, wird noch verschleiert. Stattdessen wird — gestützt auf Forscher wie Gallo — die unbewiesene „Hypothese" als Tatsache verbreitet, AIDS habe seinen Ursprung in Zentral-Afrika.

So wird nicht nur an Stelle möglicherweise greifbarer Verursacher, denen das Handwerk gelegt werden könnte und müßte, die „Natur", der „Wink Gottes" oder schlicht das Schicksal verantworlich gemacht, dem man sich eben nur unterwerfen, bzw. gegen das ein starker Staat als Retter propagiert werden kann, sondern zugleich noch Chauvinismus und Rassismus aus tiefster Herren-Rassenseele wiederbelebt: „Die Neger sind schuld." Das ist die Botschaft. (siehe dazu nebenstehenden Artikel)

Dieser reaktionäre Charakter der Kampagne wird auch nicht dadurch entkräftet, daß die ministeriellen PR-Strategen „wechselnde Partner" in den Mittelpunkt ihrer Kondomierungs-Werbung gestellt haben. Im Gegenteil: „häufiger Partnerwechsel" wird dadurch im öffentlichen Bewußtsein ja erst zur Quelle des Übels hochstilisiert. Das kann Frau Süßmuth auch nicht verdecken, wenn sie in einem SPIEGEL-Interview zunächst treuherzig versichert: *„Ich möchte Aids nicht dazu benutzen, um eine Moral aus Angst zu fördern. Das führt die Emanzipation, eine selbstbestimmte und selbstverantwortete Sexualität, nicht weiter"*. Die faktische Kraft der von ihr betriebenen Kampagne benennt sie im selben Interview zwei Sätze weiter: *„Wer nicht treu ist, soll Kondome benutzen. Also: Die einen sind treu, und die anderen benutzen Kondome. Wer treu lebt, ist nicht gefährdet"*. Damit ist alles gesagt.

Nun höre ich schon die Einwände: Aber Frau Süßmuth hat doch immerhin die Meldepflicht für AIDS gegen den Widerstand von Strauß und Co. abgeledert.

Das stimmt. Nur ist das erstens nicht mehr als der Versuch, die Geister, die abgeledert. Das stimmt. Nur ist das erstens nicht mehr als der Versuch, die Geister, die sie selber rief zu bannen. Das ist nun wahrlich kein besonderes Verdienst.

Zweitens ist ihre Position in dieser Angelegenheit keineswegs prinzipiell eine andere als die der Meldepflichtbefürworter. Vielmehr hat sie sich lediglich auf die klassische Position zurückgezogen, daß das bestehende Instrumentarium ausreiche, eine Position, die mensch aus den turnusmäßigen Anti-Terror- und „Innere Sicherheits"-Diskussionen von der SPD zu hören gewohnt ist. Für die Praxis hat dies gewöhnlich nie viel Unterschied gemacht.

So auch jetzt: Mit Zustimmung von Frau Süßmuth verabschiedete die Koalition für die Zukunft erstens eine Meldepflicht für die AIDS-Testlabors. Zweitens wurde, eingehend auf die Strauß/Gauweiler Forderungen, der AIDS-Konferenz der Gesundheitsminister empfohlen zu prüfen „ob es für bestimmte Risikogruppen zu einer, einheitlichen Anwendung des Bundesseuchengesetzes kommen kann." (FR, 25.2.)

In der Praxis wird auch das nichts anderes heißen als Registrierung, Aussonderung und ggfls. Repression, nur mit weniger ideologischem Geräusch als von Strauß und Co. üblicherweise produziert. Die Durchführung erster Zwangstests nach dem Seuchengesetz — nicht nur in Bayern, sondern auch in Frankfurt und West-Berlin — lassen Schlimmes erwarten. (Siehe dazu nebenstehenden Artikel zum Seuchengesetz).

Frau Süßmuths Position entspricht, wie sie sagt, ihrem *„bisherigen Erkenntnisstand"*. Das kann sich ändern. *„Wenn jemand mir sagt, die Meldepflicht führt zu einer wirksamen Verhütung der Krankheit, und mir dies belegt, dann bin ich doch nicht so sturköpfig zu sagen: Ihr könnt mir sagen was ihr wollt, ich orientiere mich nicht daran"*. (Spiegel, 7/87)
Der Übergang zu den Positionen von F.J. Strauß und Co. ist, wie mensch sieht, fließend.

Das größere Übel: Repression, Selektion, Euthanasierung

Was Strauß und sein Gauweiler in der Koalition nicht als Gesamt-Programm durchsetzen konnten, das beschloß das Kabinett der bayerischen Landesregierung nach bewährter Methode derweil erstmal probeweise für Bayern.

Ab sofort gilt für Bayern folgender AIDS-Maßnahmenkatalog:

— Zwangstest für „Ansteckungsverdächtige", im Weigerungsfall: Vorführung durch die Polizei. Das betrifft alle Drogenabhängigen, Schwulen, Prostituierten. Als „ansteckungsverdächtig" gilt auch, wer bei Anbahnungsgesprächen mit Schwulen oder Strichern beobachtet wird, ebenso, wer sich an Orten aufhält, an denen Prostituierte arbeiten. Damit wird der Denunziation Tür und Tor geöffnet.

— Zwangstest bei der Einstellung im öffentlichen Dienst. Gegebenenfalls wird die Einstellung verweigert. Bevor öffentlich Bedienstete den Status eines Beamten auf Lebenszeit bekommen, müssen sie sich erneut einem Test unterziehen. Dabei wird bei den bisherigen Untersuchungen vor allem geprüft, ob die Bewerber/innen voraussichtlich bis zum Pensionsalter arbeitsfähig bleiben, um den Staat vor möglichen „Versorgungslasten" zu schützen. Das ist eine neue Variante von Berufsverbot und zugleich Wegbereiter für entsprechende Praktiken auch im Versicherungswesen und in der privaten Wirtschaft. Über entsprechende Bemühungen berichtete z.B. schon das Wirtschaftsmagazin „Capital" (FR, 26.2.)

— Zwangstest für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten, die eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Sind sie Nicht-EG-Staaten, die eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Sind sie HIV-positiv, wird die Aufenthaltserlaubnis verweigert. In nachträglichen Kommentaren bezeichnete Strauß die Regelung als „ungerecht". Nach seinen Vorstellungen müsse diese Regelung auf alle Ausländer ausgedehnt werden. Auf Vorhaltungen des österreichischen Bundeskanzlers Vranitkzy gestand er großzügig zu, die schon in Bayern arbeitenden 70.000 Österreicher/innen würden aber keinem nachträglichen AIDS-Test unterzogen. Vor dem Hintergrund der Legende, das AIDS-Virus werde aus Afrika eingeschleppt und breite sich insbesondere in Ländern der „3. Welt" aus, wird damit eine neue Welle des Rassismus angeheizt.

— Zwangstest für Strafgefangene bei Einlieferung und Entlassung, für AIDS-infizierte sollen besondere AIDS-Zellen eingerichtet werden. - In

Fortsetzung nächste Seite

Minister Hillermeier:
DDR schickt AIDS-Kranke in den Westen

AIDS-Angst
ernau: Meuterei im Gefängnis

Erstes AIDS-Baby in Berlin

Aids Jetzt kaufen Frauen die Kondome

eine Tochter!

Aids Rock Hudson im Todesschlaf

Aids-Stationen überfüllt

„Angst vor Aids kann Leben retten"

Bild
HAMBURG

Aids! Jetzt greift die neue Pest jeden an

Aids
Kind, was hab ich dir angetan?

Aids! Wildester Sex im Karneval

Fortsetzung von vorheriger Seite

der Praxis waren speziell die bundesdeutschen Knäste in den zurückliegenden Jahren bereits Übungsfeld für AIDS-Zwangsmaßnahmen. Die Verordnung ist bereits eine Legalisierung.

— Berufsverbot für HIV-positive männliche und weibliche Prostituierte.

— Verbot der Blut-, Samen- und Organspende für HIV-Positive. Sie sind ,,verpflichtet, behandelnde Ärzte sowie Intimpartner'' über ihre Infektion ,,aufzuklären''.

— Auflagen für Amüsier-Betriebe wie Bordelle und Schwulen-Treffs, ggflls. Schließung, Durchführung von Razzien. Bei Festnahme: Zwangstest.

— Meldepflicht für alle AIDS-Infizierten, -Erkrankten und Toten.

— Aufstellung eines Bußgeld-Katalogs, Androhung von Strafverfolgung durch Polizei und Staatsanwaltschaft bei bewußtem oder fahrlässigem Infizieren anderer.

Schließlich: Ab sofort unterliegt Bayern dem Bundesseuchengesetz. Wer gegen die Anodnungen verstößt, kann mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft werden.

Nach Aussagen des Münchner Innenministers Lang versteht das bayerische Kabinett ihren Maßnahmen-Katalog als ,,Auftrag an die Koalitionspartner in Bonn''. Sein Kabinettskollege Hillermeier sekundierte:,,*Wir mußten das in Gang setzen.''*

Sollte der Katalog tatsächlich wie beschlossen praktiziert werden, so käme das nicht nur einer Einführung des Überwachungsstaats gleich, wie die GRÜNEN es nannten, so wäre das nicht nur ,,blindwütiger Aktionismus'' der ,,kontraproduktiv'' auf die AIDS-Bekämpfung wirke, wie aus Süßmuth-

der ,,kontraproduktiv'' auf die AIDS-Bekämpfung wirke, wie aus Süßmuth-

Kreisen und Befürwortern ihrer Kampagne bis hinein in die Linke zu hören war. Dies wäre vielmehr die legalisierte Wiedereinführung von Methoden der Selektion in wertes und unwertes Leben, wie sie im deutschen Faschismus herrschten. Ihre konsequente Fortführung fanden diese Methoden bekanntlich in den Euthanasiepraktiken und der ,,Endlösung der Judenfrage'' in KZs und Vernichtungsanstalten des sog. 3. deutschen Reiches.

Nun soll aber niemand versuchen, schon gar nicht die Verantwortlichen der gegenwärtigen AIDS-Angst-Kampagne, die bayerischen Maßnahmen für das Hirngespinst durchgeknallter Provinzler oder unzurechnungsfähiger Deppen auszugeben. Der Katalog führt die Angst-Kampagne der Bundesregierung und die z.T. schon in anderen Bundesländern praktizierten Methoden lediglich in die letzte Konsequenz. Daß er damit ,,kontraproduktiv'' im Sinne der Kampagne wirkt, weil er ihren prinzipiellen tiefreaktionären Charakter auch für die heißesten Kondom-Liebhaber/innen erkennbar macht, ist nur zu hoffen. Die BILD jedenfalls formulierte bereits entsprechende Warnungen. ,,*Hoffentlich gehen die Bayern nicht zu weit''*, kommentierte sie die Einführung des bayerischen Anti-AIDS-Katalogs. Sicher allerdings ist es nicht.

Gegenwärtig sieht es eher so aus, als ob die Drohung des ,,großen Übels''aus Bayern wieder einmal die Abwehr gegen das ,,kleinere Übel'', in diesem Fall die Angst-Kampagne der Bundesregierung voll absorbiert.

Möglicherweise aber wachen jetzt wenigstens jene Teile der Linken wieder auf, die die Kondomierungs-Kampagne der rau Süßmuth bis zur Verabschiedung der bayerischen Maßnahmen nicht nur aktiv mitgetragen, sondern wie beispielsweise Heide Soltau in der taz die ,,Entmachtung des Phallus'' durch die Kondomierung sogar als Beginn einer neuen Phase der sexuellen Befreiung abgefeiert haben oder sogar, wie taz-AIDS-Berichterstatter Kuno Kruse nach der ersten Verhaftung eines AIDS-Infizierten in Bayern forderten, die strafrechtliche Verfolgung dürfe kein Tabu sein. (Anm. 8)

Fünf vor Zwölf, würde ich sagen!

Anmerkungen

1) siehe: Rolf Rosenbrock, ,,AIDS kann schneller besiegt werden'', USA, 1986;
sowie: Frank Rühmann, ,,AIDS, eine Krankheit und ihre Folgen'', Edition Qumran im Campus Verlag, 1985.
2) Dr. Robert C. Gallo: ,,Das Aids-Virus'' in Spektrum der Wissenschaft, 3/87 — eine Skizze des neuesten Standes der AIDS-Forschung.
3) siehe: R. Rosenbrock, aaO:
USA: erstes Halbjahr 85: 4.101, zweites Halbjahr 85: 4.846, erstes Halbjahr 86: unter 4000 Neuerkrankungen.
BRD: Erstes Halbjahr 85: 112, zweites Halbjahr 85: 159, erstes Halbjahr 86: 130 Neuerkrankungen.
4) ebd.: zitiert nach H. Schütz, ,,Tuberkulose 1984'' in ,,Wirtschaft und Statistik'', Heft 2, 1986.
5) siehe: AK 254, S. 26: ,,AIDS''.
6) siehe: ,,Bild der Wissenschaft'', Sonderdruck AIDS, 12/85.
7) siehe: R. Rosenbrock, aao. Kapitel 4, Abschnitt 2: ,,Durchsetzungsprobleme''
8) siehe: taz, 20. und 21. 2.

Seuchen-Rita und Meldepflicht-Gauweiler

Als Rita Süßmuth den bayerischen AIDS-Gesetzesmachern mit dem Hinweis auf Existenz und Anwendungsmöglichkeit des Bundesseuchengesetzes widersprach, hatte sie einmal mehr ihr gepflegtes liberales Image gewahrt. Zu Unrecht, wie ein Blick in die bislang unter ,,Fachleuten'' und Juristen laufende Debatte um die Verfolgung AIDS-Kranker zeigt.

Im Dezember 1984 machte der damalige Gesundheitsminister Geißler einen ersten Vorschlag für ein AIDS-Gesetz zur Erfassung, Kontrolle und Isolierung AIDS-Infizierter und der strafrechtlichen Verfolgung ihrer Intimkontakte. Doch damals war dieses Gesetz noch nicht durchsetzbar, ein Großteil der Mediziner und der verantwortlichen Politiker befürchteten, daß damit die AIDS-Kranken und -Infizierten in den Untergrund gedrängt würden.

Ein Jahr später erschien im Verlag R.S. Schulz ein Buch mit dem schlichten Titel AIDS. Herausgeber ist Norbert Kathke, Leiter der Münchener Gesundheitsbehörde. Neben Interviews mit den AIDS-Forschern Gallo und Cherman enthält es die vollständige Fassung des Bundesseuchengesetzes (BSG) und des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (GBG). Mit diesem Buch sollte unter Medizinern die Anwendungsmöglichkeit dieser Gesetze auf AIDS in die Diskussion gebracht werden.

In dem Vorwort des Buches kommt auch Dr. Peter Gauweiler, Mitglied der CSU, zu Wort. Er war damals noch berufsmäßiger Stadtrat und Kreisverwaltungsreferent in München, ist inzwischen als Staatssekretär im bayerischen Innenministerium Hardliner in Sachen WAA und AIDS. Gleich zu Beginn des Vorwortes stellt er fest: ,,*Wer seit Jahren vor der öffentlichen Propagierung der Promiskuität (,wer zweimal mit der selben pennt, gehört schon zum Establishment') gewarnt hat, wer auf die damit verbundene neue sexuelle Verkrampfung und die abstoßende Brutalität der einschlägigen ,Szenen' hingewiesen hat, wird sich bestätigt fühlen.''* Am Ende des Vorwortes läßt Gauweiler dann die Katze aus dem Sack: ,,*Dringend geklärt werden muß von Bonn die Frage, ob bei bestimmten Personengruppen, z.B.männlichen und weiblichen Prostituierten, Strafgefangenen und Drogenabhängigen, der AIDS-Test generell angeordnet wird und welche Folgerungen von den Gesundheitsbehörden aus einem positiven Testergebnis zu ziehen sind. Insbesondere sind im Rahmen der Geschlechtskrankenfürsorge und der Einrichtungen der Drogenberatung und der Behandlung Drogenkranker der AIDS-Test und seine Folgeteste bundeseinheitlich einzuführen. (...) Mindestens eine anonyme Meldepflicht aller Vollerkrankungen von AIDS muß ra-*

eine anonyme Meldepflicht aller Vollerkrankungen von AIDS muß ra-

schestmöglich vom Gesetzgeber durchgesetzt werden.''



Scharfmacher Gauweiler

In einer Anmerkung zum in diesem Buch abgedruckten Bundesseuchengesetz stellt Dr. Peter Schiwy fest: ,,*Rechtlicher Ansatz zu einer empfehlenswerten Einführung einer Meldepflicht böte § 7 BSeuchG, der den zuständigen Bundesminister ermächtigt, durch Rechtsverordnung den Katalog meldepflichtiger Erkrankungen ,auf andere übertragbare Krankheiten auszudehnen'. Der Erlaß einer solchen Rechtsverordnung, die freilich der Zustimmung des Bundesrates bedarf, sollte tunlichst erwogen werden.''*

Im Januar 1986 erscheint zum erstenmal die Monatszeitschrift ,,AIDS-Forschung (AIFO)''. Herausgeber ist u.a. Gauweiler. Im ,,Wissenschaftlichen Beirat'' zeichnen namhafte AIDS-Forscher sowie einige Juristen. Die Zeitschrift trägt den bezeichnenden Untertitel ,,mit Beiträgen für Gesundheitswesen und Rechtspflege''. Dementsprechend werden neben medizinischen auch juristische Beiträge zur Anwendung des BSG und des GBG abgedruckt. Bereits in der ersten Ausgabe vom Januar 1986 legte die ,,AIFO''-Redaktion dem Verfassungsrechtler Prof. Dr. Gallwas aus München einen Fragenkatalog über ,,gesundheitsrechtliche Aspekte der Bekämpfung von AIDS'' vor. Gallwas ist der Meinung, daß das Bundeseuchengesetz auf AIDS anwendbar ist. Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sei nicht anwendbar, da die von diesem Gesetz erfaßten Krankheiten abschließend aufgezählt seien. Er stellt zur Bekämpfung von AIDS fest: ,,*Verhütung und Bekämpfung von AIDS hat als Teil der allgemeinen Aufgabe die Volksgesundheit zu wahren, auch verfassungsrechtliche Dimensionen.''* Den AIDS-Infizierten vor Zwangsmaßnahmen zu bewahren, so Gallwas, stoße auf eine ,,verfassungsrechtliche Sperre''. Damit Ärzte, die ihre AIDS-Patienten namentlich dem Gesundheitsamt melden wollen, einem Strafverfahren wegen Verletzung von Privatgeheimnissen entge-

einem Strafverfahren wegen Verletzung von Privatgeheimnissen entge-

hen, empfiehlt Gallwas ihnen, sich auf den ,,rechtfertigenden Notstand'' (§ 34 StGB) zu berufen. Auf den § 2 Nr.3 BSeuchG sich stützend,meint er, daß zur Begründung des Ansteckungsverdachts die Annahme genüge, daß eine Person Krankheitserreger aufgenommen hat: ,,*Demzufolge muß es für die Annahme eines Ausscheidungsverdachts oder eines Ansteckungsverdachts beispielsweise ausreichen, daß jemand, nachdem die Krankheit in einigen Städten der Bundesrepublik aufgetreten ist, eine räumliche Beziehung zu diesen Städten hatte oder hat (Aufenthalt, Besuchsverkehr), und daß er einer Risikogruppe angehört oder mit Personen, die einer Risikogruppe zuzurechnen sind, Kontakt hält oder gehalten hat. Im Klartext: Wer an Treffpunkten von Risikogruppen in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland angetroffen wird, ist in seuchenrechtlicher Hinsicht ansteckungsverdächtig oder ausscheidungsverdächtig im Sinne des §2 Nr. 3 bzw. 5 BSeuchG.''*

In weiteren Beiträgen u.a. der Februar-Ausgabe 1987 wird die Anwendung dieses Zwangsmaßnahmenkataloges des Bundesseuchengesetzes auf AIDS-,,Risikogruppen'' befürwortet. Dort weist Prof. Dr. Bachmann, Ministerialrat a.D. und Arzt für öffentliches Gesundheitswesen aus München, darauf hin, daß das BSG in der heutigen Fassung auf AIDS anwendbar sei. Es sei vielmehr ein Irrtum zu glauben, das Gesetz könne gegen AIDS erst wirksam werden, wenn eine AIDS-Meldepflicht in das Gesetz aufgenommen werde. Auch Bachmann stellt fest: ,,*Ansteckungsverdächtig wären solche Personen, die entsprechend enge Kontakte zu nachweislich Infizierten oder zu anderen Ansteckungsverdächtigen hatten oder haben, ohne vorerst selbst positiv zu sein.''* Mehrere Male betont Bachmann, daß das Gesetz rein ,,protektiven Charakter'' habe und es in erster Linie darum ginge, Dritte vor Ansteckung zu schützen. Er stützt sich hierbei auf die amtliche Begründung des BSeuchG, die er zitiert: ,,*Die Schutzmaßnahmen sind das Kernstück der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Schutzobjekt ist die Allgemeinheit. In deren Interesse müssen sich der Betroffene und, soweit Ansteckungsverdacht besteht, Personen seiner unmittelbaren Umgebung sowie bestimmte Dritte besonderen Maßnahmen unterwerfen. Die Eingriffe können sehr weitgehend sein (Zwangsisolierung, Berufsverbot). Sie finden aber auch als Grundgesetzeingriffe ihre Rechtfertigung in der Notwendikeit, die Volksgesundheit zu schützen.''*

Fazit: Maßgeblich von Gauweiler ist mit der oben genannten Literatur in die medizinischen Eliten die jetzt vorgetragene Hardlinerlinie propagiert worden. Die Ernte kann jetzt eingefahren werden.

Ein schwuler Genosse der KB-Gruppe Westberlin



Bestehende Gesetze zur Verfolgung mutmaßlicher AIDS-Kranker

Das Gesetz ,,zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen'' — Bundesseuchengesetz (BSG) — betrifft prinzipiell alle durch Krankheitserreger verursachten Krankheiten des Menschen. Insofern wäre das BSG auch auf AIDS anzuwenden. Allerdings sieht das BSG in § 3 nur die Meldepflicht für dort namentlich genannte Krankheiten vor (z.B. Cholera, Fleckfieber, Pest, Pocken, Tollwut, Tuberkulose, Hepatitis). Jedoch bietet es die Möglichkeit, daß sowohl die Gesundheitsministerin als auch eine Landesregierung die namentliche Meldepflicht durch eine Rechtsverordnung z.B. auf AIDS erweitern kann. Erst nach drei Monaten muß diese Rechtsverordnung durch den Bundesrat abgesegnet werden. D.h., die jetzt geplanten Zwangsmaßnahmen der bayerischen Landesregierung gegen die sogenannten ,,AIDS-Risikogruppen'' sind hiermit legitimierbar. Aber auch ohne diese Meldepflicht sieht das BSG eine Reihe von Zwangsmaßnahmen gegen Kranke, ,,*Ansteckungsverdächtige, Krankheitsverdächtige und Ausscheidungsverdächtige''* vor. Als ,,krankheitsverdächtig'' gilt ,,*eine Person, bei der Erscheinungen bestehen, welche das Vorliegen einer bestimmten übertragbaren Krankheit vermuten lassen.''* Als ,,ansteckungsverdächtig'' gilt ,,*eine Person, von der anzunehmen ist, daß sie Erreger einer übertragbaren Krankheit (...) aufgenommen hat, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.''* Als ,,ausscheidungsverdächtig'' gilt ,,*eine Person, von der anzunehmen ist, daß sie Krankheitserreger ausscheidet, ohne krank oder krankheitsverdächtig zu sein.''* (§2, Absatz 2-6 des BSG).

Bezogen auf AIDS würden die sogenannten ,,Risikogruppen'' (Schwule, Prostituierte, Drogenabhängige) unter diese Definitionen fallen. Die Gesundheitsämter haben in solchen Fällen generell die Berechtigung, ,,*Grundstücke, Räume, Anlagen und Einrichtungen sowie Fahrzeuge aller Art zu betreten und diese sowie sonstige Gegenstände zu untersuchen oder Proben zur Untersuchung zu fordern oder zu entnehmen.''* Der Besitzer ist verpflichtet, den staatlichen Organen die Räume zugänglich zu machen sowie nicht näher definierte Auskünfte zu erteilen. Ansteckungsverdächtige Personen sind verpflichtet, ärztliche Untersuchungen, z.B. Blutentnahmen, über sich ergehen zu lassen. Damit ließen sich jederzeit Zwangstests mit dem HIV-Antikörpertest bei ,,AIDS-verdächtigen Personen'' rechtfertigen. Um die Zwangsmaßnahmen abzusichern, sind für Verdächtige und Kranke eine Reihe von Grundrechten faktisch außer Kraft gesetzt (alles § 10 des BSG).

Dieser Paragraph ermöglicht also die Beschlagnahmung und Auswertung von Tagebüchern, Adressenlisten und Gruppenarchiven bei den ,,AIDS-Risikogruppen''. Von solchen Razzien, dies zeichnet sich in Bayern bereits ab, wären dann beispielsweise Treffpunkte von Schwulen und Drogenabhängigen betroffen.

Im einzelnen regelt das Gesetz im Verdachtsfall mögliche Verbote von Versammlungen, die Schließung von Badeanstalten. Es sieht die ,,zwangsweise Absonderung'' von Verdächtigen und Kranken in geschlossene Anstalten vor, in denen ihnen Gegenstände, ,,die einem Entweichen dienen können'', abgenommen werden, es sieht die Aufhebung des Briefgeheimnisses für die Dauer der Internierung vor. Betroffene, die gegen die Vorschriften verstoßen, können Bußgelder bis 50.000 DM auferlegt werden. Würde AIDS in die Kategorie der meldepflichtigen Krankheiten nach § 3 des BSG aufgenommen, wären Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren möglich.

Das ,,Geschlechtskrankheitsbekämpfungsgesetz''

umfaßt bislang ausdrücklich die vier Geschlechtskrankheiten Syphilis, Tripper, Weicher Schanker und Venerische Lymphknotenentzündung. Um AIDS darunter zu fassen, müßte der Bundestag eine Gesetzesänderung beschließen. Das GBG regelt, daß von potentiell Geschlechtskranken regelmäßige Gesundheitszeugnisse verlangt werden können. Berufsverbote für Personen, ,,*die wegen der Art ihrer Beschäftigung eine erhöhte Ansteckungsgefahr bilden.''* In besonderen Verdachtsfällen sind Zwangsblutuntersuchungen möglich. Zwar gibt es keine namentliche Meldepflicht für Geschlechtskranke, doch lassen die §§ 11 und 12 des GBG die Kenntlichmachung erfaßter Personen zu, da Geburtsdatum, Geschlecht und Familienstand der Erkrankten angegeben werden müssen. Ausnahmen von der Regelung sind Personen, deren ,,*allgemeine Lebensumstände (...) eine ernste Gefahr''* für andere bilden und Personen, ,,*die häufig wechselnden Geschlechtsverkehr haben.''* In solchen Fällen können Ärzte sie namentlich melden.

AIDS: Schicksalsschlag der Natur — oder Super-Gau der Gentechnologie?

Am 18.2. veröffentlichte die ,,taz ein Interview, das Stephan Heym mit Professor Jakob Segal führte. Darin trägt der frühere Leiter des Instituts für allgemeine Biologie an der Berliner Humboldt-Universität seine Thesen vor, wonach der AIDS-Virus aus einem Labor für die Entwicklung biologischer Waffen, aus Fort Detrick in den USA, stamme. Die ,,taz hat nach eigenen Angaben länger gezögert, die Thesen zu publizieren. Sie wollte sie unbedingt mit entsprechenden Gegenthesen veröffentlichen. So folgte auch wenige Tage später, am 28.2., ein Interview mit Prof. Meinrad Koch, der Segals Thesen als baren Unsinn kennzeichnet. Das mag bei Meinrad Koch, einem Gentechnologen aus Westberlin, wenig erstaunlich sein, weil er Beauftragter und Leiter der AIDS-Forschung für die Bundesregierung bzw. das Bundesgesundheitsamt ist. Erstaunlicher war aber die Reaktion auf den Leserbrief-Seiten der taz. Neben sachlichen Einwänden gegen Segals Ausführungen, wurde dort fast einhellig der Vermutung, daß AIDS aus einem B-Waffenlabor stammen könne, wi dersprochen.
Diese These wird sogar als rein linker Irrationalismus abqualifiziert.

Dieser Artikel soll Prof. Segals Thesen vorstellen und sie mit den Gegenargumenten und gängigen Behauptungen über die AIDS-Entstehung konfrontieren. Wichtig sind auch die schon älteren Vermutungen (von Booby Hatch und anderen), die die Ursache von AIDS in gentechnologischen Affen-Experimenten in Labors in den USA ansiedeln.



Das Thema und wissenschaftliche Sorgfalt erlauben aber weit mehr als die Darstellung von Widersprüchen und Streitigkeiten mit Pro und Kontra. Es lassen sich klare und fundierte Schlußfolgerungen ziehen. Es ist für uns einerseits offenkundig, daß über die Entstehung des AIDS derzeit keine sicheren Beweise, sondern ,,nur'' Indizien vorliegen und Vermutungen angestellt werden können. Für einen schlüssigen Beweis bedürfte es der Mithilfe oder der Aufdeckung der Karten der Gen- und B-Waffenforscher. Diese haben aber ein elementares Interesse daran, die Gefahren ihrer Technik zu verharmlosen und die Möglichkeit solcher Unfälle zu bestreiten.

Der gigantische Aufschwung der Gentechnologie in den letzten Jahren war in diesem Umfang nur möglich, weil der in den USA noch Anfang der 70er Jahre geforderte Sicherheitsstandard für Genforschung ständig gesenkt wurde. Viele der heutigen Versuche galten damals als zu riskant.

Kein Wunder, wenn die Genforscher den Ursprung von AIDS lieber in Afrika als in ihren eigenen Labors ansiedeln möchten und sich selber lieber als Sieger über das AIDS feiern lassen möchten, anstatt als die Verursacher zu gelten. Am besten, meinen die Forscher, fahren sie, wenn sie sich mit den Gegenthesen gar nicht befassen. Der Verdacht eines Unfalls der Gen-Forschung soll ins Reich der Spinner und linker Phantasten verbannt werden.

Was ist über AIDS bekannt?

Jenseits vom Streit über die Entstehung und Ausbreitung von AIDS kann man folgendes zur AIDS-Geschichte unstrittig feststellen: AIDS wurde zuerst 1979 in New York diagnostiziert. Man stellte unter Homosexuellen und Blutern eine auffällige Häufung von Immunschwächekrankheiten fest, diese starben an einer bislang äußerst selten beobachteten Form des Krebses, Lungenentzündungen und ähnlichem. 1981 wurde die Krankheit von Dr. Gottlieb zuerst beschrieben. Nach einer Phase wilder Vermutungen und öffentlichen Spekulationen über diese ,,Homosexuellen''-Krankheit wurde 1983, kurz hintereinander in drei Labors (in Frankreich und zwei in den USA) der bislang vollkommen unbekannte Virus entdeckt, der die Krankheit AIDS verursacht. 1984 entwickelte eines dieser US-Labors einen Test, mit dem Anti-Körper des AIDS-Virus im Blut festgestellt werden konnten. Dieser neue Viren-Typus lagert sich nach heutigen Kenntnissen in weißen Blutkörperchen des Menschen ein, die eine entscheidende Rolle und Auslöserfunktion für die Produktion von Antikörpern beim Befall von Krankheitserregern innehaben. In den von AIDS-Viren befallenen T-4-Zellen wird aber statt der Produktion von Antikörpern eine massive Produktion von AIDS-Viren in Gang gesetzt, die beim Verlassen der Zelle zu deren Zerstörung führen. Das Immunsystem bricht schließlich zusammen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit endet die Erkrankung für den Patienten tödlich. Man hat inzwischen festgestellt, daß der AIDS-Virus, der zur Gruppe der sogenannten Retro-Viren gehört, in sehr unterschiedlichen Formen und Varianten auftritt und komplizierter als andere bekannte Viren aufgebaut ist. Bis zu zehn Prozent der Gen-Informationen seien variabel, heißt es inzwischen. Das erschwert nicht nur der Forschung, Verwandtschaften zu anderen bekannten Viren festzustellen, sondern macht auch die Entwicklung von Gegenmitteln oder eines Impfserums schwierig, zumal die medizinische Bekämpfung von Viren-Krankheiten auf die Entwicklung menschlicher Anti-Körper angewiesen ist und ein vergleichbares Mittel wie das Penicillin gegen Bakterien nicht vorhanden ist.

Umstritten ist und bleibt die Frage, wie ein solch neuer Virus-Typus biologisch entstehen konnte, der plötzlich eine solche Ausbreitung erlangt hat — die Zahl der AIDS-Kranken geht zwar erst in die (Zehn-)Tausende, aber bei Millionen sind bereits Anti-Körper gegen den AIDS-Virus festzustellen. Unklar ist ebenso, von wo aus AIDS sich ausgebreitet hat. Die heute gängige und fast allen, einschließlich der Linken, in Fleisch und Blut übergegangene Behauptung ist, daß AIDS in Zentralafrika seinen Ausgangspunkt genommen habe. Kinshasa in Zaire gilt als ,,AIDS-Hölle''. Es wird behauptet, daß in afrikanischen Landstrichen die Krankheit schon viel älter sei und in einigen bereits bis zu vierzig Prozent der Bevölkerung an AIDS erkrankt seien. Man muß schon kritisch in die Materie einsteigen, um festzustellen, daß selbst die Väter dieser These bestenfalls Vermutungen anzubieten haben, andere Thesen über die Entstehung von AIDS haben es da natürlich ganz schwer.

Kommt AIDS aus Fort Detrick?

Noch bevor Professor Segal seine Thesen entwickelte, hatte das Magazin ,,Time'' im Zusammenhang mit AIDS im Juli 1983 schon einmal die Aufmerksamkeit auf das Forschungslabor Fort Detrick gerichtet, wo seit den 40er Jahren in den USA B-Waffenforschung betrieben wird (s. Artikel zu den B-Waffen in diesem AK). Diesem berüchtigten Labor war von britischen Forschern schon die Entstehung der mysteriösen und todbringenden ,,Legionärskrankheit'' zugeschrieben worden. 1977 sei dort, schrieb ,,Times, ein Delta-Virus entwickelt und an ähnlichen Risikogruppen ausprobiert worden, in denen auch AIDS auftrat. Der linken US-Zeitung ,,Workers World'' bestätigten daraufhin Angestellte, daß hier Forschungen betrieben worden seien, die mit AIDS zusammenhingen. Später hieß es, daß diese Forschungen keinen offiziellen Charakter hätten.

Professer Segal hat sich ab 1985 mit der Sache genauer befaßt. Die überall in den Massenmedien verbreitete These, daß der AIDS-Virus aus einem harmlosen Virus der grünen Affen oder Meerkatze über einen Biß auf den Menschen übertragen und dort das tödliche AIDS ausgelöst habe, schien ihm derart biologisch unwahrscheinlich, daß er beschlossen habe, der Sache nachzugehen. Vater dieser These war der bekannte US-Virologe Prof. Essex, der diese These 1985 auf zwei Kongressen verbreitet hatte. Im ersten Falle nur mündlich und im zweiten Falle in Form einer schriftlichen Zusammenfassung, sagt Segal. Ein japanisches Forscherteam und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) habe bei ihren Untersuchungen nur geringfügige Verwandtschaften entdecken können. Segal bezeichnet die Essex-Behauptung als *,,eine bewußte Fehlinformation''*, die den Verdacht auf Afrika lenke. Die WHO gebe an, daß erst 1983, also vier Jahre nach New York, der erste AIDS-Fall in Afrika aufgezeichnet worden sei, daß in der sogenannten AIDS-Hölle Kinshasa 1985 nicht mehr als 30 AIDS-Fälle auf 100.000 Einwohner zu verzeichnen gewesen seien, während es in San Francisco 275 waren. Während in Nairobi bei 50% der Prostituierten, die die Weißen und reichen Schwarzen bedienten, AIDS-Antikörper gefunden worden seien, habe man bei den Prostituierten für die Einheimischen keine Fälle gefunden. 1985 habe es Veröffentlichungen des belgischen Professors Nahmia über die Untersuchung älterer afrikanischer Blutseren gegeben. Diese stammten aus den 60er Jahren und waren eingefroren aufbewahrt worden. Bei über 90%, so der sensationelle Befund, seien Anti-Körper gegen den AIDS-Virus gefunden worden. Das ließ sich natürlich als Indiz werten, daß AIDS in Afrika schon erheblich früher aufgetreten sein mußte. Segal und anderen sei allerdings bekannt, daß die Untersuchung älterer Antikörper problematisch sei, und so habe Prof. Nahmia, aber auch andere Forscher, mit verfeinerten Methoden 1986 eine zweite, erweiterte Untersuchung vorgenommen, in der die Tests auf Anti-Körper des AIDS sämtlich negativ ausgefallen seien. Nahmias veröffentlichte Schlußfolgerung besagte, daß seine ersten Untersuchungen auf einer ungeeigneten Technik basiert hätten und man jetzt mit Sicherheit sagen könne, daß bis 1980 für Afrika das Auftreten von AIDS-Erregern sicher auszuschließen sei; ein schwerer Stoß für die These, AIDS sei in Afrika entstanden.

Segal kommt bei seinen Nachforschungen dann zu einer anderen Quelle des AIDS. Er beruft sich dabei durchweg auf Forschungen des Institutes von Gallo in den USA. Dieses Institut hatte 1983 nach den Franzosen ebenfalls das AIDS-Virus auffinden können. Die Entwicklung des ersten Bluttestes für Anti-Körper ein Jahr später macht Gallo inzwischen zu so etwas wie einem AIDS-Papst. Bei diesen Untersuchungen wurde die Verwandtschaft des AIDS-Virus mit dem sog. HTLV I-Virus festgestellt, der ebenfalls die T-Zellen im Menschen angreift, dort aber keine Immunschwäche, sondern Krebs verursachen könne. Auf der Suche nach anderen Verwandschaften sei man auf ie Gruppe der ,,Lenti-Viren'' gestoßen, die bei Tieren Krankheiten hervorrufen würden, die eine ähnlich lange Dauer zwischen Ansteckung und Ausbruch der Krankheit aufweisen würden. Hier habe man die Verwandtschaft mit einem Typ Visna-Virus gefunden, der bei Schafen in Island eine schreckliche Gehirnkranheit hervorrufe. Segal geht aber über die These der ,,Verwandtschaft'' dieser Viren hinaus und behauptet, man habe offensichtlich aus dem HTLV I-Virus ein Stück herausgeschnitten und ein Stück des Visna-Virus eingebaut. Dies könne in der Natur überhaupt nur durch *,,ein Wunder''* passiert sein, also müsse man von einer Genmanipulation ausgehen.

Bei der Suche nach der Quelle und der Auslösung von AIDS (spätestens 1977) stoße man dann auf Fort Detrick. Dort sei 1977 ein biologisches Hochsicherheitslabor der Sicherheitsstufe P-4 eröffnet worden. Dieses und andere P-4 Labors seien in den USA für Tests mit Viren-Krankheitserregern vorgeschrieben, um z.B. durch Unterdruck eine Ausbreitung der Viren zu verhindern. Man habe 1977 genug Zeit gehabt, um dort entsprechende Forschungen durchzuführen. Es sei außerdem aus Berichten des US-Kongresses bekannt, daß die US-Waffenforscher nicht nur die Folgen radioaktiver Strahlung an Menschen getestet hätten, sondern daß das gleiche auch bei B-Waffen passiert sei. Man habe also Strafgefangenen den neuen und in der Wirkung unbekannten Virus eingespritzt. Da nun mal die ersten Krankheitssymptome bei AIDS harmlos aussehen und nach einiger Zeit wieder verschwänden, habe man die Gefangenen in die Freiheit entlassen. Diese Entlassung der vorwiegend zu lebenslänglich verurteilten Gefangenen in die Freiheit, falls sie die Experimente überstehen, ist ja gerade das entscheidende Lockmittel. Diese Gefangenen seien dann in der Homosexuellen-Szene in New York untergetaucht und hätten dort die Krankheit verbreitet, inzwischen dürften sie gestorben sein.

Zusammenfassend ist nach Segal das AIDS-Virus ein künstliches Produkt, das dem Gebäude 550 des US-B-Waffenforschungslabors in Fort Detrick entsprungen ist und von New York aus seinen traurigen Siegeszug über die Welt angetreten hat. Prof. Segal hält seine Thesen durchaus nicht nur für begründete Indizien, sondern sozusagen für eine Art Beweis, der einer Gerichtsverhandlung standhalten könnte. Er sagt selbst dazu: *,,Jedes Gericht erkennt Indizienbeweise an. Ich habe Ihnen eine solide und lückenlose Indizienkette vorgelegt. Und ich bitte Sie, noch eines zu bedenken: Es gibt außer meiner Deutung keine einzige wissenschaftlich vertretbare Theorie über die Entstehung von AIDS, natürlich oder künstlich und sein erstmaliges Auftreten in New York. Soweit eine wissenschaftliche Aussage überhaupt sicher sein kann, dürfen wir mit Sicherheit sagen: AIDS ist Man-Made in USA.''*

Die afrikanische ,,AIDS-Hölle''

Es drängt sich auf, hier darzustellen, was die Gen-Wissenschaftler für ihre These, daß AIDS aus Afrika stamme, anzubieten haben, da sie immerhin der Öffentlichkeit als quasi bewiesene und feststehende Tatsache verkauft wird.

Fangen wir mit Meinrad Koch vom Robert-Koch-Institut in Westberlin an. Im ,,taz''-Interview sagt er hierzu, die ältesten Seren mit AIDS-Antikörpern stammten *,,aus den sechziger und dem Anfang der siebziger Jahre aus Afrika''*. Daraus ließe sich schließen, daß AIDS in Afrika bereits zehn Jahre früher als in den USA zu finden gewesen sei.

Die ,,taz'' wendet dagegen ein, daß Prof. Segal behauptet habe, daß diese Untersuchungen sich später als falsch herausgestellt hätten. Meinrad Koch bestätigt dies. Dann aber holt er aus: *,,Inzwischen haben wir unsere Methoden verfeinert. Es besteht kein Zweifel mehr daran, daß es sich hier nicht um irgendwelche Kunstprodukte oder Kreuzreaktionen handelt, sondern dieses Virus lange vor den angeblichen Manipulationen, die Segal vermutet, existiert hat.''* Die ,,taz'' zitiert den Göttinger Professor Hunsmann, der ebenfalls den Nachweis von AIDS-Antikörpern in älteren afrikanischen Seren bestreitet und Koch antwortet: *,,Herr Hunsmann kann nur bestreiten, daß in den Seren, die er untersucht hat, kein HIV-Nachweis möglich ist.''* Schluß, aus, das war der ganze Beweis: keine Quelle, keine Untersuchung wird genannt. Trotzdem sollen wir an den Nachweis von AIDS-Antikörpern glauben, weil Prof. Koch es sagt. Statt Fakten soll dem ,,taz''-Leser die Koch-Autorität genügen.

Der AIDS-Papst Gallo behauptet im neusten ,,Spektrum der Wissenschaft'', daß man in Serenproben aus den fünfziger Jahren aus Afrika *,,erste Anzeichen für eine Infektion mit dem Virus''* entdeckt habe. Auch hier keine Quelle, kein Land, wir müssen es schon glauben. Die einzige mir bekannte Quelle solcher Seren-Untersuchungen mit positivem Hinweis auf AIDS gibt Booby Hatch an, der zu den Kritikern der Afrika-These gehört. Man habe positive Reaktionen in Uganda gefunden, wo aber gar kein AIDS-Fall bekannt sei. Tatsächlich besitzt AIDS in Zentralafrika eine erstaunlich große Verbreitung. Zehn Prozent der AIDS-Krankheiten sind in Afrika angesiedelt. Die Krankheitsrate liegt aber unter den US-Zahlen und das Internationale AIDS-Epidemiologie-Zentrum bestätigte, daß es keine Beweise für die Afrika-These gebe, da die AIDS-Krankheit dort in den 80er Jahren aufgetreten sei. Trotzdem behauptet Gallo, AIDS habe erst in einem begrenzten afrikanischen Gebiet Zentralafrikas existiert, sich in den 70er Jahren über ganz Zentralafrika verbreitet und sei von dort aus nach Haiti gelangt und möglicherweise von dort aus nach Europa und in die USA. Der Beweis- und Faktenwert dieser Afrika-Behauptungen ist auch hier gleich Null, obwohl es gerade entscheidend wäre, die Stelle der Ausbreitung zu finden. Diese Schlamperei ist bei sonst penibel arbeitenden Wissenschaftlern bemerkenswert.

Auch in Haiti sind die AIDS-Zahlen vergleichsweise hoch. Booby Hatch zufolge habe man inzwischen den Verdacht, daß AIDS aus Zaire über Haiti in die USA eingeschleppt worden sei, fallengelassen, denn erst zwei Jahre nach New York waren AIDS-Fälle in Haiti aufgetreten, zudem in der Hauptstadt Port au Prince, wo sich Massen von US-Bürgern tummeln. Das Auftreten von AIDS unter Homosexuellen und dann Haitianern hätten die ,,moralischen Erneuerer'' unter Reagan entsprechend ausgenutzt, z.B. gegen den Flüchtlingsstrom aus Haiti in die USA.

Wie man es dreht und wendet, die Afrika-These für AIDS steht auf geradezu tönernen Füßen und man sieht, wie wichtig die reine Wissenschaft im Vergleich zu politischer Absicht und der Macht der Medien und Genforscher ist. Aber halt, da fehlt ja noch die grüne Meerkatze, die sich als AIDS-Verursacher in den Urwäldern tummelt und damit kommen wir zum interessantesten Teil der ganzen Geschichte.

Das Affen-AIDS

Gallo schreibt, daß Prof. Essex und seine Kollegin Kanki 1985 ein dem AIDS verwandtes Virus aus der grünen Meerkatze isoliert hätten, einer Affenart, von der wir nun hinreichend wissen, daß sie in Äquatorialafrika sehr verbreitet ist. Allerdings sei der Ver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wandtschaftsgrad mit AIDS nicht besonders hoch und dieser Affenvirus ruft bei Meerkatzen auch keine Krankheit hervor. Hier taucht der von Segal als Vater der Afrika-These benannte Essex also wieder auf, der eng mit dem Gallo-Team zusammenarbeitet. Gallo sagt, inzwischen beginne sich die Lücke von Affen- und Menschenvirus zu schließen, weil man eine Gruppe von Zwischenviren gefunden habe. Der Affenvirus könne im Menschen dann eine entsprechende Umwandlung zum tödlichen AIDS durch Mutation erfahren haben.

Hier schließt sich ein denkwürdiger Kreis. Denn schon 1983 und 1984 hatte Booby Hatch eine ganz ähnliche These vertreten, bloß seine Affen stammten nicht aus dem afrikanischen Busch, sondern befanden sich in US-Labors, wo Hatch den Ausgang von AIDS als biologischen oder gentechnologischen Unfall vermutet. Da wir Booby Hatch schon häufiger zitiert haben, wird es Zeit, ihn vorzustellen. Booby Hatch ist ein Pseudonym, das soviel wie „Ausgeburt eines Irren oder „Irrenhaus heißt. Die Maske eines Pseudonyms sei bewußt gewählt, er wolle durch seine Sachargumente überzeugen, begründete er diesen Schritt in der westberliner kritischen Wissenschaftszeitung „Wechselwirkung". Und in der Tat



bestechen aus der Sicht des Laien die sachlich fundierten und in den Schlußfolgerungen vorsichtigen Ausführungen von Hatch. Ihm zufolge fand man bei AIDS-Tests an der grünen Meerkatze positive Reaktionen, ohne daß
gen von Hatch. Ihm zufolge fand man bei AIDS-Tests an der grünen Meerkatze positive Reaktionen, ohne daß
die Affen erkrankten. 1983 sei außerdem bekannt geworden, daß es in zwei Primatenzentren für Affen in Davis und Southborough eine Reihe schwerer Affen-AIDS-Epidemien gegeben habe. Man nennt diese Krankheit inzwischen SAIDS, wobei das S für simian, die englische Bezeichnung für Affe steht. In Davis habe es seit 1969 vier solcher Epidemien gegeben, eine besonders schwere 1976-78, wobei 40% der Makaka-Affen gestorben seien. Die Ursache der Krankheit sei unbekannt gewesen, sie sei spontan aufgetreten. Aus Southborough wird angegeben, wie Mitte der 70er Jahre diese Krankheit entstanden sei: Man habe bösartiges Gewebe eines erkrankten Lymphsystems einem gesunden Affen eingespritzt und dieser erste so behandelte Affe starb zwei Jahre später an SAIDS. Beim ständigen Austausch zwischen diesen Zentren können auch die Krankheiten dieser Affen schnell überwechseln. Spätestens 1975, also lange bevor das menschliche AIDS bekannt war, habe man in diesem Labor mit Affen-AIDS experimentiert, d.h. Wissenschaftler hätten ein Tiermodell einer Krankheit entwickelt, die es beim Menschen noch nicht gab. Hatch nimmt z.B. an, daß das Affen-AIDS durch Übertragung aus der grünen Meerkatze auf andere Affen ausgelöst werden könnte, daß häufig Affenviren in menschlichem Gewebe weitergezüchtet würden und es Übertragungen bzw. Umwandlungen solcher Viren gegeben habe. Hierbei könne es zur Übertragung der Viren auf den Menschen gekommen sein. Dafür sei die sog. Marburg-Krankheit ein Beispiel, wo in den 60er Jahren in Marburg nach Experimenten mit grünen Meerkatzen plötzlich eine Reihe von Todesfällen im Labor zu verzeichnen gewesen seien. Man habe schon ähnliche Erscheinungen bei der Entwicklung von Impfstoffen gegen Kinderlähmung oder Schnupfen beobachtet, wo plötzlich Krebsarten von einem Tier auf andere übertragen worden seien.

In der Beurteilung dieser Thesen ergibt sich dann folgendes Bild: Wenn von kritischen Wissenschaftlern die Übertragung des Affenvirus auf den Menschen in den US-Labors als mögliche Ursache des AIDS angesehen wird, wird ihnen eine Fülle „wissenschaftlicher" Argumente entgegengehalten, warum das unbedingt auszuschließen sei, gar nicht funktionieren könne, etc.

Wenn aber zwei Jahre später die „anerkannte" AIDS-Wissenschaft eine ganz ähnliche These von der Übertragung des Affenvirus auf den Menschen verbreitet, dann stimmt das Ganze, weil es im afrikanischen Busch und nicht in ihren eigenen Labors stattgefunden haben soll.

Eines ist dabei aber ganz und gar unwahrscheinlich: Wenn 1985 Professor Essex mit seiner afrikanischen Affenthese auftritt und prompt einen weltweiten Durchmarsch in der öffentlichen Meinung hat, dann dürfte er selbst zur Affen-Forscher-Gemeinde der Genforscher in den USA gehören. Sollte ihm dort das US-Affen-AIDS und die Diskussion darum entgangen sein? Man kann also getrost davon ausgehen, daß diese Affenforscher mehr wissen, als sie preisgeben.

Es sei hier hinzugefügt, daß Booby Hatch seine Thesen immer nur als eine mögliche Variante der Entstehung vorträgt, daß er sogar die Schwierigkeit
Hatch seine Thesen immer nur als eine mögliche Variante der Entstehung vorträgt, daß er sogar die Schwierigkeit
betont, einen Nachweis zu führen, weil man bei der Genforschung gar nicht wisse, was man produziere, sondern das ganze nur an den schließlichen Ergebnissen überprüfen könne.

„*Warum*", fragt Booby Hatch, „*wurde ein möglicher Zusammenhang mit den vorangegangenen Affen-AIDS-Epidemien völlig ignoriert? Viele Beispiele aus der Virologie zeigen, daß Viruserkrankungen bei Tieren durchaus auch beim Menschen auftreten, ohne daß unbedingt genmanipulierte Erreger dem zugrunde liegen müssen. Über die Ursachen der Affen-AIDS-Epidemien herrscht auch Unklarheit.*

Warum wurde Affen-AIDS als ‚Tiermodell' für eine menschliche Krankheit benutzt, bevor es diese Krankheit überhaupt gab?

Warum wurde nie in Erwägung gezogen, daß das zeitliche Zusammentreffen der Epidemien, sei es bei Tieren oder Menschen, mit dem Aufschwung der Forschung mit Retroviren, als Ursache für AIDS in Betracht kommen kann?

Nur die Beantwortung der hier aufgeworfenen Probleme wird zu einer Klärung über die Herkunft der Erreger führen."

Mit der sehr plausiblen These von Booby Hatch, daß AIDS tatsächlich von einem Affenvirus abstammen könnte, wie ja auch die offizielle Version behauptet, ist die Segal These, daß AIDS einem B-Waffenlabor entsprungen sein könnte, keineswegs vom Tisch, sondern als Möglichkeit weiter in Betracht zu ziehen. Es ist bedauerlich, daß Segal so tut, als sei seine Version die einzig vorhandene These — die Hatch-Geschichte scheint er nicht zu kennen — und als sei seine Indizienkette schon ein schlüssiger Beweis. Seine Gegner jedenfalls versuchen gleich jeden kleinen Einwand als Widerlegung jeden Verdachts gegen die B-Waffenforscher zu werten, so auch Prof. Meinrad Koch in seinem „taz-Interview. Neben schlicht dummen Zeug (wenn er etwa die 86 Jahre Segals heranzieht oder einfach abstreitet, daß 1981 die Krankheit von Dr. Gottlieb erstmals beschrieben wurde) hat er neben der berüchtigten Afrika-Story auch ein schlagendes Argument: Er selbst kenne das beschuldigte Labor 550 in Fort Detrick, sein guter Freund, der Sicherheitsingeneur Oviatt habe es konstruiert und er selbst habe es besuchen können. Dies Gebäude in Fort Detrick sei überhaupt nur ein einziges Mal benutzt worden. Koch sagt: „*Man hat in Amerika eine ganze Reihe solcher Hochsicherheitslaboratorien gebaut, die sich inzwischen als riesige Fehlinvestition erwiesen haben, weil sie zu kompliziert sind, um in der Praxis funktionieren zu können. Im übrigen glaubt man heute, daß kein Experiment solcher Hochsicherheitsvorkehrungen bedarf.*"

Segal hat auf das Labor 550 getippt, weil nach den „alten" Sicherheitsrichtlinien entsprechende Experimente in dem Labor 550 hätten stattfinden müssen. Was er anscheinend nicht wußte, war die Tatsache, daß diese teuren Labors nicht benutzt werden, weil inzwischen die Sicherheitsanforderungen radikal gesenkt wurden. (s. auch Kasten zur Frage der Sicherheit bei der Genforschung)

Doch hier dreht sich dann der scheinbar schlagende Einwand gegen Segal in sein Gegenteil um. Es kommen nach Koch inzwischen also zahlreiche Labors in Fort Detrick als Quelle infrage und immerhin gibt es dort über 100 B-Waffenlabors.

Auch alle superschlauen Argumente gegen Segal, die besagen, man habe damals gar nicht gezielt an AIDS-Viren forschen oder kombinieren können, fallen dann flach, wenn man nicht unbedingt behaupten will, AIDS sei ein gezieltes Forschungsprodukt (was Segal meines Erachtens auch nicht unbedingt tut) sondern eher ein unerkanntes Ergebnis beim Herumexperimentieren.

Auch die ganze Kette von Widersprüchen bei den vermuteten und behaupteten Verwandtschaften des AIDS-Virus mit anderen lassen sich leicht aufklären. Es ist ganz offensichtlich nicht so, wie es der „taz-Interviewer Kuno Kruse vermutet, daß Meinrad Koch nur seinen großen Computer anschmeißen muß, um die Genverwandschaften des AIDS-Virus in großen Zahlenkolonnen auszurechnen. Vielmehr scheinen die praktischen Untersuchungsmethoden heute nur begrenzt Rückschlüsse auf Virenverwandtschaften zu erlauben. Die Ergebnisse liefern eher Vermutungen als tatsächliche Beweise über Virenverwandtschaften, will man nicht annehmen, daß hier sämtliche Viren-Forscher-Größen, von denen ja diese Untersuchungen stammen, dauernd Mist gebaut haben. Hinzu kommt speziell bei AIDS, daß man inzwischen feststellen konnte, daß bei diesen Viren in den Kenndaten selbst Unterschiede von 10% oder sogar 30% auftauchen.

Daß entsprechende B-Waffenforschungen mit solchen Viren betrieben werden, daß dort ein solcher Unfall passiert sein kann, der über Menschenversuche nach New York gelangt ist, das wird ja gar nicht versucht, ernsthaft zu bestreiten. Dafür müßte man sich auch der Forderung anschließen, daß die B-Waffenforscher ihre Karten auf den Tisch legen.

Der Unfall wird immer wahrscheinlicher!

Unsere Schlußfolgerung lautet: Es gibt derzeit keinen Beweis, wo und wie AIDS entstanden ist, ein gezieltes Experiment mit Viren ist nach dem Stand der Forschung vor zehn Jahren eher auszuschließen.

Mit Meinrad Koch sind wir der Meinung, daß im Prinzip in der Natur und in der Genforschung ähnliche Methoden „angewendet" werden. Seinem fast religiösen Glauben oder seiner Schutzbehauptung, daß die Natur alles schädliche für den Menschen schon produziert und wieder ausgemerzt habe, können wir dagegen absolut nicht teilen. Man muß sogar umgekehrt davon ausgehen, daß die Gefahren und schädlichen Wirkungen der Gentechnologie mit ihren „Erfolgen um so größer werden, was umgekehrt nützliche, anwendbare Erfolge in einem gewissen Maße auch nicht ausschließt. Warum sollte etwa die Herstellung eines AIDS-Serums nicht gelingen?

Zur Zeit des AIDS waren die Genforscher schon dabei, mit Viren und der Veränderung gentechnisch herumzuexperimenten. Wie wir gesehen haben, könnte der AIDS-Virus aber auch ganz einfachen biologischen Experimenten entsprungen sein, wie es beim Affen-AIDS offensichtlich passiert ist. Auch die allgemein verbreitete Behauptung, AIDS stamme aus Afrika, ist heute nicht durch einen Gegenbeweis zu widerlegen. Allerdings sprechen alle Indizien dagegen, und es ist viel eher zu vermuten, daß hier eine gezielte Desinformation oder Schutzbehauptung in die Welt gesetzt wurde, um vom bekannten Affen-AIDS, der in den USA tatsächlich beobachtet wurde und als AIDS-Verursacher verdächtig ist, abzulenken. Die black-outs der anerkannten Genforschung an dieser Stelle nähren den Verdacht.

Für die B-Waffen-Forschung als Quelle des AIDS spricht nicht nur die Tatsache, daß hier alle Erkenntnisse und bekannten Viren-Forschungen weitergetrieben werden, sondern vor allem das Ziel der B-Waffenforschung, aller Art schädliche Viren zu produzieren. Die B-Waffenforscher haben in der Vergangenheit und bis heute am wenigsten vor kriminellen Experimenten selbst am Menschen zurückgeschreckt.

Im Gegensatz zu den Stimmen der „taz-Leser kann es nur unser Interesse sein, alle Spuren zu verfolgen und zu nutzen, um den Druck auf die Genforschung zu erhöhen, ihr Treiben aus dem Dunkel zu holen.

Persönlich kann ich eine sinnvolle Forschung in diesem Bereich und die Möglichkeit entsprechender Sicherheitsvorkehrungen nicht ausschließen. Die derzeitige Praxis muß aber mit allen Mitteln bekämpft werden, sie macht es mehr als wahrscheinlich, daß AIDS die erste Katastrophe der Genforschung war oder uns demnächst ähnliche oder weitere Katastrophen ins Haus stehen.

HH

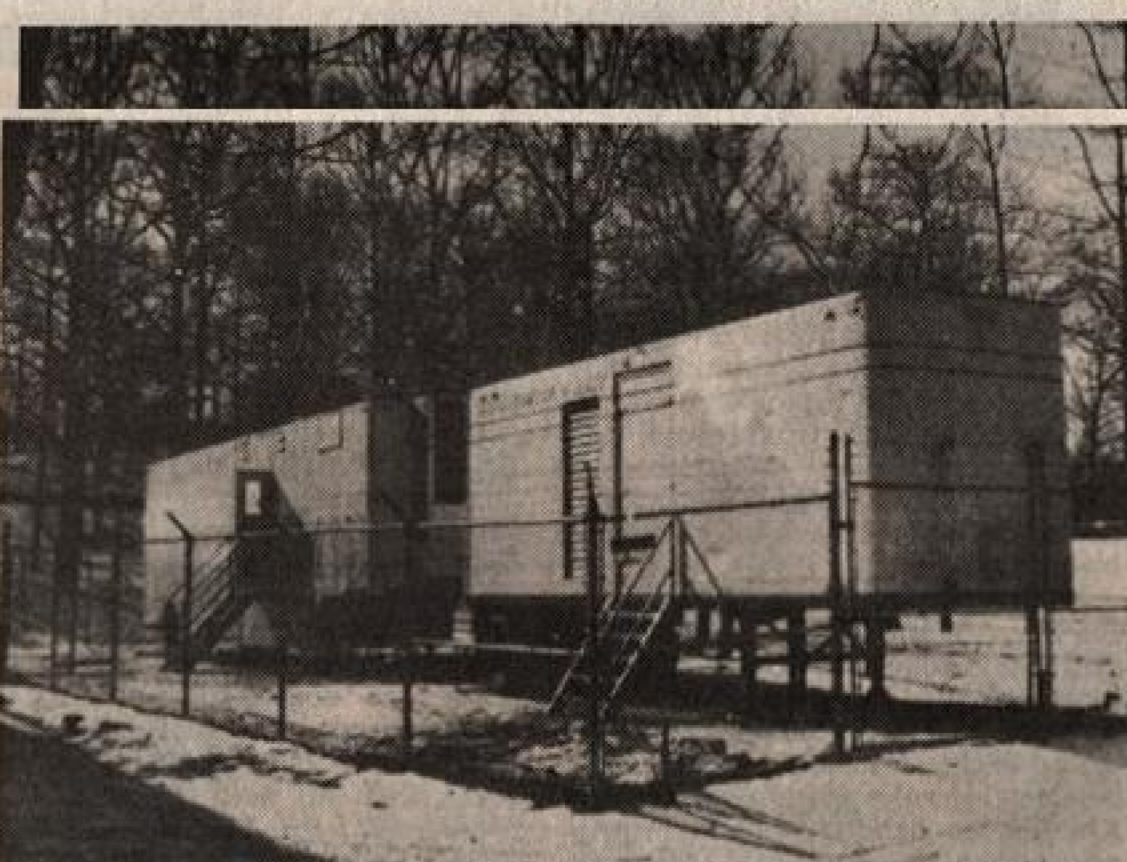
Vorsicht ist ein teurer Luxus

„Viren und eben auch Retroviren sind seit einigen Jahren nicht mehr ausschließlich natürlichen Ursprungs. Die Gentechnologie, die Technik des Zerschneidens und Neuzusammenfügens von Erbmaterial verschiedener Organismen (Rekombinieren von Genen) und das Vervielfältigen (Klonieren) neuer DNS-Sequenzen, hat eine Vielzahl völlig neuer Viren in Milliardenauflage hervorgebracht. In der Krebsforschung werden daher schon länger nicht mehr nur natürliche DNS-Stränge in Viren auf mögliche Veränderungen ihrer biologischen Wirksamkeit getestet. Bei diesen Experimenten verstehen besonders zu Beginn (und öfter auch am Ende) die Wissenschaftler kaum etwas von den Eigenheiten ihres Versuchsmaterials. Der gängige Weg, mehr darüber zu erfahren, ist, damit herumzuspielen. Experimente mit rekombinater DNS waren daher bis in die Mitte der siebziger Jahre relativ stark reglementiert, besonders in den USA. Als jedoch nichts sichtbar Schlimmes passierte, wurden die Sicherheitsrichtlinien schrittweise abgebaut. Während früher US-Wissenschaftler nach Europa reisten, um mit menschlichen Genen zu experimentieren, ist es seit Januar 1979 auch in den USA gestattet, menschliche Krebsvirus-DNS zu klonieren.

Die meisten Genforscher feierten diesen Kontrollabbau begeistert. Teure Sicherheitseinrichtungen und zeitraubende Sicherheitsprozeduren waren nun nicht mehr vorgeschrieben. Überzeugt, daß sich nun die Zeit bis zur Verleihung des Nobelpreises entscheidend verkürzt hatte, sprangen nun immer mehr Wissenschaftler auf den sausenden Genexpress und die Industrie natürlich auch. Die Anzahl der gentechnologischen Experimente schnellte in die Höhe, und auch die eingesetzten Mengen konnten drastisch gesteigert werden. Längst machen nicht mehr die verantwortlichen Wissenschaftler, sondern oft unzureichend informiertes Laborpersonal den Großteil der Experimente. Bei Risikoabschätzungen müssen sie sich dann auf die Anweisungen ihrer Chefs verlassen. Bei derart massenhaftem Herumhantieren mit bereits in natürlicher Form potentiell krankheitserregendem biologischen Material wie den Retroviren braucht ein katastrophaler Fehler zunächst überhaupt nicht bemerkt zu werden. Die mögliche lange Latenzzeit bei Retrovirusinfektionen macht ein Zurückverfolgen des Infektionsweges sehr schwierig.

Einige australische Wissenschaftler formulierten 1983 bereits ihre Besorgnis über mögliche Risken bei gentechnologischen Arbeiten mit Retroviren. Sie warnten vor allem, daß die Herabsetzung der Sicherheitsstandards nach Erfahrungen mit von Retroviren grundlegend verschiedenem biologischen Material erfolgte, daß die Eigenschaften der Retroviren und deren DNS-Sequenzen noch viel zu wenig erforscht seien, um Risikoabschätzungen überhaupt betreiben zu können. Sie deuteten zum ersten Mal öffentlich einen möglichen Zusammenhang zwischen dieser Art von Forschung und AIDS an, wenn auch nur sehr indirekt. Im allgemeinen Goldrausch der Molekularbiologie gingen diese Warnungen völlig unter. Zumindest unter den US-amerikanischen Genforschern scheint das Nachdenken über Risiken der neuen Technologie tabu zu sein".

Bobby Hatch:
aus Wechselwirkung, Nr. 23, November 1984, „AIDS — Unfall, Zufall oder unzufällig?"





Viruslabor, gesicherter Laborarbeitsplatz in Fort Detrick (US-Staat Maryland)

Quellen:
Da dieser Artikel im wesentlichen auf einer begrenzten Anzahl von Quellen beruht, wurde im Text selbst darauf verzichtet, die Quellen im einzelnen zu kennzeichnen.
(1) „taz, 18.2.87; AIDS — Man-Made in USA; Stephan Heym interviewt Prof Segal
(2) „taz, 25.2.87; eine Seite Leserbriefe mit fast durchweg ablehnender Tendenz dazu
(3) „taz, 28.2.87; „HIV ist kein gentechnologisches Produkt"; Kuno Kruse interviewt Prof. Dr. Meinrad Koch vom Robert-Koch-Institut in Westberlin
(4) Spektrum der Wissenschaft, März 1987; Das AIDS-Virus von Robert C. Gallo
(5) Wechselwirkung, Nr. 23, Nov. 1984; AIDS: Unfall, Zufall oder unzufällig? von Booby Hatch
(6) Wechselwirkung, 27.11.85; AIDS — Eine „Altlast" der Forschung? von Booby Hatch
(7) Gentechnologie — Chancen und Risiken, Nr. 10, J.Schweitzer Verlag, München; Die ungeklärten Gefahrenpotentiale der Gentechnologie; Dokumente eines Fachsymposiums; darunter speziell: Die Entstehungsgeschichte von AIDS — Ein Streitgespräch mit Regine Kollek und John Collins
(8) Workers world, 14.7.1983; AIDS and U.S. biological warfare: The connection deepens

Der unangreifbare Virus

— Biologische Kriegsführung und Gentechnologie —

Bakteriologische Waffen sind ein dunkles und grausiges Kapitel der Wissenschaft im Dienste der Kriegsführung. Die Vorstellung vom skrupellosen Wissenschaftler, der im Geheimlabor mit unbekannten Viren experimentiert, inspirierte zahllose Horrorfilme. Und doch stellt selbst nur die Spitze des Eisberges, die aus den realen Labors bekannt wurde, diese Visionen in den Schatten. Die mit Pocken infizierten Decken, die weiße Siedler vor rund 200 Jahren den nordamerikanischen Indianern schenkten, um sie anschließend leichter überwältigen zu können, waren der Beginn der biologischen Kriegsführung in den USA. Über Kuba, Korea, Vietnam führt die Spur in die Forschungsinstitute und Army-Labors der achtziger Jahre, wo mit Milliarden-Etats an den perfekten Viren geforscht wird — mit Hilfe der Gentechnologie. Sie hat die militärische Nützlichkeit und Anwendbarkeit der Bio-Waffen dramatisch erhöht.



Die Spuren bakteriologischer Kriegsführung sind so verwickelt wie schmutzig. In dem Gewirr von Spekulationen, Anschuldigungen, Dementis und Enthüllungen taucht ein Name immer wieder auf: Fort Detrick/Maryland — jenes Fort Detrick, auf das sich jetzt der Verdacht des AIDS-Ursprungs richtet und wo sich seit den 40er Jahren das Forschungslabor der US-Army für biologische Waffen befindet. Nehmen wir eine Spur in Fort Detrick auf und wickeln den Faden zurück: Merkwürdige Pakete treffen im Frühjahr 1977 in der Forschungsbasis ein: Sie enthalten menschliche Organe, Leber und Nieren aus Südkorea. Die Menschen, denen diese Organe gehörten, waren an einem mysteriösen Blutsturz-Fieber gestorben, das sich wie eine Epidemie in großen Teilen Südkoreas ausgebreitet hatte.

Der sogenannte ,,Korea-Virus'' entpuppte sich als derselbe Erreger, an dem japanische Einheiten während des Zweiten Weltkrieges unter dem Namen ,,Mandschurisches Fieber'' gearbeitet hatten: Das japanische Militär experimentierte damals in der Mandschurei an tausenden von Kriegsgefangenen mit biologischen Kampfstoffen, untersuchte die militärische Tauglichkeit von Erregern u.a. für Beulenpest, Ruhr, Tuberkulose. Mehr als 3.000 der menschlichen Versuchskaninchen starben bei den Experimenten oder wurden bei Kriegsende getötet. Versuchsweise wurden die B-Waffen auch gegen chinesische Städte eingesetzt. Zur Verantwortung gezogen wurden die japanischen Kriegverbrecher nicht. Die US-Besatzungstruppen gaben ihnen Straffreiheit und erhielten dafür ihre Forschungsergebnisse, die ebenso wie die einschlägigen Materialien aus Nazi-Deutschland in die US-Forschung einflossen.

Das ,,Mandschurische Fieber'', das auch im Korea-Krieg plötzlich ,,ausbrach'', veränderte sich allerdings bis zum Auftreten Mitte der siebziger Jahre als ,,Korea-Virus'' auf eine Weise, die nordkoreanische Wissenschaftler für nicht natürlich hielten. Die Inkubationszeit schmolz auf wenige Tage, die Sterblichkeitsrate stieg drastisch und die Symptome einer Lungenentzündung kamen dazu. Die Wissenschaftler vermuteten bereits damals, daß die USA den ursprünglichen Blutsturz-Erreger durch genetische Kombination verändert und in seiner Wirkung verschärft hatten. Jedenfalls zeigten die USA an der wissenschaftlichen Untersuchung der Seuchenopfer großes Interesse: Die Pakete in Fort Detrick ... (1)

Die alten Bio-Waffen haben ihre Tücken

Die biologischen Kampfstoffe, also vor allem Viren und Bakterien, in ihrer herkömmlichen Struktur hatten für die Militärs entscheidende Nachteile: an erster Stelle die Unwägbarkeit und Unkalkulierbarkeit der Folgen eines bakteriologischen Einsatzes — Bakterien respektieren weder geographische Grenzen noch militärische Fronten Grenzen noch militärische Fronten und verändern sich möglicherweise in neuer Umgebung. Ein historisches Denkmal für die Unkalkulierbarkeit ist die schottische Insel Gruinard. Das britische Militär, das im Zweiten Weltkrieg einen bakteriologischen Angriff auf sechs deutsche Städte erwog, ließ 1941 auf der Insel zu Testzwecken eine Milzbrand-Bombe explodieren — die Wirkung war so durchschlagend, daß Gruinard noch heute unbetretbar ist und es nach Ansicht von Wissenschaftlern auch noch die nächsten 500 Jahre bleiben wird.

Weitere Nachteile herkömmlicher Bio-Kampfstoffe für ihre Anwender sind die geringe Resistenz gegen UV-Strahlung, ihre geringe Stabilität unter veränderten äußeren Bedingungen und die zu leichte Diagnose und Therapie bei den Opfern, wenn es sich eben um Krankheiten handelt, die im Prinzip medizinisch erkannt und erforscht sind.

Was sind biologische Waffen?

Biologische Kriegsführung ist das vorsätzliche Krankmachen von Menschen, Tieren oder Pflanzen. Man unterscheidet dabei selbstlebende Organismen wie Viren und Bakterien, die Seuchen und Epidemien erzeugen und TOXIN—Kampfstoffe, giftige Stoffwechselprodukte wie z.B. Pilzgifte. Zu den bekanntesten, tödlich wirkenden bakteriellen Kampfstoffen gehören Milzbrand, Cholera, Lungenpest, Tularämie (Hasenpest) und Typhus; Virus-Waffen sind unter anderem Gelbfieber, Dengue-Fieber, Chikunun-ya-Fieber, venezolanische Pferdeenzephalitis. Biologische Kampfstoffe eignen sich besonders bei der verdeckten Kriegsführung. Der Angreifer bleibt unerkannt, und der Nachweis der auch natürlich vorkommenden Organismen ist kaum möglich. Ziel des Einsatzes sind dabei vor allem die Zivilbevölkerung und ihre Lebensgrundlagen, um die Gesellschaft zu destabilisieren und ein bekämpftes Regime zu schwächen. Für Pflanzenkrankheiten bieten besonders die Monokulturen in der Dritten Welt eine geeignete Angriffsfläche.

Erste Schritte in Richtung Gentechnik schon in den 60er Jahren

Nachteile bei Waffen ind dazu da, behoben zu werden. 1962 gab ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums eine Liste von Forschungsschwerpunkten bekannt, an denen die Wissenschaftler im Dienste des Militärs arbeiteten und deren Ergebnisse der B-Kampfstoff-Forschung nutzen sollten. Zu den Forschungsergebnissen gehörten folgende:

— die Isolierung der Ribonukleinsäuren verschiedener Viren und der Versuch ihrer Rekombination zu einem neuen Virus;

— Isolierung von Mutanten von Bakterien, die resistenter gegen Aerosolisierungseffekte sind als ihre Elternstämme:

— Überführung gewünschter Eigenschaften von einem Mikroorganismus auf einen anderen, z.B. die Toxinbildende Fähigkeit und die Antibiotika-Resistenz. (2)

Bereits vor über 20 Jahren richteten US-Wissenschaftler also ihre Anstrengungen darauf, Viren künstlich ,,nachzurüsten'', sodaß sie mit herkömmlichen Antibiotika und Chemotherapeutica nicht mehr von er betroffenen Bevölkerung bekämpft werden können; Viren so zu kombinieren, daß sie neue, schwer zu diagnostizierende Krankheitssymptome erzeugen, und letztlich Kampfstoffe tauglich dafür zu machen, daß sie auch tagsüber (UV-Strahlung) vom Flugzeug versprüht werden können und ihre Eigenschaften unter veränderten klimatischen Bedingungen beibehalten.

Über diese von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Pionierzeit der Gentechnologie sagt der DDR-Molekularbiologe Erhard Geissler (3): ,,Natürlich haben sich schon die Ergebnisse der ,ersten Etappe' der Molekulargenetik sehr effektiv für die Entwicklung biologischer Waffen mißbrauchen lassen.'' Geissler geht davon aus, daß allein im biologischen Forschungsinstitut der US-Army (Fort Detrick) etwa 500 Biologen bis Anfang der 70er Jahre an diesen Entwicklungen gearbeitet haben. Bereits 1970 gelang es den Militär-Wissenschaftlern in Fort Detrick, Resistenzen gegen ein herkömmliches Antibiotikum in Pest-Erregern einzuführen. Eine Therapie dieser Krankheit mit einem Antibiotikum wäre also nicht mehr möglich, wenn die derart manipulierten Erreger als Kampfstoffe eingesetzt würden (2). Dieses Ergebnis erzielten die Forscher, wie gesagt, bereits vor 17 Jahren. Auch wenn Absichtserklärungen von tatsächlichen wissenschaftlichen Ergebnissen unterschieden werden müssen, so scheint es heute prinzipiell möglich zu sein, Erreger mit neuen Eigenschaften buchstäblich zu konstruieren (4).

Der Traum des Pentagon: der unangreifbare Virus

Auf der Jahrestagung der US-Wissenschaftlervereinigung ,,American Association for the Advancement of Science'' 1984 wurden folgende Möglichkeiten dargestellt, wie die moderne Gentechnologie in der Biowaffen-Forschung genutzt werden kann (4a):

— Grippe-Epidemien beruhen auf der Verbreitung von Virusformen mit veränderten Oberflächeneiweißen. Immunität, die gegen eine frühere Grippe-Art erworben wurde, ist gegen eine neue Art unwirksam. Es ist heute möglich, neue varianten des Grippevirus oder anderer Erreger künstlich im Labor herzustellen. Die Hersteller der neuen Variante können die eigene Bevölkerung oder die Soldaten gegen den Virus impfen, der nicht immunisierte Gegner erkrankt.

— Diverse Bakterien können durch das Einschleusen eines bestimmten Gens gegenüber den herkömmlichen Antibiotika resistent gemacht werden. So lassen sich neue Erreger züchten, die in der gegnerischen Bevölkerung verbreitet werden, während die eigene Bevölkerung und die Soldaten durch ein seltenes Antibiotikum, gegen das der Erreger nicht resistent ist, geschützt werden.

— Derzeit wird an Impfstoffen gegen Pest, Malaria, Milzbrand, Enzephalitis und verschiedene tropische Durchfallerkrankungen gearbeitet.

Mit den Impfstoff-Forschungsprojekten hat es seine besondere Bewandtnis, denn die internationale Konvention, die die Entwicklung und Lagerung von B-Waffen verbietet und von den USA (wie von der Sowjetunion) 1975 unterzeichnet wurde, untersagt nicht die sogenannte ,,defensive Forschung''. Defensivmaßnahmen gegen B-Waffen könnten aber nur wirksam werden, wenn der eingesetzte Erreger bekannt ist, was bei genmanipulierten Erregern kaum der Fall sein dürfte. Die Vielfalt genetisch möglicher Veränderungen eines vormals bekannten Erregers ist dafür viel zu groß. Ein Impfschutz gegen Kampfstoffe kann daher nur der Schutz vor den selbst eingesetzten Erregern sein.

Zudem ist unter dem Deckmantel der Impfstoff-Forschung das Experimentieren mit den Kampfstoffen selber beliebig möglich. Richard Falk, Professor für Recht und Politikwissenschaft an der Princeton-Universität, brachte die Unwirksamkeit der B-Waffen-Konvention damit auf den Punkt, ,,daß offensive und defensive Forschungen nur durch die Absicht, nicht in der Substanz unterschieden werden — eine Politik, die sowohl zum Mißbrauch einlädt als auch ihn verbirgt.'' (5)

Der ,,gelbe Regen'' glättete den Weg in die Toxin-Forschung

Wie die Pentagon-Strategen es schaffen, die eigenen Offensiv-Forschungen mit Defensiv-Beteuerungen voranzubringen, zeigt besonders plastisch das Beispiel der Toxin-Forschung (Toxine sind Giftstoffe biologischen Ursprungs. Die Wirkung von z.B. Cholera-, Diphterie- und Botulinus-Bakterien beruht auf der Erzeugung von Giftstoffen im infizierten Körper.) Von 1975 an wurde von den USA die Behauptung mit großem Propagandaaufwand in die Welt gesetzt, die Sowjetunion hätte in Laos und Kambodscha (später auch in Afghanistan) Mycotoxine (Pilzgifte) als neuartigen B-Kampfstoff eingesetzt, den sogenannten ,,Gelben Regen''.

Obwohl schließlich durch eine Untersuchung der australischen Regierung aufgedeckt wurde, daß es sich bei dem verdächtigen gelben Material um die natürlichen Exkremente von Bienen handelt, die unter anderem auch Mycotoxine enthalten (6), erhielt die amerikanische Toxin-Forschung durch die selbstinszenierte Kampagne erheblichen Auftrieb. 1982 wurde ein Forschungsprogramm über Mycotoxine zugelassen, das auch gentechnische Arbeiten beinhalten sollte. Nach Ansicht des Nationalen Forschungsrates verstieß das Forschungsvorhaben nicht gegen die B-Waffen-Konvention, da Mycotoxine als chemische Substanzen angesehen wurden. Aus einem Report, der bereits 1981 vom Verteidigungsministerium herausgegeben wurde, geht hervor, daß ,,Toxine wahrscheinlich durch neue kombinierte Bakterienstämme unter kontrollierten Lagerbedingungen produziert werden können.'' (7) Wie weit diese gentechnische Herstellung von Toxin-Kampfstoffen mittlerweile gediehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Mit Schweinepest und Dengue-Fieber gegen Cuba

Der seit den 60er Jahren gegen Cuba geführte Bio-Krieg der USA konnte zumindest zum Teil aufgedeckt und nachgewiesen werden. Im September 1968 wurde der CIA-Agent Vasudevo gefaßt, der zu einem Sabotagetrupp gehörte, durch den die Kaffee-Ernte vernichtet werden sollte. 1971 trat auf der Insel erstmals die afrikanische Schweinepest als Epidemie auf. 500.000 Tiere mußten notgeschlachtet werden. Sechs Jahre später enthüllte einer der Beteiligten, daß die Aktion durch den CIA organisiert worden war. 1981 breitete sich massenhaft das Dengue-Fieber aus, ein Gelbfieber, das durch eine vorher auf Cuba unbekannte Mückenart übertragen wurde. 113 Menschen starben, über 270.000 Menschen wurden infiziert. Der begründete Verdacht eines bakteriologischen Angriffs richtete sich wieder gegen die USA, zumal kurz darauf eine mysteriöse Augenkrankheit auftrat, an der binnen vier Tagen 1800 Menschen erkrankten. Der Ex-CIA-Agent William Turner enthüllte 1981 gegenüber der US-Zeitung ,,Miami Herald'', daß es bereits unter den Präsidenten Nixon und Kennedy ein bakteriologisches ,,Projekt Cuba'' gegeben habe. (18)

sches ,,Projekt Cuba'' gegeben habe. (18)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Insekten mit eingebauter Abwehr gegen Insektizide

Perversen Phantasien sind beim Thema Gentechnologie bekanntlich keine Grenzen gesetzt — und die Ambitionen der Militärwissenschaftler sind mit den geschilderten Projekten auch noch nicht erschöpft. Besonders interessiert sind die USA seit Jahrzehnten daran, Insekten, besonders Stechmücken als B-Waffen-Träger einzusetzen. Diese Mücken übertragen ursprünglich natürlicherweise gefährliche Fieberkrankheiten wie das Gelbfieber auf den Menschen, zum Teil auch auf Tiere. In den von diesen Ländern betroffenen Krankheiten ging man mit Insektenvernichtungsmitteln gegen die Mücken und Zecken vor, stellte aber fest, daß sich mit zunehmender Anwendung der Insektizide im Laufe der Jahre mehr dagegen resistente Insekten entwickelten. Solche natürlich entstehenden Resistenzen nahmen sich die Gentechnik-Wissenschaftler zum Vorbild. Bereits 1962 wurde in das B-Kampfstoff-Forschungsprogramm aufgenommen, die kampfstoff-übertragenden Insekten resistent gegen Vernichtungsmittel zu machen.

Es ist anzunehmen, daß diese Forschungen bis heute recht weit gediehen sind, mangelte es doch den USA nicht an Übungs- und Einsatzmöglichkeiten mit Insekten. Nach einem Geheim-Bericht, der 1980 teilweise an die Öffentlichkeit gelangte, wurde Mitte der 50er Jahre ernsthaft erwogen, Gelbfieber-infizierte Stechmücken in großem Maßstab gegen die Sowjetunion einzusetzen. Das Labor in Fort Detrick hatte damals bewiesen, daß es eine halbe Million Stechmücken pro Monat züchten könnte. 1956 wurden versuchsweise Massen von nicht infizierten Moskitos über der Stadt Savannah/Georgia und über einem miltärischen Gelände in Florida abgeworfen. (8) Später wurden die Moskitos tatsächlich als B-Waffen gegen Cuba eingesetzt (siehe Kasten).

miltärischen Gelände in Florida abgeworfen. (8) Später wurden die Moskitos tatsächlich als B-Waffen gegen Cuba eingesetzt (siehe Kasten).



Die schottische Insel Gruinard ist seit den Experimenten mit dem biologischen Kampfstoff Milzbrand im Jahre 1941 für mindestens 500 Jahre verseucht.

Ethnische Kampfstoffe gegen die schwarze Bevölkerung

Fassen wir zusammen: Wir sahen bisher die Möglichkeiten, Viren und Bakterien gentechnologisch derart nachzurüsten, daß sie gefährlicher, unerkennbarer, überlebensfähiger werden und damit medizinisch nicht mehr bekämpft werden können, und wir schilderten die Möglichkeit, wie sich nur der Angreifer dagegen immunisieren kann. Eine dritte Variante, um B-Kampfstoffe mit gentechnischen Methoden besser handhabbar und einsetzbar zu machen, besteht darin, daß die Erreger nur selektiv wirken, also nur bestimmte Bevölkerungsgruppen angreifen. Dafür wurde schon 1970 von Militärfachleuten der bezeichnende Name „ethnische Waffen" geprägt. Für die Zeit bis 1972, also bis zur B-Waffen-Konvention, ist bekannt, daß in den USA mit mindestens zwei Erregern gearbeitet wurde, die als „ethnische Waffen" gelten: mit Tuberkulosebazillen und mit dem pilzlichen Erreger des „Valley Fever". (10)

Auf beide Krankheiten reagierten Schwarze, über sozial bedingte Lebensumstände hinaus, weitaus anfälliger als Weiße, d.h. die Krankheiten erreichten bei schwarzen Patienten überproportional häufig ein lebensgefährliches Stadium. Mit diesem Wissen experimentierten Militärfachleute schon in den 50er Jahren. 1951 wurde mit dem „Valley-Fever"-Erreger ein Marine-Lager verseucht, wo besonders viele Schwarze arbeiteten, um ihre Anfälligkeit zu testen.

In der Biowaffenforschung wird nun daran gearbeitet, Erreger oder Sub-

Lager verseucht, wo besonders viele Schwarze arbeiteten, um ihre Anfälligkeit zu testen.

In der Biowaffenforschung wird nun daran gearbeitet, Erreger oder Sub-

stanzen genetisch für den Angriff auf bestimmte Rassen oder Bevölkerungsgruppen maßzuschneidern. Die Pentagon-Publikation „Military Review" freute sich schon 1970: „Variationen in Reaktionen auf Medikamente lassen auf angeborene Unterschiede in der Anfälligkeit gegenüber chemischen Wirkstoffen zwischen verschiedenen Populationen schließen und sind eine vielversprechende Basis für die Herstellung ethnischer Waffen." Ein genetischer Unterschied, für den sich das Pentagon lebhaft interessiert, ist die Blutgruppenzugehörigkeit. Während des Vietnamkriegs untersuchte eine Gruppe führender amerikanischer Wissenschaftler auf Pentagon-Kosten verschiedene Bevölkerungsteile Südostasiens auf ihre Blutgruppenzugehörigkeit.

Offensichtlich wird auch in Südafrika an Erregern geforscht, die sich speziell gegen Schwarze richten. Ein Bericht der Vereinten Nationen warf dem Rassisten-Regime 1984 vor, chemische und biologische Waffen „für die Verwendung gegen nationale Befreiungsbewegungen und für den Fall kritischer Konfrontationen im südlichen Afrika zu entwickeln und zu perfektionieren." (11) In Südafrika, das übrigens auch die B-Waffen-Konvention unterschrieben hat, soll in mehreren geheimen Labors, unter anderem im dünn besiedelten nördlichen Transvaal, an ethnischen Erregern gearbeitet werden — in der Tat die ideale Waffe für ein Apartheidsregime.

Bakteriologischer Unfall auf spanischer US-Basis?

Eine mysteriöse Epidemie breitete sich im Mai 1981 in Spanien aus: An einer atypisch verlaufenden Lungenentzündung erkrankten binnen zwei Wochen hunderte von Menschen, einige starben. Die Ärzte hatten Schwierigkeiten, den Erreger zu identifizieren und bekämpften die Krankleit mit einem Breitband-Antibiotikum. Die Tageszeitung „Diario 16" vermutete nach ihren Recherchen, daß ein bakteriologischer Unfall auf dem US-Stützpunkt von Torrejon de Ardoz die Ursache der Epidemie war. Es war bekannt, daß auf dieser US-Basis bakteriologische Granaten lagerten. Anwohner hatten auf dem Stützpunkt eine ungewöhnliche Aktivität beobachtet, und die Militärs weigerten sich, darüber Auskunft zu geben, ob es auf dem Stützpunkt ebenfalls Erkrankungen an der Lungenentzündung gegeben hätte. (17)

Das berühmte Gebäude 550 — ein Wissenschaftler packt aus

Für das „Institut für ansteckende Krankheiten" der US-Army in Fort Detrick wurde 1977 der erste physikalische Hochsicherheitstrakt der USA eingerichtet. Dafür wurde ein Trakt im Gebäude 550 von Fort Detrick umgebaut auf die höchste Sicherheitsstufe „P 4". Offizielle Motivation dafür war die Erforschung der Gefährlichkeit von Rekombinationsexperimenten mit Krebs-Viren. Mittlerweile gibt es in den USA mehrere Labors dieser Sicherheitsstufe. Das „Institut für ansteckende Krankheiten" in Fort Detrick befaßt sich mit der Entwicklung von Impfstoffen und Behandlungsmethoden gegen natürliche und Kampfstoff-Erkrankungen, arbeitet besonders gentechnologisch mit Milzbrand-Bakterien und wurde 1984 vom Pentagon mit 21 Millionen Mark unterstützt.

Allzu weit kann es allerdings mit den Sicherheitsvorkehrungen dieses Instituts nicht her sein: 1981 verschwand aus dem Labor in Fort Detrick eine Menge des Chikununya-Virus (ein bekannter Kampfstoff), die ausgereicht hätte, die ganze Menschheit mit Tropenfieber anzustecken. Der für die Versuche mit dem Virus verantwortliche Wissenschaftler enthüllte den Verlust im September vergangenen Jahres, nachdem eine Stiftung des bekannten Technologie-Kritikers Jeremy Rifkin 100.000 Dollar geboten hatte für Hinweise auf eine Verletzung der B-Waffen-Konvention. Zeitgleich lief in Genf die zweite Überprüfungskonferenz für diese Konvention.

weise auf eine Verletzung der B-Waffen-Konvention. Zeitgleich lief in Genf die zweite Überprüfungskonferenz für diese Konvention.

Zusammen mit dem Ex-Pentagon-Wissenschaftler klagte Kritiker Rifkin daraufhin gegen das Pentagon, die Bio-Waffen-Forschung solange zu verbieten, bis die nötigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen seien. (12) Die Klage endete mit einem Vergleich: Rifkin setzte durch, daß die betroffenen insgesamt 108 (!) Labors überprüft werden, aber die Forschungen derweil weitergehen können. (13)

Teilerfolge der Opposition gegen die Gentechnologie

Der streitbare Jeremy Rifkin hatte bereits 1985 einen Teilerfolg gegen das Pentagon erzielt. Der Ausbau des Biowaffen-Labors auf dem Testgelände für biologische und chemische Waffen der US-Army, dem Dugway Proving Ground in Utah, wurde durch eine Klage wegen fehlender Umweltverträglichkeits-Analyse gestoppt und bis heute verzögert. Im Dugway Proving Ground sollte ein Hochsicherheitslabor zum Test biologischer Waffen in Aerosolform gebaut werden, das erste offiziell nicht für medizinische Zwecke bestimmte P4-Labor. Tests mit neuen genmanipulierten Erregern wurden dabei von Seiten der Armee nicht ausgeschlossen. (14)

Die 283 Morgen große Militärbasis südwestlich von Salt Lake City hat in der amerikanischen Öffentlichkeit ohnehin nicht den besten Ruf. 1968 verendeten in der Umgebung 6.000 Schafe durch ausströmendes VX-Nervengas. 1976 starben 50 Pferde in der Nähe des Testgeländes auf mysteriöse Weise. Wie die Fernsehgesellschaft MBC 1969 enthüllte, hatte das Versuchszentrum in Utah jahrelang Experimente auf der Baker-Insel bei Hawaii durchgeführt. Unter dem Deckmantel ornithologischer Forschung untersuchten die Miltärs, wie sich Zugvögel als Träger bakteriologischer Kampfstoffe eignen! (15)

Die Unfälle in Utah trugen Anfang der 70er Jahre zusammen mit den Vietnam-Erfahrungen und der internationalen Diskussion um die B-Waffen-Konvention dazu bei, daß chemische und biologische Waffen in der Öffentlichkeit geächtet wurden, die Kampfstoff-Arsenale teiweise reduziert bzw. die Entwicklungen mehr in die Geheimhaltung gedrängt wurden.

Inzwischen hat sich der Wind wieder gedreht. Der Produktionsbeginn für neue chemische (binäre) Kampfstoffe steht kurz bevor; die Etats für biologische Kampfstoff-Entwicklung erfreuten sich in den vergangenen fünf Jahren eines kräftigen Anstiegs, während gleichzeitig die Forschungsgelder, die das „National Institute of Health" vergibt, gekürzt wurden. 1985 umfaßte das offiziell deklarierte Kampfstoff-Programm 65 Millionen Dollar, 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Unter Einbeziehung der Auftragsforschung

das offiziell deklarierte Kampfstoff-Programm 65 Millionen Dollar, 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Unter Einbeziehung der Auftragsforschung

des Pentagon schätzten informierte Kreise aber bereits 1984 die tatsächlichen Ausgaben für Kampfstoff-Forschung auf 140 Milionen. Bis 1985 sind 50 (andere Quellen nennen sogar 100) gentechnologische Projekte mit Bio-Waffen in den USA bekannt geworden. (16)

Nimmt man öffentliche Verlautbarungen als Maßstab, dann wird geschlußfolgert, daß es erst seit 1980 gezielte Anstrengungen zur Ausnutzung gentechnologischer Möglichkeiten gegeben habe, weil das Pentagon damals in seinem Jahresbericht erstmals Militärforschung an genetisch veränderten Bakterien forderte. Legt man aber die realen Forschungsbemühungen zugrunde, selbst nur den Bruchteil, der bekannt wurde, dann wurde bereits in den 70er Jahren gezielt an der Kombination neuer Viren gearbeitet. Bereits 1969 glaubten Pentagon-Wissenschaftler, in den kommenden fünf bis zehn Jahren einen ganz neuen, nicht therapierbaren Virus herstellen zu können. (2) Da wurden Experimente gemacht, nicht nur im Labor, es gab Menschenversuche und es gab Unfälle. Und bei all dem soll nur einmal dieser Chikununya-Virus seine Wege gegangen sein?

ch., Hamburg

Quellen:
(1) FR 26. 8. 83; Arbeiterkampf 103 (18. 4. 77)
(2) The Problem of Chemical and Biological Warfare. Vol. II, SIPRI, 1973 — zit. nach: Institut für interdisziplinäre Forschung und Ökologie e.V. (Hg.) Ludwig Müller, Militärische Nutzung der Gentechnik: Entwicklung von biologischen Kampfstoffen. Düsseldorf 1985
(3) Erhard Geissler, Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften, in: Wissenschaft und Frieden, Berlin/DDR 1982
(4) Geissler (1983) zit. nach Müller, Militärische Nutzung ...
(4a) Die Wochenzeitung (Schweiz), 25. 10. 85
(5) 1984 anläßlich einer AAAS-Tagung, zit. nach Müller, Militärische ...
(6) Sehr ausführliche Darstellung der „Gelbe Regen"-Aufklärung in: Spektrum der Wissenschaft, Nov. 1985. Siehe auch AK 225 (20. 9. 82): „An solchen Gerüchten kann ich nichts Falsches sehen".
(7) zit. nach Müller, Militärische ...
(8) FR, 30. 10. 80; Hamburger Morgenpost, 30. 10. 80
(9) wie (7)
(10) Wochenzeitung, 21. 12. 84
(11) ebd.
(12) taz, 25. 9. 86
(13) taz, Febr. 87
(14) taz, 10. 10. 85; Wochenzeitung, 25. 10. 85
(15) Hans Güner Brauch, Alfred Schrempf: Giftgas in der Bundesrepublik. Chemische und biologische Waffen. Frankfurt 1982
(16) Manuel Kiper: Biowaffen um die Ecke. In: Grüne Illustrierte (Hg. Die Grünen Niedersachsen), 10/86; und: Müller, Militärische ...
(17) „Neue" v. 15. 5. 81 auf Grundlage der Informationen von „Diario 16"
(18) „Welt", 11. 9. 81; „Die Neue", 28. 7. 81 und 17. 9. 81; „was tun", 23. 5. 85
(19) FR, 19. 2. 87; „Grüne Illustrierte" 10/86
(20) Jo Angerer: Forschen für den Giftkrieg. In: Frontal-Sonderheft, Herbst 1986



Frans Masereel: Dance Macabre, 1941

Hannover: Wehr-Etat finanziert Gen-Forschung an Viren

Seit 1985 finanziert das Bundesverteidungsministerium gentechnologische Forschung an der Tierärztlichen Hochschule Hannover. Die Virologie-Professoren Oskar-Rüdiger Kaaden und Volkmar Moennig forschen dabei an dem Virus der venezolanischen Pferdeencephalitis, ein bekannter bakteriologischer Kampfstoff, der auch beim Menschen Gehirnhautentzündung hervorruft. Das Verteidigungsministerium begründet die Finazierung mit 950.000 Mark damit, daß „für eine zeitgemäße medizinische Versorgung der Bundeswehr" auch gentechnische Möglichkeiten genutzt werden müßten.

Dabei bestehen enge Kontakte zu den Kampfstoff-Forschungen in den USA. Der beteiligte Professor Moennig kontaktierte in den USA die Wissenschaftler vom US-Army-„Institut für ansteckende Krankheiten" im berüchtigten Fort Detrick und bekam von amerikanischer Seite — laut seinem eigenen Besuchsprotokoll — den Auftrag, Informationen über Reinheitsgrad und Toxintyp „deutscher Vorräte" (!) des hochgiftigen Botulinum-Toxins zu beschaffen.

Nach Angaben des Geschäftsführers der niedersächsischen Grünen, Manuel Kiper, handelt es sich bei dem hannoverschen Projekt um die erste gentechnologische Militär-Forschung in der BRD. Der Biologe Kiper machte den Fall publik und prozessiert mit dem Land Niedersachsen wegen seiner Vorwürfe gegen die Wissenschaftler. (19)

Bakteriologische Kampfstoff-Forschung ist aber insgesamt für westdeutsche Wissenschaftler nichts Neues. Am tiermedizinischen Institut der Uni Hohenheim wird seit über zehn Jahren mit Milzbrand-Bakterien und anderen militärisch nutzbaren Erregern experimentiert, auf Kosten des Verteidungsministeriums. Nach Recherchen des Autors Jo Angerer forschen an bakteriologischen sowie chemischen Kampfstoffen insgesamt elf Institute der BRD, davon neun an Universitäten. (20)

Hamburg muß „unregierbar" bleiben

Wenn es denn noch der Nachweise für die Ursachen aktuellen Abwirtschaftens der SPD bedurfte, die Hamburger SPD hat sie zuhauf geliefert: sie will und sie kann keine politische Erneuerung vollziehen, die diesen Namen verdient. Zwei Wahlen innerhalb von gut zwei Monaten haben der seit 1949 regierenden Partei schwerste Verluste gebracht, doch die tut nach außen so, als wäre nichts geschehen.



In stoischer Selbstgefälligkeit erklärte Dohnanyi in einem Interview nach den geplatzten Gesprächen: „*Wir erwarten nicht, daß andere Parteien unter normalen Bedingungen in der Lage sind, die Probleme Hamburgs besser zu lösen als wir*" (Hamburger Morgenpost, 6.3.87), was die Wähler gefälligst per Neuwahl zu bestätigen haben. Dohnanyi gab auch die „neue" Linie der Partei aus: Hamburger Gegengewicht zur Bonner „Wende" im Bündnis mit der FDP! Und alle Sozialdemokraten Hamburgs, die etwas zu sagen haben, zogen mit. Der neue Hamburger „Hoffnungsträger", Enkel Hans-Ulrich Klose, Schatzmeister der Bundespartei (die Linke bestimmt zwar nicht die Politik, aber sie hat die Kasse), plädierte zwei Tage nach Dohnanyi in BILD ebenfalls für die sozialliberale Koalition. Dieser sozialdemokratischen Rückwärtsgewandtheit wurde umgehend eine schallende Ohrfeige verpaßt: die FDP favorisiert ein Bündnis mit der CDU. Das wird zwar bei den Neuwahlen am 17. Mai nicht zur Regierungsmehrheit reichen, könnte aber den Trend zuungunsten der SPD verstärken.

Das „Gesetz des Handelns" hat Klaus von Dohnanyi bis zuletzt diktiert: er lud zu Gesprächen ein oder auch nicht, prüfte die Bewerber und teilte den Kandidaten von CDU bzw. GAL schließlich mit, daß sie durchgefallen seien. Als Vertreter des gemäß der Hamburger Verfassung „ewigen", d.h. nur mit neuer Mehrheit abwählbaren, Senats konnte er das, obwohl seine Partei seit den Bürgerschaftswahlen vom November deutlich in der Minderheit ist. Zum hemmungslosen Regieren langte es allerdings trotzdem nicht. Im Gegenteil — wesentliche Akzente setzte in den wenigen Wochen parlamentarischer Tätigkeit die Opposition, die ja bekanntlich für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie unentbehrlich ist. Die GAL hat der nun zu Ende gehenden Phase der Unregierbarkeit die größten parlamentarischen Erfolge ihrer Geschichte zu verdanken. Ein Hauch von Robin Hood zog durch die Bürgerschaft, als sie im Abstimmungsbündnis mit der CDU den Hamburger Haushalt um 110 Millionen DM belastete: Die Erhöhung der Getränkesteuer wurde zurückgenommen, die Hundesteuer halbiert, die Müllgebühr gesenkt — Maßnahmen nicht unbedingt „zum Wohle der Stadt", auf jeden Fall aber zum Wohle vieler ihrer Bürger. Hamburgs autonome Szene tobte, als gar das Gerücht die Runde machte, demnächst würde das Schwarzfahren legalisiert und der Null-
den Fall aber zum Wohle vieler ihrer Bürger. Hamburgs autonome Szene tobte, als gar das Gerücht die Runde machte, demnächst würde das Schwarzfahren legalisiert und der Null-
tarif eingeführt. Begeisterte „taz"-Kommentatoren und einige GALlier/innen träumten bereits von der alternativen Mitregierung aus der Opposition heraus und beschworen das Ideal einer funktionierenden Demokratie.

„Die Wirtschaft und ihre Bedürfnisse sind das Wichtigste

Damit soll es nun ein Ende haben. Denn das Spiel mit wechselnden Mehrheiten setzt natürlich voraus, daß alle Mitspieler sich konstruktiv beteiligen, zumindest wechselnd konstruktiv. Wer will das von SPD und CDU erwarten? Hamburgs Wirtschaft las ihren Vasallen die Leviten. Das mit der Getränkesteuer gehe ja noch an, aber ansonsten müsse Schluß sein. Analog zur hessischen Chaos-Kampagne gegen rotgrün 1985 wurde mit der Abwanderung von Betrieben gedroht: 13 % der Hamburger Unternehmen „*gaben an, daß sie eine Standortverlagerung ernsthaft in Betracht ziehen würden*", 38 % würden ihre Investitionspläne „*spürbar reduzieren*", „*sollten die unklaren Regierungsverhältnisse anhalten*" (die Handelskammer in „Hamburger Wirtschaft", 2/87). Der SPD wurde signalisiert, daß man Dohnanyi als Bürgermeister weiterhin akzeptiere, wenn er eine „*große Regierungskoalition der Vernunft*" anführe. Der CDU wurde bedeutet, notfalls auf eine unmittelbare Regierungsbeteiligung zugunsten einer „*großen Parlamentsallianz der Vernunft*" zu verzichten. „***Auf eine Farbpalette gebracht: Gemessen an der Wirtschaftspolitik der Parteien ist die Kammer gegen eine Mischung rotgrün, nicht aber gegen rot-gelb oder schwarz-gelb, ist die Kammer unter den gegebenen Umständen aber im Moment vernünftigerweise für rotschwarz.***" (ebenda). Dohnanyi und die SPD-Verhandler Voscherau (der „Fuchs") und Runde (der „Linke", hihi) nahmen sich das zu Herzen, als sie die Gespräche mit der CDU begannen. Dohnanyi brach zudem mühelos den Dezember-Beschluß seiner eigenen Partei, als er eine Große Koalition für möglich erklärte („*Ich will sie nicht, aber ich halte sie nicht für ein Unglück.*"). Der sogenannte Druck in der eigenen Partei gegen das SPD/CDU-Bündnis war ein Nichts gegen den Pro-Druck, den die Wirtschaftslobbyisten entfalteten. Daß Hamburgs Springerpresse für die CDU-Regierungsbeteiligung warb, war selbstverständlich. Daß die „Hamburger Morgenpost" — kaum hatte Rau-Intimus und zurückgetretener SPD-Parteisprecher Clement den Abschiebebahnhof ihrer Chefredaktion betreten — ins selbe Horn stieß, sorgte für sozialdemokratische Basisirritationen. Helmut Schmidt (i.R.) erhob mahnend seine greise Stimme: Hamburg brauche eine „Allparteien-Koalition" und die „Erfahrung der Unternehmenswirtschaft". „*Die Wirtschaft und ihre Be-*
seine greise Stimme: Hamburg brauche eine „Allparteien-Koalition" und die „Erfahrung der Unternehmenswirtschaft". „Die Wirtschaft und ihre Be-
dürfnisse sind das Wichtigste", dozierte der cosmopolitane „Zeit"-Herausgeber und empfahl in gewachsener Altersweisheit als einzige Lehre aus den Erfahrungen mit der Großen Koalition 1966, dabei auch eine Vertretung der damaligen „studentischen Jugend" einzuplanen.

Dohnanyi: Kein starker Abgang

„*Überraschend ruhig*" blieb es in der Hamburger SPD ob der großen Annäherung, verwunderte sich der Kommentator von der „FR". Was wohl an der beruhigenden Erkenntnis gelegen habe, daß der Gewerkschafts- und der linke Flügel diese Koalition zu verhindern wissen. Die Parteilinke habe — zwar mit Grummeln im Magen — das Ganze eher als Vorführtaktik gegen die CDU interpretiert, wußten SPD-Kenner zu berichten. Das mag so sein. Doch vorgeführt wurde hier einzig und allein die Parteilinke, die in diesem Spiel völlig out war. Was sollte sie dabei gewinnen? Erstens wurde jegliche Überlegung einer rot-grünen Zusammenarbeit mit einer gemäßigten — oder im linksgrünen Jargon: domestizierten — GAL ausgeblendet, was die potentiellen Hamburger Grünen-Realos schwer gefuchst hat. Zweitens waren die Motive von Linken und maßgeblichen Gewerkschaftern in der SPD völlig konträr. Denn so stereotyp wie DGB-Führer (die gleichzeitig SPD-Bürgerschaftsabgeordnete sind) die Große Koalition ablehnten, so stereotyp schlossen sie jede Zusammenarbeit mit der GAL aus und bewegten sich eher auf der Pawelczik-Linie von 1982, die da lautete: Neuwahlen, bis die Mehrheiten passen. Und Drittens scheint den Parteilinken entgangen zu sein, daß die Wochen seit der Novemberwahl vor allem das Signal rübergebracht haben: so weit liegen SPD und CDU gar nicht auseinander, wenn überhaupt sozialdemokratische Neuorientierung, dann nach rechts.

Sicherlich wollte nicht einmal Dohnanyi bei diesen Verhandlungen ernsthaft die Große Koalition und hat die Verhandlungstaktik der Errichtung unüberwindbarer Hürden zum Platzenlassen der Gespräche (wohl von der GAL gelernt?) mitentwickelt. Nicht weil er sie nicht wollte, sondern vielmehr weil die SPD sie derzeit nicht kann: nicht vor den Hessenwahlen und nicht vor denen in Schleswig-Holstein und Rheinland Pfalz im Herbst. Die Taktik gegenüber der CDU dürfte nur zum Teil aufgegangen sein. Zwar standen beim Platzen der Gespräche die CDUler wie die dummen Jungs da, doch war auch offenkundig, daß die SPD — nachdem sie wochenlang die Stimmung für die Große Koalition angeheizt hat — einen taktisch motivierte Bruchpunkt suchte, den ihr die die auf Deubel komm raus regierungswillige CDU so schwer wie möglich gemacht hat: die Veränderung des Länderfinanzausgleichs und Giftmülldeponieplätze in Niedersachsen. Zu beiden hätte
CDU so schwer wie möglich gemacht hat: die Veränderung des Länderfinanzausgleichs und Giftmülldeponieplätze in Niedersachsen. Zu beiden hätte
Hamburgs CDU maximal zusagen können, sich bei ihren Parteifreunden in den anderen Ländern dafür einzusetzen. Nichts fiel der CDU leichter, als wieder und wieder zu betonen, „*es hat keinen landespolitischen Grund gegeben, die Gespräche scheitern zu lassen*". Eine Aussage, die von SPD-Seite unwidersprochen bleiben mußte und die selbst bei den zweitheftigsten rotgrün-Trommlern der „Hamburger Rundschau" die Erkenntnis dämmern ließ: „*Wenn man sich in allen die Stadt betreffenden Fragen einig geworden ist, dann macht Hamburgs SPD seit Jahren CDU-Politik.*" (HR, 5.3.87) Zwar stimmt diese Aussage nur zum Teil, da Hamburgs SPD SPD-Politik macht, aber immerhin. Eine Erkenntnis, der sich die heftigsten Trommler von der DKP konsequent verschließen.

Die Option Große Koalition ist trotz des Scheiterns nicht vom Tisch. Zwar hat Dohnanyi den Gesprächsabbruch und seine erneute Spitzenkandidatur mit der Bedingung verbunden: „*Sollte eine Koalition erforderlich werden, stellen wir schon jetzt fest, daß die SPD die Wiederbelebung der sozialliberalen Koalition in Hamburg will*" — rot-gelb liegt ja noch in der Farbpalette der Handelskammer — (Dohnanyi-Brief an Runde vom 3.3.87), und daß er als Bürgermeister nur für eine solche Koalition oder eine SPD-Alleinregierung zur Verfügung stehe. Eine Aussage, die CDU-Perschau spöttisch mit der Bemerkung vom „Rücktritt auf Raten" versah. Mit der sozialliberalen Möglichkeit, die die FDP als zweite Option ebenfalls beschlossen hat, ist angesichts der derzeit wahrscheinlichen Wahlergebnisse kaum zu rechnen. Dohnanyi, zu dem es bei Neuwahlen in Hamburgs SPD keine personelle Alternative gibt, hat sich damit bereits verabschiedet, nach dem 17. Mai dürfte die SPD sich einen neuen Mann — selbstverständlich — suchen. Kein starker Abgang, da war der von Holger schon besser.
selbstverständlich — suchen. Kein starker Abgang, da war der von Holger schon besser.

CDU und FDP wachsen mit Hilfe der SPD

Was aber bleibt? Es „*könnte sich bei einer Wiederholung der Patt-Situation das derzeitige Abtasten der beiden großen Parteien zumindest im nachhinein als nützlich erweisen, weil diese Gespräche dann erst recht eine Pilotfunktion erhielten, was eine Doch-noch-Zustimmung der Hamburger SPD zur Großen Koalition betrifft*", schreibt der „FAZ"-Experte für „Zeitgeschehen", Klaus Wagner, schon vor dem offiziellen Bruch (25.2.87). **Offenkundig ist es den linken Stillhaltern in Hamburgs SPD glatt entgangen: Die Wochen seit der Novemberwahl haben das angeblich von ihnen ersehnte realistische Rot-grün-Bündnis so aussichtslos wie nie gemacht und eine Fortsetzung rechter SPD-Politik in welchem Bündnis auch immer verfestigt.** In der ganzen Zeit hat die SPD-Linke ein jammervolles Bild abgegeben, schon mal gegen die Große Koalition gemosert, es ansonsten einer Nicht-Sozialdemokratin überlassen, das Notwendige zum Trend in der Hamburger SPD-Politik zu sagen. Helga Schuchardt, nach der Genscher-Wende aus der FDP ausgetreten und seither parteilose Kultursenatorin, hat als einzige Betroffene nicht nur den Kurs Dohnanyis kritisiert und eine politische Neuorientierung in Richtung Grüne gefordert, sondern auch erklärt, daß sie jede Form von großer Zusammenarbeit nicht mitmachen werde. Das bringt in Hamburg kein SPD-Linker fertig, schließlich fallen für sie ja auch bei rechter SPD-Politik immer noch Posten ab, sofern sie Wohlverhalten üben.

Es steht zu befürchten, daß auch bei dieser Wahl die Parteien der Rechten gestärkt werden, weniger die CDU, die nichts mehr zuzulegen hat, sondern vermittelt über den voraussichtlichen Wiedereinzug der FDP, die auf Stimmen sowohl aus dem SPD-Potential hoffen kann — dank der neuesten vom Parteivorstand getragenen Dohnanyi-Linie — als auch aus dem CDU-Lager, dank ihrer eigenen Koalitionsaussage. Die absolut bedeutungslose FDP schmarotzt sich voraussichtlich mit einem Ergebnis zwischen 4,8 % bei der Novemberwahl und 9,6 % bei der Bundestagswahl wieder in die Bürgerschaft, weil sie rechts wie links als Regierungspartner umworben ist. Das ist für diese Partei keine „Klemme" wie die „taz" kommentierte, das ist die Rolle, in der sie überhaupt eine Funktion haben kann. Die absehbare Hamburger Entwicklung zur Stärkung von CDU plus FDP wird im Wahlkampf wieder die Stimmen derer befördern, die die „Gemeinsamkeit der Linkskräfte gegen rechts" beschwören werden oder — wie einige in der GAL —, anders formuliert ähnliches meinen. Dabei muß man einigen Legenden vorbeugen: **Das Hamburger Wählerpotential ist in den zurückliegenden Jahren nicht rechter geworden. Sowohl Hamburgs CDU gibt sich liberal im Spektrum der Gesamtpartei, als auch Hamburgs FDP schleppt immer noch ein sozialliberales Image mit und hat sich als letzter Landesverband der Partei zu einer Koalitionsaussage für die CDU entschieden ohne die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der SPD auszuschließen. Beide Parteien sind in Hamburg nicht stärker geworden, weil sie in ihrem Sinne gute Politik machen und wachsenden Zuspruch erhalten, sondern werden zunehmend durch die Politik der SPD großgezogen.** Das gilt vor allem für die CDU, die — anders als feuilletonisierende Polit-Kommentatoren in der Hamburger „taz" in ihrer Begeisterung für den früheren Major Perschau und heutigen Stadtstaatsmann weismachen wollen —nicht politisch gewachsen ist, sondern von der
Perschau und heutigen Stadtstaatsmann weismachen wollen —nicht politisch gewachsen ist, sondern von der
SPD geradezu in Richtung Regierungspartei gedrängt wird.

Der Kampf gegen rechts darf daher auch weiterhin nicht durch falsche Zugeständnisse an ein rechnerisch mögliches Rot-grün-Bündnis geführt werden, sondern muß die SPD-Politik, die die beschriebene Entwicklung möglich macht und in der Hamburger Partei absolut dominant ist, kompromißlos ablehnen. Die GAL bleibt Opposition und wird hoffentlich bei dieser Wahl weiter wachsen, wenngleich sie kaum so schnell wachsen kann, wie die SPD den Abbau einer fortschrittlichen Option in Hamburg betreibt. Dafür muß man aber die SPD und vor allem die SPD-Linke und ihre Unterstützer verantwortlich machen.



Die Favoritentabelle von Hamburgs Kapitalisten: rot-schwarz vor Neuwahlen (Hoffnung auf gelb). Abgeschlagen: rot-grün

Blackout bei der GAL?

Völlig absurd ist es allerdings, aus der Hamburger Situation eine grüne Realo-Linie ableiten zu wollen, wie sie massiv von der „taz" gefeatured wird. Die GAL wurde in den letzten Wochen von den Medien bewußt an den Rand gedrängt, um das Projekt Große Koalition zu befördern. Das entspricht der Hamburger Medienlandschaft. Andererseits ist die GAL durch ihre inneren Auseinandersetzungen (die sich kaum noch in Debatten, sondern eher in Personalschiebereien ausdrücken) paralysiert und wenig mobilisierungs- und handlungsfähig. Dies nicht zuletzt, weil die GAL-Realos auf ihre große Stunde lauern und die GAL-Linken Angst vor jedem Fehltritt haben, der diese begünstigen könnte. Man kann

Fortsetzung nächste Seite

Hessen-Grüne:

Profis gehen ihren Weg

Beachtlich stehen sie nun wieder da. Die hessischen Grünen, ob ihres Realo-Kurses als Pragmatiker gelobt oder als Verräter verschrien — beides kommt ziemlich genau auf das Gleiche hinaus —, umweht der Schein von Standhaftigkeit und Prinzipientreue. Es ließ sich eben doch nicht alles mit ihnen machen. Bei der Plutoniumwirtschaft war, wie versprochen, das Ende der Fahnenstange erreicht. Warum *darüber* meckern? Immerhin! Noch sind die Grünen nicht als neue Juso-Generation verwertbar.

Mit Genugtuung darf auch registriert werden, daß der Bruch so, wie er verlaufen ist, denjenigen am meisten geschadet hat, die ihn provozierten: Den Sozialdemokraten, die mit der erklärten Bereitschaft ihrer Regierungsmitglieder, der Hanauer Plutoniumfirma ALKEM eine wenn auch eingeschränkte Betriebsgenehmigung zu erteilen, den Koalitionsvertrag zerrissen. Nur für wenige Tage gelang es dem scheidenden Börner, sich mit der spektakulären Art seines Abgangs Aufmerksamkeit und Respekt für nicht alltägliche schauspielerische Leistungen zu verschaffen. Ein Vollblutpolitiker verläßt die Bühne seines Wirkens nun mal nicht leise und betreten; der räumt ab und das kommt an.

Aber für mehr als einen Mitleidseffekt reichte es nicht, und das bedeutet in der Politik nicht viel. Keine zwei Wochen nach seinem Rundumschlag sah der Alte schon alt aus. Der gleiche SPD-Landesparteitag, der Börner mit stehenden Ovationen, wie man sagt, verabschiedete, sprach sich in krassem Widerspruch zur Politik der Landesregierung für die Schließung von ALKEM aus. Nur 18 Delegierte stimmten gegen einen entsprechenden Antrag, einer von ihnen: der Ministerpräsident. Damit beschloß die Landespartei — nicht nur die sog. roten Südhessen — genau das, was Börner den Grünen vorgeworfen und zur Ursache des Scheiterns der Koalition erklärt hatte: Sie würden nach ihren Zugewinnen bei der Bundestagswahl draufsatteln, der SPD ihren Willen aufzwingen, sie erpressen etc.

Umgekehrt kann präzise und jenseits aller Wahlkampfrhetorik festgestellt werden, daß der geschaßte Umweltminister einer deutlichen Beschlußlage *beider* Koalitionspartner entsprechend agierte, während der Ministerpräsident und sein Wirtschaftsminister versucht haben, *beide* Parteien *und* die Öffentlichkeit zu linken. So einfach ist das. Weil es kaum zu leugnen ist, wird es sowohl von der „FR" wie auch von der „FAZ" zugegeben.

Wer nun glaubt, durch das Auswechseln des Leithammels könnten sich die Sozialdemokraten aus diesem Dilemma lösen, irrt. Der neue Spitzenkandidat Krollmann wirkt keineswegs frischer als der polternde Chef, der die Erinnerungen an die Dachlatte aufs Lebhafteste aktivierte. Krollmann, Finanzminister und früherer Experte für Berufsverbote, fiel auf dem Parteitag nicht mehr als der uralte Trick ein, zwischen sog. Wunsch und sog. Sachzwang zu unterscheiden. Als parteipolitische Zielsetzung könne er den Stillegungsbeschluß mittragen, meinte er, in einem Regierungsprogramm sei dafür jedoch kein Platz. Manchmal hat man das Gefühl, daß abgehalfterte SPD-Bürokraten grünen Realo-Profis vom Schlage der Fischer, Kleinert, Koenigs oder Dick nicht mehr gewachsen sind. Zur Zeit jedenfalls werden sie nach allen Regeln der politischen Taktik vorgeführt.

Die Frage ist bloß: Wer hat eigentlich noch Bock auf diese Taktik? Daß die Fischer-Gang die Sozialdemokraten auf deren eigenem Terrain auspunktet, ist ganz nett und war übrigens auch höchste Zeit. Der Ebermann-Effekt hatte die Realos fast schon aus den Schlagzeilen verdrängt. Aber war es das, was sie politisch erreichen wollten? Sicher ist nicht einmal, daß sich die auf ungezählten früheren teach-ins geprobten Künste ehemaliger AStA- und Sponti-Vorsitzender gravierend im Ergebnis der Neuwahlen am 5. April niederschlagen.

Die Sozialdemokraten hoffen nun, daß Bundesumwelt- und Reaktorminister Wallmann mit einer Weisung an die Landesregierung die ALKEM-Genehmigung, die man für unumgänglich hält, aber selbst nicht erteilen möchte, erzwingt. Aus ihrer Sicht könnte der *„leidige Konflikt"* (das ist O-Ton „taz" und zeigt, wie intensiv man solche Nöte dort nachempfindet) damit endlich abgehakt werden. Man wird pro forma in Karlsruhe klagen und ansonsten alles tun, was als „Recht und Gesetz" bezeichnet wird. Daß damit in Hessen die Weichen für den Schnellbrüter und die WAA gestellt werden, ist noch lange kein Anlaß für sozialdemokratische Erregung (den unermüdlichen Klaus Traube ausgenommen).

Die Grünen, die den schwarzen Peter los sind, auch wenn sich „FR" und „FAZ" etwas unbeholfen mühen, Fischer Mitverantwortlichkeiten im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren nachzuweisen, bestreiten den Wahlkampf mit einem Ding, das sie eine *„klare Doppeloption"* nennen. Sie wollen eine Neuauflage der rot-grünen Koalition, sind aber bereit, Opposition zu bleiben, falls die SPD irgendwelche Anstalten macht, der ALKEM zu einer Genehmigung zu verhelfen. Was passiert, wenn die Landesregierung gewissermaßen ohne eigenes Verschulden und allein aufgrund höchstrichterlicher Sprüche Bonns Weisungen befolgt, haben die Grünen wohlweislich nicht konkretisiert. Da ist die Doppeloption nicht ganz so klar, will sagen: Eine Hintertür zum Trippeln ist enthalten.

Ansonsten soll die Koalition, grüner Propaganda zufolge, *„richtungsweisend und erfolgreich"* gewesen sein. *„Das Energiespargesetz hat erstmals in einem Bundesland einen konstruktiven Weg zum Verzicht auf Atomstrom eröffnet; als erstes Bundesland ist Hessen den Schritt von der Abfallbeseitigung in die Abfallwirtschaft gegangen; in Hessen gibt es ein vorbildliches Datenschutzgesetz, und auch die Rechte ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen sind in Hessen besser als anderswogesichert; Hessen hat ein richtungsweisendes Frauenaktionsprogramm."* Sieht ein professioneller Wahlkampf so aus oder was?

Ein einigermaßen denkender Mensch kann sich an Fischers Mülltourismus zwischen der DDR und der Steiermark wenigstens noch leise erinnern. Ein zeitungslesender Mensch weiß auch, welche Szenen einer regelrechten Abfangjagd gegen Asylsuchende sich am Frankfurter Flughafen tagtäglich abspielen. Wen also will man mit diesen Sprüchen verhöhnen? Nein: Rotgrün war bestenfalls das, was Fischer *„Bremsen, Verzögern, Verhindern"* genannt hat. Und schon sind wir wieder bei ALKEM. Wenn hier tatsächlich ein bißchen gebremst werden konnte, ein bißchen verzögert, ein bißchen be- aber nicht verhindert, dann ironischerweise nicht durch das Eingehen einer Koalition, sondern durch die Drohung mit der Aufkündigung derselben und dadurch, daß mit dieser Drohung schließlich auch ernst gemacht wurde. Wenn überhaupt etwas wirkte, dann der Dissens, nicht der Konsens. Die gleiche Erfahrung hatte man schon mit der Tolerierung in Hessen gemacht, die ja ebenfalls an den Hanauer Nuklearbetrieben scheiterte (NUKEM-Genehmigung).

Realpolitisch gesehen ist die Bilanz herbe. Als im hessischen Landesverband der Grünen noch politische Auseinandersetzungen geführt wurden, also vor der Koalition, setzen sich Fischer, Kleinert und Cohn-Bendit dafür ein, **die Machtfrage** zu stellen. Ohne Teilhabe an der Macht, und das wurde mit Regierungsbeteiligung gleichgesetzt, könne nichts verändert werden. Gab es also eine Teilhabe an der Macht? Man braucht nur Fischers im „Spiegel" veröffentlichtes Poesiealbum zu studieren, um die Frage zu verneinen. Ob man solche Anekdoten schätzt oder nicht: Von Machtausübung kann ja wohl keine Rede gewesen sein, nicht einmal von einem Blick hinter die Kulissen derselben. Dafür reagieren sich die Realos innerparteilich ab, indem sie ihre Frustrationen an der Fundi-Minderheit ablassen: Auf die Landesliste kamen nur die Eidgenossen der Fischer-Gang.

Umgekehrt ist es so: Wer sich durch den aufgewirbelten Staub der Börnerschen Abräumarbeiten nicht irritieren läßt, hat mit dem Ende der Hessen-Koalition ein sehr gutes Anschauungsmaterial für die wirklichen Machtverhältnisse in diesem Land. Was *parteipolitisch* nach einem sozialdemokratischen Amoklauf aussieht, ist *realpolitisch* ein Stück bundesrepublikanische Alltags-„Demokratie". Nicht mehr als eine Handvoll Politiker hat die Wiesbadener Linie zur „Sicherung der Arbeitsplätze" bei ALKEM, tatsächlich jedoch zum Bestandsschutz der existierenden Plutoniumwirtschaft durchgezogen. Keine vier Handvoll SPD-Delegierte haben dies gebilligt. Der Betrieb, um den es geht, hat nicht einmal eine Erlaubnis nach der gewöhnlichen Gewerbeordnung, geschweige denn nach dem geltenden Atomrecht. Die Manager und Beamten, die dafür verantwortlich sind, werden von einer bürgerlichen Staatsanwaltschaft (Hanau) wegen illegalen Betriebs kerntechnischer Anlagen angeklagt. Und trotzdem wird diese Linie auf Biegen und Brechen durchgezogen. Ohne den Schimmer einer demokratischen Legitimation, ja sogar ohne Rücksicht darauf, daß man deswegen vielleicht die Regierung an Wallmann abtreten muß.

Was aber das Größte ist: Börner, der diesen Putsch — oder wie soll man das sonst nennen? — durchgezogen hat, schafft es auch noch, einen Nachfolger durchzudrücken, der die Garantie dafür bietet, daß an dieser Politik nicht ein Millimeter verändert wird. Die SPD stimmt zu und die Grünen zucken die Achseln. Das Ganze nennt sich „Demokratie" oder „Reformpolitik" bzw. im realo-grünen Jargon „radikale Reformpolitik" und soll für die Bundesrepublik (und vermutlich mindestens Europa) „richtungsweisend" sein. Merken die Leute eigentlich nicht, wie komisch sie sind?

Zu recht haben die Hessen-Grünen wenigstens als Sprachregelung übernommen, worüber der linke Flügel der Anti-AKW-Bewegung seit Jahren aufzuklären bemüht ist: Daß das Hanauer Atomzentrum so wichtig ist, weil es der BRD den Griff zur Bombe möglich macht. Der Ausgang des rot-grünen Experiments klärt zusätzlich darüber auf, wie diktatorisch es zugehen kann, wenn solche Interessen auf dem Spiel stehen. Was die Macht-Ambitionen ehemaliger Anarchisten angeht, kann man verstehen, daß sie es gegenwärtig vorziehen, darüber möglichst wenig zu diskutieren. Aber Mitleid wäre Heuchelei.

Hessen hat gezeigt: Ob die Grünen fundamentalistisch opponieren, vorsichtig tolerieren oder realpolitisch koalieren, mag für ihre Partei, deren Identität und deren Erfolg wichtig sein. Im Endeffekt der der Regierungspolitik kommt es genau aufs Gleiche heraus. Da kann das Spielbein noch so schlenkern; ein Standbein wird es nicht. An der außerparlamentarischen Opposition führt kein Weg vorbei.

Daß es trotzdem von Vorteil ist, die Grünen zu haben, um auf der Wahlebene die SPD zu sticheln, zu piesacken, zu ärgern und zu demontieren, steht auf einem ganz anderen Blatt Papier.

de.

Fortsetzung von vorheriger Seite

vermuten, daß die plötzliche Panik, mit der die flügelübegreifend zusammengesetzte Verhandlungskommission der GAL in die Gespräche mit der SPD am 27. Februar ging, ihren Grund in sowohl Medienstille als auch Aufbrechen der Paralyse hat. Jeder in Hamburg wußte, daß die letzendlich 258 Minuten Gespräch (SPD und CDU brachten es auf 1.200 Minuten) von SPD-Seite nur zur Wahrung des Scheins, man habe alles versucht, herhalten mußten. Die GAL-Verhand-

Scheins, man habe alles versucht, herhalten mußten. Die GAL-Verhandlungstaktik, der SPD-Standortpolitik zuzustimmen (*„wir würden sogar Kröten in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen schlucken"*), wenn diese auf Verhandlungen um die Tolerierungsforderungen einsteige, mag zwar die DKP und den „taz"-Redakteur Tom Janssen beruhigt haben (der schwärmte in der Hamburg-„taz" von der *„klugen Verhandlungstaktik der GAL"*, 28.2.87). Sie macht allerdings die bisherige GAL-Politik nur unglaubwürdig, da jeder weiß, daß das eine — SPD-Standortpolitik — mit dem anderen — GAL-Tolerierungsforderungen — nicht zusammengehen kann. Das hat die GAL bislang auch selber überzeugend erklärt.

Vollends lächerlich machten sich die GAL-Verhandler allerdings, als Thea Bock auf der Pressekonferenz erklärte, daß die GAL in zentralen Fragen zu Abstrichen bereit sei und ominös andeutete, „vorhandenen Sachzwänge" beim Atomausstieg anzuerkennen. Und das in einer Situation, wo selbst die astreinen hessischen Realos aufgrund sozialdemokratischer „Sachzwänge" die Koalition haben platzen lassen! Mit Realpolitik hat eine solche weitgehende, wenn auch im Konkreten bedeutungslose, Verhandlungstaktik nichts zu tun, so preislos haben nicht einmal die Hessen Positionen geräumt. Ein Blackout bei der GAL wäre die eine Möglichkeit dieses Agierens, so ist zu hoffen. Auf jeden Fall gibt es genügend Leute um die GAL herum, die geradezu nach einer solchen politischen Selbstaufgabe geiern. Die Hamburger „taz"-Realos bringen die politische Schizophrenie auf den Punkt, wenn sie *„die flexible Verhandlungsführung bis an die Grenze der Selbstverleugnung"* als „klug" definieren, gewollt oder ungewollt assistiert von GAL-Verhandlern, die öffentlich erklären, sie hätten ihr Angebot „wider besseres Wissen" (Thea Bock in „taz", 28.2.) und „trotz prinzipieller Bedenken" (Bernd Vetter) gemacht. Klar, daß Tom Janssen Kritik an dieser Änderung der bisherigen GAL-Politik als „Nabelschau" und „Vergangenheitsbewältigung" diffamiert („taz"-HH, 5.3.87).

Diese Art der Verhandlungsführung, wenn sie denn nicht nur eine einmalige, schnell vergessene Episode war, sitzt dem Irrtum auf, die — nimmt man das Anliegen ernst — gewünschten grundlegenderen Veränderungen der Politik über eigenes taktisches Geschick erreichen zu können (wobei in diesem Falle die Taktik allerdings nur ungeschickt war), ohne daß beim Wunschpartner auch nur die Mindestvoraussetzung für eine solche politische Veränderung

auch nur die Mindestvoraussetzung für eine solche politische Veränderung vorhanden ist. Die wäre in diesem Fall: eine relevante Basis innerhalb der SPD, die sich um einen anderen politischen Kurs streitet. So müssen diese (auch noch falschen) Signale ungehört bleiben und könnten eher der GAL schaden, wenn sich vielleicht später mal jemand an die angeschlagenen Töne erinnert. Die verhinderten GAL-Realos sind überhaupt nicht realitätstüchtig. Denn Realistisch müßte man erkennen, daß Hamburgs SPD für alles reif ist, nur nicht für rot-grün. Entsprechend reagieren Teile der GAL-Realos und ihre alternativen Mediensponsoren mangels realer Bezugsmöglichkeiten für ihre Variante von Realpolitik vor allem mit unterschwelligen Beschimpfungen und Unterstellungen (Ute Scheub, frühere GAL-Pressesprecherin und Tom Janssen, Experte für Spökenkiekerei in der SPD, auf der Tagesthemen-Seite der „taz" vom 28.2.87). Direkter in seinen Gehässigkeiten ist da schon Paul Rieckmann in der „Kommune" (3/87). Seine Ausfälle gegen Trampert reichen an die Schilys gegen Ebermann heran. *„Trampert als Klein-Thälmann"*, *„Radikalisierung als Selbstzweck"*, wirft er in seinem Artikel zur Hamburger Situation den GAL-Linken implizit eine Sozialfaschismusthese vor, um linke GAL-Politik gegen *„die Bedürfnisse der Initiativen nach mehr Staatsknete und demokratischem Spielraum"* zu wenden. Das ist der inzwischen klassische grüne Realo-Stil, der zwar keine Argumente hat, sich dafür aber um so lauter ins antilinke Pöbeln flüchtet. Stattdessen wird auf die schleichende Entwicklung zur Realo-Politik gehofft. Es sei nur noch eine Frage der Zeit — so Rieckmann — bis die inneren Widersprüche in der GAL aufbrechen.

Wir wünschen dieser Linie weiterhin viel Mißerfolg und der GAL, daß sie mit einem guten Wahlerfolg im Rücken auch zukünftig vermeintlich realpolitischen Verlockungen widersteht.

Js./hr.

Atommüllkonferenz will WAA-Großaktion

Als Resultat des Nürnberger BuKo-Aufrufes zur Diskussion über eine Wackersdorf Großdemo und Blockade im Herbst (siehe AK 279) verabschiedete die gut besuchte Bielefelder Atommüllkonferenz am 22.2. fast einstimmig den Aufruf zur Vorbereitung einer mehrtägigen Großaktion gegen die WAA. Wesentliche Bestandteile dieser Aktion sollen neben weiteren Aktivitäten Blockaden und eine Großdemonstration am Baugelände sein.

Am 28.3.87 soll seitens der Anti-AKW-Bewegung und in Zusammenarbeit mit den BIs der Oberpfalz in Schwandorf ein Aktionsrahmen und ein Aufrufvorschlag für die Herbstaktion erarbeitet werden. Voraussichtlich am 11./12.4.87 soll dann in Frankfurt eine Wackersdorf-Aktionskonferenz stattfinden, um gemeinsam mit der Friedens-, Frauen- und 3. Welt-Bewegung über das weitere Vorgehen zu beraten. Falls auf diesen Konferenzen eine Einigung erzielt wird, könnte die Wackersdorf-Aktion — im 10. Jahr nach Kalkar und dem „deutschen Herbst" — zur wichtigsten Kraftprobe des Jahres mit dem neuen Bonner Gruselkabinett werden. Immerhin hat auch der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung (KA) Interesse an einer Anti-WAA-Kampagne erkennen lassen, zumal man in diesem Jahr bisher keine eigenen Mobilisierungsschwerpunkte hat. Mit routiniert kluger Zurückhaltung wartet der KA zunächst ab, wie sich die in ihm vertretenen Gruppierungen entscheiden werden. Was die Aktionsplanung allerdings erschwert, sind autonome Muskelspiele, wonach der Widerstand eigentlich über das Niveau von Massenaktionen wie einer Großdemo längst hinaus sei.

Informationen zur nächsten Konferenz am 28.3.87 über:
Anti-WAA-Büro *8460 Schwandorf*
Postfach 1145 *Tel.: 09431/1029.*

Aufruf zur Vorbereitung von mehrtägigen Großaktionen in der Oberpfalz

Im Herbst 1987 sollen in der Oberpfalz mehrtägig Großaktionen gegen die WAA stattfinden. Wesentliche Bestandteile dieser Aktionen sind — neben weiteren Aktivitäten — Blockaden und eine Großdemonstration am Baugelände.

Mit den Blockaden, der Großdemonstration und den anderen Aktionen soll
— gegen die gesundheitliche Gefährdung und die WAA und ihre zentrale Bedeutung im Atomprogramm der BRD protestiert,
— auf die Kriminalisierung und den Staatsterrorismus durch CSU und Landesregierung aufmerksam gemacht und die „Befriedungspolitik" durchbrochen,
— die Gefahr einer militärischen Nutzung des in der WAA erzeugten Plutoniums herausgestellt,
— gegen den Bau, den Baustellenbetrieb sowie die Infrastruktur weiterer Widerstand propagiert und vorangetrieben werden.

Blockaden, Großdemo und alle anderen Aktionen sind Bestanteile eines Konzeptes, das von den Veranstaltern gemeinsam getragen und zu dem gemeinsam mobilisiert werden soll.

Wir wollen massenhafte Blockade- und sonstige phantasievolle Aktionen durchführen, weil wir wissen, daß unser Widerstand über Demonstrationen und sonstige Proteste hinausgehen muß, um tatsächlich den Bau der WAA zu verhindern.

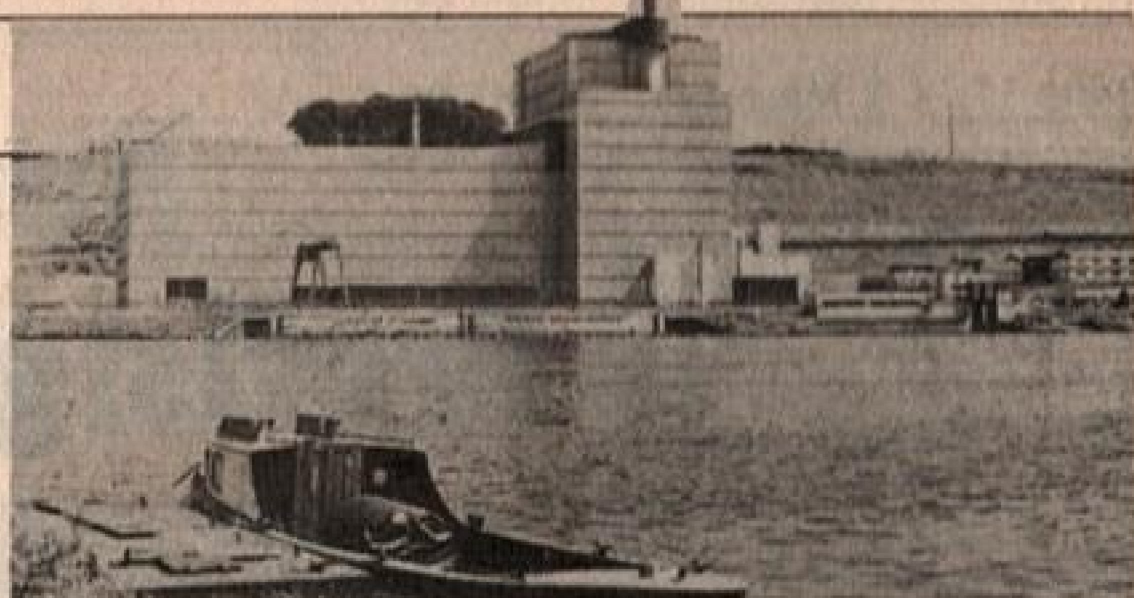
Wir wollen eine Großdemonstration, weil es uns darum geht, die politische Basis für den Anti-AKW-Widerstand zu verbreitern und möglichst viele Menschen mit der Situation in der Oberpfalz vertraut zu machen.

Beides steht in einem zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang, wobei die Frage einer genauen zeitlichen Zuordnung in den BI's diskutiert und bis Ende März entschieden werden soll.

Wir wollen am 28.3. innerhalb der Anti-AKW-Bewegung und in Zusammenhang mit den BI's der Oberpfalz in Schwandorf einen Aktionsrahmen und einen Aufrufvorschlag erarbeiten. Wir rufen darüber hinaus die Friedens-, Frauen-, Dritte-Welt-Bewegung und andere Gruppen auf, sich an einem Treffen über die weitere Aktionsplanung und Vorbereitung, voraussichtlich am 11./12. April in Frankfurt zu beteiligen.

Engholms Mehrheitsbeschaffer

Die GRÜNEN Schleswig-Holsteins vor der Landtagswahl



Siedewasserreaktor Krümmel

Die Grünen-SH in der „Strategiedebatte" (Originaltitel): Es geht um „neue" programmatische Festlegungen und um die „Gretchen-Frage" Wie halte ich's mit der SPD-SH, also mit Engholm und Jansen? Jene haben ihre Bereitschaft, sich notfalls von der Öko-Partei tolerieren zu lassen, nach der Bundestagswahl lauthals verkündet. Bei den Grünen scheint sich eine „Mittelposition" als mehrheitsfähig zu erweisen: Diesseits von klaren Tolerierungsbedingungen an die SPD und jenseits von „realpolitischen" Koalitionsträumen Engholm zum Ministerpräsidenten zu wählen, wenn er zu „substantiellen Annäherungen" bereit wäre.

Bislang wurde die Diskussion in SH durch die Vorstöße „bedingungsloser Tolerierer" (Lars Hennings, Anke Jörck, u.a.) bestimmt. Desweiteren gab es den Vorschlag, Tolerierungsbedingungen in Form eines „Zielkanals" zu formulieren (Robin Jacobitz). Nach der letzten Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Grünen-SH scheinen die Tolerierungsbefürworter die Nase vorn zu haben — unterhalb der Koalition sind verschiedene Kooperationsformen denkbar, aber zum Nulltarif soll Engholm nicht gewählt werden, so der Tenor. Die genauen Festlegungen werden dann im April und Mai erfolgen.

Diejenigen, die auch eine Koalition nicht ausschließen wollten, lagen bei der LDK-Entscheidung weit abgeschlagen im hinteren Feld (dazu zählt neben dem Neumünsteraner Horst Mühlenhardt die tonangebende Spitzenebene des Kieler Kreisverbandes).

„Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm"

„Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm"

Die Position der Abwahl des jeweiligen CDU-Regierungschefs und der bedingungslosen Kür des SPD-Kandidaten für die grüne Taktik im Falle „rotgrüner" Mehrheiten ist eine Schöpfung von Michael Stamm (siehe auch seinen Aufsatz in AK 260; zur Kritik: AK 267 und 274). Zweck seines Vorschlags war die (vermeintliche) Entlastung der grünen Partei vom Koalitionsdruck, sowohl von innen, den Realos, als auch von außen, der SPD. Zudem erhoffte man sich dadurch neue Impulse für außerparlamentarische Aktivitäten der Partei.

Wie Stamm kommen auch die SH-Propagandisten dieser Idee aus der inzwischen eingegangenen ISP (Initiative Sozialistische Politik), bzw. einer ihrer Vorläuferorganisationen, Gruppe Z: Lars Hennings, z.B. Auch wenn diese Position zunächst stimmungsmäßig ein wenig ins Hintertreffen geraten ist, wollen wir uns hier schwerpunktmäßig mit ihren Begründungszusammenhängen auseinandersetzen. Schließlich fließen viele Denkansätze auch in die anderen taktischen Vorschläge ein.

„Aus grundsätzlichen Überlegungen für eine durch grüne Stützung mehrheitsfähige Minderheitsregierung Engholm", heißt ihre Formel. *„Die SPD mag sich davon distanzieren, was wir von ihr für erwartbar halten, nicht umgekehrt. Laßt uns sagen: Keine Koalition, keine Tolerierungsvereinbarung, das Weitere nach der Abwahl Barschels. Und dann für die Inhalte kämpfen."* (1)

Die Begründung für diese Vorgehensweise sieht so aus: *„Die veröffentlichte Meinung geht bei entsprechendem Wahlergebnis von einer relativ reibungslosen Abwahl Barschels aus, die SPD ist zur Minderheiten-Regierung bereit; darin liegt derzeit keine besondere Spannung, die CDU müßte sie erst erzeugen: ‚rot-grünes Chaos'. (...) Wollen wir, ist eine entscheidende Frage, diesen Eindruck zerstören, indem wir betonen, wir müßten erst prüfen, ob wir Barschel abwählen werden? Wir gefährden damit womöglich die Mehrheit. (...) Und wir orientieren damit entweder auf schnellste Neuwahlen, oder eine enge Bindung an die SPD, die mit ihren Garantie-Forderungen kommen wird. Ein paar Monate der Einrichtung unserer Fraktion und des Aufbaus von Opposition im Land können die Grünen gut brauchen. Harte Verhandlungen wird es noch genug geben."*

Die zitierten grundsätzlichen Überlegungen setzen sich aus drei Elementen zusammen: Einmal wird die „Politik wechselnder Mehrheiten" als „ein Stück mehr Demokratie" und als „Stärkung des Parlaments" gewürdigt, weil sie an verschiedenen Sachfragen unterschiedliche gesellschaftliche Mehrheiten oder Kräfteverhältnisse „abbilden" kann. Der Sachzwang „wechselnde Mehrheiten" wird kurzerhand überhöht, „ideologisiert".

Desweiteren verspricht sich Hennings von der Stützung einer Engholm-Regierung die Stärkung der Grünen als „3. Kraft", als Verkörperung des „Konzepts gesellschaftlicher Gegenmacht". Er erhofft sich von dieser sehr stark auf Integration angewiesenen Regierung die Erweiterung der Kampagnenfähigkeit ins etablierte Lager hinein. Der Autor gerät ins Schwärmen: *„(...) eine optimale Neuorientierung der politischen Gegenmacht (...), die entstehen muß, wenn die SPD in die Regierung wechselt und die Grünen SH dann hier als einzige parlamentarische Links-Opposition ihre Bedeutung über eine stark außerparlamentarisch eingebundene Fraktion erheblich verstärken können."*

Obwohl gerade Hennings die Grünen sowohl als „moderne Arbeitnehmerpartei" als auch als „Kommunalpartei" („Grün wächst von unten" ist damit gemeint) abfeiert, läßt er zum Dritten eine gehörige Portion Skepsis durchschimmern: Er hat seine Zweifel an der genügend strapazierfähigen politischen Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit der Partei: *„(...) daß wir, wenn wir von Einzelfall-Polarisierung abrücken, für ein Verhandlungskonzept zugleich mobilisieren müßten: Anti-AKW-Bewegung und Werftarbeiter, Bauern und Bildungsbürger, Frauen- und Umweltgruppen. Ich finde das alles sehr schwierig."* (2)

Volltönend zusammengefaßt lautet diese Taktik: *„Ein tatkräftiges Bündnis innerhalb und außerhalb der Grünen für einen solchen Kraftakt bedarf eines radikalpragmatischen Programms mit einer Andeutung von Utopie zur Richtungsbestimmung und den radikalen Verzicht auf die Koalitionsdebatte einerseits, pauschalen Zugeständnissen bezüglich Landtagsabstimmungen andererseits: d.h. ausschließlich Sachzusammenarbeit nach Einzelfallprüfung. Das impliziert, daß die Realität anerkannt wird, wonach SPD und CDU viele Gemeinsamkeiten haben und also auch gelegentlich gemeinsam abstimmen. Faktisch besteht in grünen und sozialdemokratischen Äußerungen zu dieser Zusammenarbeitsform Übereinstimmung: Inhalte entscheiden."* (3)

Die „Zielkanalkonzeption"

Diese Version parlamentarischer Taktik stammt von Robin Jacobitz. Auch er kommt aus „Z"/ISP, war einige Zeit Mitarbeiter der Bundestagsfraktion, später Pinneberger Kreistagsabgeordneter und ist heute Mitglied des „LaVo". Er will keine Bedingungen für die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung aufstellen, sondern einen „Zielkanal", *„der nach beiden Seiten hin begrenzt und als politischer Raum definiert ist, innerhalb dessen sich die SPD-SH bewegen kann. Die eine Begrenzung ergibt sich durch die politischen Forderungen der Grünen, die andere wird dann erreicht, wenn die SPD auf ‚Eintracht, Harmonie und Kooperation mit dem Monopolkapital aus ist'"*. Ist dieses Ziel erreicht, ist die Tolerierung beendet.

Jacobitz glaubt nicht, daß eine Politik „wechselnder Mehrheiten" möglich ist. Zu Recht weist er darauf hin, daß SPD und CDU mitspielen müßten. *„Bizarre Modelle helfen uns nicht weiter. Die Grünen-SH brauchen eine politik- und konfliktfähige (...) Antwort."* Dabei seien zwei schleswig-holsteinische Besonderheiten zu berücksichtigen: Einmal ist die SPD-SH am linken Rand der SPD angesiedelt, der qualitative Unterschied z.B. beim Atom-Ausstieg zwischen SPD und Grünen sei kaum zu vermitteln. Ein hoher Erwartungsdruck laste auf den Grünen, der Unterschied zwischen Björn Engholm und Dohnanyi sollte sich in der Taktik niederschlagen. Zum anderen seien die hiesigen Grünen eher der GAL-HH ähnlich, das schlösse einen Koalitionskurs à la Hessen aus.

Deutlich und umfänglich grenzt Jacobitz seinen Vorschlag gegen eine bedingte Tolerierungspolitik ab: Ähnlich wie Hennings behauptet er, daß bei einer Tolerierungspolitik die grundsätzliche Distanz zur SPD eher verschwimme, auch er beschwört wie Hennings die Gefahr des sofortigen Bruchs mit der SPD. Sein „Zielkanal" ließe die Grünen die „Definitionsgewalt über Inhalt, Umstände und Zeitpunkt eines Bruchs mit der SPD behalten". (4)

Praktische Bedeutung kann dieser Vorschlag dadurch bekommen, daß sowohl eine „harte" Tolerierungspolitik als auch eine offene Koalitionsvereinbarung abgelehnt wird, und stattdessen eine sehr flexibel handhabbare Tolerierungspolitik ermöglicht wird.

Die grüne Einschätzung der SPD-SH

Bestimmend für die unterschiedlichen Wahltaktiken ist das jeweilige Verhältnis zur Landes-SPD. Während die entschiedenen SPD-Kritiker eine an klare Bedingungen geknüpfte Tolerierungspolitik gegenüber einer Engholm-Regierung befürworten, begründen

nis zur Landes-SPD. Während die entschiedenen SPD-Kritiker eine an klare Bedingungen geknüpfte Tolerierungspolitik gegenüber einer Engholm-Regierung befürworten, begründen

Lars Hennings und Robin Jacobitz ihre Vorschläge mit einer „differenzierten" SPD-Einschätzung.

Beide argumentieren, daß die Landes-SPD „sich in der Atomfrage relativ weit aus dem Fenster hängt" und daß der Unterschied zu den grünen Vorstellungen bei der Masse der Bevölkerung nur sehr schwer zu vermitteln sei. Hennings geht allerdings noch darüber hinaus: Zwar habe sich die SPD-Fraktion gegenüber der Brokdorf-Demonstration (Juni '86) nur als der „bessere Polizei-Innenminister" dargestellt. *„Gleichwohl hat sie auch die Situation in Kleve allgemein als Eskalation der Gewalt und das ganze CDU-Unternehmen als ‚eindeutigen Verfassungsbruch' gekennzeichnet und damit auch gegen ihre Hamburger und Bonner Genoss/inn/en Position bezogen. Das hätte die SPD so nicht nötig gehabt, sie hätte sich auch viel distanzierter verhalten können. Soll heißen: Die Brokdorf-Ereignisse haben Unterschiede zwischen CDU und SPD erkennbar gemacht, die nicht ohne weiteres vom Tisch zu wischen sind."* (5) Damit habe die SPD die gesellschaftliche Isolierung der CDU mitbetrieben. Des weiteren sieht er die SPD als Teil der demokratischen Opposition im Lande an, auch weil sie vielen ihrer relevanten Kräfte (Arbeitsgemeinschaften, Funktionsträgern) viele Freiräume für außerparlamentarischen Protest lasse. Kurz: Er schätzt sie als „liberale Variante des gesellschaftlichen Grundkonsens".

Darüberhinaus bemüht er taktische Argumente: Einmal befürchtet er, daß eine zu radikale Kritik an der SPD-Politik deren Basis gegen die Grünen und für die Parteiführung einstimmen werde. Der Begriff „Sofort-Ausstieg aus der Atomenergie" dürfe nicht zum „Kampfbegriff" gegen die SPD werden, es komme vielmehr darauf an, „Erwartungshaltungen" der Massen in die SPD zu vertiefen. Denn: „Wer heute durch Jansen mobilisiert wird, läßt sich morgen gegen die SPD mobilisieren, um Brokdorf zu stoppen."

Aber die Taktiker Hennings und — in diesem Fall — Bartkowiak haben noch mehr auf Lager. In der von ihnen verfaßten Resolution zur Bundestagswahl hieß es: „Jede Diskussion über eine mögliche rot-grüne Zusammenarbeit nach den BT-Wahlen, wie immer es genannt wird (Koalition, Tolerierung, distanzierte Unterstützung), treibt die Wähler/innen der ‚Mitte' zu einer erneuten Unterstützung der ‚Wende-Politik', die schon jetzt vor dem rot-grünen Chaos warnt und sich damit den Wahlsieg sichern will. Damit werden wertvolle Spielräume, die durch eine Einbindung der SPD in die Regierung entstehen können, billig verspielt. Das hat auch die SPD mit ihrer Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit gut erkannt."

Dieser kaum glaubliche Fatalismus zur Rechtfertigung des Rau-Wahlkampfes steht wohl einzigartig in der grünen Landschaft da — und mittlerweile sogar in der sozialdemokratisch eingefärbten!

Auch wenn so manche Charakterisierung der SPD-SH in den grünen Texten stark übertrieben ist und teilweise die Grenze zur Lobhudelei überschreitet, so ist ihnen insoweit zuzustimmen: Die hiesige SPD ist anders als die hessische, die Hamburger und auch die Bundes-SPD. Sie macht ein anderes taktisches Herangehen nötig. Was aber die Aufgabe klarer Bedingungen für eine Politik der Engholm-Tolerierung überhaupt nicht rechtfertigt: Die Grenze der Kompromißbereitschaft sollte auch in Schleswig-Holstein vor der Wahl sichtbar sein!

Zur Kritik

1. Alle Hoffnungen, alle hochfliegenden Pläne und Strategien, die auf die ach-so-großen Möglichkeiten einer bedingungslosen Engholm-Unterstützung draufgesattelt werden, sollen nur die Angst vorm möglicherweise notwendigen Nein-Sagen überspielen. Das wird als gleichbedeutend mit Neuwahlen und darauffolgendem Scheitern an der 5%-Hürde angesehen.

Wer sich heute nicht zutraut, eine vernünftige SPD-Kritik entwickeln und auch vermitteln zu können, möge

len und darauffolgendem Scheitern an der 5%-Hürde angesehen.
Wer sich heute nicht zutraut, eine vernünftige SPD-Kritik entwickeln und auch vermitteln zu können, möge

doch mal erklären, warum er dann überhaupt gegen die SPD zur Wahl antritt.

Wer stattdessen darauf hofft, daß die CDU mit ihrer Angst-Propaganda Marke „Rot-grünes Chaos" von selbst scheitert und daß die SPD unter riesigen Erwartungsdruck „gerät", der hat den Kampf um Grundsätze, Inhalte und Perspektiven alternativer Politik zurückgestellt — hinter absolute Taktiererei.

2. Die Hoffnung, die „3. Kraft" mit all ihren Möglichkeiten („Gegenmacht", „soziale Experimentierfelder", usw.) über eine kluge Parlamentstaktik zu werden, basiert auf einer Überschätzung und Überhöhung der Funktion dieses Parlaments.

3. Die Glorifizierung der „Politik wechselnder Mehrheiten" setzt — darauf verwiesen schon andere — den Good-will der Etablierten voraus — auch und gerade den der SPD! Die Äußerungen Jansens („Kooperationsverträge sind Tolerierungsvoraussetzung") legen nahe, daß es dieses Einverständnis seitens der SPD nicht gibt. Darum ist auch dies kein Weg, den befürchteten Neuwahlen zu entgehen.

4. Der Verzicht auf Polarisierung gegenüber allen Unzulänglichkeiten der SPD ist gleichbedeutend mit dem Verzicht, eine gesellschaftliche Reformdynamik zu entfalten. Er nimmt den Druck von der SPD, der diese dazu zwingen könnte, tatsächliche Zugeständnisse machen zu müssen. Er entlastet die SPD von dem Zwang, sich für Halbheiten, Rückzugslinien und für eine Politik der Besänftigung der gesellschaftlichen Widersprüche rechtfertigen zu müssen.

KB/Schleswig-Holstein

Anmerkungen:

1. Dies und folgendes zitiert nach „Rundbrief" 2/87 der Grünen-SH, auch (gekürzt) in „Kieler Rundschau", 5.2.87
2. Obschon wir vor sechs Monaten vom selben Autor lesen konnten: „Zu sehr haben sie (die Grünen) ihr Wählerpotential stabilisiert (...) Und die inhaltliche Entwicklung der Grünen hat doch eine vorläufige Konkretion in allen wesentlichen Themenbereichen erbracht, die dieser numerischen Eigenständigkeit eine programmatische zugesellt." „Gegenwind", Netzwerk-Zeitung in SH und HH, September '86
3. „Gegenwind", s.o.
4. „Rundbrief" 7/86, Dezember, der Grünen-SH
5. „Gegenwind", s.o.

SPD Schleswig-Holstein:

Die „sehr harte Line" gegen AKWs

Noch am 8. Juni 1986, also nur wenige Wochen nach Tschernobyl, hatte die vielgerühmte SPD im Lande die Stirn, wichtige mögliche Hebel gegen den Betrieb von AKWs aus ihrem Programm herauszustreichen: Denn diese sahen vor, *„alle Brokdorf-Teilerrichtungsgenehmigungen den neuesten Erkenntnissen der Sicherheitsforschung und der Umweltbelastung (zu) unterwerfen"*.

Auf ihrem Dezember-Parteitag hat sie eine ähnliche Formel allerdings wieder ins Programm aufgenommen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Engholm, wußte in der „taz" seine Betroffenheit zu schildern: *„Meine Skepsis und Furcht vor dem, was läuft und vielleicht nicht beherrschbar ist, ist erheblich größer geworden. (...)besser aus der Katastrophe lernen, als gar nicht lernen."* (12.5.86). Kon-

läuft und vielleicht nicht beherrschbar ist, ist erheblich größer geworden. (...)besser aus der Katastrophe lernen, als gar nicht lernen." (12.5.86). Kon-

kret abschalten wollte er zunächst aber nur Stade — das liegt bekanntlich nicht in Schleswig-Holstein. Aber es ist nun mal das älteste AKW — allerdings nur wenig älter als der störfallträchtigere Reaktor in Brunsbüttel.

Allerdings hat der Landesverband im Gegensatz zur Bundespartei (Hauff-Papier) den Atomausstieg nicht an die Zustimmung von Union, FPD, Industrie und Energiewirtschaft gebunden. Sie verspricht den *„engen landespolitischen Handlungsspielraum voll auszuschöpfen"*. Übereinstimmend erklären Engholm (am 12.2.) und Jansen (am 14.2.): „Hessen wäre hier nicht passiert." Jansen verspricht, sich allen Weisungen Bonns widersetzen zu wollen.

Relativiert werden diese Versprechungen durch die Tatsache, daß die SPD-SH meint, uns den Weiterbetrieb von AKWs noch acht Jahre zumuten zu können. Das sind zwar zwei Jahre weniger als der von Hauff eingeräumte (aber höchst unwahrscheinliche) Zeitraum von zehn Jahren, aber immer noch genauso willkürlich und unbegründet.

Ursprünglich wollte die Kommission unter Leitung von Willi Piecyk überhaupt kein Limit nennen. Erst auf Drängen der Parteitagsdelegierten wurden acht Jahre eingeräumt. Das ist ziemlich exakt das Vierfache dessen, was der Landesvorsitzende Jansen noch drei Wochen vor dem Parteitag für nötig erklärte, und genau achtmal soviel, wie das Ausstiegs-Gutachten des Freiburger Öko-Instituts im SPD-Auftrag herausgearbeitet hatte: nämlich ein Ausstiegszeitraum von einem Jahr.

Das Gutachten hat eine weitaus geringere Rolle gespielt, als Jansen vorher angekündigt hatte. Auf dem Parteitag und in den Verlautbarungen danach wurde es nicht mehr erwähnt. Damit hat der Landesverband seinen eigenen Vorsitzenden gründlich blamiert! (Just zum Zeitpunkt des Parteitages mußte Jansen wegen akuter Kreislaufschwäche ins Krankenhaus.)

Auch über den Kernpunkt hinaus, daß die angeblich so fortschrittliche Landes-SPD uns noch acht Jahre AKWs aufzwingen will, gibt es noch weitere Anhaltspunkte, die die Lauterkeit und Ernsthaftigkeit sozialdemokratischer Landespolitiker in Frage stellen:

— Wer den Nürnberger Beschluß vom zehnjährigen-wahrscheinlich-nicht-Ausstieg als Durchbruch glorifiziert,
— wer die gesicherte direkte Endlagerung vorschreiben will, aber verschweigt, daß alle Endlagerungspläne

zehnjährigen-wahrscheinlich-nicht-Ausstieg als Durchbruch glorifiziert,
— wer die gesicherte direkte Endlagerung vorschreiben will, aber verschweigt, daß alle Endlagerungspläne

sich als unrealistisch erwiesen haben und damit alle AKWs heute sofort stillgelegt werden müßten,
— wer meint, es reiche aus, laufende AKWs „entsprechend dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik unter Hinzuziehung der gesamten Breite des fachwissenschaftlichen Sachverstands auf ihre Sicherheit hin zu überprüfen", wer einen solchen überparteilichen „wissenschaftlichen" Standard suggeriert,
— wer obendrein nicht müde wird, den entscheidenden Vorrang der „Bundeskompetenz" für AKWs vor der Landesebene zu betonen, derjenige läßt Zweifel an seinen Ausstiegsabsichten aufkommen. Das sind zu viele Hintertüren aufeinmal.

Die SPD-nahe Wochenzeitung „Kieler Rundschau" glossierte im Vorwege einen fertig ausgehandelten „Rot-Grünen-Kooperationsvertrag", der zum Thema Atomausstieg folgendes enthält:

„5. Energiepolitik: Energiepolitik, Kohle- und Atomkraftwerke spielen in SH schon seit geraumer Zeit eine große politische Rolle. Das wird in Zukunft teils genauso, teils anders sein; der Sofortausstieg ist partiell dringend angeraten, sollte jedoch nicht überstürzt zur Durchführung gebracht werden. Die Grünen behalten sich vor, ihn nötigenfalls über die Legislaturperiode hinaus als Forderung aufrechtzuerhalten. Die SPD fährt hier ‚eine sehr harte Linie' (Anm.: eine Jansen-Vokabel) *und stellt fest, schon immer gegen Brokdorf gewesen zu sein."* (19.2.87).

Die rot-grüne Zeitung scheint ihre Pappenheimer gut zu kennen.

25 Jahre bewaffneter Kampf in Südafrika

ANC orientiert auf Ausweitung der Guerilla



Auf ein 25jähriges Bestehen seines bewaffneten Flügels, Umkhonto we Sizwe, blickte der ANC im vergangenen Jahr zurück. Nicht nur aus Anlaß dieses „Jubiläums" wurde das Jahr 1986 zum „Jahr von Umkhonto we Sizwe" erklärt. Aus einer Reihe von Artikeln und Stellungnahmen um die Frage des bewaffneten Kampfes in Südafrika läßt sich eine veränderte Strategie erkennen, die nunmehr einen allgemeinen Volkskrieg zum Ziel hat. Diese Entwicklung ist insofern bemerkenswert, als der ANC immer betont hat, daß eine bürgerkriegsähnliche Konfrontation mit dem Regime nur als letztes Mittel des politischen Kampfes und auf der Basis einer breiten Verankerung im Volk geführt werden kann.

Bis 1961 war der ANC von seinem Selbstverständnis her eine gewaltlose Organisation, die im wesentlichen darauf hoffte, mit Massenaktionen und Verweigerungskampagnen die andere Seite zu Verhandlungen zu bewegen. Der brutale Polizei- und Militäreinsatz gegen die Antipaßdemonstration von Sharpeville, in deren Folge ANC und PAC verboten wurden, bedeutete den Bruch mit diesem Selbstverständnis. Der ANC war gezwungen, eine Untergrundstruktur aufzubauen, viele Mitglieder gingen ins Exil. Zum gleichen Zeitpunkt wurde Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation) gegründet. „*Die Regierung ... hat jede unserer friedlichen Forderungen nach mehr Rechten und Freiheit mit Gewalt und noch mehr Gewalt beantwortet. Für jede Nation kommt die Zeit, wo es für sie nur noch zwei Möglichkeiten gibt: sich zu ergeben oder zu kämpfen*", begründete Nelson Mandela, damals Kommandant von Umkhonto, diesen Schritt (nach W. Mandela, S. 84).

Auf die Gewalt des Regimes sollte mit geplanter Gegengewalt reagiert werden. Dies bedeutete vor allem Sabotageakte und Anschläge, wobei die Gefährdung von Menschenleben ausgeschlossen sein sollte. In dieser ersten Phase spielte das Ziel, das Regime zu Verhandlungen zu bringen, weiterhin eine wichtige Rolle. Mit den Guerillaaktionen sollte Druck ausgeübt, dem

eine wichtige Rolle. Mit den Guerillaaktionen sollte Druck ausgeübt, dem

Regime seine Angreifbarkeit demonstriert werden. In einem gegen ihn geführten Prozeß erklärte ANC-Führer Wilton Mkwayi 1964: „... *Sabotage ist nicht der Beginn eines Krieges, sondern eine Einladung an die Regierung und die weiße Minderheit Südafrikas, zu einer (nationalen) Übereinkunft zu gelangen.*" (Sechaba 11/86, S. 26)

1969 wurde ein Grundsatzpapier zu Fragen der Strategie und Taktik des bewaffneten Kampfes verabschiedet. Hier stand die Verhandlungsperspektive nicht mehr im Vordergrund. Es wurde jedoch betont, daß von einer langfristigen Entwicklung des Kampfes auszugehen sei und militärische Aktionen die politischen Bedingungen für die Abschaffung der Apartheid nicht ersetzen können. „*Wenn das heroische Vorbild bewaffneter Gruppen genügte und man sich der Unterdrückung nur stärker bewußt zu werden brauchte, so wäre der Kampf tatsächlich einfach. Es gäbe keine Kollaborateure und man würde kaum Neutrale finden. Daran zu glauben hieße jedoch zu glauben, daß der Verlauf des Kampfes nur durch das bestimmt wird, was wir in den Kampfverbänden tun. Außerdem ginge dieser Glaube von der irreführenden Annahme aus, daß die Massen unerschütterlich und nicht korrumpierbar sind. Der Feind weiß genauso gut wie wir, daß diejenige Seite den Kampf gewinnt, die die Unterstützung der Masse des Volkes hat. Es ist naiv zu glauben, daß unterdrückte und umzingelte Menschen nicht vorübergehend sogar in großer Zahl durch Furcht, Terror, Lügen, Indoktrination und Provokation dazu gebracht werden können, Befreier wie Feinde zu behandeln. Tatsächlich beweist die Geschichte, daß ohne intensivste umfassende politische Tätigkeit dies sogar höchst wahrscheinlich ist. Es ist deshalb umso wichtiger, daß die revolutionäre Führung im ganzen Land vertreten ist und Wurzeln sowohl innerhalb wie außerhalb der Kampfzonen hat. Vor allem darf der Sieg nicht schal sein. Um dies zu verhindern, müssen wir dafür sorgen, daß nicht eine Armee an die Macht gebracht wird, sondern das Volk als Ganzes, mit seiner politischen Führung an der Spitze.*" (nach Falk/Wahl, S. 484)

Zu diesem Zeitpunkt wurde weder die eigene Stärke noch die politische Lage in Südafrika insgesamt so eingeschätzt, daß die Situation für eine Eskalation reif sei. Vielmehr ging es darum, sich auf Bedingungen vorzubereiten „*für einen umfassenden Krieg, die eventuell zu einer Eroberung der Macht führen können*" (Sechaba 11/86, S. 27)

Bis zu Beginn der 80er Jahre spielte Umkhonto eine untergeordnete Rolle. Seine Aktionen hatten weiterhin eher propagandistischen Charakter. Ebenso lehnte der ANC es ab, vorzeitig auf spontane Erhebungen zu setzen, solange nicht ein großer Teil der Bevölkerung politisch organisiert und bereit sei, sich aktiv am Kampf zu beteiligen. Diese Haltung wurde besonders deutlich bei den Aufständen von 1976, als der ANC sich zwar bemühte, die Folgen der Repression aufzufangen, aber eine Zuspitzung der Auseinandersetzungen für nicht verantwortbar hielt.

Die Betonung einer weit im Volk verbreiteten Widerstandsbereitschaft als Voraussetzung für bewaffnete Aktionen ist nicht nur ein demokratisches Prinzip, sondern unter den Bedingungen der Verhältnisse in Südafrika gar nicht anders möglich. Die Befreiungskräfte stehen einem Gegner gegenüber, der über ungeheure Kontrollmöglichkeiten verfügt und zudem oft genug demononstriert hat, daß er bereit ist, seine militärischen Kapazitäten voll einzusetzen. Zum anderen besitzt der ANC, auch wenn er verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten haben dürfte, sich im Ausland Waffen zu beschaffen, infolge der Destabilisierung und Einschüchterung der umliegenden Frontstaaten kaum über Rückzugs- und Nachschubwege.

Entsprechend verfolgte Anfang 1984 der sog. Nkomati-Vertrag mit Mosambik und gleichzeitiger Druck auf Ango-

Entsprechend verfolgte Anfang 1984 der sog. Nkomati-Vertrag mit Mosambik und gleichzeitiger Druck auf Ango-

la u.a. das Ziel, dem ANC in diesen Ländern die Basis für seine Präsenz zu entziehen. Entgegen den Erwartungen des Regimes wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt eine neue Phase erkennbar. Offenbar gelang es dem ANC, einen nennenswerten Teil der Kämpfer/innen nach Südafrika einzuschleusen. Die Zahl der bewaffneten Aktionen nahm nicht ab. Als im Sommer 1984 Proteste und Unruhen sprunghaft zunahmen, rief der ANC massiv zu politischer Organisierung auf, gleichzeitig wurden intern Anstrengungen unternommen, Umkhonto zu verstärken. Aus den Stellungnahmen dieser Zeit spricht die Einschätzung, daß die politische und militärische Präsenz nicht für ausreichend gehalten wurde, um den Kampf auf allen Ebenen zu führen. Dennoch wurde mit dem Aufruf „Das Land unregierbar machen" entschieden, daß man den Zeitpunkt für reif hielt, die politische Krise der Herrschenden zuzuspitzen.

„*Heute ist der bewaffnete Kampf in die historische Phase des Krieges der Unterdrückten unter der Führung der Befreiungsbewegung getreten. Dies ist nicht die einzige Form des Kampfes unseres Volkes für die endgültige Entkolonialisierung seines Landes, aber es ist die entscheidende ... Ein Krieg wird geführt, um gewonnen zu werden ... Der bewaffnete Kampf als Druckmittel gehört der Vergangenheit an. Heute bedeutet er Krieg bis zum Sieg, so schnell wir es vermögen ... Unter diesen Umständen beruht jegliche Hoffnung darauf, daß der Feind zu einer Beteiligung am Befreiungsprozeß beschwatzt werden kann, auf der starrköpfigen Annahme, daß das Regime bei einem gewissen Grad an Druck mit der Schlinge für seinen eigenen Hals daherkäme.*" (Sechaba 11/86, S. 28)

In jüngster Zeit nimmt der ANC nahezu jeden Anlaß wahr, — vor allem über seine Radiosender — die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes zu propagieren, sei es bei Auseinandersetzungen in den Townships oder anläßlich der Opposition gegen sog. „Wahlen" in den Homelands, als Appell an schwarze Polizei und Militär, sich auf die richtige Seite zu stellen oder in Diskussionen mit Vertretern christlich-gewaltfreier Positionen. Diese Offensive ist jedoch nicht zu verwechseln mit einer Aussicht auf einen schnellen Sieg. „*Wir haben den Gegner gezwungen, auf sein letztes verzweifeltes Mittel zurückzugreifen — die Militärdiktatur. Durch den Kampf haben wir den Feind dazu gezwungen, offen und durch seine Praxis einzugestehen, daß seine Macht letztlich auf der Gewalt der Waffen beruht ... In vielen Teilen unseres Landes haben wir bereits wichtige Fortschritte zur Schaffung dieser revolutionären Stützpunkte unter den Massen gemacht. Wir haben zahlreiche feindliche Organe der Apartheid zerstört ... Wir haben ebenso Kampf- und Selbstverteidigungseinheiten der Massen gebildet, die eine herausragende Rolle spielten, indem sie die Herrschaftsorgane des Feindes zerstörten und die Menschen verteidigten ... In diesem Zusammenhang müssen wir sagen, daß wir nicht soweit vorangekommen sind, wie wir gekonnt hätten und müssen, bezogen auf die Aufgabe, den ANC und die Volksarmee, Umkhonto we Sizwe innerhalb des Landes zu stärken und zu vergrößern. Wir müssen diese Frage mit noch mehr Nachdruck als in der Vergangenheit beachten. Die zentrale vor uns stehende Aufgabe ist es, einen möglichst einheitlichen Angriff gegen das Apartheidregime zu führen, trotz der verzweifelten Gegenwehr des Feindes. Dies erfordert, daß wir große politische und militärische Kräfte organisieren, die politisch und organisatorisch einheitlich vorgehen und für dieselben taktischen und strategischen Ziele mobilisiert werden.*" (Erklärung des Nationalen Exekutivkomitees v. 8.1.87, nach AIB 3/87)

Trotz der häufig betonten Schwächen und Mängel der Untergrundarbeit ist die Führung von Umkhonto jedoch davon überzeugt, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, eine Struktur aufzubauen, die in der Lage ist, planmäßig und zentral zu agieren und zu reagieren. Die Vorstellung, die mit dem Begriff Volkskrieg verbunden ist, zielt gegenwärtig nicht auf eine schnelle Konfrontation. Zum einen geht es darum, das Element des bewaffneten Kampfes in den politischen Strukturen zu stärken. Es wird dazu aufgerufen (wie etwa nach dem Vorbild der „Comrades" in den Townships), in allen Zusammenhängen Kampfzellen zu bilden, die unter Anleitung erfahrener Kämpfer/innen den Umgang mit modernen Waffen lernen und Wege entwickeln, sich aus dem reichlich vorhandenen Arsenal der weißen Zivilbevölkerung Waffen zu besorgen. Diese Einheiten sollen vor allem der Selbstverteidigung, dem Schutz gegen die Repression bei politischen Kämpfen dienen. Dies ist besonders wichtig angesichts der Überfälle rechtsgerichteter sog. „Vigilantes", Gruppen, die vor allem da agieren, wo Polizei und Militär es nicht für opportun halten. Neben dieser Ebene der Selbstverteidigung ist es erklärtes Ziel, unter der Parole „dem Feind und seinen Kollaborateuren keine Ruhe lassen", den Krieg in die weißen Gebiete zu tragen. „*Der Feind des Volkes hat keine Möglichkeit, sich die strategische Initiative zurückzuholen. Diese Situation, die wir selbst geschaffen haben, verlangt von uns, daß wir die Zeit nutzen. Sie verpflichtet uns, die Schlacht zum Feind zu tragen, den Angriff voranzutreiben.*" (Erklärung 8.1.87, s.o.)

Im Gegensatz zu früheren Positionen, wo die Gefährdung von Menschenleben ausdrücklich ausgeschlossen wurde, sind nun Vertreter des Regimes, Polizisten, Militärs, Verwaltungsverantwortliche etc. Ziel von Anschlägen und Auseinandersetzungen. In jüngster Zeit gab es auch zivile Opfer unter der weißen Bevölkerung. Dies sei nicht die Politik des ANC, wurde zu solchen Fällen erklärt. Andererseits müsse sich die weiße Bevölkerung des wachsenden Zorns der Schwarzen bewußt werden, sie könnten unverhofft ins Kreuzfeuer geraten, wenn sie sich weiter in einem falschen Gefühl der Sicherheit wähnten.

Es ist gegenwärtig nicht abzusehen, welchen Verlauf die militanten Kämpfe nehmen und ob es dem Widerstand gelingt, einen Eindruck permanenter Präsenz und Verunsicherung zu schaffen. Sicher ist jedoch, daß es besonders unter den schwarzen Jugendlichen, die heute noch symbolisch Beerdigungszüge mit Holzgewehren anführen, viele gibt, die bereit sind, in den Untergrund zu gehen und sich dem militanten Flügel anzuschließen.

Wenn eine Organisation, die im Laufe ihrer 25jährigen Geschichte versucht hat, sämtliche politischen und diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen und immer wieder ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt hat, zu dem Schluß kommt, es sei an der Zeit, den Krieg zu erklären, sollte dies nicht unterschätzt werden.

Quellen:

Sechaba 11 u. 12/86
AIB 3/87
Falk/Wahl, Politische Programme der Befreiungsbewegungen in Afrika, Köln 1980
W. Mandela, Ein Stück meiner Seele ging mit ihm, Reinbek 1984
Stellungnahmen und Interviews zur Untergrundarbeit und den Aufgaben von Umkhonto vom 9.9.86, 16.9.86, 20.20.86, 25.10.86, 19.11.86, 4.12.86, 10.12.86, 8.1.87 in Radio Freedom, nach Summary of World Broadcasts, BBC



Einseitige ''Unabhängigkeits''erklärung für Namibia

Interview mit den Präsidenten der SWAPO, Sam Nujoma, über die Pläne Südafrikas

Das von Augusta Conchiglia geführte Interview übersetzten wir aus „AfricAsie" vom Februar 1987.

Die Befreiungsbewegung ist mehr denn je davon überzeugt, daß das Rassistenregime in Pretoria eine „Einseitige Erklärung der Unabhängigkeit" für ein von Weißen regiertes Namibia vorbereitet.

Am 30. November letzten Jahres ging die Polizei sehr gewaltsam gegen Demonstrationen der SWAPO vor. Die Demonstrationen fanden in Katatura statt, das nahe der Hauptstadt liegt. War dies der Beginn einer Zuspitzung repressiver Maßnahmen gegen die SWAPO?

Das Apartheid-Regime bereitet eine einseitige Erklärung der sogenannten Unabhängigkeit Namibias vor. Dies Regime kann allein durch das wachsende Ansehen und den Einfluß der SWAPO ins Schwanken gebracht werden. Die Marionetten-Parteien in Namibia stehen unterdessen im Abseits, trotz der materiellen Unterstützung durch die Rassisten.

Die südafrikanische Polizei sucht nach einem Grund, um jede öffentliche Bewegung von unserer Seite zu untersagen. Am 30.11. versuchte eine Sondereinheit der Polizei (die sogenannten „Kuhfüße") Zwischenfälle zu inszenieren, indem sie sich unter die Demonstranten mischten: in Zivil mit nicht-scharfen Waffen. Die „regulären" Kuhfuß-Einheiten wurden gegen die Demonstranten eingesetzt. Das Ergebnis ist — vielleicht — bekannt. 20 Menschen wurden verwundet, zwei Menschen starben. Ein zweijähriges Kind und Emanuel Shifidi waren tot. Emanuel wurde erst 1985 aus dem Gefängnis entlassen. 20 Jahre verbrachte er hinter Gittern, davon 18 auf Robben Island.

Der südafrikanische Plan einer künstlichen Unabhängigkeit mag Chancen haben, die Ablehnung durch die Menschen zu überleben. Gleichzeitig wird den „Sicherheitskräften" befohlen bekannte SWAPO-Mitglieder zu ermorden und das Volk einzuschüchtern, um so zu verhindern, daß es an unseren Versammlungen teilnehmen kann.

Liegt hier der Beginn einer Bewegung ähnlich der in Südafrika?

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Eine Bewegung des zivilen „Widerstandes" gegen Apartheid und die südafrikanische Besetzung, wenn man es so nennen will, gibt es schon bei uns. Trotz scharfer Gesetze häufen sich die Streiks in den Fabriken und Minen. Mehrere Gesetze zum Ausnahmezustand sind in der jüngsten Vergangenheit erlassen worden. Als die Kontrakt-Arbeiter 71/72 die Streiks aufnahmen, verhängte Südafrika das Kriegsrecht über Namibia.

Obwohl Gewerkschaften gebannt sind, nimmt diese Bewegung an Stärke zu. Der Kampf unserer südafrikanischen Brüder und Schwestern ermutigt natürlich unsere Bewegung und unsere Arbeiter.



Die Südafrikaner versuchen, so weit sie es können, Namibia aus den Spalten der Presse herauszuhalten. Kein ausländischer Journalist besitzt in Windhoek eine Akkreditierung. Deshalb kann auch niemand eine Vorstellung von dem haben, was in unserem Lande passiert. Sogar südafrikanische Journalisten haben Schwierigkeiten, über die Hauptstadt hinauszukommen, wenn sie in Namibia sind. Dies widerfuhr kürzlich Journalisten aus Johannesburg, die gekommen waren, um über ein Gerichtsverfahren gegen zwei Soldaten zu berichten, die die Bevölkerung erpreßt hatten.

Haben die Südafrikaner die UN-Resolution 435 öffentlich außer Kraft gesetzt?

Das kann man bejahen. Sie benutzen diese Resolution lediglich dann, wenn sie Druck auf Angola ausüben wollen. Grundlage ist dann das berühmte „Linkage", das von den USA unterstützt wird, wonach die Durchführung der UN-Resolution 435 den Abzug kubanischer Truppen beinhalten würde.

Tatsächlich führen sie die Vorbereitungen für eine Unabhängigkeit nach dem Bantustan-Muster fort, oder besser „UDI" genannt („Unilateral declaration of independence" — UDI; Einseitige Unabhängigkeitserklärung). Denn der Ableger von Bothas National Party würde den Löwenanteil an der Macht in einer Koalition erhalten, die mit den Marionetten-Gruppen gebildet wird. Diese Koalition soll die Macht nach der „Unabhängigkeit" in diesem April übernehmen.

Kürzlich sprach Pretoria von der „Kontakt-Gruppe". Welche Rolle spielt sie in diesem „Unabhängigkeits-Prozeß"?

Die westliche Kontaktgruppe gibt es nicht mehr. Pretoria wollte den Eindruck vermitteln, daß die Kontaktgruppe die UDI unterstütze. Darüberhinaus erklärte Pretoria sogar, daß Wahlen unter der Oberaufsicht der Kontaktgruppe stattfinden würden, unter Ausschluß der UN. Das Rassisten-Regime bastelt an einer Verfassung für das „unabhängige" Namibia mit der Hilfe westdeutscher Richter, die zu diesem Zweck aus Bonn geschickt wurden. Der Text ist fast der, den wir in der Vergangenheit immer ablehnten; den die westliche Kontaktgruppe uns aufdrängen wollte. Geist und Text der Resolution 435 werden darin verraten. Diese Verfassung würde die Privilegien der weißen Gemeinde beibehalten, insbesondere durch die Garantie einer Präsenz in der Marionetten-Versammlung, die in keiner Weise verhältnismäßig ist zu ihrer Zahl im Land.

Die Resolution 435 verlangt jedoch Wahlen auf der Grundlage „Ein Mensch — eine Stimme", wodurch alle Namibier ihr Abstimmungsrecht erhalten. Einzig eine Versammlung, die nach diesem Grundsatz gewählt ist, hat das Recht, eine Verfassung für ein unabhängiges Namibia auszuarbeiten.

Wie ist das Verhältnis der SWAPO gegenüber den Weißen in deinem Land?

Wir kämpfen nicht gegen die Weißen an sich, aber gegen die Besetzung und Rassendiskriminierung. Wir wollen das volle Recht auf Teilnahme am politischen Leben in unserem Land. Wir sind nicht prinzipiell gegen das Privateigentum. Aber natürlich ist eine vollständige Umwandlung der kolonialen und wirtschaftlichen Strukturen unerläßlich.

Es kann sein, daß die Nationalversammlung, gewählt nach den Maßgaben der UN-Resolution 435, entscheidet, den einen oder anderen Sektor der Wirtschaft zu nationalisieren. Das hängt von der Versammlung ab, von ihrer Einschätzung der Situation. Sicher ist, daß sie sich mit dem größeren Problem unserer Bevölkerung befassen wird: der Landfrage. Die Siedler haben unser Volk vom besten Land vertrieben, in die trockensten Zonen verstoßen. Unser Recht auf dies Land muß wieder eingesetzt werden.

Wie siehst du das künftige Verhältnis zwischen deinem Land und den multinationalen Konzernen, die gegenwärtig dort sind?

Sie werden eine Überarbeitung der Vereinbarungen annehmen müssen, die sie mit dem südafrikanischen Besatzer getroffen haben; anders ausgedrückt: Sie müssen unsere volle Souveränität anerkennen.

Im August 1985 trafst du dich mit Vertretern der Weißen aus Namibia. Was kam dabei heraus?

Viel Gutes. Wir trafen Geschäftsleute,

Im August 1985 trafst du dich mit Vertretern der Weißen aus Namibia. Was kam dabei heraus?

Viel Gutes. Wir trafen Geschäftsleute,
Bauern, Fischer, Anwälte und verschiedene Intellektuelle. Viele von ihnen verstanden die Gründe für unseren Kampf. Wir wollen sie weder „berauben" noch ins Meer treiben, wie die Propaganda aus Pretoria sich ausdrückt. Wir verlangen nur von ihnen, daß sie das demokratische System annehmen, das wir in Namibia errichten wollen.

Obwohl jedoch mehr und mehr Mitglieder dieser Gruppen eine richtige Unabhängigkeit unterstützen, untergräbt die Bundesrepublik Deutschland das ganze Unterfangen. In Namibia gibt es einige zehntausend Menschen deutscher Abstammung. Bonn hat gerade Namibia mit mehreren Millionen DM unterstützt, um durch die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und über die Hürde der sogenannten Unabhängigkeit zu kommen. Tatsächlich unterstützt dieses Geld die wirtschaftliche Position der weißen Minderheit ebenso wie es die finanzielle Bürde Südafrikas im Krieg gegen Namibia erleichtert. Auch hoffen die Südafrikaner, Namibia aus der internationalen Bewegung, die Sanktionen unterstützt, heraushalten zu können, wenn sie es nur schnell genug mit der unechten Unabhängigkeit beglücken. Sie könnten dann Namibia als Transit für ihre Im- und Exporte nutzen.

Was hältst du von Sanktionen gegen Namibia?

Wir würden sie willkommen heißen. Namibia wurde von den Südafrikanern erobert und annektiert. Aber die Westdeutschen, unterstützt von Frankreich und Großbritannien, sind gegen eine Ausweitung der Sanktionen gegen Pretoria nach Namibia.

Was geschieht im militärischen Bereich?

Eine der südafrikanischen Desinformationskampagnen hatte eine gewisse Auswirkung in Europa; es wurde der Eindruck vermittelt, als sei die Organisation der SWAPO in Unordnung, und daß Pretorias Truppen das ganze Land kontrollieren. Dies alles könnte für Europäer überzeugend genug sein, aber es ist sicherlich nicht überzeugend genug für die Menschen in Namibia und gar noch weniger für die südafrikanische Armee selbst. Wenn dieser Krieg wirklich vorbei wäre, warum sollte Südafrika dann weiterhin eine Besatzungstruppe von 100.000 Mann



Sam Nujoma

dort unterhalten? Und zusätzlich noch mehrere tausend „Sicherheitskräfte"?

Westliche Journalisten sind von der Armee mit in den Norden Namibias genommen worden. Sie berichteten, daß Pretoria die Guerillakräfte nicht länger fürchtet — aber die reisten überall in Flugzeugen und Hubschraubern. Tatsächlich werden die südafrikanischen Militärkonvois und die Basen häufig angegriffen.

In Wirklichkeit sind die nördlichen und die zentral-nördlichen Regionen Namibias zu „Eingeschränkten Gebieten" erklärt worden. Wie ich schon gesagt habe, der Presse ist nicht erlaubt, sich weit von der Hauptstadt zu entfernen. Der Krieg der Unterdrückung erweist sich als sehr teuer für Pretoria. Es entbehrt jeder Grundlage, wenn das Apartheid-Regime für sich in Anspruch nimmt, SWAPO auszuradieren, indem es unsere sogenannte Nachhut in Angola angreift. Wir kämpfen in Namibia, nicht in Angola.

Südafrika unterstützt die Unsicherheit in Angola aus ureigensten Gründen und strategischen Interessen. Es sei denn, man glaubt, daß sie die UNITA-Banditen trainiert und direkt unterstützt, nur um zu verhindern, daß Namibia auf natürliche Weise unabhängig wird.

Auf seiner Europa-Tour erklärte der UNITA-Führer Savimbi, daß seine Organisation weder gegen die SWAPO noch gegen die Unabhängigkeit Namibias sei.

Savimbi ist ein Bandit und ein Lügner. UNITA ist nichts anderes als ein Instrument in den Händen der Südafrikaner. UNITA ist unser Feind genauso wie der aller Völker in Afrika. Savimbi war der einzige Schwarze, der an den Amtseinführungsfeierlichkeiten für den Rassistenpräsidenten Botha teilnahm. Sogar die Häuptlinge der südafrikanischen Bantustans schickten ihre Einladungen zurück. Savimbi hat keine Würde, und er weiß, wenn wir einmal unabhängig sind, sind auch seine Tage gezählt. Denn dann wird Südafrika nicht mehr in der Lage sein, ihm zu helfen, wie es das jetzt noch kann.

Ist der Plan Südafrikas noch aktuell, eine direkte Kontrolle über den Caprivi-Streifen zu halten?

Natürlich. Pretoria möchte nach wie vor einen Pufferstaat zwischen Namibia und Angola halten, um UNITA zu schützen und um Angriffe sowohl gegen Angola als auch gegen Sambia zu führen.

Wie beurteilst du die Gesamtsituation im südlichen Afrika?

Es wird einfach immer schlimmer. Südafrika ist eine Bedrohung für alle unabhängigen Staaten in dieser Region: besonders Zimbabwe, Sambia und Botswana, und natürlich auch Angola und Mosambik. Mosambik machte erst kürzlich einen dramatischen Destabilisierungsversuch durch, Teil davon war der tragische Tod Somora Machels. Es ist lebensnotwendig, daß der Befreiungskampf sowohl in Südafrika als auch in Namibia Fortschritte macht. Unsere Brüder im ANC und wir selbst werden nicht ruhen bis wir beide Länder befreit haben.

Meinst du, daß die Vereinten Nationen einen Einfluß auf den Gang der Dinge in Namibia haben könnten?

Wir kennen die Grenzen der Vereinten Nationen, die nicht einmal die Respektierung ihrer eigenen Resolutionen sichern können. Gleichzeitig ist es unserer Meinung nach sehr wichtig, daß diese internationale Organisation unseren Kampf für Unabhängigkeit und gegen Apartheid weiterhin unterstützt, daß sie die Meinung der großen Mehrheit der Völker dieser Erde ausdrückt. Die UN-Kampagne zur Unterstützung der Sanktionen gegen das Rassisten-Regime ist genauso wichtig. Die UN müssen weiterhin am Leben bleiben, und wenn sie nur das schlechte Gewissen der westlichen Länder sind.

„... das Kriegsschwert aus der Scheide ziehen"
Nach der Reform folgt die Repression

„... das Kriegsschwert aus der Scheide ziehen"
Nach der Reform folgt die Repression

Rainer Werning kommentiert die Lage auf den Philippinen

„Unsere Originalität", schrieb einst der brasilianische Regisseur Glauber Rocha, „ist der Hunger und die wirkliche kulturelle Manifestation des Hungers ist die Gewalt."

Anders die „Aquinisten" in Manila: Die „Rosenkranzrevolution" habe ihre Stärke gerade aus der Gewaltlosigkeit bezogen. Nonnen, Priester und Soldaten hätten in den bewegten Februartagen '86 einen Schulterschluß vollzogen und „people power" zum entscheidenden — und erfolgreichen — Sturm auf die letzten Bastionen des Marcos-Regimes mobilisiert. Seitdem sei, so schlußfolgern sie, dem demokratischen Neubeginn ein Fundament gegeben und Widerstand gegen die Regierung, erst recht ein Fortführen des Guerillakampfes obsolet geworden. Schlußendlich habe am 2. Februar das Ja-Votum für die neue Verfassung Präsidentin Aquinos Amtszeit für weitere sechs Jahre eindrucksvoll legitimiert.

Würde all das stimmen, so läge es nahe, die Rückkehr der Philippinen in die Fangarme des „Freien Westens" zu bejubeln und zur Tagesordnung überzugehen. Doch bis auf (Süd)Korea wird uns auch künftig kein Land in der gesamten Region so sehr „beschäftigen" wie die Philippinen. Den USA, Japan und der EG ist schon in Verfolgung ihrer militärstrategischen wie ökonomischen Interessen daran gelegen, dem „demokratischen Experiment" auf dem Archipel — sprich: dem Abtakeln eines sich zu deren Interessen in seiner Endphase dysfunktional verhaltenen Marcos-Regimes — politischen Flankenschutz zu geben. Seht her, so könnte die Message an die Welt lauten, wir stützen nicht bis zur bitteren Neige ein reaktionäres Regime, sondern betreiben eine aktive demokratiestiftende Politik, die auch und gerade den Sturz eines uns lange wohlgesonnenen Diktators zuläßt! El Salvador und Haiti lassen grüßen.

Vor noch 10 Jahren wäre das ein Novum gewesen. Heute aber gehört das zum Arsenal der neuaufgelegten Counterinsurgency-Strategie, die freilich adretter herausgeputzt ist und unter dem Etikett „low-intensity conflict" firmiert. Ein solcher Konflikt von „geringer Intensität" unterscheidet sich von der „klassischen", in Indochina „verfeinerten" wie letztlich gescheiterten Counterinsurgency durch zumindest zwei hervorstechende Merkmale: a) auf eine massive Präsenz von US-Truppen wird zugunsten kostensparender, effektiverer und flexiblerer amerikanischer Eliteeinheiten (den sog. „Special Operations Forces") verzichtet; b) in dem jeweiligen „Gastland" genießen jene „Reformkräfte" — vor allem im Militär — größte Beachtung, für die selbst institutionelle Veränderungen in Staat und Regierung, sofern sie die Prärogativen (Vorrechte - AK) des „Westens" unangetastet lassen, nicht tabu sind. Im Klartext: Von diesen „Reformkräften" wird erwartet, daß sie außer militärischen Druckmitteln (inklusive selektivem Terror) gegen die Guerilla psychologisch-propagandistische, wirtschaftliche und politische Mittel in Anschlag bringen, um der Bevölkerung „Hirne und Herzen zu gewinnen".

In Manila sind es die um Generalstabschef Ramos und den neuen Verteidigungsminister Generalleutnant a.D. Rafael Ileto gruppierten Kräfte, die für dieses Programm bürgen und dabei von der Legitimationsbeschafferin Aquino bestärkt werden wie denn auch diese seitens der Militärhierarchie „100%ige Rückendeckung" (so Ramos) genießt.

Die drei zwischen Juli 1986 und Januar 1987 abgespulten „Coups" hatten keinerlei Erfolgschancen; sie waren ebenso dilettantisch wie von einer Absegnung aus Washington abgeschnitten. Ihr eigentlicher innenpolitischer Effekt lag darin, daß sich die Militärs zum Retter der Nation aufspielen und als Tribut „Cory" auf die (buchstäblich) rechte Bahn lenken konnten. Meuternde Soldaten wurden, sofern überhaupt zur Rechenschaft gezogen, allenthalben zu Liegestützen „verdonnert". Friedlich demonstrierende Bauern in der Metropole und im Hinterland aufgegriffene „NPA-Verdächtige" werden indes ohne viel Federlesens abgeknallt — wie beim Mendiola-Massaker am 22.1. und in Lupao (Provinz Nueva Ecija) am 10.2.! Niedergemetzelt von Soldaten, deren Oberkommandierende niemand anders als Frau Aquino ist. Bei ihrem pietätvollen „Wegbeten" dieser Opfer assistiert ihr allzu bereitwillig die katholische Kirchenhierarchie. Wozu das Ideal der Gewaltlosigkeit doch gedehnt und gebogen werden kann.

Gerade weil sich das Militär seit den entscheidenden Februartagen des Jahres '86 zur „Königinmacherrolle" aufschwang und seitdem ungehindert sein „Befriedungs"-Konzept verfolgt, mithin faktisch eine Schlüsselrolle im Staatsapparat wahrnimmt, existieren keine triftigen Gründe, warum und gegen wen es noch putschen sollte.

Kurz vor dem Amtsantritt des seit den 50er Jahren (!) mit Counterinsurgency-Erfahrungen im In- wie Ausland (z.B. Vietnam, Laos, Iran und Thailand) vertrauten Verteidigungsministers Ileto fanden Mitte November Treffen zwischen Ramos und Admiral Ronald Hays (Oberbefehlshaber der US-Pazifikstreitkräfte) statt, denen auch US-Botschafter Stephen Bosworth beiwohnte. Dabei ging es vor allem um — wie es wörtlich hieß — „unofficial movements of U.S. military personnel" und die bessere Bekämpfung der NPA. Gleichzeitig dürfte bei der Gelegenheit auch der Rücktritt von „Rambo" Enrile eingefädelt worden sein, desssen „starres Haudegentum" und allzu offenkundige Identifikation mit dem Marcos-Regime einer Katharsis des Militärs in seiner Gesamtheit im Wege gestanden haben mag.

In die „unofficial movements" reihen sich nicht zuletzt die von dem zackigen Kanisterkopf Generalmajor a.D. John K. Singlaub rekrutierten Söldner und Vietnam-Veteranen ein, von denen bereits ca. 50 ins Land geschleust und dort philippinischen Elitetruppen zur „Aufstandsbekämpfung" zugeordnet worden sind. Singlaub, Chef der Antikommunistischen Weltliga, Mäzen der nikaraguanischen Contras und bis Ende der 70er Jahre ranghöchster US-Offizier in Südkorea (wegen seiner Opposition zur dort beabsichtigten US-Truppenreduzierung von Präsident Jimmy Carter gefeuert) hält sich im Augenblick auf den Inseln auf. Vor Ort will er die für die „Bekämpfung der NPA notwendigen Erfordernisse prüfen". Auf der Südinsel Mindanao sind schon mit vormals kriminellen Elementen „bestückte" Blockwart-Systeme im Aufbau. Darüber sowie über die Auswirkungen der von Aquino verkündeten Generalamnestie für NPAs wird noch so manches zu berichten sein.



''Rebellion gegen eine Zukunft, die uns nichts bietet''

Die aktuellen Kämpfe der spanischen Schüler- und Studenten

Acht Wochen lang Streiks mit bis zu zwei Millionen Teilnehmern, Demonstrationen, Straßenblockaden, Polizeibrutalität und Gegenwehr — die spanische Jugendbewegung hat — wie zuvor die französische — die Regierung zum — teilweisen — Nachgeben gezwungen.

Wie konnte diese unabhängige Bewegung entstehen? Welche politischen Strömungen umfaßt sie? Wie erreichte sie ihre Schlagkraft?

Nach ersten Mobilisierungen Ende November und einer großen Kundgebung in Madrid am 4.12.86 kam es am 17.12. zu einem Generalstreik, der die Mehrheit der Schulen in ganz Spanien lahmlegte. Bei 1,5 Millionen Schülern öffentlicher Schulen (weitere 500.000 sind in Privatschulen) waren über 1 Million im Streik. In einigen Städten wie Gijon, Alicante, La Coruna und Madrid waren die Streiks bereits seit dem 4.12. im Gange, zeitweilig unterbrochen oder auch unbefristet (El Pais, 18.12.).

Auf einer Versammlung der Delegierten von 30 Schulen in Madrid am 16.12. wurde ein Forderungskatalog beschlossen, dessen zentrale Forderungen waren:
— die Senkung der Schulgebühren,
— die Aufhebung der Selectividad (Aufnahmeprüfung an die Universität),
— die Beteiligung der Schüler an der Reform des Schulwesens und
— die Ausweitung der finanziellen Mittel für die Bildung.

Ziel der Versammlung war, die Einheit und Vertretung der Bewegung zu befördern. (El Pais, 17.12.86)

Initiiert worden waren die ersten Aktionen von der *Studentengewerkschaft* (Sindicato de Estudiantes). Das Sindicato war ein Jahr zuvor in Navarra entstanden, als es zu Mobilisierungen gegen das Gesetz LODE (etwa: Gesetz für das Recht auf Bildung) gekommen war. Maßgeblich an seiner Gründung beteiligt waren die ,,Jòvenes por el Sozialismo'' (JPS, Jugend für den Sozialismus), eine aus der Regierungspartei PSOE ausgeschlossene Gruppe, die — ähnlich wie die ,,Militant''-Gruppe in der Labour Party — die Sozialdemokraten auf einen sozialistisch-trotzkistischen Kurs bringen wollten. Diese Studentengewerkschaft hatte zwischen gewählten Klassendelegierten Verbindungen hergestellt und somit die ersten Mobilisierungen ermöglicht.

Mindestens ebenso wichtig wurde im Laufe der Ereignisse die *Schüler- und Studentenkoordination* (Coordinadora de Estudiantes de Ensenanzas Medias y de Universidad), die auf dem oben erwähnten Delegiertentreffen am 16.12. reorganisiert worden war und basisdemokratisch aufgebaut ist. Dort arbeiten auch linke Gruppen wie die MC (Kommunistische Bewegung), LCR
mokratisch aufgebaut ist. Dort arbeiten auch linke Gruppen wie die MC (Kommunistische Bewegung), LCR
(Trotzkisten) und POSI (ebenso) mit, die besonders in der Coordinadora von Madrid einigen Einfluß hatten.

Die regierenden Sozialdemokraten versuchten nun, diese mehr (Coordinadora) oder weniger (Sindicato) radikalen Dachverbände dadurch auszutricksen, daß sie unter Führung ihres eigenen Nachwuchses, eben der von El Pais erwähnten Sozialistischen Jugend (Juventudes Socialistas), einen dritten Koordinationsausschuß installierten, nämlich die ,,*Konföderation der Studentenassoziationen*'' (CEAE), deren Verankerung in der Bewegung umstritten ist.

Diese CEAE boykottierte ab einem gewissen Zeitpunkt die nationalen Treffen der Coordinadora und begann, unterstützt vom Sindicato, Verhandlungen mit der Regierung zu führen, völlig unbeeindruckt vom staatlichen Polizeiterror gegen die Bewegung übrigens. Die Regierung ihrerseits erklärte, sie würde mit der Coordinadora auch gar nicht verhandeln, weil diese für die ,,Kravalle'' und ,,Gewalttätigkeiten'' verantwortlich sei. Unter dem Druck der Bewegung ließ sich dieses Spaltungsmanöver aber nicht durchhalten; die Coordinadora wurde schließlich wieder an den Gesprächen beteiligt.

Null Bock auf Staat

Die auf den Erziehungsbereich ausgerichteten Forderungen der Bewegung erfassen nur ausschnitthaft die viel grundsätzlichere Ablehnung, die in der spanischen Jugend gegenüber staatlichen und tradierten gesellschaftlichen Strukturen vorhanden ist. Zu diesem Schluß kommt zumindest eine Untersuchung mehrerer Soziologen im Auftrag der Fundación Santa Maria. (El Pais, 27.1.) Mehr als 50% der Befragten äußerten demzufolge ,,wenig'' oder ,,gar kein'' Vertrauen in Institutionen wie Gesetzwesen, Presse, Polizei, Parlamentarismus usw., wobei das derzeit im Mittelpunkt der Kämpfe stehende Bildungssystem mit 45%igem ,,Vertrauensanteil'' sogar noch am besten wegkam.

Diese relativ hohe Zustimmung erklärten die Befragten damit, daß Bildung angesichts massiver Jugendarbeitslosigkeit immer noch die Chancen des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt erhöhe, Mittel zum sozialen Aufstieg sein könne. Zwischen 1984 — dem Jahr der Umfrage — und heute sind aber auch hier viele Wunschträume an der Realität zerschellt: Der v.a. quantitative Ausbau des spanischen Schulwesens hielt zwar viele Jugendliche aus der Arbeitslosenstatistik raus (schon bisher sind 21% arbeitslos), verbesserte aber keineswegs ihre Berufschancen. Denn der Zugang zur tatsächlichen ,,weiterführenden'' Universi-
te aber keineswegs ihre Berufschancen. Denn der Zugang zur tatsächlichen ,,weiterführenden'' Universi-
tät/Hochschule war ja durch Numerus Clausus und Selectividad versperrt. Die so im Schulsystem ,,zwischengelagerten'' arbeitslosen Jugendlichen wohnen in aller Regel noch bei ihren Eltern, da sie von ihnen materiell versorgt werden müssen.

Noch stärker als gegenüber dem Schulsystem ist das Mißtrauen der Jugendlichen gegenüber der Polizei (18% kein Vertrauen/40% wenig Vertrauen) und dem Militär (25%/37%). Angesichts der Tatsache, daß sich die beiden Institutionen seit der Franco-Zeit nicht sehr geändert haben, die Polizei immer wieder gerade auch gegen Jugendliche brutal vorgeht und Kriegsdienstverweigerer im Knast landen, ist dies kaum verwunderlich.

Zudem sind verschiedene Jugendgruppen entstanden, die aus dem gesellschaftlichen Kontext herausfallen (Punks, Rocker, Heavy-Metals, Mods, Fußballfans usw.). Die PSOE war 1982 durch Millionen Stimmen gerade von Arbeitern und Jugendlichen an die Regierung gekommen. Für diese verhieß die neue Regierung einen grundlegenden Wandel in ihren Lebens- und Ausbildungsbedingungen. In Zeiten wirtschaftlicher Krise funktioniert sozialdemokratisches Krisenmanagement in Spanien auch nicht anders als in den übrigen europäischen Staaten: Sparpolitik auf dem Rücken der eigenen Wählerbasis. Fehlende Berufs- und Bildungsperspektiven, materielle Not in vielen Familien und wenig Vertrauen in den Staat haben eine Mobilisierung freigesetzt, die in Spanien nach acht Jahren Ruhe an den Unis und Schulen so nicht erwartet worden war. Betroffen hiervon waren in erster Linie die Schulen, während die Studenten, die an der Uni einen Platz erhalten haben, sich eher in der Sicherheit wähnen, den sozialen Aufstieg schon begonnen zu haben.

Zwar ging Wirtschafts- und Bildungsminister Maravall Anfang Januar 87 in einigen Punkten auf die Forderungen der Bewegung ein (so sollten die Schulgebühren nicht um mehr als die vorgesehene Preissteigerungsrate von 5% steigen und die Stipendien um 25% angehoben werden), die Abschaffung von Selectividad und Numerus Clausus stand allerdings für ihn nicht zur Verhandlung. Daher kam es am 20.1. zu einem weiteren Generalstreik, der diesmal nicht befristet wurde und über zwei Millionen auf die Straße brachte. Dabei wurde am 23.1. ein Mädchen durch eine Polizeikugel schwer verletzt.

Die staatliche Repression verstärkte die Mobilisierungen noch. Der Leiter der ,,Arbeitskommissionen'' (CCOO, den Kommunisten nahestehende Gewerkschaft) solidarisierte sich mit den Schülern und kündigte an, bei einem Todesfall hätte seine Gewerkschaft zu einem Streik in den Arbeiterzentren aufgerufen. Die Lehrergewerkschaft
Todesfall hätte seine Gewerkschaft zu einem Streik in den Arbeiterzentren aufgerufen. Die Lehrergewerkschaft
der CCOO hatte ihre Anhänger aufgefordert, sich aus Solidarität gegen die Polizeiaktionen mit den Streikenden zu vereinigen und viele Arbeiter der CCOO nahmen an den Demos teil.

Es gibt kein ruhiges Hinterland

Die Stimmung in der Bevölkerung kippte nun völlig zugunsten der Bewegung um: Nach einer Umfrage von El Pais unterstützten Ende Januar 67% der Spanier/innen die Anliegen der Schüler; nur 13% stellten sich hinter die Regierung. Als Landarbeiter aus der Estremadura und Andalusien mit ihren Forderungen nach Arbeit und besserer staatlicher Unterstützung ebenfalls nach Madrid zogen, dabei Rathäuser besetzten, Straßen und Eisenbahnschienen blockierten und schließlich gemeinsam mit der Schülerbewegung zum Parlament demonstrierten, wurde der Regierung klar, daß die Jugendproteste zum Brennpunkt verschiedener Krisenentwicklungen in Spanien werden könnten.

Tatsächlich hatte sich die PSOE die laufende Legislaturperiode etwas einfacher vorgestellt, nachdem sie das NATO-Referendum (März 86) erfolgreich durchgestanden und die Wahlen (Juni 86) sogar mit klarem Abstand gewonnen hatte, zumal sich die rechte wie linke Parlamentsopposition in einer desolaten Situation befindet (die rechte ,,Allianza Popular'' steckt in einer Führungskrise, die ehemals einflußreiche PCE ist in drei Parteien zerfallen).

Die außerparlamentarischen Krisen brachen jedoch diese parlamentarisch-institutionelle Stabilität auf: demonstrierende Landarbeiter im Süden, Straßenschlachten zwischen Polizei und Mohammedanern in der nordafrikanischen Kolonie Melilla, stockende Tarifverhandlungen und Arbeitskonflikte in der Schwerindustrie, ungebrochene Stärke des radikalen Nationalismus im Baskenland und Unmöglichkeit einer Regierungsbildung nach den baskischen Regionalwahlen, Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Folgen des EG-Beitritts, keine Annäherung mit den USA über ihren von Gonzalez vor dem NATO-Referendum versprochenen Rückzug — vor diesem Hintergrund rebellierten die spanischen Schüler und Studenten.

Für die PSOE war es deswegen wichtig, dem Jugendprotest die Dynamik zu nehmen, ehe er stärker auf andere Teile der Gesellschaft, vor allem die Gewerkschaften und die Landarbeiter übergriff.

Zugeständnisse und Teilerfolg

Maravall gab deshalb am 10.2. die Zusage, die Selectividad zu reformieren. Uniprofessoren und Studenten sollten mitwirken können. Diese gingen allerdings nicht auf seine Vorschläge ein, da sie ,,nichts Neues'' beinhalteten. Am 11.2. und 12.2. kam es zu zahlreichen Demonstrationen und Straßenblockaden, die von der Polizei mit Prügeleien beantwortet wurden. Vielerorts nahmen das die Demonstranten nicht gewaltfrei hin (was von der Presse gerne als das Werk rechtsradikaler Provokateure und V-Leute dargestellt wird, zwar im Einzelfall genauso möglich ist wie in der BRD, als generelle Charakterisierung aber nicht stimmt).

Schließlich gab Maravall am 17.2. nach. Mit neuen Vorschlägen ging er v.a. auf die wirtschaftlichen Forderungen ein:

Vom nächsten Schuljahr an sollen an den öffentlichen Berufs- und Oberschulen die Schulgelder für alle Schüler entfallen, deren Eltern weniger als umgerechnet 2.000 DM im Monat verdienen, (das betrifft 80% der spanischen Familien). Außerdem sollen die Stipendien 1987 um 25% und 1988 um 40% erhöht werden.

Diese Vorhaben werden allein 1987 den Staatshaushalt mit 570 Mio. DM belasten. Maravall behauptete, er sei auf die ,,möglichen'' Forderungen eingegangen. ,,Nicht möglich'' seien für ihn hingegen der Mindestlohn für Studenten und die Aufhebung der Selectividad. Als ,,Reformer im Bildungswesen'' sieht Maravall den studentischen Protest als legitime Teilnahme am demokratischen System. Der Protest habe ,,*nur die Beschleunigung des Bildungsprogramms der Regierung provoziert.*'' (El Pais, 22.2.) Unzufrieden mit dem Kompromiß sind kirchliche Kreise, deren Privatschulen nicht unter die Befreiung der Schulgelder fallen. Sie sehen ihre Privilegien gefährdet.

Am 16.2. ging die überwiegende Mehrzahl der Schüler wieder zur Schule. In Barcelona allerdings liefen die Aktionen an der Uni weiter. Die großen Schülerorganisationen akzeptierten die Vorschläge Maravalls. Sie sahen einen Triumpf ihres Kampfes und ein ,,historisches Ereignis'', da zum ersten Mal ein Erziehungsminister mit den Vertretern der Schüler über ihre Forderungen verhandeln mußte. Gleichzeitig wurde Minister Maravall gewarnt, daß der Kampf weitergehe.

Ein ,,Rädelsführer'' der ,,alten'' Studentenbewegung, die sich den Sturz des Franco-Regimes zum Ziel gesetzt hatte, urteilte: ,,Vielleicht waren wir damals radikaler. Aber die Sache jetzt kann doch noch tiefer gehen: Die Jugendlichen rebellieren gegen eine Zukunft, die ihnen nichts bietet.'' (El Pais, 21.12.86)

Roberto Moreno, Stuttgart, 22.2.87

Türkische Bombenangriffe auf kurdische Siedlungen im Irak

Am Morgen des 4. März 87 hat die Türkei mit Bombenabwürfen und dem Einsatz von Bodentruppen erneut kurdische Siedlungen und Guerillastellungen im Norden des Irak angegriffen. Wie bei ähnlichen Aktionen zwischen 1983 und 86 findet auch dieser Angriff mit der Zustimmung der irakischen Regierung statt. (1)

Der türkische Angriff war seit Wochen erwartet worden und ist im Zusammenhang mit der Unterdrückung der Kurden in der Türkei, den türkischen Interessen in der Region und der jüngsten Entwicklung im Golfkrieg zu sehen.

Offiziell wurde das Eindringen in den Irak jedoch als Vergeltungsmaßnahme dargestellt, nachdem am 22.2.87 bei einem Angriff der Kurdischen Arbeiterpartei PKK auf das Grenzdorf Tasdelen bei Hakkari 14 Menschen, darunter v.a. Angehörige der von der türkischen Armee bewaffneten ,,Dorfmilizen'' getötet worden sein sollen. Die Urheberschaft der PKK für diesen Angriff ist jedoch nicht zweifelsfrei erwiesen. (2)

Mit Beschlüssen des türkischen Ministerrates vom 25.2. und des nationalen Sicherheitsrates vom 27.2. wurde eine umfassende Militäraktion im türkisch-irakischen Grenzgebiet eingeleitet. Nach umfangreichen Durchkämmungen auf der türkischen Seite im Gebiet von Hakkari und Siirt und nach zahlreichen Aufklärungsflügen in den ersten Märztagen wurden am 4.3. von 30 Flugzeugen für ca. eine halbe Stunde Bombenangriffe, angeblich auf ,,Guerillalager'', geflogen. Gleichzeitig drangen Bodentruppen an mehreren Stellen auf irakisches Gebiet vor. Außerdem wurden auch Hubschrauber-Landetruppen auf irakischem Gebiet abgesetzt. Nach türkischen Angaben sollen bei diesen Angriffen mindestens 100 Menschen getötet worden sein. Entgegen dem Eindruck, der in westdeutschen Tageszeitungen erweckt wird, scheint die Intervention am 7.3. noch nicht beendet worden zu sein. Türkische Zeitungen berichten, daß die Bodentruppen weiterhin im Irak operieren.

Mehrere Anhaltspunkte sprechen dafür, daß die Türkei sich auf ständige Präsenz im Grenzgebiet, auch auf irakischer Seite, einrichtet:
— Bei der Regimentskommandatur in Sirnak wurde ein Militärkrankenhaus personell und materiell erheblich verstärkt (5).
— In Sirnak wurde ein Stabsquartier der Armee eingerichtet (6), zu dem ebenfalls ein Pressebüro gehört (5).
— Nach Augenzeugenberichten wird die bestehende irakisch-türkische Ölpipeline und eine zweite im Bau befindliche auch auf irakischer Seite von türkischen Militäreinheiten bewacht.

Die türkische Militärdiktatur verfolgt mit ihren wiederkehrenden Interventionen in den Irak mehrere Interessen zugleich:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

— Natürlich geht es der türkischen Armee tatsächlich um den Kampf gegen kurdische Guerillaaktivitäten, die hauptsächlich von der PKK getragen werden. Eine politische ,,Befriedung'' Kudistans ist auch langfristig nicht in Sicht. Auch die Großmäuligkeit des türkischen Militärs, das stereotyp die ,,baldige Vernichtung'' aller ,,Banditen und Separatisten'' ankündigt, hat sich in den letzten Jahren bei anhaltender Guerillaaktivität unglaubwürdig gemacht. Umsomehr besteht das Interesse des Militärs und der Regierung, in Kurdistan Stärke und Unnachgiebigkeit zu demonstrieren und den Blick auf ausländische Quellen des ,,Separatismus'' zu lenken.

— Innenpolitisch wird die Intervention im Irak genutzt, um die türkische Bevölkerung in alter Tradition nationalistisch-chauvinistisch zu verhetzen und um eine Identifikation mit dem ,,starken'' türkischen Staat herzustellen. Anhand der brutalen Repression gegen die kurdische Bevölkerung wird gleichzeitig ein Exempel statuiert, das bei wachsender Unzufriedenheit der türkischen Bevölkerung demonstriert, zu was der Staat in der Lage ist und so die neuen Ansätze zu linker Organisierung nachhaltig einschüchtern soll. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß die ,,Strafaktion'' der türkischen Armee wie bei früheren Anlässen die uneingeschränkte Zustimmung aller in der Türkei zugelassenen Parteien erhalten hat. Nach dem Überfall auf Tasdele am 22.2. hatten die sozialdemokratischen Parteien SHP und DSP die chauvinistische Stimmung noch dadurch angeheizt, daß sie die bisherige Erfolglosigkeit der Regierung im Kampf gegen die ,,Separatisten'' kritisierten und die Schutzlosigkeit der ,,Dorfmilizen'' ankreideten. (3)

Nach dem Beginn der Intervention überboten sich die Redner von Regierungs- und Oppositionsparteien gegenseitig in ihren Danksagungen an die Armee.

— Der Angriff auf Irakisch-Kurdistan bedeutet auch ein stärkeres Engage-

überboten sich die Redner von Regierungs- und Oppositionsparteien gegenseitig in ihren Danksagungen an die Armee.

— Der Angriff auf Irakisch-Kurdistan bedeutet auch ein stärkeres Engage-

ment in Bezug auf den Krieg zwischen Iran und Irak. In den letzten Monaten war die Möglichkeit eines Eingreifens in den Golfkrieg in der türkischen Öffentlichkeit offensiv diskutiert worden (siehe AK 278). Dabei wurden alte ,,historische'' Rechte an der Ölregion von Mossul und Kirkuk sowie eine kleine im Irak lebende türkische Minderheit ebenso wie die ,,Bedrohung'' der Türkei durch Chomeinis islamischen Fundamentalismus als Rechtfertigung für eine Besetzung Nordiraks gehandelt. Während der iranischen Offensive vor Basra im Januar dieses Jahres steigerte sich diese Diskussion zu einer offenen ideologischen Mobilmachung für ein baldiges Engagement im Golfkrieg. Für den Fall eines Zusammenbrechens des Irak wurde offen die Besetzung des Nordirak angedroht. Mit dem Offenhalten solcher Möglichkeiten gibt die Türkei und indirekt die NATO insgesamt zu verstehen, daß sie die Entstehung eines größeren befreiten kurdischen Gebietes und eine Niederlage des Irak im Golfkrieg auf keine Fall tolerieren wird. Außerdem wird auf die (irakische) Demokratische Partei Kurdistans von Barzani, die Gebiete im nördlichen Irakisch-Kudistan kontrolliert, massiver Druck ausgeübt, Kämpfern der PKK keine Rückzugsmöglichkeiten nahe der türkischen Grenze zu gewähren. (Nach türkischen Zeitungsberichten kam es jetzt zumindest auch an einer Stelle zu direkten Gefechten zwischen Peshmergas der DPK und der türkischen Armee.) Der Druck blieb nicht ohne Folgen: In einer Radiosendung der DPK betonte ihr Generalsekretär M. Velit: ,,Unter uns muslimischen Kurden ist für die (PKK) kein Platz.'' (4) Damit dürfte Barzani sowohl den Forderungen Ankaras wie der Verbündeten in Teheran entgegengekommen sein.

M., AG Türkei

Anmerkungen:
1) Nach Verlautbarungen des türkischen Generalstabs wurde gemäß einer Übereinkunft zwischen dem Irak und der Türkei von 1984 die Zustimmung des Vorsitzenden des Generalstabs des Irak eingeholt. (Hürriyet 6.3.87)
2) Auch türkische Sicherheitskräfte haben auf kurdische Dörfer Angriffe in der Verkleidung kurdischer Pershmergas durchgeführt. Siehe z.B. Bericht von Cumhuriyet vom 21.3.86: „Als Anarchisten verkleideten Polizisten haben einen Dorfvorsteher ermordet und einen Raubüberfall (...) verübt."
Dennoch kann die PKK als wirklicher Angreifer auf Tasdele nicht ausgeschlossen werden, weil die „Dorfmilizionäre", die mit der türkischen Armee zusammenarbeiten, von der PKK als Verräter betrachtet werden. (Siehe auch TAZ, 25.2.87)
3) Cumhuriyet, 27.2.87
4) Tercüman, 4.3.87
5) Hürriyet, 5.3.87
6) Milliyet, 5.3.87
Weitere Information und türkische Presseberichte können bezogen werden von: Informationsbüro Türkei, Rühmkorffstraße 7, 3000 Hannover 1.

Türkische Spezialtruppe bei der GSG 9 ausgebildet

Deutsche Waffen, deutsches Geld morden eben doch mit in aller Welt: Während die Bundesregierung noch im August letzten Jahres auf Anfrage der Grünen im Bundestag abstritt, auch nur in irgendeiner Weise an der Ausbildung und Ausrüstung der berüchtigten neuen türkischen Elitetruppe beteiligt zu sein, brachte die türkische Tageszeitung ,,Tercüman'' am 31.1.87 ausgerechnet auf der Titelseite die Riesenschlagzeile: ,,Unsere Kommandos werden in Deutschland ausgebildet'', untermalt mit Fotos und einem Interview mit dem Offizier des GSG 9, Anselm Weygold:

,,Während unseres langen Gesprächs mit Hauptmann Weygold erwähnte dieser die enge Zusammenarbeit mit der Türkei. Weygold erwähnte, daß im vergangenen Jahr hier zwei Kommandoeinheiten der Gendarmerie ausgebildet worden seien und fuhr fort: ,Aus der Zusammenarbeit erzielen wir sehr gute Ergebnisse'. Weygold erwähnte auch die technische Zusammenarbeit, sagte aber, hier seien die Systeme unterschiedlich und nicht erfolgreich genug.'' (Tercüman v. 31.1.87)

Die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen der BRD und dem faschistischen Regime in der Türkei ist keineswegs neu: Bereits einige Tage nach dem Militärputsch 1980 — als erstes internationales Abkommen der Militärjunta überhaupt — spendierte die BRD erst einmal 1 Mio. DM Ausrüstungshilfe für die türkische Polizei, als Auftakt sozusagen. Auch in den folgenden 6 Jahren beschränkte sich die Bundesregierung (gleich ob CDU oder SPD) keineswegs auf Milliarden DM an Wirtschaftshilfe: Insbesondere an der militärischen und polizeilichen Aufrüstung der Türkei ist die BRD intensiv beteiligt. Mittlerweile sind die türkischen Grenz- und Polizeistationen mit Computern bestückt, von denen die Firma Siemens zumindest das Zubehör (wie Stromaggregate etc.) geliefert hat.

Regelmäßig werden über den Hamburger Hafen Militär-LKW geliefert und Ministerpräsident Özal besuchte während seines Staatsbesuches im Herbst 1984 unter großer Geheimhaltung die Luftwaffenfirma MBB in der Hansestadt. Hier ging es um den Ankauf von Hubschraubern, wie sie das türkische Regime für den Einsatz gegen die kurdische Bevölkerung und für den schnellen Transport der erwähnten Spezialeinheiten benötigt.

Im Juni 1985 hielt sich dann die gesamte Spitze der türkischen Polizei auf Einladung des Bundesinnenministeriums zu einem mehrtägigen Besuch in der BRD auf: Ziel dieses Besuches war es laut türkischer Presse ,,*die türkische Polizei mit deutscher Hilfe mit den modernsten Waffen und Gerät auszurüsten ...*'' (Milliyet)

Auf dem Programm der Delegation stand neben dem BKA und dem Bonner Innenministerium vor allem ein ausführlicher Austausch mit der GSG 9.

Welch ,,Zufall'', daß die Türkei noch im selben Jahr mit der Aufstellung einer 500 Mann starken Elitetruppe begann, deren Ausbildung nach wiederholten Berichten der türkischen Presse zumindest zum Teil in der Bundesrepublik bei der GSG 9 stattfand. Inzwischen sind die als ,,Schwarze Insekten'' bekannten Sonderkommandos, deren Zahl noch weiter auf 1.500 aufgestockt werden soll, vornehmlich in den kurdischen Gebieten im Einsatz. Ihre ,,Schlagkraft'' wird von der reaktionären türkischen Presse mit folgenden Worten gelobt: ,, ... *beim Einsatzbefehl geht ein Schlag durch den Körper der todesmutigen bärenstarken Männer ... Ihre automatischen Wunderwaffen treffen immer. Unsere Helden werden, auch wenn die letzten Magazine leergeschossen sind, nicht ruhen, bis sie auch dem letzten Verbrecher die tödliche Lektion erteilt haben.''*

Inzwischen sind auch Berichte der betroffenen kurdischen Bevölkerung, die den Einsatz dieser Terrorkommandos zu spüren bekommt, an die Öffentlichkeit gelangt, die die Grausamkeit beschreiben. In Kurdistan herrscht Krieg, ein Krieg der Zentralregierung gegen die kurdische Bevölkerung. Wer nicht mit dem Staat kollaboriert und denunziert, ja wer nicht türkisch kann, gilt als ,,Feind'' und ist zum Abschuß freigegeben. Die Ermordeten werden nachträglich zu ,,Terroristen'' erklärt oder verschwinden einfach, werden verscharrt oder im See versenkt ... Es ist daher kaum möglich, die genaue Zahl der Opfer anzugeben.

Die Beteiligung der BRD an der Ausbildung dieser ,,Eliteeinheiten'' ist in der Türkei kein Geheimnis: Wiederholt meldeten die Rechtsblätter mit Stolz, daß diese Truppen bei der GSG 9 ausgebildet worden seien. (Die Hürriyet vom 12.8. erwähnt sogar dummdreist, daß diese Spezialeinheiten auch mit Fahrzeugen ausgerüstet worden seien, die der Türkei vom UNO-Hilfsfonds für Drogenbekämpfung zur Verfügung gestellt worden sind).

Die Bundesregierung lügt

Über die Ausbildung und z.T. Ausrüstung dieser Einheiten (z.B. mit deutschen Polizeihunden) ist die Bundesregierung direkt für den Terror in Kurdistan verantwortlich zu machen.

In ihrer dreisten Antwort an die ,,Grünen'' hatte sie rundweg geleugnet, in irgendeiner Weise an Ausbildung oder Ausrüstung beteiligt zu sein; selbst die Existenz dieser Sonderkommandos wurde indirekt in Zweifel gezogen (,,aus der seriösen deutschen Presse nicht bekannt geworden''). Nun wirft es eher ein Licht auf die ,,Seriosität'' dieser Presse, wenn sie die Verwicklung der BRD in Waffengeschäfte und Kriegshandlungen verschweigt ...

Man darf gespannt sein, wie sich das Bundesinnenministerium zu den Auskünften des Herrn Weygold verhalten wird: Unseriös? Wunschträume? Halluzinationen eines Killers?

N.M.

Dokumentation:
,,Die GSG9, der Alptraum der Terroristen, öffnete die Tore ihres Hauptquartiers''

von Zafer Atay, Übersetzung aus ,,Tercüman'' vom 1.2.87

Enge Zusammenarbeit mit der Türkei

Während Hauptmann Weygold im Ausbildungslager der Antiterrorkommandos über deren Arbeit informierte, betonte er die enge Zusammenarbeit seit 1980. Man habe im vergangenen Jahr zwei Gruppen der türkischen Gendarmerie, die als Antiterroreinheiten eingesetzt werden, ausgebildet. Die Zusammenarbeit habe sehr gute Ergebnisse gebracht.

Auch Ausrüstungshilfe wird gewährt

Hauptmann Weygold, einer der besten Terrorspezialisten Deutschlands, stellte fest, daß neben Ausbildungs- auch Ausrüstungshilfe gewährt werde. Außerdem gäbe es in Deutschland gegen die Türkei gerichtete Personen und Institutionen, die den Terror förderten. Die Seperatisten und Nebenorganisationen der ASALA seien hier. Sie befänden sich aber unter strenger Kontrolle des Geheimdienstes.

„Bei mir befanden sich fünf Personen. Mit ungeheuerlicher Geschwindigkeit enterten wir den Bug der Maschine. Eine andere Gruppe enterte das Heck. In 30 bis 40 Sekunden hatten wir alles erledigt. Die Terroristen wußten nicht, wie ihnen geschah. Innerhalb von sieben Minuten war die Operation zur Befreiung der seit fünf Tagen dem Tode ins Auge schauenden Menschen beendet ..." Datum: 17. Oktober 1977. Ort: Flughafen der somalischen Hauptstadt Mogadischu.

keit enterten wir den Bug der Maschine. Eine andere Gruppe enterte das Heck. In 30 bis 40 Sekunden hatten wir alles erledigt. Die Terroristen wußten nicht, wie ihnen geschah. Innerhalb von sieben Minuten war die Operation zur Befreiung der seit fünf Tagen dem Tode ins Auge schauenden Menschen beendet ..." Datum: 17. Oktober 1977. Ort: Flughafen der somalischen Hauptstadt Mogadischu.

Die durch die Entführung der Lufthansamaschine, die die Strecke Mallorca — Frankfurt flog, entstandenen ängstlichen fünf Tage, wurden durch eine Handvoll speziell ausgebildeter Menschen beendet. In der durch die Terroristen brennenden Welt der siebziger Jahre wurde diesen unbarmherzigen Mördern ein großer Schlag versetzt. Hauptmann Weygold war einer der Leitenden der Operation.

Wer waren diese 60 Personen? ... Die als GSG 9 bekannten deutschen Antiterrorkommandos ... Offiziell bekannt als Bundesgrenzschutz ...

Das Lager des Alptraums der Terroristen dieser Welt wurde nach langen Jahren einer ausländischen Zeitung, dem TERCÜMAN, geöffnet.

Das Tor des vor Bonn liegenden Ausbildungslagers bei St. Augustin wird sehr scharf bewacht. Hauptmann Weygold geleitete uns von hier hinein. Aus dem bewaldeten Teil des Lagers hörte man Schüsse. Weygold sagte: „Heute ist Prüfungstag. Man testet die Fähigkeiten verschiedener Kandidaten."

Zusammenarbeit mit der Türkei

In den Räumen beiderseits des Korridors gingen große, trainierte und bewaffnete Männer ein und aus. Weygold, unser Stauen sehend, erklärte: *„Hier ist jeder vom Bibliotheksangestellten über den Fahrer bis zum Kellner ein Kommandokämpfer und Scharfschütze. Wir laufen nicht unbewaffnet herum. Wir sind jederzeit für jeden Einsatzpunkt auf der Welt einsatzbereit ..."* (Hervorheb. AK)

Während unseres langen Gespräches mit Hauptmann Weygold erwähnte er die enge Zusammenarbeit mit der Türkei. Weygold erwähnte, daß im vergangenen Jahr hier zwei Kommandoeinheiten der Gendarmerie ausgebildet worden seien und fuhr fort: „Aus der Zusammenarbeit erzielen wir sehr gute Ergebnisse." Weygold erwähnte auch die technische Zusammenarbeit, sagte aber, hier seien die Systeme unterschiedlich und nicht erfolgreich genug.



Türkischer Zögling der „GSG 9" (mit „Rambo"-Gewehr)

Hunderttausende Kurden werden aus ihren Dörfern deportiert

Die türkische Diktatur hat damit begonnen, lange geplante Zwangsdeportationen von Millionen Kurden in die Tat umzusetzen und auf diese Weise die Unterdrückung der in der Türkei lebenden Kurden erneut zu verschärfen.

Mit einer gemeinsamen Erklärung von 13 kurdischen und türkischen Organisationen in der BRD wird gegen die Deportationen protestiert. Darin heißt es u.a.:

,,Mit dem Vorwand, die Wälder zu schützen, sollen hunderttausende von Menschen in Türkei-Kurdistan von ihrem Grund und Boden vertrieben und in den Westen des Landes zwangsumgesiedelt werden. Den Pressemeldungen zufolge wurde von 442 Dörfern der Provinz Tunceli für 234 (dies entspricht ca. 50.000 Einwohnern) und für 275 Dörfer der Provinz Erzincan die Deportation offiziell bekanntgegeben. Gleich verfahren werden soll für die Provinzen Erzurum, Kars, Elazig und Bingöl. Auf aufgekommene Reaktionen hin wurde durch Zuständige des Militärregimes verkündet, die Bauern würden nicht zur Auswanderung gezwungen, das Ganze basiere auf ,Freiwilligkeit'.

Indem auch einige Provinzen im Westen des Landes aufgezählt werden, wird versucht, den Eindruck zu erwecken, daß sich die Deportationen nicht allein gegen das kurdische Volk richten. Betroffen sind nach Meldungen 9,5 Millionen kurdische und türkische Bauern. Nach den vorliegenden Nachrichten wird versucht, die Bevölkerung mit Gewalt dazu zu zwingen, speziell hierzu durch die Regierung vorgefertigte Anträge zu unterschreiben. In Tunceli werden Menschen, die die Anträge nicht unterschreiben wollen, festgenommen und gefoltert. (...)

Seit jeher wurden Patrioten und der Regierung unangenehme Personen sowie Bewohner der Grenzdörfer zwangsweise in den Westen der Türkei umgesiedelt. Die übrige Bevölkerung Türkei-Kurdistans soll in sammellagerähnlichen Großdörfern unter Kontrolle gebracht werden.

Dies ist nicht die erste Zwangsumsiedlung in der Geschichte der Kurden. Mit dem im Jahre 1934 verabschiedeten ,Zwangsumsiedlungs- und Deportationsgesetz' wurden über hunderttausend Kurden nach Westanatolien vertrieben. Um sie zu assimilieren, verteilte man sie in Anteilen von fünf Prozent unter die türkische Bevölkerung. Das gegenwärtig neue Vorhaben stellt somit eine Fortsetzung der Politik dar. Wie auch immer sie genannt wird, diese Politik stellt eine erneute Zwangsumsiedlung der Kurden dar. (...)

Tatsache ist, daß das Regime beabsichtigt, den national-demokratischen Charakter des kurdischen Volkes zu verhindern und es zwangsweise zu assimilieren. Neben den Deportationsmaßnamen dient hierzu auch die Ansiedlung von reaktionären afghanischen Flüchtlingen in Türkei-Kurdistan und das Vorhaben, im Rahmen eines GAP-Projektes (großes Staudamm- und Bewässerungsprojekt in Türkisch-Kurdistan, d. Red.) einen Teil der türkischen Bevölkerung hier anzusiedeln.''

(Diese Protesterklärung wurde unterzeichnet von: Av. Dev-Genç, Birlik Yolu, Devrimci Işçi, Devrimçi Kurtuluş, Dibaf, Fidef, Gerçek ADK, Işçi Gerçeği, KKDK, Komkar, Kurd-Kom, Kürdistanli Devrimciler Rizgari-BRD, TSK-DK)

Die NATO und der Golfkrieg: Intervention stets vorbehalten

„Das Pentagon bereitet sich auf eine Intervention im Golfkrieg vor, falls iranische Truppen die strategisch bedeutsame Stadt Basra erobern sollten", berichtete der „Spiegel" Ende Januar 1987.

Zwei Interventionswege sind möglich: Einerseits über die Nordfront des Golfkrieges in Kurdistan, geübt in einem gemischten NATO-Manöver mit 12.000 Mann im Oktober 1986, übrigens unter Beteiligung der Bundeswehr. Oder von Süden her mit Unterstützung der Golfstaaten, was einen Monat später von Falkland-erfahrenen englischen Spezialtruppen und omanischen Einheiten durchexerziert wurde.

Das NATO-Land Türkei will „im Ernstfall" die Ölfelder im irakischen Kirkuk annektieren und hat im Kampf gegen die Kurden schon dreimal die Grenze zum Irak überschritten.

Die „Carter-Doktrin"

Als 1979 mit dem Sturz des Schah und 1980 mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan die Stabilität dieser für die westliche Wirtschaft so wichtigen Region bedroht war, verkündete US-Präsident Carter: *„Jeder Versuch einer auswärtigen Macht, Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der USA betrachtet und mit allen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgeschlagen werden."*

Daß dies keineswegs nur bezüglich einer sowjetischen Intervention gemeint war, machten die westeuropäischen NATO-Staaten im März 1981 deutlich: *„Eine westliche Streitmacht könnte sich auch als unschätzbarer Faktor angesichts anderer Gefahren als einer sowjetischen Militärintervention erweisen. Im Falle nationaler Rivalitäten, die in der Golf-Region zum Krieg führen könnten, dürfte eine westliche Einsatzflotte, die in der Lage ist, die Straße von Hormuz offenzuhalten, durchaus erforderlich sein. Im Falle innerer Unruhen, die westliche Interessen gefährden, sollten wir die Fähigkeit haben, auf Seiten jeder befreundeten Macht einzugreifen."* (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Präsidiumsmitglieder sind Schmidt und Apel).

Die USA und der Westen insgesamt sind aus verschiedenen Gründen daran interessiert, daß der Golfkrieg noch möglichst lange dauert. US-Vizeaußenminister Murphy vor dem Kongreß: *„Sieg für einen der Kriegführenden ist militärisch unmöglich und (für die USA) strategisch unerwünscht."* Falls das mit indirekten Mitteln („Irangate" bei gleichzeitiger CIA-Unterstützung für den Irak) nicht zu gewährleisten ist, drohen die USA den Einmarsch an.

Überdeutlich wurde das bereits im April 1984, als nach zwei Jahren Stellungskrieg beide kriegführenden Länder versuchten, mit Angriffen auf Öltanker im Golf eine Entscheidung zu forcieren. Sofort flog Vizepräsident Bush in die Golf-Region und erklärte, die USA würden den *„freien Handel"* und die Sicherheit der Golfstaaten schützen, falls der Krieg auf diese übergreife. Eine Intervention sei nicht ausgeschlossen. Sein Land werde nicht *„erst auf eine Einladung warten, ebensowenig wie uns niemand dazu einladen mußte, die lächerliche Todeslinie des libyschen Revolutionsführers Gaddafi zu überqueren"*. (1)

Südfront: Hochrüstung der Golfstaaten...

Nach dem Sturz des Schah zerbrach der Mittelost-Pakt des Westens, der sogenannte CENTO-Pakt. Die USA mußten sich nach anderen Optionen umsehen: Dazu gehört einerseits die Kooperation mit den Golfstaaten, insbesondere Saudi-Arabien, andererseits die Einrichtung des neuen Militärischen Oberkommandos CENTCOM, das für den Mittleren Osten und den Indischen Ozean zuständig ist und dem die „Schnelle Eingreiftruppe" (RDF) untersteht.

Saudi-Arabien gibt schon seit den 60er Jahren 60-70% seines Militäretats (1981: 20 Mrd. DM) für Infrastruktur-Einrichtungen aus, die für seine relativ kleine Armee viel zu groß dimensioniert sind. Im Herbst 1985 meldete die „New York Times", daß „im Ernstfall" die USA alle diese Militäreinrichtungen nutzen könnten. Schon heute sind 30.000 US-Militärberater in Saudi-Arabien, der Chef des saudischen Geheimdienstes ist CIA-Mitglied, die vier AWACS-Aufklärungsflugzeuge werden ausschließlich von US-Personal bedient. Direkt am Persischen Golf haben die USA (auch heute schon) Stützpunktrechte in Dhahran. Dort wurde vor kurzem mit der Festung „King Khaled" eine moderne Militäranlage für 50.000 Menschen eingerichtet. Zwischen 1980 und 1982 war in Geheimgesprächen mit den USA zudem die Bildung eines gemeinsamen Militärausschusses vereinbart worden („FAZ", 10.2.82).

Saudi-Arabien hat sich 1981 mit seinen Nachbarstaaten (Quatar, VAE, Bahrain, Oman, Kuwait) im sogenannten *Golfrat* zusammengeschlossen. Obwohl als wirtschaftlicher Zusammenschluß ähnlich der EG ausgegeben, diente er vor allem dazu, die Außen- und Sicherheitspolitik zu koordinieren. So vereinbarte man gegenseitig die Zusammenarbeit der Geheimdienste, die Saudis schlossen mit allen Staaten außer Kuwait bilaterale Beistandsabkommen, sogar eine „Schnelle Eingreiftruppe" der Golfstaaten wurde gegründet, die freilich aufgrund ihrer Schwäche vor allem nach innen gegen die Opposition eingesetzt werden könnte. Die kleineren Golfstaaten legen Wert darauf, daß „in Friedenszeiten" eine Präsenz amerikanischer Einheiten unerwünscht sei. *Kuwait*, in direkter Nachbarschaft zur Kriegsfront, würde jedoch den Schutz seiner Öltanker durch die US-Luftwaffe begrüßen, und auch in *Bahrain und Oman* gibt es einen US-Stützpunkt. (1)

... und „Rapid Deployment Force" (RDF)

Die „Schnelle Eingreiftruppe" ist in ihren offiziellen Erklärungen auf die Empfindlichkeiten dieser Staaten eingegangen. General Christ, beim CENTCOM verantwortlich für den Persischen Golf und RDF-Kommandeur, erklärte dazu: *„Unser Job ist, einen Schutzschild oder Schirm über die Länder der Region gegen Kräfte zu halten, die sie (allein) nicht bewältigen, seien dies Iran, Libyen oder die Sowjetunion. Die Aufgabe des Central Command (CENTCOM) ist es, den Ländern des Gebietes zu helfen, sich selbst zu helfen, sie zu ermutigen, eigene regionale Verteidigungsvereinbarungen zu entwickeln und für Rückenstärkung zu sorgen bei allem, was über ihre Kräfte geht (...) Die Golfländer haben begonnen, Truppen aufzubauen, die einen Vormarsch (Irans) in Kuwait stoppen können. Das ist hypothetisch, aber ich denke, wir möchten diesen Truppen den Rücken stärken in einer Situation, die sie nicht bewältigen."*

Die RDF, die von Carter 1977 initiiert worden war und ursprünglich nur 100.000 Mann umfassen sollte, ist mittlerweile auf über 400.000 Mann angewachsen. Die vorgeschobene Einheit ihres Hauptquartiers befindet sich an Bord der „La Salle" im Golfgebiet. Neben Saudi-Arabien und (zumindest teilweise) den kleineren Golfstaaten hat sie auch Landerechte in Ägypten und Somalia. (2)

(Zur Achse England-Oman siehe AK 279: „Britisches Manöver am Rande des Golfkriegs")

Nordfront: NATO-Land Türkei kämpft mit

Schon heute sind NATO-Truppen direkt in den Golfkrieg verwickelt, nämlich an der Nordfront dieses Krieges, die quer durch Kurdistan verläuft. Dreimal überschritten türkische Truppen dort die Grenze zum Irak: *Ende Mai 1983*, als 15.000 Soldaten bis zu 30 km tief auf irakisches Gebiet vorstießen. Parallel dazu lief das Manöver „Adventure Express 83" der NATO, in dem Elitesoldaten in der Osttürkei abgesetzt wurden. Im *Oktober 1984* und schließlich *Mitte August 1986*. Dabei griffen F-14-Bomber der türkischen Luftwaffe kurdische Dörfer an und warfen auch Napalm-Bomben ab. Eine neuerliche Attacke hat Anfang März stattgefunden.

Diese Aktionen haben neben der veröffentlichten Begründung — Bekämpfung der PKK-Kämpfer aus Türkisch-Kurdistan, die sich über die Grenze zum Irak zurückziehen — auch eine nicht veröffentlichte Begründung: Unterstützung des Irak im Golfkrieg. Denn Hauptbetroffene der türkischen Grenzübergriffe sind keineswegs die PKK-Guerillas aus Türkisch-Kurdistan, sondern die Kämpfer der „Demokratischen Partei Kurdistans" (DPK) aus dem Irak: Zum Beispiel befanden sich im Gebiet, das 1984 von der Türkei angegriffen wurde, nur 200 PKK-Kämpfer, aber 16.000 „Peshmergas" der DPK-Irak („taz", 20.10.84). Der Irak profitiert auf zweierlei Weise von dieser türkischen „Hilfestellung". Einerseits muß er keine Truppen von der Südfront des Golfkrieges am Schatt-el-Arab abziehen, um „seine" Kurden zu bekämpfen. Zum anderen sind die DPK-Rebellen im Irak verbündet mit dem Kriegsgegner Iran.

Das Vorgehen Ankaras wurde deswegen von der irakischen Regierung gerne gesehen und schon 1980 mit einem Vertrag, der eine „wechselseitige" Grenzüberschreitung zur Bekämpfung der Kurden bis zu 40 km Tiefe erlaubt, legalisiert.

Die Türkei ihrerseits verfolgt — neben der Niederhaltung der kurdischen Autonomiebewegung, die allen Regimes dieser Region am Herzen liegt — bei ihrem Engagement durchaus auch weitere eigene Ziele: die Sicherung der Öl-Pipeline von Kirkuk nach Iskenderum. Das Öl des irakischen Kirkuk wird nicht über die zerstörten oder umkämpften Golf-Verladestationen exportiert, sondern über eine Pipeline zum erwähnten türkischen Mittelmeerhafen Iskenderum. Die Türkei verdient beträchtlich an dieser Pipeline, will sie mit allen Mitteln schützen und plant für 1987 sogar die Errichtung weiterer Ölleitungen in diesem Gebiet.

Am liebsten würde die Türkei die profitablen Ölfelder um Kirkuk gleich annektieren: Diesen Eindruck muß man jedenfalls gewinnen, wenn man die aktuelle Diskussion unter türkischen Militärs verfolgt. Für den Fall eines iranischen „Durchbruchs" in Richtung auf die Ölfelder von Kirkuk wird dort die Invasion in den Irak durch die „Schnelle Eingreiftruppe" der USA gefordert — so jedenfalls die Tageszeitung „Hürriyet" vom 5.11.86. Parallel dazu wird in den türkischen Medien betont, daß in Kirkuk sowieso viele Türken wohnten, das Gebiet historisch immer türkisch gewesen sei usw. Die Hoffnung, auf diese Weise aus dem Golfkrieg Kapital schlagen zu können, ist alt: Schon am 15.7.1983 meldete der „New Statesman", Ankara wünsche von den USA *„freie Hand, in den Irak zurückzukehren und die Kontrolle der Ölfelder von Kirkuk zu übernehmen, falls die Bagdader Regierung Saddam Hussein stürzt"*. (3,4)



Stand 1983 (aus: „Horizont")

Sprungbrett Türkei

„Die Türkei kann die Flanke der NATO sein, sie ist aber vor allem die zentrale Front für die Stabilität im Nahen Osten", so umriß US-General Knowlton den Aufgabenbereich des Landes aus der US-Optik.

Eine tragende Rolle bei dieser Planung hat die US-Airbase Incirlik, von wo die US-Intervention im Libanon 1958, die Massakrierung der Palästinenser durch Hussein im „Schwarzen September" 1970 und die US-Marines in Beirut 1983/84 logistisch unterstützt wurden, und die einer der Stützpunkte für die fehlgeschlagene Geiselbefreiung in der Teheraner US-Botschaft 1980 war.

Doch damit nicht genug: Nach dem Militärhilfe-Abkommen von 1980, das 1982 weiterentwickelt wurde, sollen
— 15 US-Luftwaffenstützpunkte modernisiert werden, v.a. im Osten der Türkei und in Kurdistan, drei neue Flughäfen gebaut werden, die türkischen Basen erneuert, die Technik verbessert, die Waffen modernisiert werden. Jährlich sind 715 Mio. Dollar US-Militärhilfe vorgesehen, allein 1 Millarde für die Flughäfenerweiterung.

Offiziell dementiert die Türkei heftig, daß es militärische Vereinbarungen „außerhalb des NATO-Rahmens" gebe; gleichzeitig läßt sie durchblicken, daß sie die amerikanische Schnelle Eingreiftruppe (RDF) als eine Angelegenheit „innerhalb des Rahmens der NATO" betrachtet. Auch der Flughafenausbau in der Ost-Türkei hat vor allem den Sinn, für die RDF-Transportflugzeuge der „Galaxy"-Klasse dringend benötigte Landemöglichkeiten zu schaffen.

Allerdings ist eine amerikanische Intervention via Türkei keine ausgemachte Sache: *„Die Türkei hat ernstliche Zweifel, ob die RDF nützlich wäre gegen Low-Level-Konflikte (...) Die Länder der Region sind besser geeignet, mit solchen unvorhersehbaren Fällen umzugehen"*, war in der US-Strategiezeitschrift „Foreign Affairs" im Herbst 1983 zu lesen. In der Tat: Islamische NATO-Truppen aus der Türkei würden sich im Golfkrieg vor der arabischen und Weltöffentlichkeit „besser machen" als ein erneutes Eingreifen der Yankees. (3,5)

Die „NATO-Feuerwehr" AMF

Auch die NATO hat ihre „Schnelle Eingreiftruppe": Allied Command Europe Mobile Force, kurz AMF genannt. Sie wurde 1961 gegründet, umfaßt acht NATO-Staaten, darunter auch die BRD, und ist in Landstreitkräfte (5.200 Soldaten) und Luftwaffe unterteilt. Die Kontingente der AMF sind nicht in das normale NATO-Alarmsystem integriert, sondern in ständiger Rufbereitschaft. Wird Alarm gegeben, so treffen die verschiedenen nationalen Kontingente nach 48 Stunden im Einsatzgebiet ein und werden dann dem AMF-Kommandeur unterstellt.

Von sieben für die AMF vorgesehenen Einsatzräumen liegen drei in der Türkei, einer davon in Südanatolien, direkt an das Golfgebiet angrenzend. Die „Truppenpraxis" (6/85) schreibt dazu: *„Ein Angriff auf diese Region impliziert die Kontrolle über den Landzugang zum Mittleren Osten, den direkten Zugang zu wichtigen mediterranen Basen und die Kontrolle der gesamten Ölzufuhr über Land aus dem Mittleren Osten. Der politisch labile Zustand im Ländereck UdSSR, Iran, Irak, Syrien und Türkei kann die Ursache sehr früher Spannungen mit Gefahren für das NATO-Territorium sein."*

Daß es im Ernstfall nicht bei den erklärten defensiven Aufgaben der AMF bleiben wird, macht das AMF-Manöver „Display Determination 86" deutlich, das im September/Oktober letzten Jahres im türkischen Grenzgebiet zum Irak stattfand. Die „Österreichische Militärzeitung" (1/87) spricht diesbezüglich von *„vielfältigen Übungen der Luftstreitkräfte (...), wobei defensive und offensive Einsatzverfahren der Luftverteidigung"* geübt wurden. Die Fliegereinsätze umfaßten auch *„Einsätze in die Tiefe des gegnerischen Raumes zur Verhinderung der Heranführung von Bodentruppen der zweiten Staffel (FOFA)"*. Die „ÖMZ" bilanziert: *„Im Kriegsfall ist eine Erweiterung von NATO-Luftverteidigungsoperationen durch offensive Luftoperationen anzunehmen."* Die zentralen Luftbasen bei der Übung waren Incirlik und Badima.

Zur AMF/Land heißt es lobend: *„Der Übungsabschnitt im ostwärtigen Mittelmeer umfaßte über 12.000 Mann aller Teilstreitkräfte aus Italien der Türkei und den USA und gipfelte in einer amphibischen Landung in der Bucht von Saros am 9.10.86 mit etwa 2.500 Mann Marineinfanterie in gemeinsamer Sturmlandung."*

Die BRD ist mit dabei

Auf verschiedenen Ebenen ist die BRD an diesen Kriegsplanungen beteiligt:
— Die BRD stellt 1.100 Soldaten der AMF/Land, das Hauptquartier von AMF/Land befindet sich in Seckenheim/Pfalz. Bei Südeinsätzen der AMF/Luft ist das Fallschrimjägerbataillon 262 aus Merzig im Saarland bisher immer beteiligt gewesen, bei „Display Determination 86" wurden zusätzlich Geschwader der Luftwaffe (6) herangezogen. Der alte Dregger-Vorschlag einer BRD-Beteiligung an der amerikanischen RDF (1981) wurde damals bekanntlich als inopportun abgelehnt, weil die Bundeswehr nur „innerhalb des NATO-Bereichs" operieren solle. Die Beispiele aus der AMF-Arbeit zeigen, daß man das ganz flexibel auslegen kann..
— Die BRD wäre auch bei Nicht-Beteiligung an der AMF mit drin, und zwar über die Unterstützung der US-amerikanischen RDF. Hierüber ist in dieser Zeitung schon viel geschrieben worden, deshalb sei nur kurz erwähnt, daß der Verdacht, das BRD-USA-Abkommen zur Unterstützung im Kriegsfall (Wartime-Host-Nation-Support, WHNS) betreffe auch US-Einsätze in der sogenannten Dritten Welt, nunmehr „amtlich" bestätigt wurde. Staatsminister Möllmann sprach nämlich in Beantwortung einer Grünen-Anfrage im Bundestag am 28.5.86 von der Möglichkeit der *„Verbringung von WHNS-Material durch die US-Regierung aus der Bundesrepublik Deutschland in Länder, die nicht der NATO angehören"*. Dies würde dann auch zutreffen auf die sechs US-Divisionen und 600 Kampfflugzeuge, mit denen das Pentagon lt. „Spiegel" (4/87) bei einem Fall von Basra intervenieren würde.
— Die BRD gewährleistet die Hochrüstung der „Frontstaaten", wobei ihr neben Saudi-Arabien v.a. die Türkei am Herzen liegt. Regulär erhält die Türkei alle 18 Monate bundesdeutsche Militärhilfe in Höhe von 130 Mio. DM. Von Kohl im Sommer '85 zugesichert wurde weiterhin die Ausrüstung für eine komplette Panzerdivision (Gesamtkosten 3,5 bis 5 Mrd. DM), dazu kommt die Lieferung von 40 MRCA-Tornados für 3,6 Mrd. DM. („FAZ", 18.10.85).
— Schließlich will die BRD einen eigenen Truppenstützpunkt in der Nähe der Golf-Region aufbauen. Die Türkei möchte der Bundeswehr *„in Mittelanatolien ein Areal verpachten, das anderthalb mal so groß ist wie Belgien"* („FR", 4.12.85). Dort sollen ein Luftwaffenausbildungszentrum, ein Panzerübungsgelände und eine Tornado-Flugzeugwerft („Spiegel", 9.12.85) für insgesamt 2.000 Soldaten („Milliyet", 4.12.85) entstehen. (7)

Germans to the front?

Jürgen/KB Stuttgart

Literatur/Quellen

Empfehlenswert sind insbesondere die unter 1. und 2. genannten.
1. Stern, Malanowski: Bis die Gottlosen vernichtet sind, rororo, Februar 1987
2. „AIB"-Sonderheft zum Golfkrieg, 3/86, Sommer 1986
3. „taz", 20.10.84; AK 278
4. I.C. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Bd 2 (Türkei und Irak), pogrom 1986
5. Initiative „Kein Friede mit der NATO", Die NATO, S. 48ff.
6. „Politische Berichte", 3/87
7. Ausführlich in AK 266

Syrien und die PLO

Immer wieder blockiert die syrische Großmachtpolitik die Sache der Palästinenser

Ende Februar besetzte die syrische Armee Westbeirut. Die militärische Intervention sollte die Amal-Milizen entlasten, die durch die drusischen und kommunistischen Milizen in Bedrängnis geraten waren, und die Macht der Hezbollahis einschränken, die unabhängig vom syrischen Regime agierten. Die Belagerung der palästinensischen Flüchtlingslager durch die Amal-Milizen wurde nicht aufgehoben, auch wenn inzwischen einige Lebensmitteltransporte in die Lager gelangten. Syrien unterstützt und billigt die blutigen Kämpfe gegen die Palästinenser — ein Regime, das sich in der Vergangenheit wortstark für die Rechte der Palästinenser einsetzte und in den letzten Jahren all jene Kräfte innerhalb der PLO ermunterte und stärkte, die jede Verhandlungslösung mit dem israelischen Staat scharf ablehnen und den bewaffneten Kampf gegen Israel propagieren, der freilich diesen Staat nie ernsthaft bedrohte. Seit 1976 betreibt der syrische Präsident Assad die Absetzung des PLO-Chefs Arafats und spielte 1983 eine wichtige Rolle bei der Spaltung der PLO. Schon während der israelischen Intervention im Libanon 1982 hatten die arabischen Staaten der Zerstörung der Strukturen der PLO und der Vertreibung der Fedayin aus Beirut ruhig zugesehen; der Krieg um die palästinensischen Flüchtlingslager aber ist ohne aktive Hilfe Syriens undenkbar.

Schon die Terroranschläge Ende letzten Jahres in Westeuropa und die Drohungen der USA, nach der Bombardierung Libyens nun auch gegen Syrien und den Iran Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen, *falls* eine Verantwortung dieser Länder für die Attentate nachgewiesen werden könne, hatten das Interesse an der politischen Entwicklung Syriens geweckt.

Schließlich war Syrien bisher — verglichen mit Libyen — selten ins Schußfeld der USA und der westeuropäischen Staaten geraten, obwohl dafür alle Voraussetzungen gegeben zu sein scheinen: Syrien ist seit Jahren der wichtigste sowjetische Bündnispartner im Nahen Osten. Offiziell nimmt Damaskus eine kompromißlose Haltung gegenüber Israel ein und spricht sich gegen bilaterale Verhandlungen aus. Erbittert bekämpft der syrische Präsident die gemäßigte Strömung Arafats in der PLO. Seit Beginn des Golfkrieges unterstützt Syrien das Mullah-Regime im Iran. Im Libanon heizte Assad den Bürgerkrieg nach der israelischen Invasion 1982 an und durchkreuzte auf diese Weise die israelisch-amerikanischen Pläne, den Libanon unter die Kontrolle der Falangisten zu bringen. Syrien wurde nach 1983 wieder zu einem Machtfaktor im Libanon, diesmal allerdings mit Unterstützung der schiitischen Fundamentalisten.

Vorerst ist es bei Drohungen gegen Syrien geblieben. Frankreich, das durch die amerikanische Intervention im Falle Abdallah in arge Bedrängnis geraten war und an guten Beziehungen zu Syrien interessiert ist, machte die britische Boykottpolitik nicht mit. Anfang Januar nahm auch die Bundesrepublik wieder offiziell Kontakte zur syrischen Regierung auf. Syrien hatte nämlich seinen Botschafter aus Bonn abberufen, nachdem vier syrische Diplomaten im Zusammenhang mit den Anschlägen in Westberlin ausgewiesen worden waren.

Sehr schnell wurde es still um Syrien und dessen angebliche Verantwortung für Terroranschläge. Angesichts der explosiven Lage im Nahen Osten und insbesondere in der Golfregion scheint niemand ein Interesse an einer Destabilisierung des syrischen Regimes oder gar an dem Sturz des syrischen Präsidenten zu haben.

Die Politik Syriens gegenüber dem Libanon und der PLO

Syrien stand lange politisch, wirtschaftlich und militärisch im Schatten des Irak und Ägyptens. Mit Bagdad konkurrierte das syrische Baath-Regime traditionell um die Vormachtstellung in der Region, ein Kampf, der sich verstärkte, als auch im Irak ein Flügel der panarabischen Baath-Partei 1968 die Macht ergriff, und der nach kurzlebigen Vereinigungsbestrebungen 1978/79 in offene Feindschaft mündete. Syrien und Ägypten, dem unter Nasser die Führungsposition in der Arabischen Liga zufiel, waren zwar drei Jahre lang (1958-61) in der Vereinigten Arabischen Republik zusammengeschlossen, ein Bündnis, das aber gerade wegen der Popularität des Nasserismus in der syrischen Bevölkerung sehr schnell zerfiel. Denn weder die panarabische Baath-Partei, noch das syrische Militär und die syrische Bourgeoisie wollten sich der Politik Nassers unterordnen. Schon damals dienten die Parolen vom arabischen Nationalismus und vom unerbittlichen Kampf gegen den zionistischen Staat im wesentlichen dazu, die regionalen Machtambitionen der jungen Nationalstaaten zu bemänteln.

Um den Einfluß des vergleichsweise schwachen Syriens in der Region zu stärken und die Verhandlungsposition gegenüber Israel zu verbessern, suchte der heutige syrische Staatspräsident schon frühzeitig seinen Einfluß im Libanon geltend zu machen und die PLO zu kontrollieren. Assad begründet diese Politik damit, daß der Libanon, ebenso wie Jordanien und Palästina, Teil eines großsyrischen Reichs sei, das in dieser Form allerdings historisch kaum jemals existiert hat.

Schon seit Beginn der sechziger Jahre hatte der heutige Staatspräsident Assad zielstrebig die Machtpositionen seines Clans und der alawitischen Glaubensgemeinschaft, einer schiitischen Sekte im mehrheitlich sunnitischen Staat, innerhalb der syrischen Armee und der Baath-Partei ausgebaut. 1966 putschte Assad erfolgreich mit dem linken Flügel der Baath-Partei unter Jedid gegen die alte Baath-Führung. As-

putschte Assad erfolgreich mit dem linken Flügel der Baath-Partei unter Jedid gegen die alte Baath-Führung. As-

sad wurde Luftwaffenchef und Verteidigungsminister.

In dieser einflußreichen Position festigte er sehr schnell seine Macht und legte die Grundlagen seiner heutigen Politik im Libanon und gegenüber der PLO. Alawitische Offiziere wurden nach und nach in einflußreiche Positionen der wichtigsten Machtzentren gebracht, die heute berüchtigten Verteidigungsbrigaden, lange Jahre von Rifaat Assad befehligt, wurden gebildet, vier andere Brüder Assads erhielten wichtigte Posten in Armee, Verwaltung und Partei.

1968 gründete Assad die palästinensische Organisation As-Saika, um den syrischen Einfluß innerhalb der palästinensischen Widerstandsorganisationen zu gewährleisten. Denn die Fedayin-Gruppen hatten den bewaffneten Kampf gegen Israel nach der Niederlage der arabischen Armeen aufgenommen, begannen, sich von der Vormundschaft der arabischen Regime zu befreien und die von Nasser gegründete PLO zu einem Vertretungsorgan des palästinensischen Volkes zu machen.

Die Fatah und die PFLP, damals die beiden einflußreichsten palästinensischen Organisationen, mußten ihre Ausbildungslager in Syrien schließen, alle Fedayin — nicht aber die Kämpfer der As-Saika — mußten sich, ausgestattet mit Reisepapieren, an die libanesische Grenze begeben. Arafat, Habasch und andere palästinensische Führer wurden verhaftet. Während das syrische Regime sich in den Auseinandersetzungen im Libanon zwischen Palästinensern und libanesischer Armee auf die Seite der Fedayin stellte, ihren Widerstand durch den Einsatz der As-Saika verstärkte und die schwache libanesische Regierung durch Propaganda und wirtschaftlichen Druck zwang, den Palästinensern 1969 im Kairoer Abkommen mehr Rechte einzuräumen, engte Assad in Syrien die Tätigkeit der palästinensischen Widerstandorganisationen drastisch ein. Das „Memorandum Assad" (Mai 1969) verbot den Fedayin, sich den Waffenstillstandslinien zwischen Israel und Syrien auch nur zu nähern, es untersagte den Widerstandsorganisationen, Geld zu sammeln, Waffen oder Kampfanzüge zu tragen, Flugblätter oder Kommuniques zu verteilen, in die besetzten Gebiete einzusickern.



Auch im jordanischen Bürgerkrieg 1970 spielte die As-Saika — ausgebildet von der syrischen Armee und bezahlt von der Baath-Partei — eine wichtige Rolle. Obwohl die syrische Armee laut Regierungsbeschluß auf seiten der Fedayin in Jordanien eingreifen sollte, zogen sich die Truppen unter großen Verlusten bald zurück. Assad, inzwischen mächtigster Mann in Syrien, hatte die Luftunterstützung verweigert und warf der Regierung nun vor, den verlustreichen Einsatz der Armee verfügt zu haben. Der Streit um diese Frage wurde Anlaß für den zweiten Putsch Assads.

Auf einem außerordentlichen Parteikongreß waren die Befugnisse des syrischen Verteidigungsministers eingeschränkt worden. Unter dem Eindruck des Massakers in Jordanien und des Todes Nassers faßte die Versammlung radikale Beschlüsse: die Opposition gegen jede politische Lösung mit Israel wurde erneuert (Syrien hatte schon vorher im Gegensatz zu Ägypten und Jordanien den Rogers-Plan abgelehnt), die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern befürwortet, der Volkskrieg gegen Israel wurde unterstützt und den Palästinensern uneingeschränkte Unterstützung zugesagt. Um seiner drohenden Absetzung zuvorzukommen, putschte Assad im November 1970.

Die Fedayin und Palästinenser, die aus Jordanien fliehen konnten, mußten in den Libanon gehen. Dort wurden die erneuten Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und libanesischer Armee wiederum durch syrische Vermittlung mit dem Abkommen von Melkart (Mai 1973) beendet, das den Libanon praktisch in verschiedene Einflußzonen einteilte und den Palästinensern mehr Bewegungsfreiheit einräumte. Nun brachte Assad seine eigenen Truppen im Gewand von As-Saika und der unter Kontrolle der syrischen Armee stehenden Palästinensischen Befreiungs-Armee in die libanesischen Flüchtlingslager, um die innerlibanesischen Widersprüche für die eigene Machtpolitik auszunutzen.

Im libanesischen Bürgerkrieg unterstützte Syrien zunächst die PLO und die Nationale Libanesische Bewegung. Die maronitischen (christlichen) Milizen gerieten in die Defensive. 1976 schließlich wurde die syrische Armee von den bedrängten Maroniten in den Libanon gerufen. Ausschlaggebend hierfür waren u.a. die Massaker an Christen in Damour, die von As-Saika und der Palästinensischen Befreiungsarmee (den syrischen Truppen angegliedert) verübt worden waren. Die syrische Armee ging nun hart gegen die Palästinenser und die mit ihnen verbündeten Libanesen vor. Das syrische Eingreifen auf seiten der Christen wurde von Israel und den USA begrüßt; Syrien und Israel teilten den Libanon in geheimen Absprachen unter sich auf (rote Linie am Litani-Fluß). Wiederholt hatte Assad indes signalisiert, er sei bereit, mit Israel Frieden zu schließen. Auch hatte Syrien sich politisch

(rote Linie am Litani-Fluß). Wiederholt hatte Assad indes signalisiert, er sei bereit, mit Israel Frieden zu schließen. Auch hatte Syrien sich politisch

und wirtschaftlich dem Westen geöffnet, Damaskus blieb weiterhin auf die sowjetischen Waffenlieferungen angewiesen.

Die Israelis wollten zu diesem Zeitpunkt jedoch — unterstützt von maßgeblichen Teilen der amerikanischen Administration — keine Kompromisse mit dem syrischen Regime und erst recht nicht mit den Palästinensern oder der PLO eingehen. Die gemeinsame Nahost-Erklärung Carters und Breschnews (Oktober 1977), die eine internationale Nahost-Konferenz hätte vorbereiten können, war schon wenige Tage später bedeutungslos geworden: Sadat reiste — nach monatelangen geheimen Vorbereitungen — nach Jerusalem und begann bilaterale Friedensverhandlungen mit Israel. Auf diese Weise wurden die PLO und Syrien vom Friedensprozeß ausgeschaltet. Ihnen gegenüber war Israel nicht bereit, irgendein Zugeständnis zu machen (Autonomie in den besetzten Gebieten oder Rückgabe der Golan-Höhen). Eine umfassende Friedenslösung wurde von Israel auch gar nicht angestrebt: die Zerrissenheit des arabischen Lagers — in den folgenden Jahren verstärkt durch das Anwachsen des islamischen Fundamentalismus und den iranisch-irakischen Krieg — lag und liegt durchaus im Interesse der israelischen Politik. Die Unnachgiebigkeit Israels zwang Assad erneut, auf Konfrontationskurs mit diesem Staat zu gehen.

Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag neutralisierte Ägypten, den bedeutendsten arabischen Staat in der Region. Auch mit Jordanien sollten im Rahmen der Camp David-Abkommen bilaterale Verhandlungen aufgenommen werden. König Hussein beanspruchte — trotz gegenteiliger Be-

Fortsetzung nächste Seite

LIBANON

Fortsetzung von vorheriger Seite

hauptungen — zwar noch immer das Vertretungsrecht für die Palästinenser im Westjordanland, er wartete jedoch zunächst ab und profitierte so von der finanziellen Unterstützung der Golfstaaten und dem wirtschaftlichen Zerfall des Libanon. Ägypten war fortan im arabischen Lager isoliert und auf Jahre politisch handlungsunfähig.

Israel hingegen erhielt durch den Friedensschluß mit Ägypten freie Hand im Norden und in den besetzten Gebieten. Seit 1977 intervenierte die israelische Armee zweimal im Libanon.

Auch zwischen Syrien und Israel verschärften sich die Spannungen (Raketenkrise 1981, militärische Konfrontation zu Beginn des Krieges 1982, Kriegsdrohungen). Im Libanon nahmen Bombenanschläge und bewaffnete Auseinandersetzungen rivalisierender Gruppen zu. Syrien, aber auch Israel, unterstützten ihnen genehme Bürgerkriegsparteien und versuchten auf diese Weise ihren Einfluß im Libanon zu stärken.

Seit dem Jerusalem-Besuch Sadats unterstützte der syrische Präsident wieder die PLO im Libanon, ohne die Hilfe für die libanesischen Christen aufzugeben. Das geschah freilich nicht uneigennützig: Assad wollte keine Bevölkerungsgruppe verprellen. Die PLO erhielt nun zwar wieder Waffen über Syrien, mußte sich aber der syrischen Politik unterordnen. Die Differenzen zwischen Arafat und Assad wuchsen schnell.

Seit 1970 aber unterhielt Assad gute Beziehungen zur schiitischen Bewegung im Libanon, mit deren religiösem Führer, Mussa Sadr, der syrische Präsident in engem Kontakt stand. Die libanesischen Schiiten bildeten, wie in allen anderen arabischen Staaten, die ärmsten Bevölkerungsschichten. Die sozial fortschrittlichen Organisationen und Parteien fanden deshalb unter den Schiiten ihre Basis, der Einfluß des schiitischen Klerus nahm ab. Mussa Sadr — bis zu Beginn der sechziger Jahre wirkte er in Qom, dem religiösen Zentrum des Iran — gründete deshalb 1974 die „Bewegung der Entrechteten", zu Beginn des libanesischen Bürgerkrieges die schiitische Miliz Amal. Schon damals ordneten sich beide Organisationen der syrischen Politik unter und suchten nicht nur den Einfluß der linken und demokratischen Organisationen einzuschränken, sondern auch die PLO zu verdrängen, die nun für die Vergeltungsschläge der Israelis auf den Südlibanon verantwortlich gemacht wurde. Die Koalition von Palästinensern und der Nationalen Libanesischen Bewegung — in den siebziger Jahren die einzige breite demokratische Front in den arabischen Ländern — zerbröckelte. Nach dem Sieg der islamischen Revolution im Iran wuchs der Einfluß der schiitischen Amal, die enge Beziehungen zum Klerus im Iran besaß. Das strategische Bündnis Syriens mit dem Iran förderte diese Entwicklung. Assad schränkte auf diese Weise den Einfluß der fortschrittlichen Kräfte im Libanon ein, die er bislang gegen die Falangisten ausgespielt hatte, besaß aber gleichzeitig eine neue willfährige Organisation, über die er seine Politik im Libanon durchzusetzen versuchte. 1978 begannen militärische Auseinandersetzungen zwischen Amal und verschiedenen libanesischen und palästinensischen Organisationen.

Als die Israelis im Sommer 1982 in den Libanon einmarschierten, war das Bündnis zwischen Libanesen und Palästinensern zerbrochen: Die schiitische Amal und die Drusen Walid Jumblatts, einst wichtige Organisation der Nationalen Libanesischen Bewegung, begrüßten die Intervention der israelischen Armee. Beide Bevölkerungsgruppen hofften, sich endlich der Palästinenser entledigen zu können, die sie nun für die Zerrissenheit des Libanon verantwortlich machten. Auch andere Organisationen der Nationalen Libanesischen Bewegung — einst den Palästinensern wohlgesonnen — sahen in der Vertreibung der Fedayin die Chance, den libanesischen Bürgerkrieg endlich zu beenden und die syrischen Truppen zum Abzug zu zwingen. Nach der israelischen Intervention war die Nationale Libanesische Bewegung zerbrochen, die seit 1969 versuchte, soziale und politische Reformen im Libanon durchzusetzen.

Die falangistischen Milizen hatten sich nach bewaffneten Kämpfen unter der Führung des Gemayel-Clans zusammengeschlossen. Unter dem Schutz der israelischen Armee wurde schließlich Amin Gemayel zum Staatspräsidenten gewählt. Auch die Führer der moslemischen Bevölkerungsgruppen und sogar der Generalsekretär der KP erhofften sich von dem relativ gemäßigten Gemayel die Rettung des Libanon, d.h. ein Ende des Bürgerkrieges und eine souveräne Regierung, die über reale Macht im gesamten Libanon verfügt und die Interessen aller Bevölkerungsgruppen vertritt — Ziele, die freilich weder der maronitische Präsident Gemayel noch Israel verfolgten.

Sehr schnell wuchs deshalb die Opposition gegen den neuen Präsidenten. Gemayel unterzeichnete das israelisch-libanesische Abkommen, das einseitig die Interessen Israels berücksichtigte. Syrien — nicht einmal Verhandlungspartner — wurde aufgefordert, seine Truppen aus dem Libanon abzuziehen. Das erregte den Zorn Assads, schließlich waren die israelischen Truppen nicht — wie versprochen — 45 km weit in den Libanon einmarschiert, sondern hatten Westbeirut, von der syrischen Armee kontrolliert, ebenfalls besetzt. Nun sollte Syrien von jeder direkten Einflußnahme im Libanon ausgeschlossen werden.

Als die israelische Armee die Gegend um Beirut räumte, brachen im Chouf-Gebirge Kämpfe zwischen Drusen und Maroniten aus. Die Drusen-Milizen und die schiitische Amal kontrollierten schließlich West-Beirut. Die Gelegenheit war für Assad günstig: Beide Gruppen wurden nun wieder von Syrien unterstützt. Sehr bald waren die christlichen Milizen militärisch in Bedrängnis geraten. Schiitische Organisationen verübten schwere Bombenanschläge gegen wichtige Einrichtungen der multinationalen Friedenstruppe. Der libanesische Präsident mußte das israelisch-libanesische Abkommen aufkündigen. Die multinationale Friedenstruppe zog sich aus Westbeirut zurück. Syrien war wieder zu einem Machtfaktor im Libanon geworden, allerdings auch mit Hilfe der Hezbollahis. Die iranischen Freiwilligen, Anhänger der „Partei Gottes", waren zu Beginn der israelischen Intervention 1982 von Teheran in den Libanon gesandt worden, um gegen die israelische Armee zu kämpfen. In der Stadt Baalbek begannen sie, die Islamische Republik Libanon zu propagieren. Eine Folge war die Radikalisierung der anderen schiitischen Organisationen. Heute sind die Hezbollahis, die in enger Verbindung zum Iran stehen, kaum mehr von den Syrern zu kontrollieren. Hohe iranische Regierungsbeamte haben wiederholt bei Kämpfen zwischen syrischen Truppen und Anhängern der Partei Gottes vermitteln müssen. Die Spannungen des syrischem Regimes zum Iran wachsen.

Die unnachgiebige Besatzerpolitik der israelischen Armee im Südlibanon brachte die schiitische Bevölkerung gegen die Israelis auf, deren Einmarsch sie noch ein Jahr zuvor begrüßt hatten. Nun forderten sie den Rückzug der israelischen Truppen und nahmen den bewaffneten Kampf auf. Gleichzeitig aber suchten die schiitischen Milizen unter Beweis zu stellen, daß sie in der Lage seien, den Süden des Libanon zu kontrollieren und etwaige Angriffe palästinensischer Fedayin auf Israel zu vereiteln. Im Gegenzug war Israel bereit, sich aus dem Libanon zurückzuziehen. Der Krieg um die palästinensischen Flüchtlingslager bahnte sich an, mit dem Ziel, die Palästinenser ganz aus den von Schiiten kontrollierten Gebieten zu vertreiben. Die schiitische Amal erhält für diese Schmutzarbeit die militärische Unterstützung Syriens, das ebensowie Israel an einer Schwächung oder Liquidierung der PLO interessiert ist.

Der syrische Präsident hatte zunächst versucht, die PLO durch Gründung der As-Saika zu kontrollieren. Während des libanesischen Bürgerkrieges aber hatte diese Organisation unter den Palästinensern Ansehen und Einfluß eingebüßt. Assad versuchte — auf Grund seiner Machtposition im Libanon — PLO-Chef Arafat durch den Führer der As-Saika, Zuhair Mohsen, zu ersetzen, der sich gegen einen palästinensischen Staat ausgesprochen hatte. Das Vorhaben Assads mißlang jedoch, Zuhair Mohsen wurde nur militärischer Chef der PLO und einige Jahre später im Ausland ermordet.

Arafat war Assad aus verschiedenen Gründen im Wege: Unter seiner Führung war die PLO zu einer nationalen palästinensischen Organisation geworden, die einen eigenen Nationalstaat anstrebte, zu einer Zeit freilich, als der arabische Nationalismus weitgehend abgewirtschaftet hatte (Juni 67) und — noch unbemerkt — die islamischen fundamentalistischen Strömungen erstarkten. Die Befreiungsorganisation hatte sich — nach der Niederlage der arabischen Armeen im Juni-Krieg 1967 — von der politischen Vormundschaft der arabischen Staaten lösen können. Arafat versuchte, die Unabhängigkeit der PLO zu wahren, indem er geschickt zwischen den verschiedenen arabischen Staaten lavierte. Schließlich konnte die PLO sogar der Arabischen Liga das Alleinvertretungsrecht des palästinensischen Volkes abringen, wenn auch mit der Drohung, andersfalls König Hussein während des Arabischen Gipfels in Rabat (1974) zu ermorden — wie Abu Iyad, der Geheimdienstchef der PLO in seinem Buch „Heimat oder Tod" schrieb. In den folgenden Jahren wuchs auch die internationale Anerkennung der PLO.

Nicht nur Israel suchte die Gründung eines palästinensischen Staates mit allen Mitteln zu verhindern, auch die arabischen Staaten wollten keinen solchen Staat. Schon während des ersten israelisch-arabischen Krieges 1948 rückten die arabischen Armeen bis zu bestimmten Waffenstillstandlinien vor und verhinderten so ihrerseits die Verwirklichung der UN-Teilungsresolution. Für das haschemitische Königreich Jordanien war das Westjordanland wirtschaftlich bedeutsam. In den folgenden Jahren suchten die arabischen Staaten grundsätzlich, die Palästina-Frage ihren eigenen nationalen Interessen unterzuordnen.

Der PLO gelang es zwar für einige Jahre, auf die arabischen Regime einen gewissen Druck auszuüben. Abu Iyad beschreibt diese Zeit schon 1979 recht illusionslos: „Die arabischen Regierungen liebten uns gestern nicht mehr als heute, doch früher haben sie uns immerhin gefürchtet und unsere Ansicht in ihr Kalkül gezogen." Letztlich aber konnte die Befreiungsorganisation immer nur den Spielraum nutzen, den die arabischen Regime ihr einräumten. Weder für Israel noch für die arabischen Staaten war die PLO jemals eine ernsthafte Bedrohung. Die Strategie des Volkskrieges nach algerischem oder vietnamesischen Vorbild mußte auf Grund der besonderen palästinensischen Bedingungen scheitern.

Nach dem Septembermassaker in Jordanien und den sich anbahnenden bilateralen Verhandlungen (Rogers-Plan 1970 und Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und Ägypten) im Nahen Osten setzte Arafat deshalb auf die politische Option und strebte die Teilnahme der PLO an einer Verhandlungslösung an — gegen den Widerstand maßgeblicher Teile der eigenen Organisation. Geheimverhandlungen mit den USA führten zur Bildung der Ablehnungsfront innerhalb der PLO. Zwar gelang es dem PLO-Chef, die Einheit der PLO durch zweideutige Beschlüsse bis 1983 zu wahren. Die politische Handlungsfähigkeit der PLO jedoch wurde auf diese Weise eingeschränkt: Arafat, der verhandeln wollte, konnte den Israelis kein eindeutiges Angebot machen. Israel aber, das zu keinem Kompromiß bereit war, brauchte so auf die vielfachen Angebote eines Teils der PLO-Führung, unter bestimmten Voraussetzungen eine gegenseitige Anerkennung einzuleiten, nicht einzugehen.

Nach den Camp David-Abkommen (1978/79) schloß sich die PLO zwar einheitlich den Staaten der Ablehnungsfront an (Syrien, Libyen, Algerien, Südjemen), Arafat jedoch verstärkte die Kontakte zum jordanischen König Hussein und den saudischen Herrschern, selbst zum ägyptischen Regime unterhielt der PLO-Chef weiterhin Kontakte. 1981 begrüßte Arafat den Friedensplan des saudischen Königs, der seiner Meinung nach auch von den Amerikanern gebilligt werden könnte. Syrien aber übte scharfe Kritik an diesem Plan, gemeinsam mit den linken palästinensischen und den prosyrischen Organisationen. Als Arafat im Juli 1981 — nach fünfzehntägigen israelischen Luftangriffen auf Beirut und den Südlibanon — mit Israel unter Vermittlung der USA und Saudi-Arabiens — ein Waffenstillstandsabkommen schloß, wuchsen die Differenzen zwischen dem syrischen Präsidenten und dem PLO-Chef. In den folgenden Monaten wurden mehrere gemäßigte Palästinenser im Ausland und der Wiener Stadtrat Nittel ermordet, auf die Synagagoge im Wien wurde ein blutiger Anschlag verübt. Die Ermordung Bruno Kreiskys, der sich besonders für die politische Anerkennung der PLO eingesetzt hatte, wurde angedroht. Verantwortlich erklärte sich jeweils die Gruppe Abu Nidal, die 1979 den Irak verlassen mußte und nun in Syrien Büros unterhielt.

Noch während der Belagerung Beiruts war Arafat offensichtlich entschlossen, nun konsequent den Verhandlungsweg zu gehen. Amerikanischen Parlamentsabgeordneten versicherte er noch in Westbeirut, er erkenne alle UN-Resolutionen zum Palästina-Problem an. Nahum Goldmann und andere jüdische Persönlichkeiten hatten — unter dem Eindruck der israelischen Invasion — die gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO vorgeschlagen. Ägypten und Frankreich wollten die umstrittene UN-Resolution 242 so verändert wissen, daß sie auch für die PLO annehmbar wäre. Arafat äußerte sich positiv zum Reagan-Plan, stimmte dem veränderten saudischen Friedensplan (Fahd-Plan) zu und verstärkte die Kontakte zum jordanischen König. Das alles erregte den Zorn der Syrer. Assad stimmte zwar selbst dem Fahd-Plan zu, verlangte aber von der PLO dessen Ablehnung. Arafat mußte Syrien verlassen, und der syrische Präsident nutzte — diesmal erfolgreich — die aufbrechenden Widersprüche innerhalb der PLO, um die Befreiungsorganisation zu spalten. Die Mehrheit der palästinensischen Kämpfer im Libanon wurde nun von den Syrern kontrolliert; trotzdem legten die meisten Gruppen Wert darauf, ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Assad konnte keine Gegen-PLO aufbauen und unterstützt heute die Vernichtung der Fedayin und die Vertreibung der Palästinenser.

Aber auch die Hoffnungen des kompromißbereiten Flügels der PLO zerschlugen sich rasch: Die ägyptisch-französische Initiative verlief im Sande. Gegen die kompromißlose Haltung Israels und der USA könne man, wie es hieß, nichts ausrichten. Arafat riskierte den Bruch der PLO, als er mit dem jordanischen König im Februar 1985 ein Abkommen schloß. Hussein distanzierte sich ein Jahr später von diesen Vereinbarungen, denn Arafat war nicht bereit, einseitig Israel anzuerkennen, die UN-Resolution 242 zu akzeptieren und dem jordanischen König das Verhandlungsmandat für die Palästinenser zu übertragen. Die Arbeit der PLO in Jordanien wurde radikal eingeschränkt. Noch heute weigert sich der Haschemiten-König, bilateral mit Israel zu verhandeln. Warum sollte er auch das Risiko offener Zusammenarbeit mit Israel eingehen? Der israelische Außenminister Peres kommentierte: „Mit Jordanien gibt es zwar keine Verhandlungen, aber Ergebnisse".

Nahost-Kommission



Irakische Kriegsgefangene im Iran

Rezension:

Iran - Irak: „Bis die Gottlosen vernichtet sind"

Ein solches Buch ist lange überfällig. *„Dieselben Regierungen, Politiker und Parteien, die so leicht die Worte Frieden und Menschenrechte im Munde führen, dieselben Journalisten, die zum Beispiel monatelang um Leben und Freiheit des Sowjetbürgers Sacharow bangen und jeden seiner Atemzüge zu registrieren versuchen, hüllen sich in Schweigen und sehen es ruhigen Gewissens mit an, wie zwei Völker allmählich ausbluten"* — schreibt Bahman Nirumand in seinem Vorwort. Mehr noch: *„Weshalb die deutsche Friedensbewegung, die sich die Verhinderung von Kriegen zum Ziel gesetzt hat, bisher keinen hörbaren Protest gegen den Golfkrieg vorbringen und sich nicht aktiv für den Frieden in der Golfregion einsetzen konnte, ist nicht einsichtig. Was ist das für eine Friedensbewegung, deren Horizont nicht über Europa hinausreicht?"*

Daß Iran und Irak Krieg gegeneinander führen, „weiß man". Daß die Zahl der Opfer dieses Krieges schätzungsweise an der Millionengrenze liegt, daß der Irak mehrfach chemische Waffen eingesetzt hat und der Iran Tausende von Kindern in die Minenfelder geschickt hat, daß Iraner und Iraker zu Zehn- und Hunderttausenden auf den Schlachtfeldern der Howeizeh-Sümpfe verbluten, daß immer wieder Raketen und Bomben in iranischen und irakischen Städten einschlagen, „hat man schon gehört". Über die Hintergründe dieses Krieges und über die wichtige Frage, wer und was diesen Krieg fortdauern läßt, ist aber selbst in der Friedensbewegung nur wenig bekannt. Es gehört zum Vergessenmachen und Verdrängen dieses Krieges, daß erst jetzt, nachdem dieser Krieg schon länger als der Zweite Weltkrieg dauert, das erste Taschenbuch in der Bundesrepublik erschienen ist, das etwas gründlicher darüber informieren will.

Das Buch ist aus der Arbeit des im letzten Jahr gegründeten „Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg" entstanden. Es enthält Einzelbeiträge über die Interessenslinien der Staaten im Nahen und Mittleren Osten, durch die diese in diesen Krieg verwickelt sind; über die Waffenexporte aus über 40 Staaten in die Kriegsregion; über die Bestrebungen des Irak, nach dem Sturz des iranischen Schah-Regimes die Vorherrschaft am Arabisch-Persischen Golf zu erringen; über den Kriegsalltag, den Märtyrerkult und die vom Regime gewollte Rolle der iranischen Frauen als Gebärmaschinen für den Krieg; über die Verbindung von religiösen und nationalistischen Kriegsideologien in beiden Staaten und über die auf beiden Seiten der Front zwischen alle Interessen geratenen kurdischen Freiheitskämpfer. Ali Sadrzadeh hat für das Buch ein Gespräch mit einem Pasdaran geführt.

Mohssen Massarat beschreibt, welche Rolle der panarabische Nationalismus beim irakischen Überfall auf den Iran im September 1980 gespielt hat — und welche Rolle der panislamische Fundamentalismus auf iranischer Seite heute spielt, diesen Krieg „bis zur Auslöschung des Bösen von der Erde" (Chomeini) fortzusetzen. Aus beiden Ideologien haben viele antikolonialistische Bewegungen im Mittleren Osten in den vergangenen hundert Jahren ihre Kraft geschöpft. Heute haben sie sich laut Massarat *„darauf reduziert, die expansionistischen und aggressiven Gelüste rivalisierender Regierungen zu rechtfertigen."*

Das Buch sollte von allen gelesen werden, die ihre Mitarbeit in der Friedensbewegung nicht nur als Verhinderung zukünftiger Kriege verstehen, in denen sie selbst nicht Opfer sein wollen — sondern die es ebenso wichtig finden, gegen längst stattfindende Kriege zu mobilisieren, in denen andere Menschen Opfer sind. Nicht zuletzt gehört auch die Bundesrepublik mit zu den Staaten, die durch Rüstungslieferungen am iranisch-irakischen Krieg verdienen.

Jürgen Reents

Anja Malanowski/Marianne Stern (Hrg.), Iran — Irak: „Bis die Gottlosen vernichtet sind", Rowohlt-aktuell, Hamburg 1987, 190 S., 9,80 DM

Adresse des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg: Käthe Jans, Dritte-Welt-Haus, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1 (dort ist weiteres Informationsmaterial erhältlich)

Palästinensisch-israelischer Dialog

Das Leichte, das schwer zu machen ist

In diesem AK beginnen wir eine voraussichtlich dreiteilige Dokumentation zum „palästinensisch-israelischen Dialog". Gemeint ist der Versuch, trotz der kategorischen, prinzipiellen Verweigerung des Staates Israel Gespräche zwischen der PLO einerseits, zwischen linken israelischen (und anderen jüdischen) Kräften andererseits zu führen und eine Auseinandersetzung um eine gemeinsame Zukunft in Gang zu bringen.

Der erste Text stammt von dem Palästinenser Afif Safieh und gibt einen Überblick über die Entwicklung der Friedensdiplomatie, wie sie von der Führungsgruppe um Jasser Arafat seit 1973/74 versucht wird. Safieh war 1976-78 stellvertretender Direktor des PLO-Büros bei der UNO in Genf, danach 1978-81 Mitarbeiter in Arafats Beratergruppe. Jetzt ist er an der Harvard University, USA, tätig.
In den nächsten zwei AK folgen Interviews mit den israelischen Linken Uri Avneri und Israel Schahak sowie eine zusammenfassende Darstellung palästinensischer Meinungen zum Dialog — alles ebenso wie der Text von Safieh in diesem AK Übersetzungen aus der palästinensischen Zeitung AL-FAJR, die der PLO nahesteht.

Im Zentrum des Textes von Safieh steht die Frage der „gegenseitigen Anerkennung" (zwischen Israel und der PLO) und des Zwei-Staaten Modells: ein palästinensischer Staat nicht *an Stelle*, sondern *an der Seite* Israels, beide auf dem Gebiet des historischen Palästina.

Ein Thema also, das vor kurzem zu aufschlußreichen Debatten in der Bundestagsfraktion der Grünen führte. Die Mehrheit mochte einen Solidaritätsaufruf anläßlich des Lagerkriegs nicht unterschreiben, u.a. weil dort vom Recht auf einen „eigenständigen Staat unter Führung der PLO in Palästina" die Rede war. Dies könne doch so gemeint sein, argumentierten die Gegner, als befürworte man einen PLO-Staat in *ganz* Palästina, statt nur in jenen Gebietsstücken, die man den Palästinensern zugestehen möchte: Westjordanien (Westbank) und Gaza. Also einen Staat, der die Existenz eines besonderen Staates Israel ausschließen würde.



Jüdische und arabische Frauen im Gespräch

Der Gedanke ist nicht völlig unbegründet: die Formulierung vom Staat „in Palästina" ist *zweideutig* (oder vielleicht sogar mehrdeutig), und vor allem: sie *soll* es nach dem Willen der PLO sein.

Es gibt für diese Zweideutigkeit ein unmittelbares historisches Vorbild: den Zionismus selbst, dessen Produkt und Akteur der Staat Israel ist. Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Staatsgründung war die sog. Balfour Declaration von 1917, die die Zionisten damals dem britischen Empire abverhandeln konnten. In diesem kurzen Dokument, einem Brief des britischen Außenministers Balfour an einen Lord Rothschild, sichert die britische Regierung „the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people" zu, also die Errichtung einer nationalen Heimat für das jüdische Volk „in Palästina", ohne dessen Grenzen zu definieren.

Bekanntlich lag die Legitimation der zionistischen Ansprüche ausschließlich im Historischen, was auch bedeutete, daß die Grenzen des angestrebten jüdischen Staats ausschließlich historisch definiert waren: Israel, wie es vor rund 2500-3000 Jahren einmal bestanden hatte. Da dessen Grenzen im Laufe der Jahrhunderte sich ständig verändert hatten, ergibt nicht einmal der Rückgriff auf die Geschichte eine klare, unumstrittene Definition der Grenzen.

Eretz Jisrael, „das Land Israel", hat also heute eine doppelte Bedeutung: einerseits den konkreten, real existierenden Staat Jisrael, andererseits ein nicht exakt zu definierendes Territorium, das als historische Heimat des jüdischen Volkes gilt und dessen vollständige Rückgewinnung das deklarierte Ziel des Zionismus ist. Insofern waren sich alle relevanten Strömungen des Zionismus, die Rechten ebenso wie die Sozialdemokraten, einig, daß der 1948 gegründete Staat nur auf einem *Teil* des historischen *Eretz Israel* errichtet wurde. Wo die angestrebten endgültigen Grenzen einmal gesucht werden könnten, blieb offen. Kaum umstritten ist in der israelischen Gesellschaft, daß ein großer Teil der durch den Juni-Krieg 1967 besetzten Gebiete, vor allem in Westjordanien, zum Kerngebiet des *Eretz Jisrael* gehören. Historisch lassen sich aber auch weiterreichende Ambitionen auf den Süden des Libanon, Teile Syriens und einen erheblichen Teil des übrigen Jordaniens legitimieren. Israel ist nach allgemeiner zionistischer Definition ein Staat, der noch nicht zur Ruhe gekommen ist, weil er seine endgültigen Grenzen noch nicht erreicht hat.

Der Zweideutigkeit auf der palästinensischen Seite entspricht also die auf der israelischen Seite. Wobei die eine Seite die politischen und militärischen Mittel hat, ihre Ambitionen Schritt um Schritt Wirklichkeit werden zu lassen, die andere hingegen nicht. Daß dies die Mehrheit der Bundestagsgrünen veranlaßt, sich schützend vor die Starken zu stellen, um sie vor der Existenzbedrohung durch die Machtlosen zu bewahren, verdient Beachtung.

Die Führungsgruppe der PLO um Arafat hat sich, wie im Text Safiehs referiert wird, seit längerem inoffiziell für das Zwei-Staaten-Modell engagiert, was die Anerkennung Israels (in den Grenzen *vor* dem Juni-Krieg 1967) einschließt. Sie hat aber, was Safieh kaum herausarbeitet bzw. verschweigt, größte Schwierigkeiten, diese Politik eindeutig und öffentlich zu vertreten, weil das Sicheinlassen auf die entstandenen Realitäten — d.h. vor allem auf die Existenz des Staates Israel — bei den palästinensischen Massen nicht populär ist. Zweifellos ist Arafats solideste Basis in der Bevölkerung der von Israel besetzten Gebiete, weniger in den Lagern des Libanons, die stärker radikalisiert sind. Aber selbst in den besetzten Gebieten ergab eine im August 1986 durchgeführte Umfrage, daß zwar knapp 50% einen Staat mit Westbank und Gaza als *Zwischenlösung* akzeptieren würden, aber nur knapp 17% als Endziel. Rund 78% wollen einen demokratischen Staat in *ganz* Palästina. Nur 7,3% halten diplomatische Schritte für aussichtsreich, während über 60% dem bewaffneten Kampf bessere Erfolgsaussichten einräumen. Der Diplomatie Arafats fehlen praktische Erfolge, die das Gegenteil beweisen könnten. Genauer gesagt: die Gegenseite — nicht nur Israel, sondern auch die USA — hat ihr kategorisch jeden noch so geringen praktischen Erfolg verweigert, gerade *weil* sie davon ausgeht, daß die Orientierung auf terroristische Aktionen und radikale Phrasen destruktiv für die palästinensischen Ziele, also nützlich für Israel, ist. Es ist die gleiche Logik, nach der das syrische Regime jahrelang jeden radikalen Gegner Arafats unterstützte — einschließlich der Killertruppe Abu Nidals, die eine zielgerichtete, mörderische Jagd auf Arafats fähigste Diplomaten betreibt.

Politik muß an Erfolgen gemessen werden. Es könnte sich die naheliegende, wenn auch falsche Schlußfolgerung aufdrängen, daß Arafats Friedensdiplomatie außer einer schwere Schäden und Verletzungen verursachenden Spaltung der palästinensischen Nationalbewegung nichts bewirkt hat. Man könnte aber auch umgekehrt argumentieren, daß Arafats im Prinzip richtige, weil praktisch einzig mögliche Politik nicht vorankommen wird, solange sie nicht mit einem Höchstmaß an Offenheit und Genauigkeit dem Urteil der palästinensischen Öffentlichkeit gestellt wird, solange also nicht offensiv und ehrlich für diese Politik geworben wird.

Kt., Hamburg

Palästinensische Friedensdiplomatie:

Niemand hört zu



Das Folgende sind Auszüge aus einem veröffentlichten Manuskript einer Rede, die Afif Safieh am 1. Dezember 1986 während einer Diskussion hielt, die vom Center for Middle East Studies in Harvard zum Thema "Ein israelisch-palästinensischer Dialog — Auf dem Weg zur gegenseitigen Anerkennung?" veranstaltet wurde.

In Palästina/Israel, wo es zweifellos eine unterdrückte und eine unterdrückende Gemeinschaft gibt, ist es die enteignete und unterdrückte Gemeinschaft, die sich, vor allem seit 1973, auf die gegenseitige Anerkennung zubewegt hat. Hingegen verhält sich die unterdrückende Gemeinschaft noch immer unentschlossen. Oder, um es genauer zu sagen, sie hat sich mit überwältigender Mehrheit dafür entschieden, sich nicht auf dieses wünschenswerte Ziel zuzubewegen.

Während der Vor-1948-Periode (1) sah das palästinensische Volk die jüdische Einwanderung nach Palästina zwar als gegen seinen Willen und seine Interessen gerichtet an, aber die palästinensische Nationalbewegung akzeptierte stets die geschaffene demographische Tatsache. Ihre Forderung zu jener Zeit war ein regierender Rat, in dem auch die neu angekommenen Juden proportional vertreten sein sollten. Leider wurde dieser Plan systematisch zum Scheitern gebracht durch das Beharren der Engländer und der Zionisten, daß die jüdischen und britischen Mitglieder dieses Gremiums an Zahl immer den moslemischen und christlichen Vertretern überlegen sein müßten. Ich erwähne das nur der Vollständigkeit halber.

1964 und 1965 traten die PLO und die Fatah erstmals in die Öffentlichkeit. Die 1964 beschlossene Nationalcharta wurde (später) vor allem wegen zwei Artikeln umstritten: 1. das Ziel der vollständigen Befreiung, und 2. daß nur den Juden, die schon vor 1917 in Palästina lebten, bzw. deren Nachkommen, erlaubt werden sollte, in dem zukünftigen Staat zu bleiben.

Was den ersten Punkt betrifft, so halten alle Palästinenser dieses Ziel „im Prinzip" für richtig, aber nicht so auf der Ebene des „Möglichen". Hingegen denke ich, daß der zweite Punkt ein historischer Fehler war und ein Rückschritt, gemessen an der früheren Haltung, die die palästinensische Nationalbewegung vor 1948 eingenommen hatte. Aber dieses Thema ist „überholt", seit 1968 die größte Gruppe innerhalb der PLO, die Fatah, das Programm für einen demokratischen, säkularen (nicht-religiösen) Staat in Palästina mit gleichem Status, Rechten und Pflichten für Muslim, Juden und Christen beschloß. Es wurde eine allgemeine Position in der palästinensischen Bewegung, daß Glauben und Sitten nicht von Ankunfts- oder Abreisedaten bestimmt werden. Die Demokratische Front und die Volksfront standen dieser Position ebenfalls sehr nahe. Die palästinensischen Kommunisten waren in dieser Beziehung sogar noch gemäßigter, denn sie hatten sowohl den Teilungsplan von 1947 als auch die (UNO-)Resolution 242 von 1967 akzeptiert.

Auf jeden Fall war der Oktoberkrieg 1973 ein Wendepunkt. Seit dieser Zeit begann die palästinensische Friedensdiplomatie, sich mit wachsender Klarheit darzustellen. Die Daten sind wichtig. 1973 war ein Moment der Stärke oder der angenommenen Stärke (2), und der palästinensische Realismus geht auf diesen besonderen Moment in der Geschichte der Region zurück, und nicht auf das Jahr 1982 (3), wie einige uns glauben machen wollen. Die Friedensdiplomatie war ein Produkt der wechselnden Bedingungen 1973-74, als die arabische Welt die historische Initiative zurückgewonnen hatte.

Es gibt in Israel eine Denkrichtung, die arabische und palästinensische Mäßigung als Ergebnis israelischer Schläge interpretiert. Dieser Logik zufolge könnte die palästinensische Bewegung sich vielleicht nach einem weiteren Schlag mit einer Heimstätte am anderen Ende der arabischen Halbinsel zufrieden geben, und nach zwei Schlägen könnte sie vielleicht sogar ganz ins historische Vergessen verschwinden. Nichts könnte falscher sein als diese Haltung. Nichts könnte irreführender sein als diese Interpretation.

Einige Wochen nach dem Ende des Oktoberkriegs veröffentlichte Abu Ijad (Salah Khalaf — 4) einen Artikel in *Le Monde* mit dem Titel „Revolution und Realismus", in dem er schon von notwendigen Verhandlungen und einer Zwei-Staaten-Lösung sprach. Henry Kissinger schreibt im zweiten Band seiner Memoiren *Years of Upheaval* (Jahre des Umbruchs), daß im November 1973 und Januar 1974 in Marokko zwei Treffen zwischen General Vernon Walters und einer Spitzendelegation der PLO stattfanden, der Khaled al-Hassan und Majed Abu Scharara angehörten. Es ging darum, die mögliche Beteiligung der PLO am Verhandlungsprozeß zu diskutieren. Wie eine bereitwillige PLO machiavellistisch von Kissinger ausgetrickst wurde, ist eine lange Geschichte.

Auf der Nationalratssitzung (5), die 1974 in Kairo stattfand, wurde ein 10-Punkte-Programm beschlossen. Ich habe übrigens bis 1977 gezögert, dies Programm zu akzeptieren. Der erste Artikel in der politischen Plattform stellt fest, daß die PLO die (UNO-) Resolution 242 (6) ablehnt, weil das palästinensische Volk dort nur als Flüchtlinge behandelt wird. Diese Formulierung wurde nach langen Debatten beschlossen. Nur vier Nationalratsmitglieder stimmten dagegen. Wie man sehen kann, fehlen im Wortlaut mögliche andere Einwände gegen 242. Nirgendwo wird gesagt, daß 242 abgelehnt werde, weil sie die Anerkennung Israels fordert. Wie wir alle wissen, ist das Fehlen eines Satzes oft ebenso aussagekräftig und bezeichnend wie seine Anwesenheit.

1975-76 beauftragte die palästinensische Führung erst Said Hamami (7) in London, dann Issam Sartawi (7) von Paris aus, Gespräche mit „Tauben" aus Israels politischem Spektrum zu führen. Es war Rabin (8), und sicher nicht Arafat, der die Möglichkeiten einer solchen Kommunikationslinie torpedierte.

1977 wurden während einer Nationalratssitzung, wiederum in Kairo, neue Resolutionen beschlossen, in denen keine Rede von der „Zwei-Phasen-Strategie" (9) war, und in denen aus dem Begriff der „nationalen Autorität" ein „unabhängiger palästinensischer Staat" wurde. Wichtiger noch, in diesem Dokument kündigte das höchste Gremium der PLO erstmals an, daß es die Anwendung des internationalen Rechts für die Lösung des Nah-ostkonflikts akzeptiert. Internationales Recht bedeutet UNO-Resolutionen. 242 ist eine von ihnen. Recht und billig. Aber das gleiche gilt für 181, die zwei Staaten in Palästina fordert, für 194, die die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge fordert, für 3236, die das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, unabhängige Souveränität und Staatlichkeit fordert.

Ebenfalls 1977 begrüßte Arafat Carters Erklärung zur Notwendigkeit einer palästinensischen Heimstätte und drückte sein Vertrauen auf Carter aus, einen „moralischen Präsidenten", wie er ihn nannte. Vance (10) und die PLO standen in indirekter Verbindung und versuchten intensiv, einen Weg zur Umschiffung von Kissingers Verpflichtung gegenüber Israel hinsichtlich US-Verhandlungen mit der PLO zu finden. Mehrere Formulierungen für eine „konstruktive Ablehnung" der Resolution 242 wurden geprüft und ausgetauscht.

Daß diese indirekten Verhandlungen scheiterten, lag nicht, wie üblicherweise angenommen wird, an syrischem Druck auf die PLO. Die PLO hat be-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

kanntlich Assads Wünschen schon vor 1982 bei vielen Gelegenheiten widerstanden. Der Grund liegt vielmehr darin, daß der PLO niemals mehr als die Eröffnung eines Dialogs versprochen wurde. Aber es gab keine Anerkennung und keine Garantien, daß dieser amerikanisch-palästinensische Dialog über „Hello — bye, bye" hinausgehen würde.

Am 1. Oktober 1977 war die PLO die erste der betroffenen Parteien, die das von Vance und Gromyko unterschriebene gemeinsame amerikanisch-sowjetische Kommunique begrüßte und billigte. Leider hielt sich dieses Dokument, das den Friedensprozeß wiederbeleben sollte, nur wenige Tage lang. Dajan eilte in die USA und führte das, was er seinen „6-Stunden-Krieg" nannte, drohte Carter mit „innenpolitischen Komplikationen", und Carter machte einen Rückzieher. (11)

1977-79 wurden dominiert von Sadats Initiative und deren Folgen (12). Geht man auf PLO-Stellungnahmen aus dieser Zeit zurück, würde man bemerken, daß die Kritik an Sadat sich nicht gegen seine Friedenssuche richtete, sondern gegen die Art, wie er an den Frieden heranging. Sein Herangehen, bilateral und einseitig, wurde als hinderlich und schädlich angesehen, weil es die arabischen Reihen und ihren Konsens aufbrach, weil es die arabische Verhandlungsposition untergrub, usw. Die PLO, Syrien, Algerien und Südjemen hielten an der Forderung nach einem umfassenden, globalen und dauerhaften Frieden fest. Damals hatten nur Libyen und der Irak einen radikaleren Standpunkt.

1980-81 bemühte sich die PLO beständig darum, die Europäische Gemeinschaft endlich zu ermutigen, eine eigenständige Friedensinitiative zu un-

1980-81 bemühte sich die PLO beständig darum, die Europäische Gemeinschaft endlich zu ermutigen, eine eigenständige Friedensinitiative zu un-

ternehmen. Und Sie wissen sehr gut, daß die Grundlage einer solchen Initiative die Selbstbestimmung der Völker und die Anerkennung und Sicherheit der Staaten gewesen wäre.

Im April 1981 begrüßte und unterstützte das Nationalratstreffen in Damaskus den Breschnew-Plan. Später, im gleichen Jahr, billigte Arafat den Fahd-Plan (13) — einige sagen sogar, er habe ihn inspiriert —, der während des Gipfeltreffens von Fez nicht angenommen wurde, nicht wegen Syriens Gegnerschaft, sondern hauptsächlich wegen Begins sofortiger Ablehnung und wegen der entmutigenden Reaktion der USA. (14)

1981-82 beachtete die PLO, und damit meine ich alle ihre Bestandteile, peinlich genau das Waffenstillstandsabkommen, das nach dem palästinensisch-israelischen Minikrieg vom Juli 1981 geschlossen worden war. Dieser Waffenstillstand, den die UNOvermittelt hatte, aber der in Wahrheit von Philip Habib (15) zustande gebracht worden war, wurde — wie wir alle uns immer noch erinnern — von Scharons Truppen im Juni 1982 gebrochen. (3)

Während jenes Sommers 1982 unterschrieb Yasser Arafat eine Erklärung gegenüber einer Delegation amerikanischer Kongreßabgeordneter, in der es hieß: „Wir sind für die Anwendung aller UNO-Resolutionen, die sich auf die Palästinafrage beziehen." — Die Tatsache, daß die PLO in der libanesischen Hauptstadt belagert wurde, hat nichts zu tun mit dem Inhalt dieses Dokuments, denn es stimmt, wie wir gesehen haben, einfach mit früheren offiziellen Positionen der PLO überein. Arafat begrüßte damals die Erklärung, die Nahum Goldmann, Pierre Mendes-France und Philip Klutznick (16) in Paris abgegeben hatten und in der zur gegenseitigen Anerkennung aufgerufen wurde. Einige Wochen später unterstützte die PLO die französisch-ägyptische Resolutionsvorlage im Sicherheitsrat, die sich auf gleicher Linie befand. Daß diese Resolutionsvorlage niemals angenommen wurde, lag sicher nicht an den Palästinensern, sondern an der ablehnenden Haltung Israels und der amerikanischen Veto-Drohung.

Es ist kein Geheimnis, daß Arafat maßgeblich an den arabischen Friedensvorschlägen des zweiten Gipfeltreffens in Fez im September 1982 beteiligt war. Ich hatte das persönliche Privileg, den Vorsitzenden Arafat am 15.September nach Rom zu begleiten, wo er mit dem Papst und Präsident Pertini zusammentraf. Ich erinnere mich immer noch an seine Rede vor dem Kongreß der Interparlamentarischen Weltunion in Rom. Arafat sagte: „Ich komme zu Ihnen als ein Bote des Friedens und bringe Ihnen die arabischen Friedensvorschläge, auf die sich alle arabischen Staatsoberhäupter verpflichtet haben."

Unglücklicherweise fiel dieser Kongreß zusammen mit der Ermordung von Beschir Gemajel (17), auf die das schreckliche Massaker von Sabra und Schatila folgte. Arafats Erklärung, von der alle erwartet hatten, daß sie große Beachtung in der Presse finden würde, wurde so in Blut und Tränen ertränkt.

Im April 1984, drei Monate vor den israelischen Parlamentswahlen, erklärte Arafat in einem Interview mit dem *Nouvel Observateur*, die PLO befürworte eine „gegenseitige Anerkennung zwischen Israel und dem Staat Palästina". Ich nehme an, daß dieses Magazin bewußt ausgewählt worden war. Es ist hauptsächlich eine französisch-jüdische linke Wochenzeitung. Es wurde erwartet, daß diese Stellungnahme in Israel nicht unbeachtet bleiben würde und daß sie Teil der politischen Diskussion werden würde. Israel, das die Araber an seine unverhältnismäßigen militärischen Vergeltungsschläge gewöhnt hat, bekam so eine Gelegenheit für eine „friedliche Vergeltung" angeboten. Und trotzdem müssen die Politiker vom „Tauben"-Flügel der Meinung gewesen sein, daß es sich wahlpolitisch nicht auszahlen würde, positiv auf ein solches Angebot einzugehen. Ich hätte gehofft, daß Abba Eban (18) seinen hübschen Spruch: „Sie lassen keine Gelegenheit aus, eine Chance zu verpassen" auf seine politischen Freunde statt auf die palästinensische Führung anwendet.

1984 und 1985 vergingen mit bilateralen Verhandlungen mit Jordanien über Wege und Mittel zur Reaktivierung des Friedensprozesses. Zum Ärger vieler Palästinenser, aber mit Billigung des Nationalrats, kam ein Abkommen zustande, das sich für eine künftige palästinensisch-jordanische Föderation ausspricht. Bis zum Februar 1986 handelte man gemeinsam. Am 31. März veröffentlichte die PLO eine ganzseitige Anzeige in der *New York Times* mit den drei palästinensischen Vorschlägen, die in Amman und indirekt gegenüber der US-Regierung

eine ganzseitige Anzeige in der *New York Times* mit den drei palästinensischen Vorschlägen, die in Amman und indirekt gegenüber der US-Regierung

aufgestellt worden waren. In allen drei Vorschlägen erklärte die PLO ihre Bereitschaft, die Resolution 242 zu akzeptieren, falls die US-Regierung sich im Prinzip auf die Notwendigkeit der palästinensischen Selbstbestimmung verpflichten würde.

Um die jordanische Politik seit Februar 1986 zu beschreiben, kann man Talleyrand (19) zitieren, der einmal sagte: „Es ist schlimmer als ein Verbrechen, es ist ein Irrtum." Die PLO hatte König Hussein Partnerschaft nach einem israelischen Rückzug angeboten. Die jordanische Regierung scheint aber eine Partnerschaft mit Israel und im Rahmen der verewigten Besetzung zu bevorzugen. Wenn diese Handlungslinie scheitert, wie vorauszusehen ist, dann werden vielleicht die Poindexters und Oliver Norths (20) in Amman wegen „unüberlegter, unkluger Ratschläge" geopfert werden, und das könnte Möglichkeiten für eine Versöhnung eröffnen. Auf jeden Fall darf eine palästinensisch-jordanische Konföderation niemals das Ergebnis von Vorbedingungen sein, sondern muß aus freiem Willen kommen.

Ich bin sicher, daß ich in meiner Kurzdarstellung der Ereignisse viele andere Initiativen vergessen habe, die seit 1973 unternommen wurden. Wenn alle diese Schritte, Angebote, Resolutionen und politischen Handlungen, von denen ich gesprochen habe, nicht Botschaften sind, die an Freunde und Gegner gleichermaßen geschickt wurden, dann fragt man sich, was überhaupt Signale in der Außenpolitik und in den internationalen Verbindungen sind. Dieser Realismus, diese Mäßigung wurden nie erwidert. Die PLO scheint unvernünftig vernünftig, unrealistisch realistisch gewesen zu sein.

Man könnte mich fragen: Wer von der palästinensischen Führung unterstützt die Zwei-Staaten-Lösung? 1973-75 waren Fatah, die Demokratische Front und — das wird einige von Ihnen überraschen — Saika (21) die wichtigsten Kräfte, die für diese Idee eintraten. Die palästinensischen Kommunisten unterstützten diese Entwicklung ganz besonders, weil sich damit ihrer Ansicht nach die Nationalbewegung endlich um jene Position zusammenfand, die sie immer befürwortet hatten. Die Volksfront, die von 1974 bis 1978 die Ablehnungsfront anführte, unterzog sich 1978 einer internen Selbstkritik und stimmte für neue Lösungen, die mit den Vorstellungen der Hauptströmung vereinbar sind. Während der Nationalratssitzung in Algier 1983 erklärte Khaled al-Fahoum, damals Sprecher des Parlaments und jetzt Führer der Rettungsfront (22) in Damaskus, daß „ein gerechter und dauerhafter Frieden einen unabhängigen paläsinensischen Staat auf der Westbank und in Gaza voraussetzt." — Fahoum ist sogar gemäßigter als ich. Ich bezeichne die Zwei-Staaten-Lösung als „annehmbar und dauerhaft", aber niemals als „gerecht". Seit 1973 ist die überwiegende Mehrheit des palästinensischen Volkes für einen historischen Kompromiß. Wir brauchen nicht alle einer Meinung zu sein.

Mit dem Waffenstillstandsabkommen von 1981 hat die PLO ihre Glaubwürdigkeit und ihre Fähigkeit bewiesen, zu ihren Verpflichtungen zu stehen. Wenn der wiederbelebte Friedensprozeß unter der „angemessenen Schirmherrschaft" der UNO unternommen wird und Syrien einschließt, dann wird es schwerlich regionale Kräfte geben, die dagegen arbeiten, mit Ausnahme Israels. Sofern ihre nationalen Ziele durch eine unabhängige Staatlichkeit erreicht sind, werden die Palästinenser zum Unterstützer des status quo in diesem Gebiet werden.

Man sagt den Palästinensern oft, daß ihre Positionen immer noch zweideutig seien. Es gibt immer Raum für noch mehr Klarheit, aber das ist nur ein billiger Vorwand. Verglichen mit ihren israelischen Kontrahenten ist die PLO meiner Überzeugung nach ein Amateur in Zweideutigkeit.

Lassen wir Kahane (23), Eitan (24), Scharon, Schamir und Begin beiseite. Sie sind unzweideutig im negativsten Sinn des Wortes. Aber ist die Arbeiterpartei besser für einen israelisch-palästinensischen Frieden? Ich meine, daß ihr positives Image in den westlichen Medien und in der westlichen öffentlichen Meinung völlig unverdient ist. Man sagt uns oft, wie sehr wir uns doch zurücksehnen müßten nach den Zeiten, als die Arbeiterpartei oder Peres an der Macht waren, aber niemand macht sich die Mühe zu erklären, warum. Der Besuch von Peres in Ifrane (bei König Hassan von Marokko, 1986) war mehr eine Übung in Akrobatik als in Diplomatie. Lassen Sie mich hier an einen entlarvenden Vorgang aus dem Jahr 1974 erinnern. Kissinger kam nach Israel und schlug der israelischen Regierung, der damals Golda Meir, Jigal Allon, Dajan, Peres, Rabin u.a. angehörten, vor, mit Jordanien ein Abkommen über die Rückgabe Je-

schen Regierung, der damals Golda Meir, Jigal Allon, Dajan, Peres, Rabin u.a. angehörten, vor, mit Jordanien ein Abkommen über die Rückgabe Je-

richos abzuschließen. Er sagte ihnen: Eines Tages müßt ihr euch mit Hussein einigen, oder anderenfalls mit Arafat. — Ihre Antwort war: Wir können uns nicht aus Jericho zurückziehen, das widerspräche dem Allon-Plan (25). — Darauf antwortete Kissinger: Dann gebt mir einen Räumungsvorschlag, der mit eurem Allon-Plan vereinbar ist. — Alle zusammen sagten sie: Das können wir nicht. Der Allon-Plan ist der Plan unserer Arbeiterpartei, aber unsere Regierung ist eine Koalition, der die religiöse Partei angehört, und diese Partei hat den Plan nicht akzeptiert. — Und seither herrscht der „dynamische Immobilismus" immer noch vor.

Die Moral dieser Geschichte ist nicht, daß es die israelische Sturheit war, der die PLO ihre Anerkennung als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes verdankt. Die Moral dieser Geschichte ist, daß die israelische Arbeiterpartei niemandem etwas geben will. Weder Arafat noch Hussein.

Ich habe immer noch Probleme mit dem israelischen Friedenslager. Wenn wir hinausgehen über die drei bis fünf Prozent der öffentlichen Meinung, die von Felicia Langer, Schahak, Avneri, Peled und (Chaim Schur) vertreten werden, und wenn wir das Friedenslager im weiteren Sinn des Wortes betrachten, mit all den Meinungsschattierungen, die es enthält, was ist dann die Botschaft an uns Palästinenser? Diese Botschaft kann man so zusammenfassen: 1. Ja, wir wollen uns zurückziehen, aber nicht vollständig. 2. Ja, wir wollen verhandeln, aber nicht mit jedem. 3. Ja, die Palästinenser sind ein Volk, aber wir wollen nicht zulassen, daß sie die Rechte bekommen, die als normal, natürlich, unbestreitbar und unveräußerlich für alle Völker betrachtet werden. Es ist eine Art Orwellscher Vision: wir alle sind gleich, aber einige Völker sind gleicher als andere.

Aber für die Juden und Israelis sind wir nicht einfach irgendein Volk. Wir sind nicht das Volk von Timor, von Papua, von Neuguinea, oder Frankreichs Bretonen. Für (die Israelis) sind wir das besondere Volk, das unvermeidlicherweise enteignet werden mußte, wenn die zionistische Idee erfolgreich sein sollte. Die Israelis sollten nie vergessen, sollten nie vergessen haben, welchen Preis wir Palästinenser für Israel gezahlt haben. Statt eines "Entschuldigung bitte, danke schön", das man eigentlich erwarten sollte, blieb kein Medium ungenutzt, um unsere Existenz, unsere Leiden und unsere Rechte zu leugnen. Um nur ein Beispiel zu nennen: mit Joan Peters Buch „From Time Immemorial" wurde Millionen von Lesern erzählt, daß die Palästinenser ganz unterschiedliche Araber seien, die im 20. Jahrhundert betrügerisch nach Palästina eingeschleust wurden, angezogen von der wirtschaftlichen Blüte, die durch die zionistische Besiedlung entstanden sei. Dieser abscheuliche Schwindel wurde, wie Edward Said schrieb, von einer „Verschwörung des Lobes" begrüßt. Die Kritiker wetteiferten miteinander, indem sie sagten, daß die Entdeckungen und Enthüllungen dieses Buches den Beweis geliefert hätten, daß es kein Palästinenserproblem gibt.

Ich möchte mit zwei Zitaten schließen. Sie stammen von Jabotinsky (26) und Ben Gurion (27). In den 20er Jahren schrieb Jabotinsky: „Hat man jemals gesehen, daß ein Volk sein Territorium freiwillig aufgibt? Ebensowerden die Araber Palästinas nicht ohne Gewalt auf ihre Souveränität verzichten." — 1948 sagte Ben Gurion zu (Nahum) Goldmann: „Wenn ich ein arabischer Führer wäre, würde ich niemals ein Abkommen mit Israel unterschreiben. Es ist bekannt: wir haben ihnen ihr Land genommen. Es stimmt, daß Gott es uns versprochen hat. Aber wie könnten sie sich dafür interessieren? Unser Gott ist nicht ihrer. Es hat den Antisemitismus, die Nazis, Hitler und Auschwitz gegeben. Aber war das ihre Schuld? Sie sehen nur eines: wir sind gekommen und haben ihr Land gestohlen."

Wir sind gekommen und haben ihr Land gestohlen. Das ist unzweideutig. Man kann nur hoffen, daß mehr israelische Pazifisten in solchen Worten zu sprechen beginnen, man kann nur hoffen, daß Israels junge Leute und Amerikas Joan Peters solche Meinungen lesen.

Heute sind die Palästinenser die Juden der Israelis. Wir sind ein staatenloses Volk geworden, das eine Zuflucht und einen Staat sucht.

(Aus der in Israel erscheinenden englischsprachigen Zeitung AL-FAJR vom 13.2.87. Übersetzung und Anmerkungen: Kt.)

Anmerkungen

Anmerkungen

1) Gemeint ist: vor der Proklamation des Staates Israel und dem ersten israelisch-arabischen Krieg 1948, der zur Vertreibung der meisten Palästinenser führte.

2) Der Oktoberkrieg 1973 wurde durch einen koordinierten Angriff Ägyptens und Syriens ausgelöst und brachte Israel anfangs in erhebliche Bedrängnis. Auch wenn schließlich Israel militärisch die Oberhand behielt, wurde dieser Krieg dennoch allgemein als Ausdruck eines zuungunsten Israels veränderten Kräfteverhältnisses interpretiert.

3) Israel begann am 6.Juni 1982 die sog. Operation Frieden für Galiläa, d.h. den militärischen Einmarsch in den Libanon. Als Zweck wurde anfangs lediglich angegeben, man wolle die bewaffneten Kräfte der PLO „40 Kilometer nach Norden" zurückdrängen. Kurz darauf wurde aber offen die „Vernichtung" der PLO als Kriegsziel benannt. Am 14.6.82 wurde der Belagerungsring um Beirut geschlossen, am 30.8.82 zogen die Einheiten der PLO unter internationaler Vermittlung aus Beirut ab.

4) Abu Ijad gilt als „zweiter Mann" und „Sicherheitschef" der PLO.

5) Im Nationalrat sind die unterschiedlichen politischen Organisation der PLO vertreten; er ist das oberste beschlußfassende Gremium der PLO.

6) Die Resolution 242 wurde vom Sicherheitsrat der UNO am 22.11.67 (nach dem Juni-Krieg 1967) beschlossen. 242 fordert einerseits die Respektierung der territorialen Unverletzlichkeit und der Souveränität aller Staaten der Region, spricht hinsichtlich der Palästinenser aber nur von „a just settlement of the refugee problem" (gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems), nicht aber vom Selbstbestimmungsrecht und schon gar nicht vom einem palästinensischen Staat. Es ist folglich logisch, daß die PLO diese Resolution als zumindest unausgewogen betrachtet.

Eine Quelle von Ärgernis wurde die Resolution 242 auch durch ihre zweideutige Formulierung, Israel solle sich „from territories occupied in the recent conflict" zurückziehen, also aus Gebieten, die im Juni-Krieg 1967 besetzt wurden. Aus dem Fehlen des direkten Artikels im englischen Wortlaut leitet Israel die Interpretation ab, daß 242 nicht den Rückzug aus allen, sondern nur aus einigen besetzten Gebieten verlange.

242 bleibt im Gegensatz zur Darstellung des Autors ein Problempunkt: Erst eben wieder bekräftigte Faruk Chaddumi, Chef der Politischen Abteilung der PLO, man werde 242 „nicht anerkennen". („Sonntagszeitung", Schweiz, 1.3.) Für die PLO macht es (verständlicherweise!) einen Unterschied, ob sie isoliert die zumindest zweideutige und einseitige Resolution 242 anerkennen soll, oder ob sie sich zur Anerkennung aller UN-Resolutionen verpflichtet, denn in ihrer Gesamtheit machen sie die Unklarheiten und Auslassungen von 242 wett. Aus gleichem Grund ist Israel zwar an der Resolution 242 sehr interessiert, verweigert aber selbstverständlich die Respektierung der UN-Resolutionen in ihrer Gesamtheit.

7) Beide Politiker wurden ermordet: Hamami am 4.1.78 in London, Sartawi am 1o.4.83 in Portugal während eines Kongresses der Sozialistischen Internationale. In beiden Fällen wurde von den Mördern explizit auf die „Kontakte (der Ermordeten) zum zionistischen Staat" hingewiesen, in beiden Fällen weisen die Spuren auf die legendäre Killertruppe Abu Nidals, die bei den Regimes von Syrien und Libyen Aufnahme gefunden hat.

8) Jitzchak Rabin, Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, war Regierungschef vom Juni 1974 bis zum März 1977.

9) Mit „Zwei-Phasen-Strategie" ist gemeint: Ein Staat auf der Westbank und in Gaza wird nicht als endgültige Lösung, sondern nur als Zwischenschritt zu einem Staat im gesamten historischen Gebiet Palästinas akzeptiert.

10) Cyrus Vance war damals Außenminister der USA.

11) Das gemeinsame amerikanisch-sowjetische Kommunique sprach sich u.a. für eine baldige Lösung der „Palästina-Frage, einschließlich der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes" und für den Abzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten aus. Bis spätestens Dezember 1977 sollte eine internationale Nahost-Konferenz in Genf ihre Arbeit aufnehmen.

Mosche Dajan war Verteidigungsminister unter Golda Meir bis 1974. In der Rechtsregierung Begins (ab Juni 1977) übernahm er (bis Oktober 1979) das Außenministerium.

12) Der ägyptische Präsident Sadat gab am 10.9.77 seine Bereitschaft bekannt, Israel zu besuchen. Dieser Besuch fand im November 1977 statt. Es folgten Verhandlungen in 1978, die mit einem am 26.3.79 unterzeichneten Abkommen (Camp David A.) endeten. Außer der Räumung und Entmilitarisierung der Sinai-Halbinsel ist in diesem Abkommen auch von einem Stufenplan zur Realisierung der „vollen Autonomie für die Einwohner" der Westbank und Gazas die Rede, um dessen Umsetzung sich Israel aber nie gekümmert hat.

13) Der Fahd-Plan wurde von der saudiarabischen Regierung im August 1981 vorgestellt. Er beinhaltete den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, die Auflösung aller jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und die Bildung eines Palästinenserstaats mit dem arabischen Ostjerusalem als Hauptstadt, jedoch auch die Anerkennung aller Staaten der Region, also auch Israels. Israels Außenminister Schamir erklärte sofort die totale Ablehnung des Plans: er enthalte keine neuen Elemente und sei in allen seinen Punkten für Israel gefährlich.

14) Es gab in Fez zweimal eine arabische Gipfelkonferenz. Die erste, Ende November 1981, scheiterte gleich zu Anfang, vor allem an der Opposition Syriens, Libyens und des Iraks gegen den Fahd-Plan. Die zweite Konferenz, Anfang September 1982, beschloß die sog. Charta von Fez, die praktisch vollständig dem Fahd-Plan entspricht.

15) Habib war Sonderbotschafter der USA zur Vermittlung im Nahost-Konflikt, insbesondere zwischen Israel und Syrien.

16) Die Initiative wurde am 2.7.82 publiziert.

Nahum Goldmann war Präsident der Zionistischen Weltorganisation 1956-1968 und Präsident des World Jewish Congress 1949-1977. Er war seit langem beständig als Kritiker der israelischen Politik gegenüber der arabischen Welt hervorgetreten. Zum Zeitpunkt der hier erwähnten Initiative war Goldmann 87 Jahre alt; er starb kaum zwei Monate später.

Pierre Mendes-France war französischer Ministerpräsident 1954-55. 1968 gründete er die kleine Linkspartei PSU (Vereinigte Sozia-

mann 87 Jahre alt; er starb kaum zwei Monate später.
Pierre Mendes-France war französischer Ministerpräsident 1954-55. 1968 gründete er die kleine Linkspartei PSU (Vereinigte Sozia-

listische Partei. Er galt seit langem als beständiger Unterstützer Israels und des Zionismus.

Philip Klutznick war Präsident der jüdischen Weltorganisation B'nai B'rith 1953-59 sowie Funktionsträger in mehreren anderen zionistischen und pro-israelischen Verbänden. Er war 1977-81 Präsident des World Jewish Congress und Handelsminister unter Carter 1979-81.

17) Beschir Gemajel, Führer der faschistischen Falange, wurde am 23.8.82 zum Präsidenten des Libanon gewählt und kam am 14.9.82 bei einem Bombenanschlag ums Leben. Zur Kennzeichnung seiner Person sei Major Haddad (inzwischen verstorben) zitiert, der eine pro-israelische Söldnertruppe im Südlibanon anführte: „Die Wahl Beschirs ist ein Sieg für uns, weil er einer von uns ist, aber auch ein Sieg für Israel. Ohne Israels Präsenz im Libanon wäre er, wie wir glauben, nicht gewählt worden."

Als Racheaktion wurden am 16.-18.9.82 in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila Hunderte Palästinenserinnen und Palästinenser von libanesischen Faschisten in besonders bestialischer Weise umgebracht. Die militärische Führung Israels hatte zugelassen, daß die Faschisten die Lager besetzten, ohne angeblich die praktischen Folgen vorauszusehen.

18) Abba Eban, Mitglied der Arbeiterpartei, war Außenminister von 1966 bis Juni 1974.

19) Französischer Politiker zur Zeit Napoleons.

20) Zwei Hauptakteure des jüngsten US-Skandals um die Waffengeschäfte mit dem Iran.

21) Von Syrien aufgebaute und gesteuerte palästinensische Organisation.

22) Zusammenschluß der Opposition innerhalb der PLO, dem u.a. die PFLP angehört.

23) Meir Kahane war, bevor er Ende der 70er Jahre nach Israel einwanderte, Chef der rechtsextremen Terrororganisation Jewish Defence League in den USA. In Israel gründete er die Kach, für die er seit Juli 1984 Parlamentsabgeordneter ist. (1,2% gleich 26.000 Stimmen).

24) Raphael Eitan war Stabschef der israelischen Streitkräfte 1978-1983, also insbesondere während des Libanon-Krieges. Er gilt als Mitverantwortlicher für das Massaker von Sabra und Schatila. Von ihm stammt der Ausspruch: „Wenn wir das ganze Land besiedelt haben, werden die Araber nichts anderes mehr machen können, als wild herumzurennen wie berauschte Küchenschaben in einer Flasche."

25) Jigal Allon, Mitglied der Arbeiterpartei, war Außenminister unter Rabin von Juni 1974 bis März 1977. Der nach ihm benannte, 1968 bekanntgewordene Plan sah vor, systematisch jüdische Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten anzulegen (u.a. auf dem Golan, im Jordan-Tal, am Toten Meer, im Nordostteil und entlang der gesamten Ostküste der Sinai-Halbinsel), um eine allmähliche Annektion von erheblichen Teilen der besetzten Gebiete vorzubereiten, einige andere jedoch irgendwann zurückzugeben. Ziel sollte sein „ein Maximum an Sicherheit für Israel" in Verbindung mit einem „Minimum an arabischer Bevölkerung".

26) Wladimir Jabotinsky (1880-1940) gründete 1925 die World Union of Zionist Revisionists und wurde deren Präsident. Dieser Verband bewegte sich noch im Rahmen der zionistischen Weltbewegung, von der er sich aber 1937 unter dem Namen New Zionist Organization abspaltete, wiederum mit J. als Präsident. Die sog. Revisionisten sind Vorläufer des heutigen israelischen Rechtsblocks Likud. Sie treten für die „historischen Grenzen" Israels und für eine offensiv-militante Politik gegen die arabische Bevölkerung ein. In der innerzionistischen Debatte wurden sie deshalb gelegentlich sogar als Faschisten angegriffen.

27) Ben Gurion, Mitglied der Arbeiterpartei, war israelischer Regierungschef 1948-53 und 1955-63.

Grüne

Ohne Selbstbestimmungsrecht kein Ende des Leids

Über die Probleme der Grünen mit der Palästinasolidarität

Am 21. Februar demonstrierten in Bonn ca. 1.200 Menschen gegen die israelische und syrische Libanon-Politik und für die eingeschlossenen hungernden palästinensischen Flüchtlinge in den libanesischen Lagern. Aufgerufen hatte ein Trägerkreis „Rettet die Palästinenser im Libanon", zu dem u.a. der Bundesvorstand der Grünen, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen, der Bundeskongreß unabhängiger Friedensinitiativen, die Alternative Liste Westberlin, „medico international" sowie palästinensische Gruppen und das Bonner PLO-Büro zählten.

Im Vorfeld der Demonstration kam es zu heftigen Kontroversen innerhalb der grünen Bundestagsfraktion. Ihr Gegenstand: Das Mobilisierungsflugblatt, das die UNO-Formulierungen über das palästinensische Selbstbestimmungsrecht und die Anerkennung der PLO als Repräsentantin des palästinensischen Volkes enthielt sowie eine Einladung des Trägerkreises an das Fraktionsmitglied Ellen Olms, auf der Abschlußkundgebung aufzutreten.

Die Berichterstattung in den Medien wie die Statements einiger Fraktionsmitglieder erweckten den Eindruck, der Disput habe sich zwischen zwei Fraktionen abgespielt, von denen die eine die besondere Verantwortung der Deutschen gegenüber dem jüdischen Volk wie dem Staat Israel anerkenne und betone, während die andere Fraktion in dieser Hinsicht durch Vergeßlichkeit und Unsensibilität charakterisiert sei. Der eigentliche Inhalt des Disputs lautete indessen, ob — und wenn ja inwieweit — der Spielraum des einzelnen Abgeordneten durch Fraktionsdisziplin beschnitten werden soll. So stimmt es auch nicht verwunderlich, daß die Fraktionierung in der Libanon-Debatte entlang der bekannten Linien — Realos versus Fundamentalos und Linke — erfolgte. Sollten sich die in der Debatte offenbarten Vorstellungen einiger Realos über Fraktionsdisziplin und Zensur durchsetzen, so würde dies bedeuten, daß künftig jeder Abgeordnete, bevor er eine Einladung zu einer öffentlichen Veranstaltung wahrnimmt, zunächst die Zustimmung der Fraktion einzuholen hätte. Inhalte des Auftritts müßten mit der Fraktion abgesprochen werden, selbst wenn die entsprechende Person gar nicht namens der Fraktion auftritt, sondern schlicht als Individuum. Dies war nämlich bei Ellen Olms und der Libanon-Demonstration der Fall. Sie war als Mitglied der AL-Westberlin, des Bun-
lich bei Ellen Olms und der Libanon-Demonstration der Fall. Sie war als Mitglied der AL-Westberlin, des Bun-
destages und des Unterausschusses humanitäre Hilfe eingeladen, nicht als Vertreterin der grünen Bundestagsfraktion. Die Tatsache, daß ein Veranstalter eine Abgeordnete als „kompetentes Individuum" einlädt, wurde aber als besonders tückisches Unterfangen gewertet, welches intendiere, das Hindernis Fraktion zu umgehen. So die Interpretation des Frankfurter MdBs Dietrich Wetzel, der behauptete, Ellen Olms sei als Kundgebungsrednerin engagiert worden, weil die Veranstalter wüßten, daß die Fraktion bei der Sache niemals mitmache.

Um es überspitzt bis sarkastisch zu sagen: Eine derartige Praxis der Kontrolle und Zensur käme der ansonsten von grüner Seite (zuweilen zu Recht) angeprangerten Praxis „traditionell-kommunistischer" Formationen ziemlich nahe. Was noch peinlicher ist: Bei den anderen im Bundestag vertretenen (etablierten) Parteien ist eine solche Praxis zumindest nicht offiziell. Karsten Voigt wird wohl seine Fraktion kaum um Erlaubnis bitten müssen, bevor er der Einladung zu einer Türkei- oder El-Salvador-Demonstration folgt.

In Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse in der Fraktion würden die Vorschläge darauf hinauslaufen, daß dem nicht realpolitischen Flügel ein Maulkorb für größere und politisch brisantere Veranstaltungen erteilt wird. Für einige Mitglieder der Fraktion war die Libanon-Demonstration offensichtlich ein willkommener Testfall, um auszutarieren, wieweit mensch in der Zensur der Fundamentalos und Linken gehen kann.

Vom taktischen Umgang mit sensiblen Fragen

Niemand der Befürworter einer grünen Demonstrationsbeteiligung bestritt in der Debatte eine besondere Verantwortung der Deutschen (natürlich inklusive der grünen Partei) gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staate Israel. Wer die Libanon-Debatte zum Vorwand nimmt, gewisse Formen von Fraktionsdisziplin und Zensur hoffähig zu machen, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, er pflege ein taktisches Verhältnis zu den angesprochenen inhaltlichen Streitfragen. Mit einem besonders stark empfundenen Verantwortungsbewußtsein hat das wenig zu tun. Um nicht mißinterpretiert zu werden: Der Vorwurf des taktischen Umgehens mit den inhaltlichen Streitpunkten richtet sich nicht gegen die Gegner einer grünen Demonstrationsbeteiligung in ihrer Gesamtheit. In der Debatte wurden Einwände vorgetragen, die ernst zu nehmen sind und über die eine tiefergehende inhaltliche Auseinandersetzung zu führen ist.

Indes stimmt es schon mißtrauisch, wenn sich Leute als hypersensibel bezüglich der deutschen Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gebärden, die sich bei anderer Gelegenheit eher als Elefanten im Porzellanladen, um nicht zu sagen provokatorisch aufgeführt haben. Milan Horacek, der Lukas Beckmann ob dessen Unterschrift unter den Demo-Aufruf im gewohnt schrillen Ton als „dumm oder besoffen" qualifizierte, würde beispielsweise niemals auf den Gedanken kommen, aufgrund der 20 Millionen Toten, die die deutsche Wehrmacht dem sowjetischen Volk zugefügt hat, eine besondere Verantwortung der Deutschen gegenüber dem Staate UdSSR zu konstatieren, hinter der das Selbstbestimmungsrecht des tschechoslowakischen oder des polnischen Volkes zurückzustehen hätten. Immerhin berühren diese auch Sicherheitsinteressen der UdSSR, die ihrerseits nur vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg zu verstehen sind.

Es war und ist das Glück der Realos, daß eine realpolitische Orientierung in der Nahostfrage, die nicht aneckt, mit einer (vermeintlichen) antifaschistischen Geste zusammenfällt. Ein Phänomen, das schon Axel Springer zum „Anti-Faschisten" und „Freund des jüdischen Volkes" kürte. Eine Anerkennung des Staates Israel, die mit der Anerkennung seiner militaristischen Verfaßtheit und expansionistischen Außenpolitik zusammenfällt, ist Bestandteil des außenpolitischen Katalogs dieser BRD. Nicht aus Schuldgefühlen und Sühneabsichten geschieht dies, sondern weil dieser Staat den strategischen Interessen der NATO in der
fühlen und Sühneabsichten geschieht dies, sondern weil dieser Staat den strategischen Interessen der NATO in der
Nah- und Mittel-Ost-Region entspricht. Diese Haltung steht nicht einmal im Widerspruch zu einer Revision der Geschichtsschreibung, der zufolge die NS-Judenvernichtung lediglich ein Akt der Notwehr gewesen sei. Man darf desweiteren unterstellen, daß jede israelische Aggression den hiesigen Herrschenden nicht nur strategisch, sondern auch ideologisch zupaß kommt. 1982 konnte man das gut beobachten. Der israelische Einmarsch wurde als Aggression dargestellt, gleichzeitig wurde Verständnis bis Wohlwollen artikuliert. Geradezu ein Geschenk des Himmels waren für die Ideologiebildung die späteren Massaker der christlichen Milizen an Palästinensern im Libanon, die unter den Augen der israelischen Armee, möglicherweise gar im Auftrag der israelischen Führung stattfanden. Die Quintessenz der bundesrepublikanischen Berichterstattung: Die Israelis sind auch nicht besser als wir. Und: Wenn dem so ist, dann mögen die Opfer von damals nicht ständig über die Deutschen als Täter von damals richten. Maßgebliche Teile der herrschenden Meinung waren hierzulande bemüht, eine Art „historische Ausgeglichenheit" zu konstruieren, um sich selbst zu entlasten: Erinnert Ihr nicht ständig an unsere Verbrechen, dann stehen wir Euch in der Weltöffentlichkeit zur Seite.

Eine Debatte, die das Etikett „inhaltlich" verdient hätte, fand in der grünen Fraktion nicht statt. Sie konnte auch gar nicht stattfinden in Anbetracht des Umstands, daß es nicht wirklich um die deutsche Verantwortung ging, sondern um Zensur, Fraktionsdisziplin und eine realpolitische Orientierung in der Nahostfrage. Weitere Kostproben aus der Debatte mögen dies verdeutlichen. Otto Schily, dessen Auftreten zusehends in Konflikt mit seinem Anzug gerät, quittierte die Erklärung von Ellen Olms, sie sei für die Anerkennung des Staates Israel, mit dem Zwischenruf „Heuchlerin". Udo Knapp, gewaltig aber hohl (indes versteht er es wie kein anderer, Inhaltsarmut mittels rhetorischer Phrasen zu kaschieren) konstatierte einen unauflöslichen Widerspruch zwischen dem Existenzrecht Israels und dem palästinensischen Anspruch auf Selbstbestimmung. Begründung: Fehlanzeige. Warum auch? Jedenfalls hätten sich die Grünen aufgrund der deutschen Geschichte in diesem Konflikt zugunsten Israels zu entscheiden. Leider ist von einem ähnlichen Geschichtsbewußtsein wenig zu spüren, wenn sich die gleichen oder nahestehende grüne Stömungen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen befassen, Wiedervereinigungs-Modelle wälzen oder sich bei Vertriebenenverbänden anbiedern.

Wer ein palästinensisches Recht auf Selbstbestimmung nicht anerkennt (wie dies bei einer Reihe von Realos auf der Fraktionssitzung der Fall war), der liefert — was den Libanon anbelangt — hunderttausende von Menschen den machtpolitischen Interessen reaktionärer arabischer Staaten, Israels und der USA — als externer Hegemonialmacht in der Region — aus. Er nimmt damit die Möglichkeit des Genozids am palästinensischen Volk achselzuckend in Kauf. Bemerkenswert ist ferner das taktische Verhalten in dieser Frage. Bezüglich Afghanistan erscheint es den Realos opportun, ja dringend geboten, das Selbstbestimmungsrecht einzuklagen. Befindet man sich damit doch im „Konsens der Demokraten" und ist zudem über jeden Vorwurf der „Einäugigkeit" erhaben. Aus den gleichen Erwägungen ist hingegen in Sachen Palästinenser Zu-
Vorwurf der „Einäugigkeit" erhaben. Aus den gleichen Erwägungen ist hingegen in Sachen Palästinenser Zu-
rückhaltung angesagt. Die Solidarität mit den Palästinensern ist übergeordneten Interessen — genauer: einer schnöden Realpolitik — zu opfern. Die übergeordneten Interessen sind längst nicht so moralisch, wie sie vorgetragen werden. Das vermeintliche antifaschistische Ansinnen verblaßt hinter der Intention, „politikfähig" und koalitionsfähig zu werden und bürgerliche Anerkennung zu finden. Die herrschende Politik, der sich Teile der Realos anzubiedern trachten, unterstützt Israel nicht aus Schuldempfinden und antifaschistischen Erwägungen, sondern weil dieses Land als Vorposten westlicher Interessen in der Region agiert. Diese Art von „Pro-Semitismus" muß sich den Vorwurf der Verlogenheit gefallen lassen. Wie das Beispiel der etablierten Parteien zeigt, wird das große antifaschistische Defizit auf diese Weise auch nicht geschlossen.

Große Worte — freies Wochenende

Nach einigem Hin und Her rang sich die Bundestagsfraktion schließlich doch noch dazu durch, die Demonstration zu unterstützen. Allerdings sollte ein eigenes Flugblatt zum Einsatz kommen. Wie ernst die Debatte um die inhaltlichen Kontroversen gemeint war, läßt sich vielleicht daran ersehen, daß abgesehen von Ellen Olms lediglich ein Fraktionsmitglied auf der Demonstration und Kundgebung weilte. Der eigene Aufruf war nicht vorhanden und konnte so nicht verteilt werden (abgesehen davon, daß auch niemand dort war, der ihn hätte unter die Leute bringen können).

Mit einem Brief schaltete sich die Aktion Sühnezeichen Friedensliste e.V. in die Diskussion ein. Am Demonstrationsaufruf wird der Satz moniert: *„Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Das schließt das Recht eines eigenständigen Staates unter Führung der PLO in Palästina ein."* ASF schrieb diesbezüglich: *„So wie der Satz jetzt da steht, schließt er die Interpretation ein, die Palästinenser, die PLO hätten Anspruch auf das gesamte historische Palästina, was die Liquidierung des Staates Israel (und wieviel der in ihm lebenden Menschen?) bedeutet".*

Tatsächlich trifft der kritisierte Satz keine Aussage über die Größe eines palästinensischen Staatsgebietes, weshalb die Klugheit solcher diplomatischen Formulierungen ernsthaft zu prüfen ist. Kein Zweifel kann jedoch daran bestehen, daß es um einen Staat neben Israel geht. Daß sich die Veranstalter der Demonstration die Liquidierung Israels und der dort lebenden Menschen anders als im Alptraum vorstellen könnten — dieser Hammer, mit dem ASF da winkt, ist doch sicher zu groß.

Desweiteren schrieb ASF: *„Die Grundlage (für eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern) muß unseres Erachtens aber unbedingt die Betonung der Rechte der beiden Völker, Juden und Palästinenser und der Notwendigkeit einer gegenseitigen Anerkennung und einer friedlichen Koestistenz in dem ehemaligen Mandatsgebiet Palästina sein."* Dem ist nicht zu widersprechen. Indes bleibt ungenannt, daß seitens der PLO-Führung diese Schritte schon vollzogen wurden. Was die PLO heute fordert, ist nicht die Auflösung des Staates Israel etwa zugunsten eines binationalen, palästinensisch-jüdischen Staatsgebildes. Die territorialen und
Staates Israel etwa zugunsten eines binationalen, palästinensisch-jüdischen Staatsgebildes. Die territorialen und
staatlichen Ansprüche der PLO reduzieren sich vielmehr auf die Westbank und den Ghaza-Streifen unter Einschluß des besetzten Jerusalems. Dabei handelt es sich um jene Gebiete, die Israel seit dem 6-Tage-Krieg von 1967 militärisch besetzt hält. Die Grenzziehung von 1947 — bei Gründung des Staates Israel — bleibt somit untangiert.

Entsprechend hat die PLO dem arabischen Friedensplan von Fez (Oktober 1982) ihre Zustimmung erteilt und diesen Beschluß auf den Sitzungen ihres Nationalrates 1983 in Algier und 1984 in Amman nochmals bekräftigt. Die territoriale Integrität des Staates Israel (in den Grenzen von 1949) wird von der PLO längst nicht mehr zur Disposition gestellt. Allein Israel verweigert den Dialog, der zu einer politischen Beilegung des Konfliktes beitragen könnte. So lehnt die israelische Regierung nach wie vor das Projekt einer Nahost-Konferenz unter Beteiligung der PLO (sowie der Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates und der arabischen Anrainer) ab. Währenddessen werden Fakten geschaffen, die mittelfristig gar die Realisierung der bereits reduzierten Forderung nach einem palästinensischen Separatstaat als unmöglich erscheinen lassen. *„Mehr als ein Drittel des Territoriums der Westbank befindet sich bereits im Besitz israelischer Siedler und des israelischen Staates. (...) Wenn man diese Siedlungen gesehen hat, halbkreisförmige Massensiedlungen, die sich wie Handschellen an den Stadtrand (von Ost-Jerusalem) legen, in der übrigen Westbank meist auf Hügeln gelegene Festungen mit Stacheldraht und Wachtürmen drumherum — dann spürt man, wie weit bereits vollendete Tatsachen geschaffen sind, wie schwierig es ist, eine solche Entwicklung wieder rückgängig zu machen (...) Eine juristische Annektion der gesamten Westbank und des Gaza-Streifens durch Israel ist kaum anzunehmen; aber eine Annektion möglichst großer Teile dieser besetzten Gebiete auf dem Weg der Landnahme und der Vertreibung der Palästinenser in faktische Reservate. Das verbirgt sich hinter der Formel: Autonomie für die Palästinenser, aber nicht für das Land. Eine vollständige juristische Annektion müßte nämlich die Palästinenser auch vollständig der israelischen Gesetzgebung unterstellen, einschließlich Wahlrecht. In der Westbank und im Gaza-Streifen leben mehr als 1,2 Millionen Palästinenser, in Israel in den Grenzen von 1949 (Vor-67er-Grenze) noch einmal ca. 700.000 Palästinenser — zusammen also knapp 2 Millionen Palästinenser, die bei 3,5 Millionen jüdischer Bevölkerung den Charakter des zionistischen Staates erheblich ändern würden".* (aus einem Papier des Ex-MdBs Jürgen Reents, Januar 1985)

Während das historische Palästina 26.000 km² umfaßte und das Gebiet Israels in den Grenzen vor dem 6-Tage-Krieg von 1967 22.500 km² betrug, bleiben für den palästinensischen Separatstaat ganze 4.500 km² übrig. Also ein Fünftel des Israels in den Grenzen von 1949 für 826.128 palästinensische Flüchtlinge in Jordanien, 436.693 palästinensische Flüchtlinge im Ghaza-Streifen, 366.764 palästinensische Flüchtlinge im Libanon und 252.055 palästinensische Flüchtlinge in Syrien. Bei den genannten Zahlen handelt es sich um die offiziellen Daten, die wirklichen Zahlen dürften für alle Territorien noch deutlich höher liegen.

Auch kann kaum von einer ernsthaften Bedrohung der Existenz des Staates Israel gesprochen werden, wie es der ASF-Brief suggeriert. Immerhin handelt es sich bei diesem Staat um ein eta-
ten Bedrohung der Existenz des Staates Israel gesprochen werden, wie es der ASF-Brief suggeriert. Immerhin handelt es sich bei diesem Staat um ein eta-
bliertes und voll anerkanntes Mitglied der internationalen Gemeinschaft, dessen Existenz auch von beiden Großmächten unterstützt wird. Desweiteren ist Israel die zweitgrößte Militärmacht im Nahen Osten mit dem weltweit größten Militäranteil am Sozialprodukt. Wie vergangene Kriege gezeigt haben, können selbst alle arabischen Staaten zusammen gegen Israel, das sich zudem der Deckung durch die NATO-Staaten erfreut, militärisch wenig ausrichten.

Das andere Problem

Die grünen Realos sind nicht das einzige Problem der Palästina-Solidarität. Am anderen Ende des linken Spektrums artikulierte sich anläßlich des Lagerkrieges einmal mehr ein rabiater „Anti-Zionismus", der die Grenzen zum Anti-Semitismus zu überschreiten droht und keinerlei Hemmungen bezüglich der deutschen Geschichte und der daraus resultierenden besonderen Verantwortung kennt. So wurde in einem Flugblatt, mit dem Westberliner Antiimpis und Autonome zu einer örtlichen Demo mobilisierten, Israel durchgängig in Anführungsezeichen gesetzt. Desweiteren war beabsichtigt, vor der jüdischen Gemeinde eine Zwischenkundgebung abzuhalten (wohlgemerkt: vor der jüdischen Gemeinde, nicht etwa vor dem israelischen Konsulat). Kundgebungen vor jüdischen Einrichtungen, das dürfte es zuletzt in der Endphase der Weimarer Republik und in den frühen Jahren der Nazibarbarei (so lange jene überhaupt noch existierten ...) gegeben haben. Die AL wie der KB taten gut daran, sich von dem Pamphlet und dem Vorhaben zu distanzieren.

dsm

Foto: M. Stroux

Jürgen Reents

Selbstbestimmungsrecht — nicht für das palästinensische Volk?

Als die Bundestagsfraktion der Grünen vor zwei Jahren über die Nahost-Reise einer Fraktionsdelegation diskutierte, war über „unsensible Kritik an Israel" sehr viel, und über die Situation und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes sehr wenig die Rede. Letzteres wurde in einer langen Diskussion mit dem knappen Satz beschieden: „Natürlich treten wir auch dafür ein."

„Natürlich"? Eine Floskel, wie sich immer mehr zeigt. Am Montag verweigerte eine große Mehrheit der neuen Bundestagsfraktion ihre Unterstützung für einen Demonstrationsaufruf, weil darin die Sätze enthalten sind: „Wir treten für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ein. Dies schließt das Recht eines eigenständigen Staates unter Führung der PLO in Palästina ein."

Man hätte den zweiten Teil weniger knöchern und gleichzeitig präziser formulieren können. Man hätte sagen können, daß es um die Westbank und den Gazastreifen geht, deren Besetzung durch Israel sich im Juni zum zwanzigsten Mal jährt; daß es um das frei gewählte Zusammenleben von jüdischem und palästinensischem Volk zwischen Jordan und Sinai geht, um das Recht auf einen *palästinensischen Staat an der Seite Israels* also.

Aber nicht darum dreht sich der Streit in der grünen Bundestagsfraktion. Er ist grundsätzlicher. Sein Kern ist, daß die Mehrheit der Bundestagsfraktion für das palästinensische Volk in Wahrheit *eine Ausnahme* vom Recht auf Selbstbestimmung dekretieren will, weil sie *Angst vor einer zu schroffen Kritik an der israelischen Politik* hat. Da versteigt man/frau sich sogar lieber zum Bruch mit allergrünstem Gedankengut, das sonst — im heftigen Wortgefecht mit den verehrten Damen und Herren Kollegen der anderen Fraktionen — immer so gern als das „Ganzanderssein" zur Schau gestellt wird. „Wir sind nicht die Briefträger der außerparlamentarischen Bewegung", meinte Antje Vollmer, als es darum ging, bereits in der Vorwoche zu verhindern, daß neben einer eigenen Protesterklärung auch ein Offener Brief des „Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (BUKO) in der syrischen Botschaft mit abgegeben wird, weil darin neben dem syrischen Präsidenten Hafiz el Assad auch der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir als *mit*verantwortlich für die Massaker genannt wird.

Ist die israelische Politik nicht mitverantwortlich? Finden nicht gleichzeitig, wo die Amal-Milizen ihre mörderische Belagerung der palästinensichen Flüchtlingslager im Libanon durchführen, immer wieder israelische Luftangriffe auf palästinensische Siedlungen im Libanon statt? Hat die israelische Marine nicht vor wenigen Tagen erst ein palästinensisches Boot vor der libanesischen Küste gekapert, das Versorgungsgüter für die ausgehungerten Flüchtlingslager geladen hatte? Und was ist etwa davon zu halten, was der taz-Korrespondent Amos Wollin am 27.9.86 aus Tel Aviv schrieb: „.... hat Israel der libanesischen Schiitenmiliz angeboten, den südlibanesischen Grenzstreifen zu räumen, wenn die Amal dort die Kontrolle übernimmt und dafür sorgt, daß Israel vom Libanon aus nicht angegriffen wird." — *Wenige Tage später* begann mit der Belagerung von Rashidiyeh bei Sour (Südlibanon) der Feuersturm der Amal-Milizen gegen die palästinensischen Flüchtlingslager.

Aber dies und andere Tatsachen werden gar nicht zur Kenntnis genommen. Denjenigen, die sie vorbringen, wird stattdessen entgegnet, sie wollten damit von den Verbrechen der Mördertruppen der Amal selbst ablenken, und von der syrischen Verantwortung. Dabei handelt es sich umgekehrt darum, daß einige ihre humanitäre Verantwortung augenblicklich nur deswegen entdecken, *weil* die Protestadresse eine arabische ist. *Sie* sind es, die immer nur die *halbe* Realität wahrnehmen wollen.

Wer sich genauer und seit längerem für das Schicksal des palästinensischen Volkes und seiner Flüchtlinge interessiert hat, weiß, daß es immer wieder *doppeltes* Opfer von israelischer Aggression und arabischer Reaktion geworden ist. Der Vertreibung aus ihrer Heimat, den Überfällen wie dem von Deir Yasin 1947 und der Besetzung von Westbank, Gaza-Streifen und Golan-Höhen durch israelische Truppen 1967 folgten der „Schwarze September" 1970 in Jordanien und das Massaker von Tel al Zaatar 1976 unter Beteiligung syrischer Truppen, folgten der israelische Überfall 1982 auf den Libanon, um die PLO von dort zu vertreiben, und das Massaker von Sabra und Shatila 1982 durch die libanesische Christen-Miliz unter dem Schutz israelischer Panzer, folgte der nächste Überfall 1985 auf die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon und jetzt erneut durch die schiitische Amal-Miliz unter dem Schutz der syrischen Armee.

Die Zusammenhänge dieser fortwährenden Tragödie zu erkennen und auszusprechen geht über die Frage nach unmittelbarer humanitärer Hilfe und unmittelbarem Protest gegen eine aktuell hauptverantwortliche Adresse hinaus. Es ist die Frage nach der politischen Lösung des „Palästinaproblems", die Frage nach dem *Existenzrecht und Selbstbestimmungsrecht* eines Volkes, das überall, wo es neu hinvertrieben wird, als Spielball machtpolitischer Interessen dient. Am Ausradieren dieser Frage ist in der vormaligen Grünen-Fraktion schon mitgewirkt worden, und soll jetzt offenbar noch kräftiger mitgewirkt werden — jenseits aller moralischen Empörung über die aktuelle Katastrophe.

Wo sollen sie nach Meinung derjenigen, die das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser aus Flugblättern raus haben wollen, eigentlich hin, die nach UNRWA-Zahlen (August 1986) offiziell registrierten 826.128 palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien, 436.693 palästinensischen Flüchtlinge im Gaza-Streifen, 366.764 palästinensischen Flüchtlinge auf der Westbank, 272.400 palästinensische Flüchtlinge im Libanon und 252.055 palästinensischen Flüchtlinge in Syrien — deren wirkliche Zahlen alle noch höher liegen, weil nicht alle als Flüchtlinge offiziell registriert sind? Und *wie* stellen sich grüne Fremdbestimmungsrechtler denn die Zukunft des palästinensischen Volkes an dessen Stelle vor?

Ein Vorwurf im Zusammenhang mit der grünen Nahost-Reise Ende 1984 war, die Delegation hätte das Existenzrecht des jüdischen Volkes und dessen Recht auf einen eigenen Staat Israel in Frage gestellt. Das war zwar nicht der Fall: wir hatten vom Selbstbestimmungsrecht *aller* Völker in der Region und deren Recht auf ein eigenständig organisiertes gesellschaftliches Leben gesprochen; wir hatten von der Wichtigkeit des jüdisch-palästinensischen Dialogs gesprochen, der von gegenseitiger Anerkennung eines israelischen und eines palästinensischen Gemeinwesens getragen sein müsse. Jetzt dreht das Rad sich weiter: vom knappen „natürlich" zum Hinwegstreichen des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts — des einzigen, das in dieser Region überhaupt real gefährdet ist, das nicht einmal in der Realität sondern nur in der Hoffnung existiert, und das von verschiedenen Seiten erneut aus dieser Hoffnung rausgeschossen werden soll.

Es ist nötig, daß die Bundestagsfraktion der Grünen sich mit der *ganzen* Problematik befaßt und ihre Solidarität überprüft.

Jürgen Reents, 18.2.87

Das Kondom im Kopf...

Mit Sex hat es die grüne Bundestagsfraktion nicht so richtig. Ihre groß angekündigte und von Udo Knapp, dem frauenpolitischen Berater an Waltraud Schoppes Seite, mit einem Thesenpapier vorbereitete AIDS-Diskussion am 5.3. wirkte eher schlapp und lustlos. Vor allem die Männer kamen nicht so richtig in Fahrt, ein müdes Abwinken — Kondom — das kann doch nicht alles gewesen sein — und das wars dann. Lediglich der schwule Ex-MdB Herbert Rusche engagierte sich: AIDS sei als Thema von ihm auch in der letzten Legislaturperiode erschöpfend behandelt worden. Nur was hilfts, wenns keiner merkt.

Begonnen hatte dabei alles so schön gefühlig. „Gerade infizierte Menschen brauchen Sorge und Geborgenheit", hieß es in dem vorgelegten Thesenpapier und der Süßmuth-Jargon wurde auch weiter hinten durchgehalten. Von „Eigenverantwortung bei allen Menschen" ist die Rede und „Frau Süßmuth" wird ausdrücklich gelobt, *„weil sie begriffen hat, daß wirksame Aufklärung gegen die Gefahren von AIDS gerade nicht durch regierungsamtliche Verordnungen und Propaganda erreicht werden kann". „Trotze AIDS — Ja zu Lust und grenzenloser Liebe!!"* juchzen die Thesenautorinnen am Ende ihrer sieben an politischer Substanz und wahrer Leidenschaft eher armen Seiten und merken nichtmal, daß sie selber in die AIDS-Falle getappt sind, der zu entgehen sie mindestens „grenzenlose Lust" hätten fordern müssen. Nun denn — das Fleisch ist willig, aber der Geist bleibt schwach ...



Ihr Highlight hatte die dreistündige Diskussion am Anfang: Ulrich Clement, in Heidelberg in einem psychosozialen AIDS-Forschungsprojekt beschäftigt, stellte die Panikdiskussion um die „neue Seuche" auf materialistische Füße: angesichts etwa 950 an AIDS erkrankter BRDler und geschätzten 30.000 bis 250.000 Infizierten könne mensch kaum von einer „Durchseuchung der Gesellschaft" sprechen. Es gelte die AIDS-Diskussion auf ihren rationalen Kern zurückführen. Bekämpfen lasse sich die Krankheit derzeit nur durch Prä-

zurückführen. Bekämpfen lasse sich die Krankheit derzeit nur durch Prä-
vention. Man müsse also klären: wie kann mensch trotz der Infektionsgefahr ein Maximum an sexueller Selbstbestimmung erhalten — und dazu kann auch der Sex ohne Kondome gehören. Die Kondompropaganda habe eben als Nebeneffekt auch das „Kondom im Kopf": repressive Umgangsformen könnten sich im Privatleben durchsetzen, der Versicht auf das Präservativ nur noch schwer durchsetzbar sein. Eine These, die aus Männermund natürlich problematisch klingt, der aber eine halbe Stunde später von Verena Krieger indirekt zugestimmt wurde: Kondome förderten ihrer Meinung nach auch eine bestimmte negative und eindimensionale Form von männlicher Sexualität, auf die sie sich gar nicht einlassen wolle.

Für die politische Einordnung der Diskussion sei es, so Clement, bemerkenswert, daß ausgerechnet das politische Lager, das sonst keine Hemmungen hat, Restrisiken beliebiger Größenordnung einzugehen, eine totale Sicherheit durchsetzen wolle. AIDS werde so gefährlicher gemacht als Hochrüstung und Atomkraft zusammengenommen ...

Das war dann aber auch schon der Höhepunkt der Diskussion, die noch gar nicht richtig angefangen hatte und in deren Verlauf Hubsi Kleinert die Bedrohlichkeit der Bildzeitung („Das ist mir Dienstag aufgefallen") für sich entdecken durfte, Waltraud Schoppe Diskrepanzen zwischen privatem (ratlos vor AIDS) und öffentlichem Verhalten (AIDS-Infizierte integrieren) konstatiere, Bärbel Rust den koitalen Sex an und für sich in Frage stellte und Wilhelm Knabe wissen wollte, ob denn nun der Virus durch Küssen übertragen würde oder nicht. Echt grün allerdings beschäftigte sich Halo Saibold mit dem Thema: AIDS sei doch zu vergleichen mit der verseuchten Umwelt. Ergo: angesichts der Umweltvergiftung habe mensch auch sein Verhalten geändert, nicht mehr alles gegessen und dabei entdeckt, daß Beschränkung auch Werte in sich berge. Sexuelle Selbstbestimmung: das dürfe nicht nur Lust heißen, es gehe auch sehr viel um Verantwortung. Aha, soso — verantwortungsvoller Vollwertsex ist angesagt, Jute statt Plastik und beim zehnten mal gibts den Treuebonus ... Protest gab das keinen, schließlich ist Saibold eine von ihnen, Grüne unter Grünen ... Da mußten Trude Unruh und Dora Flinner gleich noch zwei draufsetzen. Frau Unruh erinnerte sich in Zusammenhang mit dem AIDS-Zwangstest an ihre Zeit im öffentlichen Dienst: „Da mußte ich auch Reihenuntersuchungen an mir machen lassen und da hat niemand protestiert." Frau Flinner verlegte sich erst gar nicht aufs Argumentieren: „Wir Grüne dürfen keine

hat niemand protestiert." Frau Flinner verlegte sich erst gar nicht aufs Argumentieren: „Wir Grüne dürfen keine
sexuelle Freizügigkeit propagieren. Das geht zu weit." Weiter so, Volkspartei. Da liegt die Mitte schon fast wieder links.

PS.: Zu unbestimmter Zeit solls weitergehen, die AIDS-Diskussionslust der Grünen ist, solange der Spiegel das Thema am hetzeln hält, grenzenlos. Nächste Folge: Das Anti-Diskriminierungsgesetz für Infizierte.

Fassanbass

Ist Schily ein Marxist?

Selten wurde ein unglaubwürdigeres politisches Bekenntnis abgelegt als das, welches Otto Schily jüngst der TAZ (25.2.) anvertraute. Schily, der in dem Interview seine Kritik am Volkszählungsboykott-Aufruf der Grünen wiederholt und seine Partei zum Respektieren parlamentarischer Mehrheitsentscheidungen mahnt, gibt sich allen Ernstes als Anhänger des Marxismus aus — des „Marxismus der Marx Brothers"!

Karl, Groucho und die anderen Mitglieder der Marx-Familie würden sich im Grabe umdrehen: wie kann man die antiautoritäre Spaßguerilla gegen den wissenschaftlichen Sozialismus ausspielen? Ohne die ideologischen Differenzen zwischen diesen Strömungen leugnen zu wollen — revolutionär und mit dem Kapitalismus ebenso unvereinbar wie mit neu-grünem Spießertum sind sie ja wohl beide.

Was sind diese Marx Brothers denn für Leute? Der harmlos dreinblickende Harpo spielt keineswegs nur Harfe; mitunter hat er auch einen Holzhammer oder eine Schere dabei. Wer anderen Leuten Krawatten und Hosenträger abschneidet, würde auch nicht davor zurückschrecken, Volkszählungsbögen zu Konfetti zu verarbeiten. Harpo ist auch ein lebender Beweis dafür, wie schnell die Grenze zwischen „Gewalt gegen Sachen" und „Gewalt gegen Personen" überschritten ist: unnachahmlich seine Nahkampftechnik — rechte Gerade antäuschen, dann folgt urplötzlich links der Tritt in den Arsch des Gegners. Harpos Hang zum dreistesten Taschendiebstahl rundet eine Persönlichkeit ab, für die gesetzloses Verhalten geradezu ein Bedürfnis ist.

Auf die Idee, daß die anderen beiden irgendwelche Rücksichten auf „demokratische Mehrheitsentscheidungen" oder das staatliche Gewaltmonopol nehmen würden, kann auch niemand kommen, der jemals einen ihrer Filme gesehen hat. Der begriffsstutzige Pseudo-Italiener Chico ist nur allzu gern bereit, sich für finstere Geschäfte anwerben zu lassen. Daß seine Betrügereien selten klappen, erklärt sich nicht aus einem Mangel an krimineller Energie, sondern aus Chicos Beschränktheit. Und schließlich der scharfzüngige Groucho, Meister des Wortspiels und des Zynismus: jeder zweite Satz von ihm ist eine Beleidigung seines jeweiligen Gegenübers. Selten war ein skrupelloserer Mitgiftjäger auf der Kinoleinwand zu sehen. In der Rolle des machthungrigen Rufus T. Firefly schreckt er auch vor offener Gewaltanwendung nicht zurück. Mehrfach ohrfeigt er seinen Kontrahenten, um einen Krieg zu provozieren. Gemeinsam mit seinen Kumpanen bewirft er schließlich die sanftmütige Mrs. Teasdale (Margaret Dumont), die „versöhnen statt spalten" will, mit Äpfeln! Auf ähnliche Aktionen des Abgeordneten Schily warten wir seit Jahren vergeblich, obwohl sein Arbeitsplatz, das Parlament, jede Menge Gelegenheiten zu effektvollen, von den Marx Brothers inspirierten Auftritten bietet.

Wer die anarchistische, jegliche Autorität verachtende Grundhaltung der Marx Brothers leugnet — und das tut Otto Schily zweifellos — sie auf witzige Wortspiele reduziert, ist kein Marxist, sondern ein politischer Falschmünzer. Über solche Leute schrieb Mao Zedong schon 1957: sie „ ... geben ein Lippenbekenntnis zum Marxismus ab und greifen dabei auch den ‚Dogmatismus' an. Aber das, was sie angreifen, ist gerade das Fundamentalste am Marxismus" („Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke"). Was ist das Fundamentalste am Marxismus der Marx Brothers? Ihre „Negation der Wirklichkeit", der „Triumph eines eigenschöpferischen, die gewohnten Gesetze der Kausalität und der Logik souverän verachtenden Prinzips", aus dem aber „keine verschwommene Metaphysik, sondern eine Kritik der Wirklichkeit abgeleitet wird". Das ist nicht von Mao, sondern von dem Filmkritiker Ulrich Gregor. Der weiß auch — im Unterschied zu Otto Schily — daß die Marx Brothers alles daran setzen, „die Gesetze zu demontieren und der Lächerlichkeit preiszugeben, die diesen Alltag regieren". Kein schlechtes Motto gegen die Volkszählung, aber ohne jeden Berührungspunkt mit grüner „Realpolitik".



Initiative „Kinogänger gegen die Verunglimpfung der marxistischen Klassiker"

Begeisterung über Gorbatschow

Kelly und Bastian kommen tief beeindruckt aus Moskau zurück

Nicht immer sind die Ostreisen grüner Politiker ein Beitrag zur Völkerverständigung. Die Moskaureise der Herren und Damen Beckmann, Ditfurth, Kostede und Schily (plus Annemarie Borgmann, die später eine Liste der von der Delegation begangenen protokollarischen und politischen Fehltritte veröffentlichte) im November letzten Jahres hatte noch unter dem Motto gestanden: nur nicht als „Sprachrohr Gorbatschows" (N.Kostede) erscheinen! Abrüstungspolitische Gemeinsamkeiten zwischen den Grünen und der Sowjetregierung waren von den Moskaureisenden bewußt nicht thematisiert worden (vgl. AK 278, S. 17).

Ganz anders agierten Petra Kelly und Gert Bastian bei ihrem jüngsten Moskaubesuch anläßlich der Internationalen Abrüstungskonferenz. Bei einem persönlichen Treffen mit Gorbatschow übergaben sie den amnesty-Bericht zur Lage der politischen Gefangenen in der Sowjetunion und forderten deren Freilassung. Auch äußerten sie gegenüber ihrem Gastgeber die Erwartung, die Sowjetunion werde, „trotz der provozierenden Ablehnung der USA", auch weiter an ihrem einseitigen Atomteststop festhalten. Der Rest des Gespräches scheint aber (nach der dazu vorliegenden Pressemitteilung der Grünen, Nr. 102/87 zu urteilen) dem Austausch von Freundlichkeiten vorbehalten gewesen zu sein:

„Petra K. Kelly lud Generalsekretär Gorbatschow im Namen der Grünen zu einem Besuch in der Bundesrepublik ein. Generalsekretär Gorbatschow, der den grünen Gästen mit großer Herzlichkeit begegnete, gratulierte ihnen zum Wahlerfolg ihrer Partei bei den Bundestagswahlen am 25.1.1987.

Er äußerte seine Freude, in Gert Bastian einen Angehörigen der Gruppe „Generale für Frieden und Abrüstung" zu begegnen, deren Wirken er große Bedeutung beimesse. Ferner bezeichnete Gorbatschow die Verbesserung der Bziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion als wesentliche Voraussetzung für Frieden und Entspannung in Europa. Er erhoffte sich eine positive Entwicklung dieser Beziehung, die seinem Lande und ihm sehr wichtig sei.

Die Grünen zeigten sich beeindruckt von der Persönlichkeit Generalsekretär Gorbatschows, den sie als „unglaublich offen, gradlinig und warmherzig" empfunden hatten."

Zurechtgerückt: Thesen zur Volkszählung '87

These 1) Die Volkszählung 87 wird von den Betreibern als Notwendigkeit zur Beschaffung objektiver statistischer Basisdaten für die planerische Absicherung einer gerechten Sozialstaats-Entwicklung propagiert. Mit der jetzigen Totalzählung müsse die angeblich seit der letzten Volkszählung 1970 klaffende statistische Lücke geschlossen werden. Bliebe diese Lücke, könne eine Planung im (sozialstaatlichen) Interesse der Bevölkerung nicht erfolgen.

Hauptlegitimationsquelle, aus der hier geschöpft werden soll, ist das herrschende Bedürfnis der BRD-Bevölkerung nach politischer und sozialer Sicherheit. Der Staat präsentiert sich als Garant dieser Sicherheit — sofern sich die Menschen seinem präventiven Sicherheitsanspruch und entsprechenden Maßnahmen unterwerfen.

Daraus folgt:
Die Volkszählung ist als politischer Betrugsversuch abzulehnen, der die Existenz- und Zukunftsängste der Bevölkerung unter Abgabe eines nicht einlösbaren Sicherheitsversprechens mißbraucht. Die Ent-Mystifikation der staatlichen Sicherheits-Ideologie entlang der realen Politik dieses Staates ist Aufgabe Nr. 1 in der Auseinandersetzung um die Volkszählung.

These 2) Als Totalinventur und als eine so weit wie möglich zu treibende Durchleuchtung der Bevölkerung ist die Totalzählung im Umfang der jetzigen Volkszählung aus der Herrschaftslogik des Staates selbstverständlich wünschenswert. Aus dieser Logik heraus sind Grenzen der Fragevolumen kaum definierbar. Unverzichtbar für die Regierungsfähigkeit des Staates, wie es von Betreibern, aber auch von Gegnern der Volkszählung dargestellt wird, sind die durch diese Zählung zu gewinnenden Daten jedoch keineswegs.

Erstens gibt es keine objektive Norm für die Menge der benötigten Daten. Dies beweist zum einen die — trotz allem mögliche — Differenz im Volumen der bisherigen Volkszählungen, speziell auch der von 83 und heute. Dies beweisen zum zweiten die sehr unterschiedlichen Fragedichten bei Volkszählungen anderer Länder, z.B. die sehr zurückhaltende der USA, die äußerst umfassende in Schweden.

Zweitens gibt es — in den letzten Jahren immens gewachsen — umfangreiche problembezogene, bundeseinheitliche wie regionale und zeitlich zugespitztere erhebungen. Die von den Betreibern genannten Planungen auf dem Arbeitsmarkt, im Wohnungsbau etc. richten sich nachweislich — soweit überhaupt Daten im Interesse der Bevölkerung als Konsument berücksichtigt werden — zu geringsten Teilen nach Volkszählungsdaten. Sie richten sich vielmehr nach problemorientierten bereichsspezifischen Daten auf der Basis demografischer Grunderhebungen wie Zahl, Dichte, Altersstruktur etc. der Gesamtbevölkerung der BRD. Für die Gewinnung solcher demografischer Grunddaten würde weit geringerer Aufwand ausreichen.

Selbst für die Organe der Exekutive sind die Daten der Volkszählung keine zwingende materielle Voraussetzung weiterer Tätigkeit: Die bereits verfügbaren — und im Zuge der letzten 20 Jahre in wachsendem Ausmaß und zunehmender Geschwindigkeit hochautomatisierten — Dateien der sog. Sicherheitsorgane sind ohnehin nicht auf Massen-, sondern auf Spezialerfassung sozialer, politischer, kultureller und ethnischer Minderheiten abgestellt. Schleppnetz-, Raster und vergleichbare Spezialfahndungen im Netz der vorhandenen Dateien werden bereits seit Jahren durchgeführt, wurden soeben im Zuge der „Anti-Terror-Gesetze" erneut legalisiert. Der für Rasterfahndungen „abkämmbare" Datenbestand würde sicherlich durch eine Totalerhebung bereichert. Weder Funktion, noch Ausbau des polizeilichen Überwachungsapparates hängt jedoch davon auch nur ansatzweise ab.

Mit dem Grad der Nutzlosigkeit der Volkszählung sinkt die Legitimation für einen staatlichen Eingriff in die private Integrität der Staatsbürger, wie ihn die jetzige Volkszählung darstellt. Wenn sie jetzt dennoch gegen den Widerstand von relevanten Teilen der Bevölkerung durchgeführt werden soll, dann eben nicht wegen zwingender materieller Notwendigkeiten, sondern als politischer Akt, mit dem staatlicher Hoheitsanspruch gegen Bürgerkritik, Basisdemokratie und antistaatliche Verweigerungshaltung durchgesetzt werden soll. Insbesondere ist sie der Versuch, die Niederlage des ersten Volkszählungs-Anlaufs der Exekutive von 1983 in einem neuen offensiven Akt auszuwetzen.

Daraus folgt:
Die Volkszählung ist als überflüssig und als bloßer staatlicher Unterwerfungsakt gegenüber seinen Bürgern und daher als politisch unzumutbar abzulehnen. Sie entspricht insoweit nicht einmal den Forderungen des BVG, nach denen Eingriffe in die individuellen Schutzrechte auf informationelle Selbstbestimmung und kollektiver Nutzen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen sollen.

These 3) Dem Mißtrauen in der Bevölkerung gegenüber der Volkszählung als Ausbau oder Fortsetzung eines Überwachungsstaates BRD wird mit dem im Kern erpresserischen Argument des „kleineren Übels" begegnet. Motto: Besser Volkszählung als Personenkennziffer. Mit der Totalerhebung der Volkszählung werde die Zusammenführung der vorhandenen Dateisysteme zu einem Gesamtnetz einer gläsernen Republik vermieden, so verkünden die Betreiber: Die Totalerhebung also als Mittel zur Sicherung der Demokratie!

Tatsache ist: Parallel zur Zählung beginnt die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises. Die Einführung des ganzes Paketes der sog. Sicherheitsgesetze zur Legalisierung unkontrollierbarer präventiver Datenerhebung durch Verwaltungs- und Exekutivorgane des Staates ist geplant. In Sachen Bundeskraftfahrzeugamt wurde diese Legalisierung im Rahmen der sog. Anti-Terror-Gesetze Ende 86/Anfang 87 bereits durchgeführt etc. pp.

Die Volkszählung ist keineswegs das „kleinere Übel", sondern Bestandteil einer Gesamtoffensive der staatlichen Verwaltungs- und Exekutivorgane zur Verdatung und Durchleuchtung der Republik im Zuge des weiteren Ausbaus eines präventiven Sicherheitsstaates und seiner Überwachungspolitik.



Die Volkszählung wird den weiteren Ausbau des Überwachungsnetzes nicht aufhalten. Im Gegenteil: Sie ist eine Probe aufs Exempel, wie weit diese Entwicklung ohne allzugroßen Widerstand seitens der Bevölkerung durchsetzbar ist und ein Versuch, die Akzeptanzschwelle gegenüber weiteren Maßnahmen nach der Salamitaktik zu senken.

Daraus folgt:
Die Volkszählung ist als Bestandteil und Schrittmacher des Gesamtkonzepts staatlicher Verdatungspolitik abzulehnen.

These 4) Bezüglich der praktischen Durchführung begegnen die Betreiber datenschutzrechtlichen Einwänden mit der Versicherung, bei der Volkszählung sei der Mißbrauch der Daten juristisch, technisch und organisatorisch absolut ausgeschlossen.

Für die Bevölkerung ist dies eine Glaubensfrage, die unterm Strich nicht kontrollierbar ist, sondern in der Praxis auf eine Frage des Vertrauens in die Exekutive, einschließlich des Statistischen Bundesamts, sowie der beamteten Kontrollinstanzen hinausläuft.

Daraus folgt:
Die faktische Unkontrollierbarkeit der Totalerhebung — noch dazu in Verbindung mit der Überflüsssigkeit und dem Schrittmacher-Charakter — reicht, um die Daten zu verweigern. Bürgermißtrauen gegenüber einem allmächtigen Staat, gerade in der BRD mit ihrer Geschichte des Faschismus, ist mehr als berechtigt.

These 5) Der Gesamtprozeß in Richtung eines allseitigen Kontroll- und Überwachungsstaates BRD verläuft diffus und im Detail für die Einzelnen nicht faßbar. Ebenso diffus sind die daraus resultierenden Ohnmachtsgefühle und Ängste in der Bevölkerung. Die Skala der Verweigerungsmotive reicht daher vom bewußten politischen Motiv unter Einschluß deutscher Geschichte bis hin zu solchen aus steuerrechtlichen oder sonstigen privaten Gründen. Das diffuse Unbehagen gegenüber der Volkszählung als direkt spürbarem Eingriff in die Intimsphäre der Bürger wird sich in der Praxis nur schwer in richtige „politische" und falsche „unpolitische" Verweigerungsgründe auseinanderdividieren lassen.

Daraus folgt:
Kein Motiv und keine Form der Verweigerung darf aus der Boykottbewegung ausgegrenzt werden. Die diffuse Breite der Motive bildet vielmehr die Grundlage für die Zuspitzung der diversen Formen individueller und sog. weicher Verweigerungen auf den offenen und politisch begründeten uneingeschränkten Boykott.

These 6) Für die Betreiber folgt aus der Dynamik der bisherigen Auseinandersetzungen um die Volkszählung: Dieses Mal müssen sie durchkommen. D.h. einerseits ist zu erwarten, daß selbst im Fall großer Schwierigkeiten seitens der Betreiber an der Zählung festgehalten wird. Zum zweiten ist mit harten Zwangsmaßnahmen bis hin zu hysterischen Plumpheiten des Zimmermann-Ministeriums zu rechnen, wie es sich jetzt bereits in den Kriminalisierungsversuchen gegenüber den GRÜNEN und diversen Boykott-Initiativen andeutet. Ein Volkszählungs-Boykott ist dieses Mal auch mit der Frage des sog. staatlichen Machtmonopols und der Legalität konfrontiert.

Daraus folgt:
Die politische Konfrontation mit dem staatlichen Durchsetzungsanspruch muß offen aufgenommen werden. Dazu reicht eine Auseinandersetzung mit der Verfassungskonformität der Volkszählung nicht aus. Es muß auch ihre sachliche und politische Legitimität in Frage gestellt werden.

Das persönliche Risiko der Verweigerung (politische Konfrontation, Möglichkeit der Ordnungsstrafe) darf nicht heruntergespielt, sondern muß klar einschätzbar gemacht werden. Über Formen gegenseitiger Hilfe beim Zurückweisen von Kriminalisierungsversuchen muß rechtzeitig, auch öffentlich, diskutiert werden.

F.

Bestandsaufnahme für den Krieg

Über die Bedeutung der Volkszählung im 3. Reich

In einem Interview (TAZ vom 6.1.87) stellt der Hamburger Informatik-Professor Brunnstein fest, daß durch die Volkszählung lediglich „Datenschrott" erzeugt wird. Er schätzt, daß mindestens 20% der Daten systematisch falsch sind, wenn sie nach etwa 1 1/2 Jahren zur Auswertung zur Verfügung stehen. Die Leute sind verzogen, haben Arbeitsplätze gewechselt, Ehen wurden geschlossen und geschieden, Kinder wurden geboren und Menschen sind verstorben. Dazu kommen — nach Brunnsteins Schätzung — noch etwa 15% falscher Daten von den „weichen" Boykotteuren. Damit werden die so gewonnenen Daten systematisch falsch und sie taugen nicht einmal mehr als Überwachungs-Instrumente. Dazu sind die Daten viel zu schlecht und andere, aktuellere Datenbestände (ZEVIS, INPOL, etc.) stehen zur Verfügung. Wenn dem so ist, so erhebt sich natürlich die Frage, wieso alle bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD ihre Entschlossenheit gerade jüngst wieder bekräftigt haben, die Volkszählung nun unbedingt durchführen zu wollen. Folgt man Brunnstein oder auch dem Republikanischen Anwaltsverein (FR 28.1.87), so ist die Volkszählung lediglich ein „Geßler-Hut der erzwungenen Massenloyalität", mit der „ein allgemeines Unwohlsein gegen das Datensammeln" gebrochen werden soll und gleichzeitig ausgetestet wird, wie stark der Widerstand ist.

Es ist in der Tat näher zu untersuchen, inwieweit die schon bestehenden Datenbestände und die vorhandenen Zugriffsmöglichkeiten die jetzige Volkszählung eigentlich überflüssig machen. Tatsache ist aber auch, daß Volkszählungen in der Geschichte immer dazu benutzt wurden, Herrschaft abzusichern, Kriege zu planen und Unterdrückung besser organisieren zu können. Dies soll in diesem Artikel exemplarisch am Beispiel des Nazi-Deutschlands dargestellt werden.

1. Volkszählung kurz nach der Machtübernahme

Schon wenige Monate nach der Machtübernahme der National-Sozialisten fand am 16. Juni 1933 die erste Volkszählung statt. Die Nazis brauchten diese Daten zu allererst um ihre Kriegsvorbereitungen „planmäßig" durchführen zu können. „*Die Neugestaltung unserer Wehrmacht wird weiterhin eine große Anzahl von Massenbeobachtungen erfordern, die nicht nur den Zwecken der Wehrmachtsverwaltung dienen, sondern darüber hinaus kulturpolitischen Wert besitzen. Die neu zu errichtende Militärstatistik wird im Interesse der Allgemeinheit zur Erreichung biologischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Erkenntnisse vertieft und ausgebaut werden. Sie wird sich erstrecken auf die Heeresergänzung, Wehrkraft, Wehrfähigkeit, Wehrtüchtigkeit (Rekrutenstatistik), auf das militärische Gesundheitswesen, die geistige Bildung der Rekruten, ihren bisherigen Werdegang durch die HJ und SA und viele wichtige Fragen"(2).*

Gelernt hatten die Nazis auch aus den Erfahrungen des Kaiserreiches. Die Seeblockade der englischen Marine während des ersten Weltkrieges hatte zu einem erheblichen Mangel an Rohstoffen und zu Versorgungsengpässen mit Lebensmitteln geführt. Seinerzeit hatte man erst während des Krieges eine Bestandsaufnahme von Nahrungs- und Futtermitteln vorgenommen, sowie Volks-Vieh-und Ernteflächenzählungen durchgeführt. Aus berechtigter Angst vor der Beschlagnahmung waren dabei viele Angaben von der Bevölkerung nach unten korrigiert worden.

Fortsetzung nächste Seite



Die nationalsozialistischen Machthaber nutzten die Lochkartentechnik für ihre Terrorherrschaft zur Kontrolle und Überwachung des Volkes. Die damaligen Sortiermaschinen konnten in der Stunde etwa 24.000 Karten verarbeiten und die Tabelliermaschinen rund 15.000. (aus: „Planen, Entscheiden, Herrschen", rororo 7715)

Individualkarte der Volkszählungen. Für jeden Bürger legten die Statistiker eine Lochkarte an. Bei der württembergischen Volkszählung von 1910 erfaßte man 19 Kriterien mit 340 Lochungen. Die Nationalsozialisten erhoben 28 Merkmale mit rund 600 Löchern (links). Bei der Volkszählung von 1961 in der Bundesrepublik wollten die Regierenden sogar 52 Daten bei 960 möglichen Lochpositionen von ihren Bürgern haben (oben). (aus: „Planen, Entscheiden, Herrschen", rororo 7715)

Fortsetzung von vorheriger Seite

„So hatten bei einer Futterkartoffelerhebung Ende 1914 (...) viele nur einen geringen Vorrat angegeben. Dadurch kamen die Statistiker zu dem falschen Schluß, daß zu wenig Futterkartoffeln für Schweine vorhanden seien und trafen im Frühjahr 1915 eine fatale Fehlentscheidung: man schlachtete massenhaft Schweine."(1)

Bei der Volkszählung von 1933 wurden 28 verschiedene Merkmale mit rund 600 Unterscheidungen erhoben (1). Um derartige Datenmengen in einem akzeptablen Zeitraum bearbeiten zu können, wurde die Volkszählung mit sogenannten Hollerith-Maschinen ausgewertet. Hierbei mußten die Informationen zunächst von dem Fragebogen auf eine Lochkarte in eine formalisierte Form übertragen werden. Sodann konnten die Lochkarten nach bestimmten Kriterien mechanisch sortiert und aufaddiert werden. Die unter den Nazis speziell für die Volkszählungen weiterentwickelten Hollerith-Maschinen erlaubten auch Divisionen und konnten 13 Zählbegriffe in einem Arbeitsgang errechnen.

In der Festschrift zum 25jährigen Jubiläum der Deutschen Hollerith Maschinen Gesellschaft (1935) heißt es dazu: *„Als mit der Machtübernahme des Führers der Vierjahresplan verkündet und eine allgemeine Volks-, Berufs- und Betriebszählung angeordnet wurde, fiel dem Hollerith-Verfahren die Aufgabe zu, diese umfangreiche Zählung in einem Zeitraum von wenigen Monaten auszuführen. Diese Inventur-Maßnahme eines Volkes sollte den Zu-* *lung in einem Zeitraum von wenigen Monaten auszuführen. Diese Inventur-Maßnahme eines Volkes sollte den Zu-**stand der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse an einem Zeitpunkt feststellen, an dem das große Aufbauwerk begann".* (2)

1935 führten die Nationalsozialisten sogenannte Arbeitsbücher ein, „um eine planvolle Verteilung der Arbeitskräfte auf weite Sicht zu gewährleisten". 1938 wurden die Arbeitsbücher von der Gestapo kontrolliert, um „arbeitsscheue Elemente", die sich bisher der Einbeziehung in die Kriegswirtschaft entzogen, finden und erfassen zu können. 10.000 Beamte kontrollierten innerhalb von nur 3 Tagen 22,3 Millionen Arbeitsbuchpflichtige und die Auswertung dauerte nur 6 Wochen. (1)

Ebenfalls 1938 wurde eine sogenannte „Volkskartei" basierend auf den Volkszählungsdaten aufgebaut, in der die Einwohner im Gegensatz zum Melderegister mit alphabetischer Reihenfolge nach Jahrgängen sortiert waren. *„Durch diese karteimäßige Übersicht über Geburtsjahrgänge am Wohnort soll in erster Linie die Heranziehung der einzelnen Jahrgänge zum Reichsarbeitsdienst, zum Wehrdienst, zum Jugenddienst und zur Erfüllung anderer Pflichten erleichtert werden."* (3) Besitzer von Kfz-Führerscheinen, medizinisches Personal und die Nichtinhaber von Arbeitsbüchern wurden besonders gekennzeichnet.

Aus den Daten der Volkszählung von 1933 war auch eine sogenannte „biologisch orientierte Familienstatistik" erstellt worden. Mit ihr konnte man *„den Erfolg der von der neuen Staatsführung eingeleiteten bevölkerungspolitischen Maßnahmen so zuverlässig wie nur möglich messen."* (4). Berechnet wurde die „Gebärleistung der Frauen" sowie die „Fruchtbarkeit von Ehen" um somit den Faschisten Unterlagen zu liefern über den zu erwarteten „Nachschub an Menschen".

2. Volkszählung kurz vor dem Überfall auf Polen

Für die Kriegsplanung war die Rohstoffstatistik sowie die Kenntnis der Leistungsfähigkeit der industriellen Anlagen wichtig. Ein paar Monate vor dem Überfall auf Polen wurde deshalb noch einmal eine sehr aufwendige Volks-, Berufs- und Betriebszählung durchgeführt, bei der mehr als 90 Millionen Lochkarten verarbeitet werden mußten. Hier konnten sich die von den Nazi weiterentwickelten Hollerith Maschinen ihre volle Leistungskraft zeigen.

Bei der Volkszählung von 1933 waren nur die Glaubenjuden gezählt worden. Für die „endgültige Lösung der Judenfrage" erfaßte man bei der Volkszählung 1939 auch alle „Rassejuden und Mischlinge". Diese Daten wurden auch an die Behörde weitergegeben, die die Volkskartei führte. *„Nach der Volkszählung wurden auch die Juden mit einem schwarzen Reiter über der Zahl 14 gekennzeichnet. Reinhard Heydrich (...) nutzte die Volkskartei u.a. zur Einrichtung des Altenghettos Theresienstadt."* (1)

Auch bei der Räumung der sogenannten Ostprovinzen spielte die Volkszählung eine wichtige Rolle: Heydrich schickte folgendes Telegramm an die zuständigen Stellen im besetzten Polen: *„Betr.: Räumung der neuen Ostprovinzen. Die Räumung (...) erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung. Nach dieser besitzen alle Personen in den neuen Provinzen ein* *(...) erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung. Nach dieser besitzen alle Personen in den neuen Provinzen ein* *Exemplar. Das Volkszählungsformular gilt als vorläufiger Ausweis, der zum Aufenthalt berechtigt. Daher müssen vor dem Abtransport allen Personen diese Formulare abgenommen werden. (...) Durch diese Maßnahme wird es möglich sein, die Rückkehr der ausgesiedelten Personen zu verhindern."* (5)

Mit Recht behauptet Friedrich Burgdörfer damals, daß die Statistik *„längst über die Rolle der bloßen Buchführung und zahlenmäßigen Kontrolle des Volks-, Wirtschaft- und Staatslebens hinausgewachsen sei, sie ist im Führer-Staat von heute zum unmittelbaren Instrument der Staatspolitik, zur unentbehrlichen Beraterin für Planung und Lenkung des Volks-, Staats- und Wirtschaftslebens geworden"* (4). Eine wesentliche Rolle spielten dabei die Volkszählungen, die die statistische Datenbasis lieferten.

Wl

Anmerkungen:
1) R. Linder, B. Wohak, H. Zeltwanger, Planen, Entscheiden, Herrschen. rororo 7715
2) W. Heidiger, 25 Jahre Deutsche Holerith Maschinen Gesellschaft, Berlin 1935
3) E. Liebermann von Sonnenberg und A. Kääb, Die Volkskartei, München 1943 zitiert nach (1)
4) F. Burgdörfer (Hrsg.) Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, Berlin 1940, zitiert nach (1) „Ähnlich wie die Richter und Staatsanwälte des 3. Reiches blieben auch die führenden Statistiker nach dem 2. Weltkrieg weitgehend ungeschoren. Friedrich Burgdörfer wurde von den Alliierten zwar aus dem Amt entlassen und verlor zunächst seine Lehrbefugnisse, aber bereits 1949 erhielt er seine Honorarprofessur zurück. Und 1960 wählte ihn die Deutsche Statistische Gesellschaft sogar zum Ehrenmitglied." nach (1), Seite 76
5) G. Aly und K.H. Roth, Die restlose Erfassung, Berlin 1984, zitiert nach (1)

Dokumentation:
Anwälte der Gefangenen aus der RAF fordern die Aufhebung der politischen Isolation

Der letzte Hungerstreik von Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand für ihre Zusammenlegung in große Gruppen ist zwei Jahre her. Die Isolation besteht weiter.

Wir haben uns zu diesem Aufruf entschlossen, weil die Zusammenlegung notwendig ist und weil wir denken, daß sie erreicht werden kann, wenn wir und alle, die die Forderung der Gefangenen unterstützen, nicht aufhören, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Wie ist die Situation?

Während des Hungerstreiks ist deutlich geworden, daß die Isolation revolutionärer Gefangener für die BRD bei der Widerstandsbekämpfung inzwischen die Bedeutung einer strategischen Position hat. In den ersten Jahren war das Ziel vor allem, die Gefangenen in der Isolation schnell zu zerstören und umzudrehen, sie als Revolutionäre auszuschalten, Kontinuität zu verhindern und an ihrem Zusammenbruch die Aussichtslosigkeit ihrer Politik und Praxis zu demonstrieren. Die Ergebnisse von Experimenten der US-Armee, auf die sich die BRD dabei gestützt hat, hatten vorausgesagt, daß ein Mensch Isolation nur über einen kurzen Zeitraum aushalten kann.

Tatsächlich konnte die Isolation aber nicht die Identität der Gefangenen brechen, weil sie sofort anfingen, gegen sie zu kämpfen. Heute ist die Situation anders. Es gibt seit mehreren Jahren einen wachsenden Widerstand in der BRD, wobei Politiker und Spezialisten für die Aufstandsbekämpfung den kriegsmäßigen Charakter der Auseinandersetzungen konstatieren und sich auf eine lange Dauer einrichten. Die Isolation hat neben der Vernichtung und Abschreckung jetzt auch den weiter gefaßten Zweck, mit den Gefangenen aus der Guerilla und dem Widerstand die Politik, für die sie stehen, zu vergraben, möglichst von allen Menschen abzuschotten. So die unzähligen Schreib- und Besuchsverbote für Leute, die mit den Gefangenen politisch diskutieren wollen. Und hier liegt auch der Grund, warum der Staat die Zusammenlegung so unbedingt verhindern will: Es geht um das praktische Beispiel, das sich in dem Kampf revolutionärer Gefangener für kollektive Strukturen und Arbeitsprozesse, insbesondere unter den Extrembedingungen der Haft, vermittelt — auch für die, die ihnen nicht nahestehen. Wo Vereinzelung, Konkurrenz, Ohnmacht und Entpolitisierung unentbehrliche Bedingungen von Herrschaft sind, darf nicht sichtbar werden, daß Kollektivität und Selbstbestimmung Motor jeden Bedingungen von Herrschaft sind, darf nicht sichtbar werden, daß Kollektivität und Selbstbestimmung Motor jeden gesellschaftlichen Widerstandes sind.

Im letzten Hungerstreik ist aber offen geworden, daß die Doktrin der harten Haltung nur die politische Schwäche eines Staates zeigt, der seit sechzehn Jahren Isolation einsetzt und ebensolange ihre Existenz abstreitet, weil sie international als Folter geächtet ist.

Natürlich sind Tatsachen nicht ewig zu dementieren, sie sind da, und sie sind sichtbar. Weil die Isolation drastisch sichtbar ist an den Trakten, Trennscheiben, Spezialzellen usw., wurden während des Hungerstreiks britische, belgische und holländische Europa-Abgeordnete nicht in die Gefängnisse gelassen, obwohl das zu ihren Rechten gehört. Aus dem gleichen Grund unterschreibt die BRD die Anti-Folter-Konvention des Europarats nicht, die sich ausdrücklich auch auf die Isolationspraktiken hier bezieht und jederzeit Kontrollbesuche unabhängiger Delegationen verlangt — z.B. auch während einer Kontaktsperre.

Wo der Vorhang nicht ganz heruntergezogen werden kann, weil ein Abkommen schon besteht, wird zu Lügen gegriffen wie bei der Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der BRD vor dem UN-Menschenrechtsausschuß im April 1986. Dort hat der BRD-Delegierte Stoecker (Bundesjustizministerium) auf Fragen zur Isolation geantwortet, die Gefangenen seien gar nicht in Einzelhaft, sondern tagsüber in kleinen Gruppen zusammen. Sämtliche anderen Fragen zu Kontaktsperre, Behinderung der Verteidigung wurden entweder gar nicht, nur halb oder falsch beantwortet. Zum Schluß sagte das sowjetische Mitglied, die BRD sei offensichtlich bestrebt gewesen, den Ausschuß hinters Licht zu führen.

Zur gleichen Zeit steht gegen Kämpfe der Gefangenen für die Zusammenlegung ein erweitertes Repressionsinstrumentarium bereit. Noch während des letzten Hungerstreiks wurde das Gesetz über die Zwangsernährung so geändert, daß es möglich wird, die öffentlich nicht mehr zu rechtfertigende Zwangsernährung durch die „Koma-Lösung" zu ersetzen: Es wird abgewartet, bis der Gefangene ins Koma fällt, um ihn dann, völlig isoliert und damit ganz unter staatlichem Zugriff, im Schwebezustand zwischen Leben und Tod zu halten. Genauso war es bei Knut Folkerts. Eine offizielle Kontaktsperre wird so umgangen und als „medizinische Maßnahme" angeordnet.



„Transparent für die Zusammenlegung"

Weitergegangen ist auch die Kriminalisierungsstrategie gegen die Gefangenen. In mehreren Urteilen ist inzwischen festgeschrieben, daß ein Hungerstreik „eine Aktion der RAF" sei, daß die Gefangenen selbst, solange sie im Knast weiterkämpfen „Mitglieder der RAF" seien. Damit hat sich der Staatsschutz einen breiten Teppich für die Kriminalisierung von Angehörigen, Anwälten und Besuchern geschaffen. Jeder, der mit den Gefangenen Kontakt hat, der sich für die Zusammenlegung einsetzt, kann so als Unterstützer oder Mitglied der RAF verfolgt werden. Zug um Zug ist diese absolute politische Absurdität, die „RAF im Knast", in Beschlüsse und Urteile als Tatsache eingegangen. Sozusagen nebenbei, weil klar ist, daß die Bundesanwaltschaft einen öffentlichen Prozeß, in dem sie die Gefangenen wegen des Hungerstreiks anklagt, politisch nicht durchhalten kann. Er brächte alles auf den Tisch, jede Einzelheit des Programms und des langen Kampfes der durchhalten kann. Er brächte alles auf den Tisch, jede Einzelheit des Programms und des langen Kampfes der Gefangenen dagegen. Die Kriminalisierung potenziert natürlich die Isolation der Gefangenen, aber auch hier ist die politische Abschottung zum Hauptzweck geworden. Eben weil die Gefangenen legal sind und die Diskussionen mit ihnen direkt möglich ist, wird die Kriminalisierung gebraucht, die das illegalisieren und unmöglich machen soll.

Wir Anwälte haben angefangen, uns mit ausländischen Kollegen über die Erfahrungen in den einzelnen Ländern auszutauschen. Dabei haben wir festgestellt, daß Isolation in diesem Ausmaß und als Dauerzustand nur in der BRD existiert. Sie setzt sich allerdings durch, im Rahmen der Vereinheitlichung der Repression in den Nato-Staaten, wie auch die Kriminalisierungsstrategie, die die USA und BRD jetzt am liebsten global ausweiten wollen — von Guerillagruppen, Befreiungsbewegungen bis zu den national befreiten Staaten soll es nur noch Kriminelle geben.

Entsprechend hat es die US-Regierung jetzt abgelehnt, die Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention zu ratifizieren. (1977 wurden diese Zusätze verabschiedet, nach denen Befreiungsbewegungen und zum Teil auch Widerstandsgruppen als Subjekte des Kriegsvölkerrechts anerkannt werden.) Daß diese Protokolle nicht wirksam werden, sei „von fundamentaler Bedeutung für die Strategie der NATO", weil „die Änderungen den Effekt haben könnten, nationalen Befreiungsbewegungen und Terroristen Legitimation zu verschaffen, indem sie ihnen Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus einräumen".

Die Kriminalisierung des Kampfes von revolutionären Organisationen und ihre Anwendung gegen die Gefangenen aus ihnen ist eine Doktrin, die über die konkreten Bekämpfungsmaßnahmen hinaus eine strategische Position mit politisch-ideologischer Funktion ist. (So wurde der politische Status, den es in einigen westeuropäischen Ländern in verschiedener Form gab, Mitte der 70er Jahre auf Initiative der BRD überall abgeschafft und die Kriminalisierung zur einheitlichen Linie erhoben. Mit dem Tod von 10 nordirischen Gefangenen im Hungerstreik 1981 hat die britische Regierung diese Doktrin brutal exekutiert. Ihre „harte Haltung" sollte dem Kampf der Gefangenen in Westeuropa insgesamt einen Schlag versetzen und die Hoffnung nehmen. Damals wie auch im Hungerstreik der Gefangenen 1984/85 war das US-Außenministerium direkt in die Entscheidung eingeschaltet.) Die Staaten wollen sich mit dieser Doktrin die Definitionsmacht darüber verschaffen, was politische Opposition ist. Die politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen überall sind mit ihrem Kampf ein sichtbares Beispiel gegen die staatliche Definition „nur noch Kriminelle" und sollen deshalb als politische Subjekte ausgeschaltet werden. Dieses Ziel führt in Eskalationen dann soweit wie im Juni 86 in Peru. Die Gefangenen, die gegen die Folter, gegen ihre Verlegung in Isolationstrakte und für kollektive Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Achtung ihrer politischen Identität gekämpft haben, wurden massakriert, als ihr Kampf eine politische Stärke erreichte, die die Regierung mit Medienkontrolle und Betrug nicht mehr aus der Welt schaffen konnte.

Um die Zusammenlegung der Gefangenen zu erreichen, wollen wir über könne...

Um die Zusammenlegung der Gefangenen zu erreichen, wollen wir über diese grundsätzliche Substanz der Auseinandersetzung und über die konkrete Situation der Gefangenen jetzt auf Veranstaltungen reden. Alle, die Initiativen für die Zusammenlegung ergreifen wollen, mögen sich an uns wenden: Wir können Veranstaltungen mittragen und Material zur Situation der Gefangenen zur Verfügung stellen.

Anwälte und Anwältinnen der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand

Informationen können bei folgenden Büros angefordert werden:

Berlin
RA Thomas Herzog, Kloedenstraße 1, 1000 Berlin 61, 030/6924548

Bremen
RA Horst Wesemann, Sielwall 18, 2800 Bremen, 0421/702880

Düsseldorf
RAe Felkl & Diesing, Friedrich-Ebert-Straße 17, 4000 Düsseldorf 1, 0211/350545

Frankfurt
RA Rainer Koch, Sandweg 50, 6000 Frankfurt 1, 069/490330

Freiburg
RA Michael Moos, Poststraße 5, 7800 Freiburg, 0761/36073

Hamburg
RAin Brennecke-Eggers, Stresemannstraße 81, 2000 Hamburg 50, 040/4395077

Hannover
RA Gerd Klusmeyer, Am Klagesmarkt 10/11, 3000 Hannover 1, 0511/131318

Brauchen die Herrschenden die Abtreibung?

Über die Bedeutung genetischer Beratungsstellen für die reaktionäre Bevölkerungspolitik

In einem taz-Interview vertrat Vera Slupik, juristische Gutachterin des von Alice Schwarzer initiierten „Manifest Verfassungsklage", kürzlich die Auffassung, daß eine Kampagne gegen den § 218 mitten „ins Herz des Konservatismus" ziele. Denn die Abschaffung der bestehenden Indikationsregelung, so Slupik, stehe mittlerweile auf der Tagesordnung der Konservativen. In der Tat hat der Feldzug gegen Abtreibung sowohl an Schärfe als auch an Breite zugenommen. Bei dem Essener Forum gegen den § 218 mußten Silvia Hebisch und Lisa Degener von der Koordination der § 218-Gruppen auch eingestehen: „*Der Kampf gegen den § 218 war nie so schwierig wie heute. Wir sind nicht mehr so stark, wie wir mal waren.*" (taz, 12.1.87) Die Bewegung gegen den § 218 ist in die Defensive geraten. Das läßt es manchen Frauen ratsam erscheinen, sich unter den gegebenen Bedingungen primär für den Erhalt der bestehenden Indikationsregelung einzusetzen.

Allerdings fehlen bislang noch konkrete Gesetzesinitiativen zur Abschaffung der Indikationslösung. Was gesetzlich verändert werden soll bzw. wird, bezieht sich bislang auf die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Einschränkung bzw. das partielle Verbot ambulanter Abtreibung. Diese Initiativen stellen nicht grundsätzlich die Indikationsregelung in Frage, ermöglichen jedoch eine bessere Kontrolle, wer, wann, wo und warum abtreibt. (1)

Wie ist dieser Widerspruch eigentlich zu erklären? Auf der einen Seite verstärkte Aktivitäten von selbsternannten Lbensschützern, die abtreibende Frauen als „Mörderinnen" diffamieren und sich in ihren Unverschämtheiten gegenseitig überbieten; auf der anderen Seite eine geschwächte Frauenbewegung, die längst nicht mehr über die Schlagkraft verfügt wie noch vor zehn Jahren. Und doch bewegt sich auf Gesetzesebene nichts.

War die Passivität der christlich-liberalen Regierung dem Wahlkampf geschuldet und nur „die Ruhe vor dem Sturm", wie Verena Krieger, BAG Frauen der Grünen, befürchtet? Oder verbirgt sich hinter dieser „parlamentarischen Untätigkeit" vielleicht eine ganz andere Absicht der Herrschenden?

tarischen Untätigkeit" vielleicht eine ganz andere Absicht der Herrschenden?

Wenn mensch den § 218 in der bestehenden Form einmal im Zusammenhang mit pränataler Diagnostik und genetischer Beratung betrachtet, dann könnten möglicherweise sehr handfeste Interessen der Bundesregierung an Abtreibungsmöglichkeiten zum Vorschein kommen. Abtreibungen freilich, die vom Staat kontrolliert und reguliert werden. Das Deutsche Ärzteblatt weiß, wovon es spricht: „*Zytogenetische, biochemische und physikalische Untersuchungen erlauben es, bestimmte Krankheiten und Anomalien der Feten so rechtzeitig zu erkennen, daß ein Schwangerschaftsabbruch noch möglich ist. Die Methoden sind ausgereift und klinisch bewährt.*" (2) Der Schutz des ungeborenen Lebens scheint jedenfalls nicht das treibende Motiv der Bundesregierung zu sein, vor allem wenn Abtreibungen ihren bevölkerungspolitischen und volkswirtschaftlichen Sinn haben. Die neuen Möglichkeiten, die sich dem Staat durch pränatale Diagnostik und genetische Beratung bieten, bringt der Soziologe Etzioni auf den entscheidenden Punkt: „*So könnte eine Regierung, deren wirtschaftliche Situation sehr angespannt ist, etwa während einer Rezession, in der eine starke Nachfrage nach gesellschaftlichen Leistungen herrscht, oder auch während einer längeren Gesundheitskrise, ihren Bürgern sagen, daß die staatlichen Einrichtungen es nicht mehr zulassen, daß Eltern ihnen ihre mißgebildeten Kinder aufbürden.*" (3)

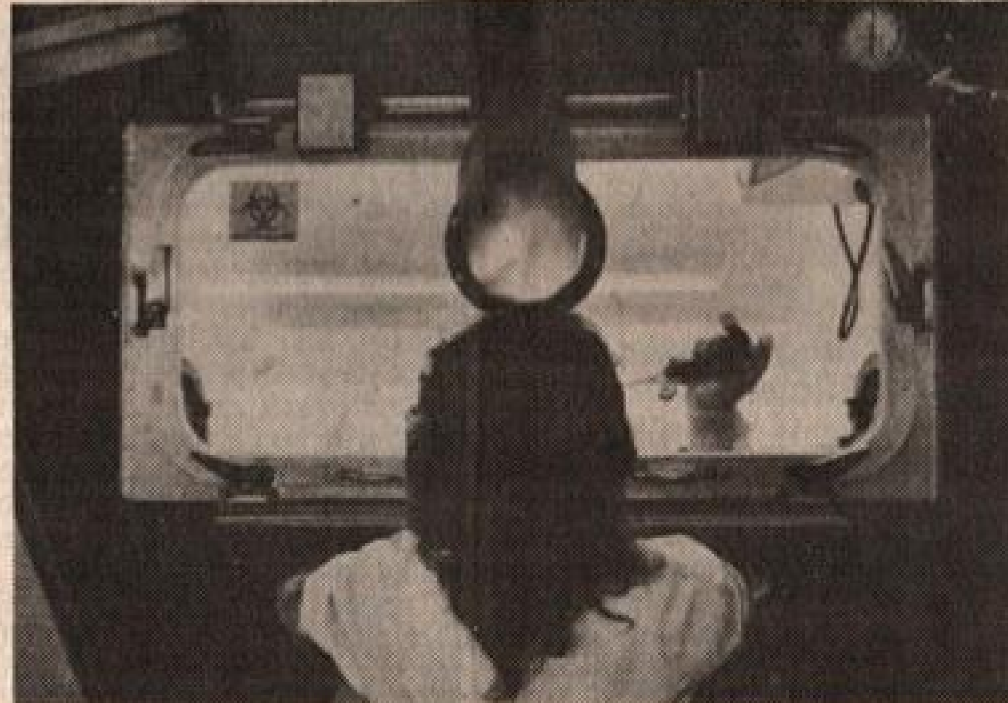
Wenn die Sorge für das ungeborene Leben im Widerspruch zur staatsbürgerlichen Verantwortung steht, geraten die Lebensschützer in ein Dilemma, das im Grunde nur mit Doppelmoral zu ertragen ist. Denn auf der einen Seite gelten Frauen als „Mörderinnen", wenn sie für sich das Recht in Anspruch nehmen, selbst zu bestimmen, ob sie Kinder haben wollen oder nicht. Aber auf der anderen Seite werden Frauen in die Nähe asozialen Verhaltens gerückt, wenn sie der Gesellschaft ein anomales bzw. behindertes Kind zumuten, also nicht rechtzeitig abtreiben. Kein Wunder, daß sich die Aktivitäten der Konservativen ausschließlich gegen die Abtreibungen richten, die nicht im humangenetischen und volkswirtschaftlichen Sinne liegen. Mensch sollte jedenfalls aufhorchen, wenn in einer Broschüre der Bundesregierung zur genetischen Beratung Abtreibung als hilfs- und segensreiche Schutzmaßnahme gefeiert wird. So wird in dieser Broschüre u.a. ein Modellversuch der Bundesregierung erwähnt, bei dem 20% der Frauen nur dann zu einer Schwangerschaft geraten werden konnte, wenn sie eine Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung) an sich vornehmen lassen, und das heißt im Klartext: Abtreibung, falls Mißbildungen erkannt werden. (4) Oder jungen Ehepaaren wurde nahegelegt, mit der Zeugung noch zu warten, da in nächster Zeit mit einer Verbesserung der genetischen und pränatalen Diagnostik zu rechnen sei. (5) Da pränatale Therapiemöglichkeiten nur in extremen Sonderfällen möglich sind, läuft pränatale Diagnostik auf Abtreibung hinaus, falls beim Embryo sog. „Defekte" erkannt werden. Ähnliches ist im Bericht der Enquete-Kommission zu lesen, der im Januar der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dort heißt es: „*Die Präventionsmöglichkeiten, die sich aus einer genetischen Beratung und pränatalen Diagnostik ergeben, kommen dem öffentlichen Interesse an einer effektiven Krankheitsvorsorge entgegen. Insbesondere ökonomische Motive sprechen für eine Senkung der Kosten im Gesundheitswesen, die durch eine Versorgung von Behinderten entstehen.*" (6)

In der Forschungsliteratur werden bereits Kosten-Nutzen-Analysen erstellt und die Ersparnisse durch die Vermeidung oder Reduktion behinderter Menschen sorgfältigst ausgerechnet: „*In der Bundesrepublik Deutschland könnten durch jährlich etwa 24.000 Pränataldiagnosen bei Müttern älter als 37 Jahre etwa 30% (305 von 978) der an Down-Syndrom erkrankten Neugeborenen vermieden werden. Zusätzlich zu diesen 305 Erkrankten würden rund 20 Neugeborene mit offenen Defekten des Gehirns oder Rückenmarks und 6-10 an anderen schweren Chromosomenstörungen erkrankte Neugeborene pränatal diagnostiziert werden können. Mit jährlich 24.000 Pränataldiagnosen der mütterlichen Altersgruppe ab 38. Lebensjahr würde also die Geburt von rund 330 Kindern mit schweren angeborenen Defekten vermieden werden können,*

würde also die Geburt von rund 330 Kindern mit schweren angeborenen Defekten vermieden werden können,

entsprechend einer Erfassungsrate von 1 Defekt auf 72 Diagnosen (1,4%). ... Die Kosten für ambulante medizinische Versorgung sind hier kaum abzuschätzen. Es dürfte jedoch realistisch sein, für alle überlebenden Patienten eines Jahrgangs mit Down-Syndrom jährlich mindestens rund DM 500.000 anzusetzen." (7) Dieser Betrag steht in keinem Verhältnis zu den erheblich geringeren Kosten für genetische Beratung, pränatale Diagnostik und Abtreibung. Weiter heißt es in dieser preisgekrönten (!) Forschungsarbeit: „*Mit anderen Worten, durch primäre Pränataldiagnostik bei allen Müttern ab 38 Jahren würde in der gesamten Bundesrepublik Deutschland die Kosten dieser Untersuchung nur etwa 1/4 der erforderlichen Aufwendungen zur Pflege der Kinder mit Trisomie 21 (Mongolismus) betragen. In absoluten Zahlen ständen Aufwendungen für die Pflege der Kinder von jährlich rund DM 61,6 Mio. den Aufwendungen in Höhe von rund DM 13,5 Mio. gegenüber. Dies würde bei einer Kosten/Nutzen-Relation von 0,25 jährlich eine Einsparung von rund DM 48 Mio. bedeuten.*" (7) Die Enquete-Kommission weiß hier allerdings die Hoffnungen etwas zu dämpfen. In ihrem Bericht heißt es: „*... pränatale Selektion (!) kann äußerstenfalls die Gruppe der 10% angeborenen Behinderungen erfassen.*" (8)

In den Kosten-Nutzen-Analysen wird unter dem Blickwinkel des Bruttosozialprodukts auch einfühlsam auf die körperlichen und seelischen Auswirkungen einer durch die Geburt eines erkrankten Kindes betroffenen Familie eingegangen. Durch die Pränataldiagnostik wird künftig die Chance eines sog. „replacement", d.h. einer neuen Schwangerschaft in Aussicht gestellt. „*Der Ersatz einer Schwangerschaft mit einem erkrankten Kind durch eine neue Schwangerschaft mit einem gesunden Kind hat wesentliche Auswirkungen auf die normale Geburtenrate und das Bruttosozialprodukt.*" (9) Probleme bereitet jedoch die fehlende Einsicht gerade der Unterschicht, die in der Forschungsliteratur als „Grundschicht" bezeichnet wird, in den Nutzen pränataler Diagnostik und genetischer Beratung. Dies wird besonders in der Analyse von Stackelberg deutlich, die mit dem Bundesgesundheitspreis ausgezeichnet wurde: „*Der Anteil der Mittelschicht entspricht genau ihrem Anteil am Patientenkollektiv. Dagegen stammen nur 8% aus der Unterschicht.*" (10) Doch gerade die Tabelle der behinderten Kinder veranschauliche, wie bedeutsam genetische Beratung und pränatale Diagnostik im Bereich der Unterschicht wären. Ohne jeglichen Kommentar werden in dieser Lite verschiedenste Behinderungen aneinandergereiht, für die die sog. „Grundschicht" scheinbar prädestiniert ist: Lernbehinderung, Lese- und Rechtschreibschwäche, Sprachbehinderung, Verhaltensstörungen, Erziehungsschwierigkeiten und sonstige seelische Behinderungen. (11)



Gentechnik-Labor in Heidelberg: Soziale Auslese?

Der Linken sollte der Schreck gehörig in die Glieder fahren. Es ist anscheinend wieder Allgemeingut, daß für die Entwicklung eines Kindes die genetische Veranlagung bestimmend sei, daß jedes Verhalten außerhalb der gesellschaftlichen Norm auf genetische Defekte zurückzuführen sei und jeder gesellschaftliche Erfolg angeblich gute Gene zur Voraussetzung habe. Eine solche Einstellung steckt ja auch hinter der Gründung einer Nobelpreisträgersamenbank oder der Möglichkeit, teuren Wissenschaftlersamen zu kaufen, um ein mit entsprechender Intelligenz ausgestattetes Kind gebären zu können. Wenn bei der genetischen Bera-

um ein mit entsprechender Intelligenz ausgestattetes Kind gebären zu können. Wenn bei der genetischen Bera-

tung ein Familienstammbaum erstellt wird, bei dem Alkoholismus, Verhaltens- und sonstige seelische Störungen in der Verwandtschaft verzeichnet werden, dann sind die Klagen der Wissenschaftler über die mangelnde Einsicht der sog. „Grundschicht" in den Nutzen pränataler Diagnostik nur allzu verständlich. (12) Denn wenn die Aufforderung zur genetischen Beratung und Pränataldiagnostik massenhaft befolgt werden würde, könnte ja unter Umständen ganzen Bevölkerungsgruppen von der Zeugung abgeraten werden. Und in diesem Zusammenhang könnte möglicherweise auch die soziale Indikation greifen. Die soziale Indikation hat nämlich unter der Bedingung durchaus ihren bevölkerungseugenischen Sinn, daß tatsächlich *die* Frauen sie in Anspruch nehmen, die genetisch ihren Kindern nicht die Gewähr für die gewünschte „normale", bürgerliche Existenz bieten können oder in deren Verwandtschaft gar Fälle von Lernbehinderung oder sonstigen Verhaltensstörungen aufgetreten sind.

Wenn diese Überlegungen stimmen, dann wäre eigentlich nicht anzunehmen, daß in Zukunft an der Indikationslösung gerüttelt wird. Schließlich sind diese Indikationen ein ideales Mittel zur bevölkerungspolitisch und humangenetisch kontrollierten Abtreibung. Wenn wir uns in der § 218-Debatte in der Defensive befinden und meinen, unter den gegebenen Bedingungen wenigstens das Bestehende retten zu müssen, dann wird vielleicht etwas verteidigt, was niemand abschaffen will. Es wäre ja geradezu widersinnig von den Herrschenden, genetische Beratung und pränatale Diagnostik zu propagieren und gleichzeitig die eugenische (!) Indikation in Frage zu stellen. Entsprechendes gilt für die soziale Indikation. Wenn von interessierter Seite der Mißbrauch der sozialen Indikation angeprangert wird, dann heißt dies umgekehrt: Es gibt auch einen guten Gebrauch, und dieser wird sicherlich nicht vom Selbstbestimmungsrecht der Frau her definiert. Der Wunsch nach kontrollierter Abtreibung ist Ausdruck der Sorge um den bundesdeutschen Gen-Pool, der sich nicht nur durch radioaktive oder chemische Verseuchung stets verschlechtert, sondern auch dadurch, daß „*die moderne Medizin auch solchen Trägern von Erbleiden die Möglichkeit zur Fortpflanzung bietet, die früher jung gestorben wären*", (13) wie es im Bericht der Enquete-Kommission heißt. Gleichzeitig weist die Enquete-Kommission darauf hin, daß die Methode der Eugenik zur längfristigen Verbesserung des Gen-Pools der Bevölkerung als Instrument nationalsozialistischer Rassenhygiene diskreditiert sei. (14)

In bevölkerungseugenischer Hinsicht könnte das Indikationsmodell als Mittel benutzt werden, um hinter dem Rücken der Betroffenen zu entscheiden, welche Frau ein Kind bekommen darf und welchen Anforderungen ein Kind entsprechen muß, um geboren werden zu dürfen. Zwar besteht keine gesetzliche Pflicht zur Abtreibung, und Zwangssterilisation wird (noch) nicht diskutiert, aber um Frauen, die bevölkerungspolitisch unerwünschte Kinder gebären könnten, zur Kooperation mit den genetischen Beratungsstellen zu zwingen lassen sich auch andere Wege und Mittel finden. Jedenfalls ist dies das erklärte Ziel der Bundesregierung. In der Broschüre zur genetischen Beratung steht zu lesen: „*Wichtigste Aufgabe einer genetischen Beratungsstelle ist es, die Geburt behinderter Kinder im Rahmen des Möglichen zu reduzieren. Der Erfolg dieser Arbeit wird wesentlich mitbestimmt von der Kooperation der Ratsuchenden.*" (15)

Unter diesen Voraussetzungen erhält auch die alte Forderung, daß jede Frau selbst entscheiden kann, wann und ob sie ein Kind will, eine neue Komponente. Die eingangs zitierte Vera Slupik hat nämlich recht, wenn sie sagt, daß eine Kampagne gegen den § 218 mitten „ins Herz des Konservatismus" ziele. Allerdings nur eine Kampagne, die sich nicht auf die Verteidigung der bestehenden Indikationslösung beschränkt, sondern die ersatzlose Streichung des § 218 auf ihre Fahnen schreibt.

K. / KB Bonn

Anmerkungen:
1) vgl. Genetische Beratung — ein Modellversuch der Bundesregierung in Frankfurt und Marburg, hrsg. vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn 1979
2) W. Fuhrmann, Pränatale Diagnostik genetischer Defekte, in: Deutsches Ärzteblatt, Heft 27, 2. Juli 1981
3) A. Etzioni, Die zweite Erschaffung des Menschen, S.133, 1977
4) Genetische Beratung — ein Modellversuch ..., S.51
5) ebd., S. 49
6) Bericht der Enquete-Kommission des 10. Deutschen Bundestages, Chancen und Risiken der Gentechnologie, Bonn 1987, S. 150
7) E. Passarge / H.W. Rüdiger, Genetische Beratung als Aufgabe der Präventivmedizin. Erfahrungsbericht mit Kosten-Nutzen-Analyse, Stuttgart 1979, S. 16 f. und S. 22
8) Enquete-Bericht ... S. 150
9) E. Passarge / H.W. Rüdiger, a.a.o.
10) H.H. Freiherr von Stackelberg, Probleme der Erfolgskontrolle präventivmedizinischer Programme, Marburg 1980, S.41
11) ebd., S. 12
12) So läßt sich z.B. Stackelberg (a.a.o. S. 72 - S. 82) nicht umsonst 10 Seiten lang über die Möglichkeiten zur Überwindung der „sozialen Distanz" bei der Unterschicht aus.
13) Enquete-Bericht .. S. 150
14) ebd.
15) Genetische Beratung — Ein Modellversuch a.a.o.

Lobby-Politik gegen Frauengesundheit

Koalitionsverhandlungen zum §218

Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP haben jetzt ein Beratungsgesetz zum § 218 hervorgezaubert, das Kennern der Materie den Schrecken in die Glieder fahren läßt.

— Nur die Beratungsstellen sollen noch staatlich anerkannt werden, die in genügendem Umfang den „Schutz des ungeborenen Lebens" in die Beratung miteinfließen lassen. — Diese Bestimmung zielt eindeutig und ausschließlich auf Pro Familia ab. Mit diesem Gesetz, einem Bundesgesetz, kann sich selbst über liberale Länderregierungen, die sich bislang noch schützend vor Pro Familia stellen, hinweggesetzt werden. Über ihre § 218 Beratungszeit finanziert Pro Familia den Großteil ihrer Arbeit — das Aus für Pro Familia wäre eingeläutet.

— Ärzte/innen, die Indikationen ausstellen, sollen zur Schulung zum „Schutz des ungeborenen Lebens" verpflichtet werden. Frau kann sich an fünf Fingern ausrechnen, wieviele Ärzte/innen in dem Moment, wo ihre Fortschrittlichkeit sie was kostet, dann noch bei der Stange bleiben.

Was nach Wende aussieht, weil es tatsächlich die Abtreibungssituation radikal ändern würde, ist doch nur die Weiterführung bekannter und vor allem in den letzten vier Jahren bewährter Politik: Nichts am § 218 ändern, sprich: Die Notlagenindikation bleibt auf dem Papier bestehen — aber die Abtreibungspraxis so gravierend ändern, daß katholische Kirche und die Abtreibungsgegnerlobby in den eigenen Reihen zufriedengestellt sind.

Im Gegensatz zu vorherigen Vorschlägen aus diesen Kreisen — z.B. die Abschaffung der Krankenkassenfinanzierung oder die Verpflichtung von Männern zur Beratung — läuft dieses Gesetz Gefahr, in seiner politischen und praktischen Bedeutung von Fortschrittlichen unterschätzt zu werden, was die Organisierung eines breiten Protestes erheblich erschweren könnte.

Was dabei übersehen wird: Der reformierte § 218 macht es heute schon möglich, daß in vielen Gegenden der BRD eine Reform nur teilweise stattgefunden hat. Das ist so, weil der § 218 dehnbar ist wie Gummi. Das ist aber auch so, weil es nirgendwo Bestimmungen gibt, die einer Frau den Abbruch, den sie benötigt, garantiert. Und das betrifft auch die Gegenden und Städte, in denen frau heute noch eine Abtreibung bekommt. Die Möglichkeiten, die es dort gibt, verdanken wir irgendwelchen Kann-Bestimmungen, die morgen schon als Kann-nicht-Bestimungen angewendet werden können, dem individuellen good will (und finanziellen Interesse!) einzelner niedergelassener Ärzte/innen und vor allem dem Engagement von Leuten wie den Pro Familia Mitarbeiter/innen/n. Wie leicht dieses Kartenhaus in sich zusammenfallen kann, würde das vorgeschlagene Gesetz schnell beweisen.

Dieses Gesetz muß massiven Protest all derer hervorrufen, die in den letzten Jahren erkannt haben, daß die Indikationsregelung keine Lösung des Problems Abtreibung sein kann. Die Kritik am Beratungsgesetz muß die Kritik an der Indikationsregelung miteinschließen. Dabei ist das Argument, das Beratungsgesetz sei „keinesfalls geeignet, werdendes Leben zu schützen", wie es die SPD in die schlapp anlaufende Diskussion einbrachte, mehr anbiedernd als kritisch, wenn nicht gar geschmacklos.

Erste Stellungnahmen aus der FDP lassen vermuten, daß das Beratungsgesetz wohl kein einheitlich gefaßter Beschluß der „Koalitionäre" war. Doch selbst wenn es für Rita Süßmuth in erster Linie ein Signal an die Parteirechten und ein Wink in Richtung Parteitag zum „Schutz des Lebens" gewesen sein sollte: Uns wird vorgeführt, wie der Wind in Zukunft wehen soll, ob nun bereits in diesem oder erst im nächsten Jahr.

li.

SPD-NRW gegen ambulante Abtreibung

Begräbnis für Pro-Familia-Projekt

„Für NRW ist das Konzept ‚Alles unter einem Dach' nicht praktikabel. Die Landesregierung hat sich in ihren Richtlinien für eine deutliche Trennung von Beratung, Indikation und Abbruch entschieden." So das SPD-Ministerium auf der Begräbnisfeier des geplanten Pro Familia Zentrums in Bielefeld.

Kein Wunder, daß sich Pro Familia Bielefeld von den Politikern an der Nase herumgeführt sieht: Seit fünf Jahren kämpft sie um die medizinische Erweiterung der Bielefelder Beratungsstelle, sprich: um die Zulassung für die Durchführung ambulanter Schwangerschaftsabbrüche. Seit zwei Jahren stehen die Räume fertig ausgestattet bereit, ist alles vorhanden, um mit den Abbrüchen beginnen zu können. Der Streit um die Zulassung wurde von einer Zuständigkeit zur nächsten geschoben: Regierungspräsident Detmold, Gesundheitsministerium, Ärztekammer und wieder zurück zum Ministerium. Jetzt erfährt Pro Familia, daß die Landesregierung nie vorgehabt hat, das Konzept „Alles unter einem Dach", wie es in anderen SPD-regierten Bundesländern (Hamburg, Bremen, Hessen, Saarland) längst praktiziert wird, zu unterstützen.

Die Durchführung ambulanter Schwangerschaftsabbrüche bedarf einer besonderen behördlichen Genehmigung, die entsprechend vom jeweiligen Land erlassenen Richtlinien erteilt wird. Die CDU-regierten Bundesländer wie Niedersachsen und Baden-Württemberg haben es sich 1975/76 nach Inkrafttreten der Reform des § 218 ganz einfach gemacht: Sie erließen keine Richtlinien, ergo gibt es in diesen Bundesländern keine ambulanten Abbrüche. Diese Praxis ist leider gerade vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden. Die SPD-regierten Bundesländer haben damals Richtlinien erlassen, die die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen unabhängig von in meist konservativer, wenn nicht gar konfessioneller Hand liegender Krankenhäuser ermöglichen.

Gerade für Nordrhein-Westfalen wäre ein Familienplanungszentrum, in dem auch Abbrüche durchgeführt erden, bitter notwendig: 80 % der Krankenhäuser haben konfessionelle Träger, führen also per se keine Abbrüche durch. Man ist hier auf Gedeih und Verderb auf die niedergelassenen Ärzte/innen angewiesen, die in den Großstädten Abbrüche in ihren Praxen durchführen, die aber morgen schon, wenn ihnen das politische Klima zu brenzlig wird, wieder die Finger davon lassen werden. In weiten Teilen Nordrhein-Westfalens, im Münsterland, Sauerland und in Ostwestfalen z.B. herrschen geradezu bayerische Verhältnisse. Ein Pro Familia Zentrum, in dem von Beratung bis zum Abbruch alles gemacht würde, hätte nicht nur vielen Frauen die weite Reise nach Dortmund, Bremen oder gar nach Holland erspart, sondern auch, wie es in den anderen SPD-Ländern der Fall ist, Signalcharakter gehabt. Und: Es wäre eine sicherere Bastion gegen das sich verschärfende Klima gewesen als zehn Arztpraxen, in denen heute vielleicht noch Abbrüche durchgeführt werden.

Doch es hat nicht sollen sein: Ganz im Stil der Bundespartei (siehe auch Artikel im letzten AK) läßt die SPD Nordrhein-Westfalen, die hier mit absoluter Mehrheit die Landesgeschäfte führen kann, lieber die Frauen im Regen stehen als sich mit der Kirche und den Konservativen anzulegen.



Auf einer Veranstaltung der Pro Familia Bielefeld letzte Woche, auf der das Projekt vorerst zu Grabe getragen wurde, erklärten Ministerialrat Affeld (in Vertretung von Gesundheitsminister Heinemann) und Ilse Ridder, Parlamentarische Staatssekretärin und Frauenbeauftragte des Landes, die Politik ihrer Partei: In NRW sei alles bestens in Ordnung, es gäbe ein ausreichendes Angebot von Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten für die Durchführung von Abtreibungen. Für die Richtlinien, die eine Trennung von Beratung und Indikation und Abbruch vorsehen, hätte man sich 1979 am Beispiel Essen entschieden. Ein interessanter Hinweis: In Essen hatte die Landesregierung 1979 im letzten Moment einen Rückzieher gemacht, nachdem Abtreibungsgegnergruppen und die katholische Kirche eine unglaublich demagogische Kampagne gegen das geplante Familienplanungszentrum der AWO gestartet hatten. Deutlicher könnte es nicht gesagt werden, wessen Interessen bei der SPD mehr Gehör finden.

Die Forderung von Pro Familia nach Änderung der Richtlinien lief ins Leere: Dadurch würde man das Klima um den § 218 nur noch mehr emotionalisieren. Warum denn diese Trennung von Beratung, Indikation und Abbruch eigentlich für gut befunden wird, war eine Frage, die immer und immer wieder aus dem Publikum an die Regierungsvertreter gestellt wurde. Die Antworten klangen wie aus CDU-Munde: Die so gewonnene Zeitspanne könne die eine oder andere Frau noch umstimmen, meinte Affeld. Und Ilse Ridder, inzwischen mit hochrotem Kopf angesichts dieser Peinlichkeit: Das Konzept „Alles unter einem Dach" schaffe Abhängigkeiten, die auf die Beratung problematische Auswirkungen haben könne. Unglaublich, aber so gesagt: Wenn ein solches Zentrum finanziell davon abhängig ist, daß es z.B. 1.500 Abbrüche pro Jahr durchführt, müßten die Beraterinnen dementsprechend viele Frauen zu einer Abtreibung beraten.

Vorstand und Mitarbeiter/innen von Pro Familia Bielefeld blieb noch festzustellen, daß sie offensichtlich viel zu naiv an die Sache herangegangen seien. Sie hätten die SPD hoffnungslos überschätzt, übrigens auch die örtliche, die auf Parteitagen finanzielle Unterstützung beschlossen und in Haushaltsverhandlungen mit der CDU gegen Gelder für Pro Familia gestimmt hätte. Und: statt sich auf eine breite Öffentlichkeitsarbeit zu konzentrieren, habe man sich an verwaltungstechnischen und juristischen Detailfragen aufgerieben.

ll.

Der flexible Saisonarbeiter

— Vorschläge für die effektive Nutzung der Arbeitskraft —

In die Auseinandersetzungen um die 35-Stundenwoche für die Metallindustrie kommt Bewegung. In dieser Woche beginnt die IG Metall mit Warnstreiks für die Durchsetzung ihrer Forderung nach 35 Arbeitsstunden in der Woche und für 5% mehr Lohn. Bereits Ende Februar hatte die Gewerkschaft im Tarifgebiet Baden-Württemberg erstmals zu einem bislang ungewohnten Kampfmittel gegriffen und einen Überstundenboykott angekündigt. Durch Einschränkung der Überstunden soll die Alternative Neueinstellungen statt Mehrarbeit verdeutlicht und gleichzeitig Druck auf die derzeitige Verhandlungssituation gemacht werden. Mehrarbeit ist laut Tarifvertrag zustimmungspflichtig durch den Betriebsrat. Ziehen die Betriebsräte mit, könnte ein solcher Boykott durchaus effektiv sein. Einen Vorgeschmack darauf liefert der Streit bei Daimler-Benz in Sindelfingen. Auf die Ablehnung der Überstunden durch den Betriebsrat reagierte Daimler mit der Klage, daß dies täglich den Produktionsausfall von 150 Personenwagen pro Tag bedeute und drohte mit der Beschäftigungslosigkeit von 1.200 Arbeitern. Drastischer kann die flexible Einsatzfunktion tariflich abgesicherter Mehrarbeit kaum beschrieben werden.

Diese angekündigte Offensive der IGM ist dringlich vor dem Hintergrund des aktuellen Vorstoßes der Metall-Unternehmer, Pflöcke für die Verhandlungen um die Arbeitszeitverkürzung einzuschlagen. Gesamtmetall hat Mitte Februar erstmalig die weitgehende Propaganda der Kapitalistenverbände für eine umfassende Flexibilisierung der Arbeitszeiten in Vertragsform gegossen und einen Verhandlungsentwurf vorgelegt (siehe nebenstehende Auszüge). Neben der Festschreibung der 38,5 Stunden pro Woche sind an diesem Vorschlag bemerkenswert: die Wiedereinführung der 6-Tagewoche, die Abschaffung des 8-Stundentags und der 40-Stundenwoche bis hin zur 50-Stundenwoche und die Ausdehnung des Flexibilisierungszeitraums von 2 auf 12 Monate. Dadurch soll eine verstärkte saisonale Bindung der Arbeitszeiten an die Auftragslage der Betriebe ermöglicht werden: Ausdehnung der Spitzenarbeitszeit in auftragsstarken Zeiten, die durch Frei-Tage bzw. kürzere Arbeitszeit vergolten wird. Zwar wird immer wieder betont, man wolle ja keinen Zwang zur Sechs-Tage-Woche für die Beschäftigten einführen, sondern nur für die Maschinen; man wolle auch nicht den Samstag zur Regel machen, sondern als Möglichkeit offenhalten. Doch ist der jetzt vorgelegte Entwurf ein schonungsloses Dokument dafür, daß es um die erhöhte Verfügbarkeit der Arbeitskraft geht, Flexibilisierung als Mittel zur Optimierung des Arbeitskräfteeinsatzes. Offenkundig ist den Vertragsschreibern auch die üblicherweise gefressene Kreide ausgegangen, mit der die Flexibilisierung sympathieheischend in den Betrieben verbreitet wird, als sie schrieben, daß die „persönlichen Bedürfnisse der einzelnen Arbeitnehmer" nur „im Rahmen" der „Anpassungserfordernis an schwankende Kapazitätsauslastungen" zu berücksichtigen sind.

Dieser Entwurf wird so keine Verabschiedungschance haben. Das wird man sich auch bei Gesamtmetall ausgerechnet haben. Er verdeutlicht aber die Option, um die der Streit gehen wird: Wie 1984 ist es nicht in erster Linie die Zahl 38,5 Stunden (1984: das „Tabu" der 40-Stundenwoche), sondern das zähe Vorantreiben der Möglichkeiten, flexiblen Arbeitskräfteeinsatzes bei erhöhten Maschinenlaufzeiten. Diesem Ziel wird auch eine durchschnittliche Wochenarbeitsstunde geopfert werden.

Die IG Metall steht vor der Situation, die Vorteile ihrer „Jahrhundertreform restlos zu verlieren, wenn das Kalkül aufgeht. Mehr als sieben Jahre hatte es gedauert, von der Diskussion um Wochenarbeitszeitverkürzung zur Aufstellung der Forderung und ihrer Teildurchsetzung zu gelangen. Die Diskussion darum war die Reaktion auf die technolgische Entwicklung und rapiden Verschleiß der Arbeitskraft. Radikale Stahlvertrauensleute bei Mannesmann forderten bereits 1978 mehr: die 28-Stunden-Woche sei die zeitgemäße Antwort auf die Entwicklung. Man mußwohl kein Prophet sein, mindestens noch einmal so viele Jahre zu veranschlagen, bis der nominelle Teil der Forderung, 35 Stunden in der Woche, durchgesetzt ist. Dann aber mit dem Haken zusätzlicher Belastungen durch Ausdehnung des Arbeitstages versehen. Sowohl 35 Stunden sofort als auch Abschaffung jeglicher Flexibilisierung in Richtung Schicht- und Wochenendarbeit sowie Ausdehnung des Achtstunden-Tages müßten dringlichstes Ziel zum Schutz der Beschäftigten sein. Ersterem dürfte in dieser Tarifrunde nur ein weiterer Zwischenschritt nähergekommen werden, letzteres voraussichtlich nur um die schlimmsten Auswüchse beschnitten werden: das tarifvertragliche Scheitern der Samstagsarbeit, die in der betrieblichen Realität allerdings seit Jahren als „Ausnahmeregelung" zunimmt.

hr.

Dokumentation

Das will der Kapitalistenverband

Die Arbeitszeitforderungen von Gesamtmetall

Am 19.2.87 hat der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg (Gesamtmetall) im Rahmen der Tarifverhandlungen um die Arbeitszeitverkürzung der IG Metall einen Entwurf für einen neuen Manteltarifvertrag vorgelegt, der einige entscheidende Veränderungen gegenüber dem bisherigen Vertrag aus dem Jahr 1984 enthält. Da dieser Entwurf u.W. bislang nirgendwo veröffentlicht wurde, dokumentieren wir nachstehend einige Auszüge daraus.

Die wesentlichen Veränderungen enthält der § 7 des Vertrages, „Regelmäßige Arbeitszeit". Sie knüpfen an den sogenannten „Flexi-Komponenten" der bestehenden Regelung an. Unverändert gültig sollen im Vorschlag die Absätze eins bis vier bleiben. Damit wäre die tarifliche Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden festgeschrieben, ebenso wie die Möglichkeit für Gruppen von Beschäftigten unterschiedliche Arbeitszeiten zwischen 37 und 40 Stunden zu vereinbaren — in diesem Fall gilt die 38,5-Stundenwoche nicht individuell, sondern im Betriebsdurchschnitt (§ 7.1.).

Als zweite Flexibilisierungskomponente soll für einzelne Gruppen auch weiterhin die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich, bis zu 46,5 Stunden wöchentlich — ohne Mehrarbeitszuschläge — möglich sein (§ 7.2.).

Völlig neu formuliert haben will Gesamtmetall die Absätze fünf bis sieben. Sie erklärten bislang die Verteilung der Arbeitszeit auf die Tage Montag bis Freitag zum Regelfall und verlangten bei unterschiedlichen Arbeitszeiten, daß sich die 38,5-Stundenwoche im Durchschnitt von zwei Monaten errechnen muß. Kernstück der nachfolgend dokumentierten Neufassung ist die potentielle Ausdehnung der Arbeitszeit auf den Samstag und die Ausdehnung des Zeitraums zur Errechnung der Wochenarbeitszeit auf 12 Monate, statt bisher zwei. Präziser als 1984 wird im neuen Entwurf das Primat der Maschinenlaufzeit vor der Arbeitszeit der Beschäftigten definiert und umfassend auf alle Bestandteile des Arbeitstags inklusive der Flexibilisierung der Pausenregelungen ausgedehnt:

„§ *7.5 Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann für den Betrieb, für einzelne Arbeitnehmergruppen oder für einzelne Arbeitnehmer durch Betriebsvereinbarung* ***gleichmäßig oder ungleichmäßig auf alle oder einzelne Werktage von Montag bis Samstag einer Woche, auf mehrere Wochen oder auf mehrere Monate*** *verteilt werden.*

Dabei muß die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ***im Durchschnitt von 12 Monaten*** *eingehalten werden.*



§ *7.6 Aus Anlaß der Neufestlegung der Arbeitszeit wird die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindert. Abweichend von der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit kann länger gearbeitet und die Differenz zwischen individueller regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit und tatsächlicher Arbeitszeit (ohne Mehrarbeit) des einzelnen Arbeitnehmers in Form freier Tage ausgeglichen werden.*

§ *7.7 Bei der Regelung der Arbeitszeit gem. §§ 7.1, 7.5 und 7.6 ist auszugehen von den betrieblichen Erfordernissen. Insbesondere sind zu berücksichtigen* ***das Anpassungserfordernis an schwankende Kapazitätsauslastungen und die Sicherung der Betriebsnutzungszeit zur Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen.*** *Die persönlichen Belange und Bedürfnisse der einzelnen Arbeitnehmer sind* ***in diesem Rahmen*** *zu berücksichtigen.*

Die zeitliche Lage freier Tage zum Ausgleich der Differenz zwischen individueller regelmäßiger wöchentlicher und tatsächlicher Arbeitszeit kann durch eine Rahmen-Betriebsvereinbarung unter Berücksichtigung der Wünsche der Arbeitnehmer so geregelt werden, daß die freien Tage alle oder zum Teil im vornhinein festgelegt werden können oder die Freizeitnahme aller oder einzelner Tage in Abstimmung zwischen dem einzelnen Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber von Fall zu Fall festgelegt werden kann. Zur Vermeidung von Störungen im Betriebsablauf muß eine möglichst gleichmäßige Anwesenheit der Arbeitnehmer und die Sicherung der betrieblichen Funktion gewährleistet sein.

Zur Sicherung eines kontinuierlichen Einsatzes der Betriebsmittel im Rahmen der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung sollen Lage und Organisation der Pausen so geregelt werden, daß während dieser Zeit die Betriebsmittelzeit nicht unterbrochen und eine möglichst gute Nutzung von Maschinen und Anlagen gewährleistet ist.

Ablaufbedingte Wartezeiten können auf die tarifliche Erholzeit angerechnet werden.

Der kontinuierliche Einsatz von Betriebsmitteln während Arbeitsunterbrechungen (z.B. AZO-Pausen und tarifliche Erholzeit) kann durch organisatorische Maßnahmen wie Gruppenarbeit, Einsatz von Ablösern, versetzte Pausennahme, Mehrstellenarbeit oder Pufferung am Band sichergestellt werden.

Die Erholzeitnahme durch den Einzelnen ist zu gewährleisten. Der Erholungszweck darf nicht beeinträchtigt werden."

(Hervorhebungen vom Verf.).

Kühnens Ausstieg war nur von kurzer Dauer

Nazis, Neonazis und Homosexualität

,,Das Privatleben von Kameraden geht die Bewegung nichts an"

Am 30. Juni 1934 entledigte sich die NS-Führung der Spitze ihrer Kampftruppe SA. Die Herren waren untereinander uneins geworden. Das Problem wurde durch die Erschießung des ,,Stabschefs" Röhm u.a. erledigt. Bei der Gelegenheit brachte man auch noch einige weitere bürgerliche Politiker um, weil man schon mal dabei war. Zur Rechtfertigung verwies man damals darauf, daß einige der Erschossenen — wie Röhm selbst — homosexuell gewesen seien, was dem ,,deutschen Volkskörper" abträglich sei. Später verpaßte das NS-Regime Schwulen den ,,Rosa Winkel" und steckte sie ins Konzentrationslager (die homosexuelle Naziprominenz war natürlich ausgenommen). Das Verhältnis zwischen Nazismus und Homosexualität war damit geklärt. Oder?

Inzwischen gibt es in der Nazi-Szene der Bundesrepublik eine neue Auseinandersetzung über das Thema, in deren Zentrum der Führer dieser Bande, Michael Kühnen, steht. Diese Debatte steht im merkwürdigen Kontrast zum gegenwärtigen Lieblingsthema der bürgerlichen Rechten, die beim Thema AIDS mal wieder das ,,Aussondern" einer Minderheit von ,,Schädlingen der Volksgesundheit" propagiert.

Putsch bei den Nazis?

Am 19.7.1986 beschloß ein Treffen der Kühnen-Organisation ,,Neue Front", künftig verstärkt gegen Schwule innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen vorzugehen. Konkret sollte das heißen, daß derjenige, ,,*der sich also mit Schwulen einläßt oder ihnen die Möglichkeit gibt, sich in unsere Gesinnungsgemeinschaft einzuschleichen, sich des Verrats schuldig macht und nicht mehr unser Kamerad ist.*" (zit. nach ,,Siegessäule", Berlins Monatsblatt für Schwule, November 1986, S. 6). Anfang September 1986 wurde daraufhin von Frankreich aus eine ,,Austrittserklärung" Michael Kühnens aus seiner Truppe verbreitet.

,,*Nationalsozialismus und Homosexualität*", soll das 60seitige Papier heißen, das uns nicht im Wortlaut, sondern nur in Auszügen vorliegt. Gewidmet ist es Johannes Bügner, ,,dem Blutzeugen unserer Bewegung", der 1981 von seinen eigenen NS-Kumpanen umgebracht wurde, wobei nicht auszuschließen ist, daß eines der Motive der Täter Schwulenhaß war.

Kühnens ,,Ausstieg" war von kurzer Dauer. Bereits im Oktober 1986 verkündete sein Blättchen ,,Die Neue Front": ,,*Michael Kühnen ist entgegen früheren Verlautbarungen doch wieder bereit, aktiv in den Kampf einzugreifen.*" Und ergebene Gefolgsleute habe er auch, wie aufgelistet wird:

,,*1. Die Wiener Kameradschaft unter ihrem Kfhr. Marcks stellt sich hinter Michael Kühnen ...*
4. Die alte, treue Garde der Frankfurter Kameraden bleibt, wo sie immer stand: Hinter Michael Kühnen ...
6. Die Kameraden der ANS-Libanon schicken Michael Kühnen ein überwältigendes Treuebekenntnis hinter die Kerkermauern."

Der Unvereinbarkeitsbeschluß gegen Homosexuelle wird als Putsch dargestellt und die intellektuellen Fähigkeiten (wenn man denn von so etwas überhaupt sprechen kann) der Kühnen-Gegner werden ins schlechteste Licht gerückt: ,,*Mosler kann vielleicht Postkarten und möglicherweise Briefe schreiben, aber die Bücher und grundsätzlichen politisch richtungsweisender Abhandlungen, die schreibt immer noch Kühnen.*" Und zwar nach Vorbild ,,seines Führers" im Knast.

Offenkundig ist es Kühnen gelungen, mit seiner ,,Austrittserklärung" den überwiegenden Teil seiner Leute an sich zu binden und seine Gegner auszutricksen. Das ganze sieht nach einem taktischen Schachzug und nicht nach einem (vorübergehenden) ernstgemeinten Rückzug aus der ,,Bewegung" aus.

Kühnens neue Theorie

Kühnens ,,Theorien" sind genauso bescheuert wie die seines Vorbilds aus Braunau am Inn. Er widmet sich erst einmal den Unterschieden des Gefühlslebens von Mann und Frau: ,,*Im Gefühlsleben der Frau ... ist die Liebe wohl von einem weiterentwickelten Brutpflegeinstinkt ausgegangen ... So wird die Frau zur Seele der Familie, die ihren Sinn und Wert aus ihrem Kind herleitet ... Entsprechend der Natur des Mannes, der von Anfang an viel stärker Kulturwesen ist, da seine biologische Funktion der Zeugung ihn weitaus weniger ausfüllt und prägt als die Frau ihre Funktion des Gebärens und der Aufzucht der Kinder, äußert sich bei ihm Hingabebereitschaft völlig anders: sie bindet sich völlig an das Leben der Sippe, der Horde oder des Stammes.*" (zitiert nach ,,Siegessäule", a.a.O.)

bei ihm Hingabebereitschaft völlig anders: sie bindet sich völlig an das Leben der Sippe, der Horde oder des Stammes." (zitiert nach ,,Siegessäule", a.a.O.)

Frauen sind langweilig — da guckt man sich eben in der ,,Horde" um und bringt sich ein: ,,*Die Sexualität des Mannes ist offen, nicht zielgerichtet, nur zu einem kleinen Teil natürlich beansprucht und im übrigen in den Dienst der Kulturentwicklung zu stellen.*" Und diese ,,Kulturentwicklung" vollzieht sich im ,,Männerbund": z.B. durch ,,*die sexuelle Beziehung zu anderen Männern oder geschlechtsreifen Knaben, zur Festigung und Vertiefung eines kultur- und staatstragenden Männerbundes.*" (ebd.)

In seiner Schrift greift er dann offenbar reichlich in die Geschichte, verweist zum Beispiel auf die ,,Männerbündelei" der Führung der katholischen Kirche oder auf spartanische Krieger. Nun bleibt nur noch ein heikler Punkt zu meistern: Die offizielle Haltung des NS-Regimes zur Homosexualität. Hier scheinen zwei Argumentationslinien verfolgt zu werden. Die eine heißt, hinterher sei man immer schlauer. ,,*Das Dritte Reich ist schließlich gescheitert ... spätestens der Zusammenbruch 1945 (bewies), daß heterosexuelle Beziehungen einen Männerbund kaum innerlich festigen können.*" (zit. nach ,,taz" vom 13.10.1986) ,,*Als der Zusammenbruch kam, reagierten allzu viele (Naziführer) darauf nicht als Angehörige eines nur der Idee und der Gemeinschaft verpflichteten Ordens, sondern mit einer durchaus bürgerlichen Panik und persönlichen Rettungsversuchen.*" (zit. nach ,,Siegessäule", a.a.O.) Mit schwulen Führern wäre das nicht passiert, meint Kühnen wohl.

Schwule Nazis leben gefährlich

Eine zweite Argumentation verweist darauf, daß das NSDAP-Programm zunächst Homosexualität nicht verboten habe und kommt dann auf das Verhältnis Hitlers zu seinem schwulen Angestellten Röhm zu sprechen. ,,Die Neue Front" vom Oktober 1986 veröffentlicht ganzseitig den Wortlaut eines Dankestelegramms Hitlers an Ernst Röhm zum Neujahr 1931, in dem er erklärt, wie sehr er dem Schicksal dankbar sei, ,,*solche Männer wie Dich als meine Freunde und Kampfgenossen bezeichnen zu dürfen.*" Ergänzt wird die Veröffentlichung durch den Hinweis, daß Hitler ,,seit Jahren" über die ,,angebliche Homosexualität" Röhms informiert war. Die Schiene, auf der der Kühnensche Argumentationszug fahren soll, ist nicht neu: Hitler habe 1934 nur widerwillig seinen Freund Röhm ,,geopfert", um sein Reich zu retten. Er habe Forderungen der Wehrmacht und der Industrie nachgeben müssen, die sich vor der ,,Zweiten Revolution" des ,,linken NSDAP-Flügels" fürchteten. Dazu haben schon andere Historiker ganz rührselige Geschichten verbreitet, z.B. über den bei der Vollzugsmeldung über die Erschießung Röhms in Tränen ausbrechenden Hitler.



Mit erhobener Rechten sangen Michael Kühnen (Mitte) und seine Kameraden Nazilieder auf der Maifeier der ,,Aktionsfront Nationaler Sozialisten" 1983 in Bad Bergzabern.

Tatsächlich sind Röhm und andere SA-Größen 1934 nicht erschossen worden, weil sie schwul waren. Ihre Homosexualität war ein willkommener Vorwand. Andere schwule Nazi-Funktionäre blieben bis 1945 in ihren Ämtern.

Der praktische Umgang des deutschen Nationalsozialismus mit der Homosexualität war zwiespältig. Einerseits gehörte ,,Männerbündelei", ,,Männerkameradschaft" in den Nazi-Truppen zu Tragpfeilern des Systems, genauso wie die Geringschätzung der Frau als Gebärmaschine. Daran

seits gehörte ,,Männerbündelei", ,,Männerkameradschaft" in den Nazi-Truppen zu Tragpfeilern des Systems, genauso wie die Geringschätzung der Frau als Gebärmaschine. Daran

knüpft Kühnen ja auch an.

Andererseits paßt die Homosexualität nicht in die nazistische Ideologie der ,,Volksgesundheit" — die jedes ,,Abartige" ausschließt — und den Mythos von der ,,deutschen Familie". So nimmt es nicht Wunder, daß Schwule neben anderen ,,Volksschädlingen" in den KZs landeten und die Strafen, die der § 175 Strafgesetzbuch für männliche Homosexualität vorsah, drastisch verschärft wurden (was teilweise auch noch in den ersten 20 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik weiter galt).

Für die Nazigrößen selbst war — wie die Westberliner Pädagogen Liebel und Lessing schreiben — Homosexualität ,,*erlaubt und verboten zugleich und damit ein Herrschaftsmittel für diejenigen, die damals über Leben und Tod entschieden.*" (Nachwort zu Hans Siemsen, Die Geschichte des Hitlerjungen Adolf Goers, Westberlin, 1981, S. 228) Wenn sie denn gebraucht wurde, um Personen im Machtpoker innerhalb des Systems auszuschalten, wurde sie gebrandmarkt. Nicht immer mit so tödlicher Konsequenz wie für Ernst Röhm; der Wehrmachtsgeneraloberst Fritsch wurde 1938 nicht erschossen, nachdem man ihm eine nie stattgefundene Affäre mit einem jungen Mann angedichtet hatte, sondern nur in den Ruhestand befördert. Er suchte später — ganz deutscher Offizier — in der ,,Schlacht um Warschau" angeblich den ,,Heldentod". Ansonsten blieben die ,,Bettgeschichten" der Nazigrößen — einer frühen Forderung Hitlers entsprechend — im verborgenen. Diese Forderung nimmt Kühnen übrigens auch wieder auf: ,,*Fragen privater Moral und des Privatlebens von Kameraden gehen die Bewegung nichts an. Wir verstehen uns nicht als lebensreformerische Sekte, sondern als revolutionäre Kampfgemeinschaft.*" (,,Die Neue Front", Oktober 1986)

Die Auseinandersetzung zwischen Kühnen und seinen ,,Kameraden" ist also nicht gerade ungewöhnlich für eine Nazi-Bewegung — aber unseres Wissens nach der erste Fall, in dem der schwule Nazi sich vorerst durchgesetzt hat.

Ist ein schwuler Nazi-Führer eine Sensation?

Kühnens Erklärung hat einige Aufmerksamkeit gefunden in der Schwulenpresse (und — s.o. — auch in der ,,taz"). Ein solcher Vorstoß von ganz rechts zum Thema hat natürlich auch seinen Neuigkeitswert.

Zudem gibt es Berührungspunkte zwischen einer gewissen Schwulenszene, die dem Männlichkeitswahn, verbunden mit einer Vorliebe für Leder, Sadomasochismus u.ä. besonders frönt, und dem Neonazismus mit seiner Männerbündelei, der einigen Freiraum für das politisch begründete Ausleben dieser privater Vorlieben bietet. Das macht das Thema sicherlich für Schwulenzeitschriften interessant. Der französische Vertreiber von Kühnens Pamphlet, Michel Caignet, der sich selbst als schwuler Nazi bekennt (,,Siegessäule", a.a.O.), verbreitet für interessierte Schwulenkreise die Zeitschrift ,,Gaie France" (nach Angeben der ,,taz" vom 13.10.1986), die eine eindeutig faschistische Tendenz hat. Diesem Caignet wiederum gab das inzwischen eingestellte alternative französische Schwulenblatt ,,Masques" die Gelegenheit, vor den Parlamentswahlen 1986 die neonazistische Haltung

schen eingestellte alternative französische Schwulenblatt ,,Masques" die Gelegenheit, vor den Parlamentswahlen 1986 die neonazistische Haltung

zur ,,Minderheitenfrage" darzulegen. Das mag etwas mit Toleranz zu tun haben, für die in Frankreich vielleicht andere Maßstäbe herrschen. Kühnens Bekenntnis als Nazi zur Homosexualität ist also offenkundig ein Einzelfall.

Diese Zeitung hat sich vor etwa 10 Jahren einmal fürchterlich in die Nesseln gesetzt, als in einem kleinen Artikel behauptet wurde, Neonazis würden sich in Hamburg St. Georg in einer ,,Schwulenkneipe" treffen. Die schwulen Mitglieder des KB waren empört, in Nazinähe gerückt zu werden, wie sie meinten. Der Verfasser des Artikelchens damals hatte wohl nicht weiter nachgedacht, welche Komplikationen diese Verbindung nach sich ziehen würde. Daß jetzt Kühnen sich zur Homosexualität bekennt, ist keine späte Rechtfertigung für den Fehlgriff damals.

Ein schwuler Nazi ist keine Sensation. Daß sich einer dazu bekennt und theoretisiert, ist schon ungewöhnlicher. Kühnen wird dadurch keinen Deut ,,besser" oder ,,mieser". Tucholsky schrieb 1932 über die öffentlichen Gerüchte um Röhms Homosexualität: ,,*Durch die radikale Links-Presse gehen seit einiger Zeit Anschuldigungen, Witze, Hiebe auf den Hauptmann Röhm, einen Angestellten der Hitlerbewegung ... Ich halte diese Angriffe gegen den Mann nicht für sauber. Gegen Hitler und seine Leute ist jedes Mittel gut genug ... Ich schrecke in diesem Fall auch nicht vor dem Privatleben der Beteiligten zurück — immer feste! Aber das da geht zu weit — es geht unseretwegen zu weit. Zunächst sollte man seinen Gegner nicht im Bett aufsuchen. Das einzige, was erlaubt wäre, ist: auf jene Auslassungen der Nazis hinzuweisen, in denen sie sich mit den orientalischen Lastern der Nachkriegszeit befassen, als seien Homosexualität, Tribadie und ähnliches von den Russen erfunden worden, die es in das edle, unverdorbene deutsche Volk eingeschleppt haben ... Doch wollen mir die Witze über Röhm nicht gut schmecken. Seine Veranlagung widerlegt den Mann gar nicht ... Wir bekämpfen den schändlichen Paragraphen Hundertundfünfundsiebzig, wo wir nur können; also dürfen wir auch nicht in den Chor jener miteinstimmen, die einen Mann deshalb ächten wollen, weil er homosexuell ist.*" (,,Röhm", Weltbühne vom 26.4.1932, zit. nach Tucholsky, Gesammelte Werke, Bd. 10, S. 69f.)

Umgekehrt gilt es natürlich genauso: Irgendwelche schwule oder liberale Toleranz gegenüber homosexuellen Nazis wäre auch unangebracht.

h., j., Hamburg

leranz gegenüber homosexuellen Nazis wäre auch unangebracht.

h., j., Hamburg

Neue Umtriebe der ,,Gesellschaft für

Neue Umtriebe der ,,Gesellschaft für Menschenrechte"

Vom 13. — 15.3. findet in Königstein bei Frankfurt die Jahreshauptversammlung der ,,Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte", kurz IGFM, statt. Dahinter verbirgt sich eine Sammlung reaktionärer Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Hochschule und Kirche mit guten Verbindungen zu Geheimdiensten, antikommunistischen Organisationen, Faschisten und Terrorgruppen. 1985 riefen u.a. Mitglieder der IGFM den US-Kongreß in einer Anzeige der ,,Resistance International" zur Unterstützung der anti-sandinistischen Contra auf; 1986 erschien eine Anzeige der IGFM gegen Wirtschaftsboykotte des Apartheidregimes. Aktuell haben sie in Frankfurt mit einer großangelegten Kampagne begonnen unter dem Motto ,,Wir klagen an. Afghanistan stirbt" — jetzt, wo immer deutlicher wird, wer für die Fortsetzung des Krieges dort verantwortlich ist. Die IGFM ist u.a. auch eng verbunden mit der antikommunistischen Weltliga (WACL) des Ex-US Generals Singlaub. Dieser war gemeinsam mit der ehem. UN-Botschafterin der USA, Jean Kirkpatrick (Ehrenpräsidentin der US-Sektion von IGFM), der Initiator der Sammlung ,,privater" Spenden für die Contra. Gegen das IGFM-Treffen findet am 14.3. (Samstag) um 8.30 Uhr eine Demonstration und Kundgebung statt, zu der die Mittelamerika-Gruppe Frankfurt aufgerufen hat. Ort: Königsteiner Anstalten.

D., HH

Anmerkung
(Das Info-Büro Wuppertal hat eine neue Dokumentation über die IGFM herausgebracht.)

Was? Wann? Wo?

AK-Nachschlagewerk

15 Jahre erscheint der ARBEITERKAMPF. Pünktlich zu diesem Jubiläum bieten wir dem langjährigen ,,Arbeiterkampf"-Leser und neuen Interessierten hier einen einmaligen Service an: Eine vollständige Liste aller Artikel zum Thema Militarismus/Antimilitarismus in 15 Jahren AK-Erscheinen. Außerdem umfaßt dieses Register die zentralen Artikel über Imperialismus und Weltwirtschaft, Interventionen, Putsche, Kriege und zu wichtigen politischen Entwicklungen in der Welt, sei es 1973 in Chile, zur Nelkenrevolution in Portugal oder heute zu den Philippinen oder zur Geschichte. Rund 2.500 AK-Artikel sind in diesem Register ein- bis fünfmal in verschiedenen Rubriken aufgeführt. Man findet ab 1974/75 den Begriff vom ,,Marsch in den 3.Weltkrieg" und eine detailierte Beschreibung der geplanten Rüstungsmaßnahmen von den atomaren Zielwaffen bis hin zur Interventionstruppe, die Anfang der 80er Jahre unter Reagan verwirklicht wurden und zur Friedensbewegung führten. Die Friedensbewegung hat einen breiten Raum in der AK-Berichterstattung und jetzt im Register eingenommen. Nicht nur deren Aktionen, sondern auch die wahrscheinlich vollständigste Liste über Proteste gegen Rekruten-Vereidigungen oder die Protestbewegung der Zivildienstleistenden in den 70er Jahren, der Wiederbeginn des DGB mit dem Antikriegstag ist hier wieder aufzufinden.

Dem alten AK-Leser und insbesondere dem Antimil-Interessierten brauchen wir sicherlich den Nutzen eines solchen AK-Registers nicht weiter zu erklären, bisher war es unendlich schwer, alte Artikel wiederzufinden, hier findet ihr AK-Nummer, Datum und Seite im Register unter den entsprechenden Schlagwörtern.

Die Herausgabe eines dicken Buches ist bei (vergleichsweise) niedriger Auflage nicht billig, wir wollen aber mit dem Preis auf jeden Fall die entstanden Kosten decken können und halten dies auch bei einem solchen Nutzgegenstand für angemessen.

Wer über den Gebrauch dieses Registers ins Nachlesen gerät und feststellt, daß er alte AK-Ausgaben nicht mehr und noch nicht besaß, dem sei hier gesagt, daß sehr viele Ausgaben davon immer noch (zum alten Preis) bei uns bezogen werden können. Gegen eine entsprechende Vorauskasse bekommt ihr die AKs geschickt, notfalls werfen wir den Kopier an, wenn ihr uns schreibt, welche Artikel ihr braucht.

Umfang: 196 Seiten DIN A5,
Preis: DM 15.-
Konto:
Postgiroamt Hamburg 27175-203

"... obgleich die Wahrheit nicht so sicher ist"

Pierre Juquin, ehemaliger Parteisprecher und ZK-Mitglied der KPF, greift die gesellschaftliche Isolierung der KPF an

Überraschend hatten wir am 20.2. in Bonn Gelegenheit, mit einem der Sprecher der neuen KPF-Opposition zusammenzutreffen. Nach dem „Spiegel" im AK: Unser Gespräch mit Pierre Juquin verlief kontroverser, aber, wie es früher so erbaulich hieß, in offener und freundschaftlicher Atmosphäre.

AK: Der Vorsitzende der KPF, George Marchais, hat erklärt, die Mitglieder der Partei würden sich immer besser und immer wohler fühlen. Die KPF habe zur Zeit über 600.000 Mitglieder, könne also wieder einen Zuwachs verzeichnen. Stimmt das? Wie ist der reale Zustand der Partei Ihrer Meinung nach?

PIERRE JUQUIN: Das stimmt nicht.

Diese Frage war anscheinend einfach zu beantworten.

Zunächst einmal fühlen sich sehr viele Kommunisten in ihrer Partei sehr schlecht. Denn diese Partei steckt einerseits in einem Prozeß des stetigen



Pierre Juquin



Pierre Juquin

Untergangs. Andererseits stößt die Diskussion in der Kommunistischen Partei Frankreichs auf sehr große Hindernisse, die ich kurz als stalinistische, archaische Hindernisse bezeichnen will. Zweitens liegt die Mitgliederzahl unserer Partei wahrscheinlich unter 300.000 Mitgliedern. Daraus ergibt sich eine praktische Frage. Unser Parteitag findet Anfang Dezember statt und er wird aufgrund einer doppelten Mitgliederzahl organisiert, was eine typisch sozialdemokratische Methode ist. Im großen Ganzen könnte man - natürlich mit zeitlichen und nationalen Differenzen - sehr viele Texte von Rosa Luxemburg auf unsere Partei anwenden, Texte, die sie im Hinblick auf die Dekadenz der SPD in Berlin vor dem ersten Weltkrieg verfaßt hat. Eine scharfe Kritik, weil die KPF immer bürokratischer und im Grunde genommen immer sozialdemokratischer wird.

Der vermutliche Präsidentschaftskandidat der KPF, Lajoinie, hat kürzlich erklärt, „mit diesen Leuten" — damit meinte er Sie und Ihre Weggenossen — könne es „keine Kohabitation" innerhalb der Partei geben. Das klingt, als ob man auf dem Kongreß eine Säuberung beabsichtigt. Haben Sie diese Einschätzung bzw. was sind Ihre Befürchtungen?

Die Säuberung ist schon im Gang. Sie läuft. Und mit der Säuberung hängt ein anderer gefährlicher Prozeß zusammen, nämlich der Prozeß der Ausblutung der Partei. Sehr viele Kommunisten sind keine Mitglieder der Partei mehr. Wenn alle Kommunisten, die die Partei seit einigen Jahren verlassen haben, noch da wären, dann hätten wir eine übergroße Mehrheit in der Partei. Das ist für uns eine besonders heikle Frage. Wir wollen natürlich den Kampf innerhalb der Partei weiterführen, aber andererseits wollen wir die hunderttausende von Genossen, die keine Mitglieder mehr sind, nicht im Stich lassen, weil wir sie später nicht mehr finden werden. Manche sind sehr ärgerlich, halb verzweifelt und sie tun nichts mehr. In ihrem Gram wenden sie sich ab, wissen nicht, wo aus noch ein und es sind trotzdem sehr gute Kräfte — Desperados. Daraus entsteht die besondere Schwierigkeit, die wir haben, nämlich zur gleichen Zeit innerhalb und außerhalb der Partei zu kämpfen und uns sogar innerhalb und außerhalb der Partei zu organisieren.

Solche oppositionellen Ansätze innerhalb der KPF hat es schon öfter gegeben.

Nein.

Es hat schon immer Opposition gegeben.

Aber eine solche noch nie.

Was unterscheidet sie dann von früheren Ansätzen?

Erstens dauert sie sehr lange, sie entwickelt sich, sie verbreitet sich im ganzen Land. Sie ist nicht nur eine Opposition der Intellektuellen, sondern in den größten Fabriken von Frankreich — Michelin, Renault, Peugeot usw., bei den Bergarbeitern — haben wir sehr starke Gruppen. Also handelt es sich um eine Opposition in der ganzen Partei. Es ist schwer, ihren Umfang quantitativ abzuschätzen; sagen wir: ungefähr ein Drittel der Parteimitglieder. Aber es besteht die Gefahr, daß sich diese Opposition quantitativ reduziert, weil sehr viele kritische Kommunisten jetzt außerhalb der Partei stehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß das Politbüro und der Generalsekretär Marchais bis Anfang dieses Jahres viel vorsichtiger gewesen sind als jetzt im Hinblick auf die sog. „Liquidatoren". Davon haben sie kaum gesprochen. Man konnte sogar meinen, daß der Kongreß ein sehr unklarer Kongreß werden könnte. Aber Anfang Januar tagte das Politbüro und beschloß, zum Angriff überzugehen. Warum? Weil diese sozialen Bewegungen in Frankreich stattgefunden haben: Studenten, Abiturienten, Eisenbahner u.a. Da die Führung der Partei glaubt, daß die französische Gesellschaft ununterbrochen und auf lange

Januar tagte das Politbüro und beschloß, zum Angriff überzugehen. Warum? Weil diese sozialen Bewegungen in Frankreich stattgefunden haben: Studenten, Abiturienten, Eisenbahner u.a. Da die Führung der Partei glaubt, daß die französische Gesellschaft ununterbrochen und auf lange

Dauer, auf lange Sicht nach rechts gleitet — „glisme à droite" —, kann sie diese Meinung jetzt nicht mehr so klar und deutlich vertreten, weil es einfach falsch ist. Es entspricht nicht der Wirklichkeit. Obgleich diese Bewegungen recht konfus sind, sind sie sehr antiautoritär und werden in Westdeutschland, übrigens auch bei den Grünen, sehr unterschätzt. Die Führung der Partei muß deshalb gegen ihre Kritiker Repression anwenden.

Sie meinen, daß von den Bewegungen des letzten Herbstes Impulse in die KPF gekommen sind und daß es der Parteiführung jetzt darum geht, unkontrollierte Entwicklungen einzudämmen?

Ja, man will das bremsen.

Stimmt es, daß die ersten Streikaktionen zwar von Mitgliedern der CGT initiiert, aber zunächst nicht offiziell von der Gewerkschaft unterstützt wurden?

Das ist nur das, was man von außen sehen konnte. Denn ich weiß, daß im Politbüro sehr scharf über diese Streiks diskutiert wurde. Marchais und die Mehrheit vertraten die folgende Linie: Die Gesellschaft gleitet nach rechts; wenn wir diese Bewegungen unterstützen und entwickeln, dann arbeiten wir für Mittèrrand, für die Sozialdemokraten. Ja, so war das. Man kann sich nur schwer vorstellen, was in den Köpfen dieser Genossen vor sich geht, wenn man aus dem Auge verliert, daß für sie die Verteidigung des Apparats und der Partei als Organisation an und für sich die Hauptsache ist. Sie hängen der unglaublichen Theorie an, eines Tages werde die Geschichte in einer Art Pendelbewegung die Gesellschaft wieder nach links treiben und dann werde man wieder etwas tun können. Natürlich impliziert das, daß die Sowjetunion so stark ist, daß sie die westeuropäische Gesellschaft beeinflussen kann. Und dann, glauben sie, verfügen wir über diese militante Armee, die wir bis dahin sozusagen tiefgekühlt behalten müssen.

Ist es nicht ein bißchen komplizierter? Die KPF hat sich gegenüber der Jugendbewegung diesmal schon anders verhalten als im Mai '68...

Taktisch — ja.

Die CGT hat die Aktionen als einzige Gewerkschaft unterstützt.

Das war leichter als '68. Zunächst einmal müssen sie natürlich nicht alles verlieren. Und zweitens war es viel leichter, weil die KPF jetzt unglaubwürdig ist. Sie spielte keine Rolle in dieser Bewegung. In der CGT sind dagegen die kommunistischen Reformatoren sehr stark. Das ist etwas ganz anderes.

Mit der Kompliziertheit der Situation meinte ich auch das, was Sie über die gesellschaftliche Entwicklung behaupten, z.B. Ablehnung von Autoritäten und Hierachien, Distanz zum Staat und Ihre Einschätzung, daß dies zunimmt. Einerseits haben Sie sicher recht, was die Protestbewegungen angeht. Andererseits sind 10% für Le Pen oder eine Mehrheit für die Chirac/Pasqua-Regierung nicht gerade ein Symptom für Antiautoritarismus in der Gesellschaft. Ich meine damit, man hat es auch mit Gegenströmungen zu tun.

Das ist klar. Das heißt Klassenkampf.

Ist es nicht ein bißchen umgekehrte Schwarz-Weiß-Malerei, einfach zu sagen, die KPF-Analyse einer Rechtswende ist völlig falsch?

Doch, sie ist völlig falsch.

Wie analysieren Sie dann den Zuwachs für Faschisten und Rechtsextremisten in Frankreich?

Die Rechtsextremisten werden scharf bekämpft, zum Beispiel von SOS Racisme. Das ist eine sehr starke und weit verbreitete Bewegung. Es ist nicht so klar, daß alle, die für Chirac oder Barre wählen, auch vom Neoliberalismus überzeugt sind. Sie sind enttäuscht, sie sehen keine Perspektive. Im Grunde genommen schöpfen die rechten Parteien ihre Kraft aus dem Mangel an glaubwürdigen Antworten der Linken auf die Krise der Gesellschaft. Der Neoliberalismus ist keine wirklich überzeugende Kraft. Aber ebensowie in Großbritannien usw. haben die Linkskräfte noch keine glaubwürdige, realistische, revolutionäre Perspektive erarbeitet. Man muß zugeben, daß uns das Finden der richtigen Antworten auf die Krise sehr schwer fällt, auf die Energiekrise, auf die Krise der Produktivkräfte, auf die Krise der Kultur und Zivilisation. Aber das müssen wir tun, das ist unsere Aufgabe.

Kommen wir zu den wichtigsten Inhalten der Gruppe der Renovateurs in der KPF, die Sie jetzt in einem Manifest publizieren wollen. Was steht für sie im Mittelpunkt?

Das sogenannte Manifest mit dem Titel „La Rèvolution, camèrades!" zerfällt in vier oder fünf Teile. Erstens eine Selbstdefinition, eine sehr deutliche Behauptung der kommunistischen Identität, der kommunistischen Werte, des Marxismus — nicht als Dogma, sondern als wissenschaftliche Methode — des Klassenkampfs, der Revolution. Zweitens stellen wir fest, daß es diese neuen Bewegungen in der französischen Gesellschaft gibt, natürlich sind sie zum Teil unheimlich widersprüchlich, aber der Maulwurf der Geschichte wühlt in der französischen Gesellschaft und diese Bewegungen bringen manche Werte zum Ausdruck, die zum Kommunismus tendieren. Zum Beispiel Gleichheit oder, wie Marx selbst im Kommunistischen Manifest sagt, die freie Entfaltung jedes Individuums als Bedingung der freien Entfaltung der ganzen Gesellschaft und nicht umgekehrt — nicht zunächst das Kollektive, sondern zunächst das Individuelle — dann Solidarität mit der Dritten Welt, mit den Gastarbeitern, mit den Armen oder Solidarität zwischen den verschiedenen Branchen oder Solidarität der Studenten und der Arbeiter. Diese Werte bringen die Bewegungen vielleicht nur tendenziell hervor, dennoch ist das sehr wichtig. Drittens stellen wir fest, daß die Kommunistische Partei in dieser Lage untergeht, zwar langsam, kompliziert, aber in jeder politischen Situation, bei jeder politischen Figur verliert die Partei an Stimmen, verliert sie an Mitgliedern, verliert die Parteipresse Leser usw. Innerhalb der Partei ist ein Zersetzungsprozeß im Gang, auch in der Führung der Partei, wo es zum ersten Mal zu individuellen oder Clan-Kämpfen gekommen ist. Die Partei hat keine klare Linie. Zum Beispiel hat sie vor zwei Tagen auf einen Angriff der Sozialisten geantwortet, bei den Präsidentschaftswahlen werden wir unsere originäre Linie haben, aber bei den Kommunalwahlen liegt es ganz anders. Das sind nur taktische Feinheiten, eine schlechte Politik, ein Zick-Zack.

Wir untersuchen natürlich die Ursachen dieses Niedergangs: In der Art und Weise, wie die Partei denkt und arbeitet. Die Partei hat sich durch ihren Dogmatismus, ihren Stalinismus, ihre Archaismen selbst immer mehr von der Gesellschaft entfernt, von ihr getrennt. Es klafft eine tiefe Kluft zwischen Partei und Gesellschaft. Zum Glück bleibt die CGT und bleiben noch viele Städteverwaltungen. Auf diesem Weg haben wir noch Kontakt und Berührung zu der Gesellschaft.

Viertens beschreiben wir die Situation und die Entwicklung der Sozialistischen Partei und zeigen, daß wir mit der sozialdemokratischen Politik keinen Ausweg finden können. Viele linksgerichtete Franzosen sind von dieser Partei enttäuscht, auch viele, die in letzter Instanz dieser Partei ihre Stimme geben. Aber sie sind mit dieser Partei und dieser Wahl nicht zufrieden.

stischen Partei und zeigen, daß wir mit der sozialdemokratischen Politik keinen Ausweg finden können. Viele linksgerichtete Franzosen sind von dieser Partei enttäuscht, auch viele, die in letzter Instanz dieser Partei ihre Stimme geben. Aber sie sind mit dieser Partei und dieser Wahl nicht zufrieden.

Also ist ein politischer Spielraum vorhanden. Ob wir dazu fähig sind, diesen politischen Raum sozusagen zu besetzen, ist fraglich. Aber wir sehen es als unsere Aufgabe an, eine Alternative für dieses Spektrum vorzuschlagen. Wir schlagen also vor, innerhalb und außerhalb der Partei eine Debatte mit allen diesen Kräften, die zur Zeit auf verschiedene Art und Weise in Bewegung sind, die einen Ausweg suchen, zu führen. Wir schlagen vor, über die Grundprobleme zu diskutieren. Es gibt noch etwas sehr wichtiges in der heutigen französischen Situation, nämlich ob Frankreich noch ein aufgeklärtes Land, das Land der Aufklärung ist. In Frankreich ist die politische Debatte auf einem sehr niedrigen Niveau. Sie ist engstirnig und im schlechten, traditionellsten Sinne des Wortes rein politisch, wenn man z.B. die Greenpeace-Affäre nimmt oder...

Verteidigung...

Verteidigung oder Energie und Arbeitslosigkeit, Europa usw. Also schlagen wir vor, eine breite und möglichst tiefe Debatte zu organisieren. Innerhalb und außerhalb der Partei. Mit allen Kräften, die es sich wünschen, eine Perspektive gemeinsam zu erarbeiten. Ob es gelingt, diese Debatte zu entwickeln, und — das Wichtigste dabei — ob diese Debatte zu einer klaren Perspektive führen kann, wissen wir noch nicht. Aber es scheint mir möglich zu sein. Es ist auf jeden Fall unsere Aufgabe und was wir organisieren können.

Sie wollen eine Veranstaltungsreihe durchführen. Haben Sie damit schon angefangen? Wer kommt dahin, welche Frage werden an Sie gestellt, welche Erwartungen? Zweitens: Auf welche Kräfte außerhalb der KPF möchten Sie sich stützen, mit wem möchten Sie zusammenarbeiten?

Zunächst zur zweiten Frage: Wenn wir von Kräften sprechen, meinen wir das

Fortsetzung nächste Seite

66 Jahre KPF und jetzt: „COCORECO"

66 Jahre KPF und jetzt: „COCORECO"

Nur eine geringfügige Abwandlung des bekannten Schreis des gallischen Hahns bezeichnet das Koordinationskomitee der kommunistischen Erneuerer, „collectif de coordination des rénovateurs communistes".

Bei ihrem Treffen vom 31. Januar in Paris vertraten die kommunistischen Erneuerer noch 15 Föderationen der KPF auf departementaler Ebene; mittlerweile vertreten sie 30 Departements: Ain, Allier, Alpes-Maritimes, Bouches-du-Rhône, Cher, Drôme, Essonne, Finistère, Gard, Haute-Garonne, Hérault, Indre, Indre-et-Loire, Isère, Landes, Loir-et-Cher, Meurthe-et-Moselle, Moselle, Nord, Oise, Paris, Puy-de-Dôme, Pyrénées Orientales, Hauts-de-Seine, Seine-et-Marne, Sarthe, Saône-et-Loire, Somme, Rhône, Val-de-Marne.

Bis Ende März sollen regionale Koordinierungen gebildet und das Manifest der Rénovateurs zu 50.000 Exemplaren verbreitet werden.

Das Manifest mit dem Titel „Für eine realistische und eroberungslustige Perspektive" begreift sich als absichtlich „unvollständiger und problematischer Beitrag zur Debatte".

Die Autoren des Manifests stellen eine Veränderung der politischen Landschaft fest: einerseits Umbildung des traditionellen „Blocks der Werktätigen", also Entwicklung der „früheren Arbeiterklasse", und Bedeutung neuer Bewegungen wie der Frauenbewegung, der Ausländerbewegung und derjenigen der Intellektuellen; andererseits aber auch neue Bedürfnisse und neue Ziele, die sich, so die Erneuerer, im „modernen Ziel der Selbstverwaltung" konkretisieren und konzentrieren. Den Wunsch nach direkter Demokratie sehen die kommunistischen Erneuerer auch durch die Bewegungen der Jugend im letzten Jahr, der Eisenbahner und Lehrer Anfang dieses Jahres bestätigt. Darum widersprechen sie der globalen Analyse der KPF-Führung, die von einer Rechtswende innerhalb der französischen Gesellschaft ausgeht. Breiten Raum nimmt die Kritik an den Führungsinstanzen und vertikalen Organisationsstrukturen der Partei ein. Betont wird der real existierende Pluralismus der französischen Linken: einerseits eine reformistische Strömung, andererseits eine revolutionäre. Diese Linke solle zur „attraktiven Mehrheit" werden. In dem Zusammenhang wird der Analyse des Scheiterns des früheren gemeinsamen Regierungsprogramms von PS und KP ebenfalls widersprochen: Es sei nur deswegen gescheitert, weil seine Inhalte nicht der französischen Realität entsprachen. Die KPF müsse eine kohärente Bündnispolitik verfolgen, sie könne nicht einerseits die PS en bloc als rechts bezeichnen und andererseits mit ihr gemeinsam, beispielsweise auf kommunaler Ebene, regieren. Gerade den Kommunisten falle die Aufgabe der Herausarbeitung einer Einheitsliste zu, als Alternative zur derzeitigen Kohabitation zwischen PS und Rechtskonservativen. Schließlich begrüßen die Autoren des Manifests die Reformoffensive von Gorbatschow. *„Die Partei ist kein Objekt, das oberhalb der Individuen schwebt, dem man vertrauen müsse. Die Partei gehört allen Kommunisten."* („Le Monde", 20,2.1987)

Pierre Juquin, der 1953 der KPF beitrat, ist seit 1964 Mitglied des ZK der Partei und war von 1979 bis 1985 Mitglied des Politbüros und Parteisprecher gewesen. Weitere prominente Opponenten sind Marcel Rigout, einer der vier KPF-Minister in der PS/KPF-Regierung (1981 bis 1984) oder Claude Poperen, der gemeinsam mit Rigout seine ZK-Ämter niedergelegt hat, bzw. auch Alain Amicabile, der im Stahlarbeiterkonflikt eine führende Rolle gespielt hat.

Die PCI-Zeitung „Unita" veröffentlicht seit etwa einem Jahr wöchentlich eine vierseitige satirische Beilage: „Tango", Auflage: 50.000; Papier: bonbonrosa. In einer Ausgabe las man über die französischen Genossen: Ein kleines Mädchen fragt ihren (italienischen) kommunistischen Vater: „Papa, du nimmst mich nie ins Kino mit, nie zum Tanzen, nie in den Zirkus. Was willst du? Wie die KPF enden?"

Frankreich-Kommission

Fortsetzung von vorheriger Seite

auch so. Wir sprechen nicht von kleinen Splittergruppen.

Aber Sie geben jetzt einer Splittergruppe ein Interview.

Ja, aber die Situation ist in der BRD ganz anders. Die politische Kultur und das Kräfteverhältnis sind ganz anders. Ich unterschätze die Splittergruppen nicht. Aber sie haben sehr wenig Einfluß.

Sie machen keine Geschichte. Es macht aber auch keine Partei Geschichte.

Nur die Massen machen Geschichte.

Eben.

Insofern die Massen Geschichte machen können — eine sehr komplizierte geschichtsphilosophische Frage. Wir haben gute Beziehungen zu allen Sekten oder kleinen Parteien. Aber man muß wissen: PAC, das sind die Maoisten, hat zweihundert Mitglieder; PSU, das war mal eine ziemlich wichtige Partei, hat heute fünfhundert Mitglieder. Nur die Ligue Communiste, die Trotzkisten, ist etwas anderes. Zunächst einmal sind es Marxisten, Kommunisten, was für uns sehr wichtig ist. Zweitens sind es militante Kräfte und sie sind auch über zweitausend Mitglieder. Aber quantitativ gesehen sind sie unbedeutend.

Aber Sie sind doch zahlenmäßig auch erstmal eine Splittergruppe.

Wir? Zehntausende! Bürgermeister von mittleren oder sogar größeren Städten usw. Das ist etwas anderes. Aber die Quantität ist auch kein wichtiges Problem. Das ist keine Argumentation. Diese Gruppen sind sehr interessant, weil sie oft gewissermaßen Gedankenlaboratorien sind. Es ist notwendig, mit allen diesen Menschen zu arbeiten und zu diskutieren. Aus den regelmäßigen Beziehungen, die ich zu ihnen habe, ziehe ich den Schluß, daß wir eines Tages zusammen in einer Bewegung arbeiten werden. Aber wir müssen den Blick auf die Massen lenken. Die Massen befinden sich in den Gewerkschaften, in den Bewegungen der Studenten und anderer, zu denen wir Beziehungen haben, aber das muß sich allmählich entwickeln und organisieren.

Sie wollen also auch mit denen sprechen, die noch vom Mai '68 übriggeblieben sind und immer noch revolutionäre Überzeugungen vertreten?

tionäre Überzeugungen vertreten?

Ja — kein Problem.

Gibt es überhaupt noch solche Kräfte in nennenswerter Zahl?

Einigermaßen ja. Aber die meisten befinden sich entweder in der Sozialistischen Partei oder rechts.

Sie meinen die neuen Philosophen?

Die sind in der BRD am bekanntesten geworden, Glucksmann usw. Die müssen wir natürlich bekämpfen, grundsätzlich.

Sie haben die Inhalte der gegenwärtigen Jugendbewegung hervorgehoben. Wenn man dies mit dem Mai '68 vergleicht — war nicht die Bewegung damals erheblich radikaler? Zweitens: Warum gab es damals keine größere Auseinandersetzung in der KPF, warum findet das erst heute statt?

Weil diese Bewegung in das klassische dogmatische Schema der KPF nicht hineinpaßte.

Was haben Sie persönlich damals gedacht?

Ich habe die Positionen der KPF verteidigt. Das war falsch. Ob die 68er Bewegung radikaler war? Ja — vielleicht in der Form. Auch in den Parolen. Aber im Grunde genommen — ich weiß nicht. Der große Unterschied zur heutigen Bewegung ist die Stellungnahme zur Gewalt. Die Bewegung vom Mai '68 hat die Gewalt nicht nur akzeptiert, sondern als einziges revolutionäres Mittel gerechtfertigt. Heutzutage ist das ganz anders. Deswegen hat die heutige Bewegung zum Teil nicht diesen revolutionären Schein, Apparenz. Aber man müßte vorsichtiger sein. Was heißt Revolution? Heißt Revolution unbedingt Gewalt? Maschinengewehre, Barrikaden usw.? Oder kann und muß man heute in unserer entwickelten Gesellschaft die Revolution auf anderem Weg verwirklichen? Eine große Frage!

Heißt das, daß diese Diskussion innerhalb der Renovateurs noch offen ist, oder haben Sie schon entsprechende Antworten gefunden?

Wir suchen. Ich möchte nicht, daß wir am Anfang dieser Debatte mit unseren großen monolithischen Gewißheiten kommen und sagen: Das ist die Wahrheit, obgleich die Wahrheit nicht so sicher ist. Ich erwarte viel von der Debatte selbst, von anderen Menschen als wir, und verfüge nicht am Anfang über die Lösungen, die wir nur allmählich, im Prozeß selbst finden können. Natürlich haben wir Ideen und wollen Vorschläge unterbreiten — aufgrund unserer Theorie des Marxismus und unserer Erfahrungen in den Klassenkämpfen.

Können Sie noch die Frage zu Ihren Veranstaltungen beantworten?

Die finden erst im März und April statt. Zum Beispiel ist eine Veranstaltung in Grenoble über Verteidigung geplant. Sie werden öffentlich sein. Sie werden die politische Perspektive behandeln und die wirtschaftliche Krise, was übrigens das schwierigste Thema ist. Das ist übrigens auch das Problem der Grünen hier — ihr wirtschaftliches Programm ist gleich Null. Wir verfügen über keine endgültigen Antworten in dieser Frage. Das ist sehr schwierig.

Eine andere Frage: Wie ist der Frauenanteil innerhalb der Renovateurs?

Das ist ein schwacher Punkt. Wir sind die Erben der französischen Arbeiterbewegung, die keine Arbeiterinnenbewegung gewesen ist.

Was ist aus den Frauen von „Elles voient rouge" geworden, die damals innerhalb der KPF eine feministische Zeitschrift herausgegeben haben?

Das ist versandet.

Wie ist es möglich, daß so viele kritische Initiativen innerhalb der Partei immer wieder versandet sind, während ein offenkundiger Verlierer wie Marchais, um es milde auszudrücken, und seine Clique offenbar durch nichts zu entfernen sind? Es gibt ja auch bessere Politiker innerhalb der KPF. Man kann ja nicht sagen, daß es alles nur Leute wie Marchais sind.

Das große Problem ist, daß es keine Frage von Personen ist. Wenn es nur um die Person vom Marchais ginge, wäre es sehr leicht. Es hängt mit der Auffassung der Partei selbst und mit der Mentalität der Kommunisten zusammen. Sie haben diese Parteiauffassung verinnerlicht.

sung verinnerlicht.

Definieren sich die Renovateurs eigentlich als linke Abspaltung von der KPF?

Keineswegs. Das muß ganz klar sein. Wir wollen keine Kommunistische Partei bis... aufbauen. Das kommt nicht in Frage. Wir wollen keine Splitterpartei, keine KPF II bilden. Wir wollen keine Spaltung im Sinne Spaniens organisieren, sondern ganz was anderes. Wir bleiben innerhalb unserer Partei, solange wir können, aber viele sind schon außerhalb. So müssen wir eine Art Bewegung zustandebringen, in offener Form, so kompliziert das ist. Übrigens scheint mir im Hinblick auf diese antiautoritäre Bewegung, die sich allmählich in einem Teil der französischen Bevölkerung, aber in ihrem interessantesten Teil entwickelt, der Aufbau einer neuen kleinen Partei eine sehr kurze und engstirnige Antwort zu sein. Diese Franzosen sehnen sich nach einer neuen Form des politischen Ausdrucks und der politischen Aktionen. Was wird diese Form sein? Das weiß man nicht. Es wird das wichtigste Problem. Ob wir auf die Form Partei ganz und gar verzichten können, ist sehr fraglich, weil die ganze Organisation des politischen Lebens, der bürgerlichen westlichen Demokratie darauf hinausläuft, die Parteien als Grundlage des ganzen Funktionierens unserer Demokratie zu betrachten. Aber wir wollen unsere Auffassung, unsere Arbeit nicht darauf reduzieren.

D.h. Sie lehnen ein monolithisches Parteiverständnis ab...

Ganz und gar...

Und Sie wollen weg von einer Überbetonung der Disziplin, von einem einheitlichen Denken...

Vom demokratischen Zentralismus.

Auf der anderen Seite wollen Sie Menschen aus unterschiedlichen Organisationszusammenhängen, Parteien, Gewerkschaften, Komitees zu einer gemeinsamen, auch kontroversen Diskussion bringen.

Ja, das ist das Problem. Ob wir es lösen werden, davon hängt sehr viel ab.

Man spricht in Frankreich viel von „Autogestion". Dieser Begriff ist sehr allgemein und vage. Es ist eine triviale Intuition von Marx: Die Selbstverwaltung der Arbeiter. Einige Versuche haben in Jugoslawien stattgefunden. Auch in Westeuropa gab es Ansätze in einigen Betrieben, z.B. bei Lucas Aerospace in Großbritannien, was sehr interessant war, zum Teil auch bei LIP in Frankreich. Wir haben eine gewisse kommunale politische Tradition — das einzige, worüber wir auf diesem Gebiet verfügen, weil unsere Tradition oder Kultur viel mehr eine kommunistischzentralistische ist. Aber ich bin der Meinung, daß es sich um eine sehr wichtige Richtung handelt. Man kann nicht auf Autogestion in der Gesellschaft zielen und gleichzeitig dieses Ziel mittels einer zentralistischen Partei verfolgen. Das geht nicht; der Widerspruch ist viel zu groß. Also müssen wir eine politische Organisation neuen Typs erfinden. Es wird ziemlich lange dauern, bis wir das gefunden haben. Aber diese Aufgabe steht vor uns, und wir müssen in Kauf nehmen, daß wir dabei Versuchskaninchen sind.

Sie haben das grüne Versuchskaninchen in Bonn etwas genauer kennengelernt und erklärt, Rotation, imperatives Mandat und Basisdemokratie seien wichtige Anstöße, die Sie auch innerhalb kommunistischer Parteien begrüßen würden. Aber wir haben hier natürlich das Phänomen, daß genau diese neuen Formen das erste sind, was die Grünen, seit sie in den Parlamenten sind, wieder über Bord geworfen haben.

Das liegt auf der Hand. Die Gefahr besteht, daß wir dasselbe tun, zumal wir Franzosen sind.

Sie haben Aussagen zum Marxismus gemacht, die von einer aufklärerischen, rationalistischen Position ausgingen. Sie haben zum Beispiel den Zweifel hervorgehoben, ohne den es keine Wissenschaft geben könne. Damit stellen Sie sich doch ziemlich gegen den postmodernen Zeitgeist, der den Rationalismus und die Wissenschaft für die Umweltzerstörung, für die negative Entwicklung der Produktivkräfte verantwortlich macht — eine Denkweise, die auch unter Ökologen sehr verbreitet ist. Ist das für Sie eine wichtige Auseinandersetzung oder war das mehr auf das Innenleben der KPF bezogen?

Ob das rationelle Denken zu einer falschen oder gefährlichen Entwicklung der Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Lebens geführt hat — sehr fraglich. Ich würde sagen, es ist der Kapitalismus, der dazu geführt hat. Ich würde nicht eine Gleichung Rationalismus gleich Kapitalismus oder Wissenschaft gleich Kapitalismus aufstellen. Es trifft zu, daß sich das wissenschaftliche Denken seit den Griechen zusammen mit der Klassengesellschaft entwickelt hat. Aber die Entwicklung der Klassengesellschaft selbst war ein Fortschritt. Das hat Marx gezeigt, und das scheint mir unbestreitbar. Heutzutage sind wir in einer Struktur- und Zivilisationskrise, in einer Sackgasse. Es ist die Krise des Kapitalismus, des kapitalistischen Systems, aber nicht nur das. Es ist die Krise jeder Klassengesellschaft. Seit der Vorgeschichte gibt es Ausbeutung, Staat, Klassen. Heute steht die Menschheit vor der historischen Frage größter Tragweite, daß sie, um sich weiterzuentwickeln, jede Form der Klassengesellschaft, jede Form des Staates, also um es philosophischer und allgemeiner auszudrücken, jede Form der Entfremdung überschreiten muß, aufgeben muß. Ob die Wissenschaft und der Rationalismus auch aufgehoben werden müssen, oder ob sie auf neuer Ebene, in einem neuen Zusammenhang eine Hilfe in diesem Aufhebungsprozeß werden, kann nur die Geschichte zeigen.

Zum Schluß zwei Fragen zu Ihren Bruderparteien. Was halten Sie von der DKP?

Zur DKP möchte ich nur sagen, daß diese Partei, die überall große Lehren erteilt und sich als höchst revolutionär und ur-revolutionär darstellt, nicht den Mut und die Fähigkeit gehabt hat, mit eigener Fahne in den Wahlkampf zu gehen, und daß es keine kommunistische Partei im letzten BRD-Wahlkampf gab. Das genügt mir, um zu zeigen, daß man nur mit den Parolen und den großen Gesten noch kein Revolutionär ist, sondern daß man dazu fähig sein muß, die Revolution zu machen. Ich will nicht die Absichten sondieren, sondern nur die Taten, und die sind sehr traurig.

Wie schätzen Sie die Politik von Gorbatschow ein? Eine tiefgreifende Änderung oder nur schöne Rhetorik, die einige wirtschaftliche Effektivierungsversuche begleitet?

Wenn ich sehr vorsichtig wäre, würde ich sagen: Mal sehen. Aber ich bin — in dem Maße, wie ich die Situation einschätzen kann und die Tatsachen kenne — der Meinung, daß es sich um eine historische Entwicklung handelt, die eine große Tragweite haben kann. Die Frage ist nur, ob es Gorbatschow und seiner Mannschaft gelingt, weiterzugehen. Die Frage ist, ob der Widerstand des Systems, nicht nur der Kader der Partei, der sog. Nomenklatura oder der sog. Privilegierten des Systems oder der archaischen Mentalitäten, sondern der Widerstand der ganzen sowjetischen Gesellschaft nicht zu stark sein wird. Es ist faszinierend, was in der Sowjetunion zur Zeit vor sich geht, und es kann sehr große Folgen für die ganze Welt haben, besonders für uns Europäer. Ich meine, daß Gorbatschow nicht wie Chruschtschow nur technische, wirtschaftliche oder taktische Reformen machen will. Die Sowjetunion befindet sich vor einer Kernfrage: Entweder reformiert sie sich tief im Sinne der Demokratisierung oder sie stagniert? Gorbatschow muß jetzt eine Revolution in der Revolution machen oder: Die Revolution selbst machen. Die Oktoberrevolution war ein weltweites Ereignis. Von nun an, von dieser Revolution an datiert etwas ganz neues, nämlich der Nach-Kapitalismus. Aber ich sage nicht: der Sozialismus und noch weniger der Kommunismus. Jetzt handelt es sich vielleicht darum, den Weg zum Kommunismus einzuschlagen.

Wir bedanken uns für das Gespräch.

„Revolutionäre Sozialisten":

Von der Elephantenhochzeit zum Flotten Dreier

Nachdem sich erst im Oktober 1986 die KPD (ehemals KPD/ML) und die GIM (Gruppe Internationale Marxisten/Westdeutsche Sektion der 4. Internationale) zur VSP (Vereinigte Sozialistische Partei) vereinigt haben, nahmen die Leitungen der VSP und des BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) im Dezember Gespräche mit dem Ziel auf, Möglichkeiten einer weiteren Vereinigung zu prüfen. Anders als KPD und GIM, deren Verhandlungen erst durch Veröffentlichungen des *Arbeiterkampf* publik wurden, bemühen sich BWK und VSP um die öffentliche Unterrichtung über den Fortgang der Verhandlungen.

Dadurch konnten die Leser der „revolutionär-sozialistischen" Presse erfahren, daß die Delegationen von VSP und BWK in Zukunft die Möglichkeit prüfen wollen, „*eine gemeinsame politische Grundsatzerklärung, die die Vereinigung von BWK und VSP und die gemeinsame Tätigkeit in einer Partei begründen kann, zu erarbeiten.*" Dieser Annäherungsprozeß solle weder andere Organisationen ausgrenzen noch solle deren Teilnahme zur Voraussetzung für weitere Gespräche gemacht werden. Das zu erarbeitende „grundsätzliche programmatische Dokument" solle nicht „*ein wissenschaftliches Programm in dem Sinne sein, daß alle wesentlichen Fragen einer Strategie der proletarischen Revolution beantwortet werden.*"

Während im BWK die Aufnahme der Vereinigungsgespräche unumstritten zu sein scheint, gab es im ZK der VSP Widerspruch: „*Eine Minderheit sah keine Grundlage für die gemeinsame Kommission und hielt daran fest, daß der BWK zunächst entweder zum Programm der VSP Stellung nehmen oder einen eigenen Text vorlegen solle.*" Dagegen einstimmig angenommen wurde eine ZK-Resolution „Zur Einheit revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten". Erneut wird die „*formelle* Vereinigung von GIM und KPD" (Hervorh. von mir — fo.) als „entscheidender Schritt zur Herausbildung der angestrebten gemeinsamen neuen Partei" dargestellt. Trotz der nicht abgeschlossenen Debatten um den Charakter der UdSSR und die internationale Orientierung wolle die VSP sich nicht gegenüber anderen sozialistischen Organisationen abkapseln, sondern „offensiv" die Vereinigungsbemühungen aller „revolutionären Sozialisten" unterstützen.

Für einen ersten Punkt ihrer gemeinsamen programmatischen Erklärung haben die Kommissionen von BWK und VSP ihre Übereinstimmungen und Widersprüche herausgearbeitet. „Für die Verteidigung und Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der arbeitenden Klassen" erheben beide Organisationen gemeinsam einen umfangreichen Forderungskatalog, der von der Sicherung des „gesellschaftlichen Lohnstandards" über Arbeitszeitverkürzung bis hin zur „Verbesserung der vorhandenen Sozialleistungen" und der „Sicherung des uneingeschränkten Koalitions- und Streikrechts" reicht. Laut den „Politischen Berichten" 4/87 des BWK erstrecken sich die Differenzen zwischen den beiden Organisationen vornehmlich auf die Kritik der Arbeitslosigkeit und des Umgangs mit der Forderung nach „Arbeit für alle". Während der BWK in der Übernahme dieser Losung die Gefahr sieht, damit könne der Ausverkauf der Arbeitskraft zu Niedrigst-Preisen propagiert werden, will die VSP für alle von Lohnarbeit Abhängigen den Verkauf der Arbeitskraft zu „tariflichen und gesetzlichen Mindestbedingungen" sichern. — Vermissen wird der Leser eine kritische Auseinandersetzung der beiden Organisationen mit den politischen Möglichkeiten und Methoden, Bestandteile ihres ausgeklügelten Forderungskataloges durchzusetzen oder überhaupt erstmal in der Arbeiterklasse zu verankern.

Die Auflösung der RGO

Endgültig gescheitert an den objektiven Hemmnissen und subjektiven Mängeln betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit ist die RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), deren letzte Mitgliederversammlung Ende November stattfand. In den 70er Jahren unter wesentlicher Mitwirkung der KPD/ML gegründet, fand die RGO im November ein stilles Ende. Dennoch kommt die Auflösung der RGO nicht völlig überraschend. Im September 1985 bestätigte der 5. RGO-Kongreß den Wunsch nach „einem organisatorischen Zusammenschluß der RGO mit anderen klassenkämpferischen Kräften". Aber „*unserer Meinung nach ist der gegenwärtige Stand der gewerkschaftsoppositionellen und klassenkämpferischen Kräfte trotz größerem Wunsch nach Zusammenarbeit noch nicht so weit, daß man sich sofort größere organisatorische Zusammenschlüsse erhoffen kann. Hier ist es notwendig, eine verstärkte Debatte über inhaltliche Fragen einer klassenkämpferischen Politik zu führen*" (Hervorh. von mir — fo.). Genau zu einer solchen Diskussion hat die Art des klammheimlichen Abschieds der RGO gar nichts beigetragen. Mit knappen, fast geschäftsmäßigen Worten wird im letzten Mitteilungsschreiben über die Auflösung berichtet. Zu den Gründen des Scheiterns heißt es lediglich: „*Sowohl auf der MV als auch in Diskussionen innerhalb der Mitgliedschaft gab es überwiegend die Einschätzung, daß die ursprüngliche Vorstellung der RGO — wie sie sich in Programm, Statut und Auftreten ausdrückte — auf falschen, linkssektiererischen politischen Vorstellungen über die Lage der BRD im allgemeinen, der Gewerkschaftsbewegung im besonderen beruhte.*" Für kurzfristige Rettungsmanöver bot sich am Ende kein politischer Spielraum mehr: „*Gespräche mit anderen organisierten linken Kräften ergaben, daß keine der beteiligten Gruppen kurzfristige Möglichkeiten zu einem organisierten Zusammenkommen — zumindest eines Teils — linker, fortschrittlicher Gewerkschafter/innen sahen bzw. zu erreichen für möglich hielten. Noch weniger sahen sie damit natürlich die Möglichkeit, über die RGO einen solchen Zusammenschluß, eine solche Zusammenarbeit zu entwickeln bzw. voranzutreiben.*" Auch wenn sie zukünftig auf einen eigenständigen Beitrag als RGO verzichten müssen, beharrten die Mitglieder der Auflösungsversammlung auf der Notwendigkeit einer „*bundesweiten Organisierung der linken Kräfte in den Gewerkschaften ... (außerhalb der) offiziellen Gewerkschaftsstrukturen*".

fo.

Quellen:
Sozialistische Zeitung 1 und 3/87; Politische Berichte 4/87; RGO-Nachrichten 4/85 und 3/86; Mitteilungsschreiben über die Auflösung der RGO

Über Faschismus, Demokratie und Sozialismus

Interview mit Wolfgang F. Haug

WFH ist sein Markenzeichen. Er gilt als herausragender marxistischer Theoretiker und eigenwilliger Linksintellektueller. Wolfgang F. Haug ist mit Frigga Haug Gründer des Argument-Verlages, Herausgeber der gleichnamigen Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften und Hochschullehrer an der FU Westberlin.

Für den AK sprach mit ihm Rudolf/Frankfurt.

AK: Sie hatten anläßlich der Wahl 1980 vor der Gefahr einer neuen reaktionären politisch-ideologischen Formation gewarnt. Wie würden Sie das heute einschätzen?

W.F. Haug: Damals zeichnete sich in Gestalt des Franz-Josef Strauß ein autoritärer Populismus ab. Wir hatten eine Diskursanalyse der Strauß-Reden gemacht und verblüffende Parallelen zum Diskurs von Hitler gefunden. Das beweist natürlich nicht, daß es sich dabei um einen faschistischen Diskurs gehandelt hätte. Es war nur verblüffend zu sehen, daß der kleine Mann, zu dessen Sprecher sich Strauß da machte, auf eine bestimmte Weise angerufen wurde, die der Hitlerschen Art ähnelte. Mit einer Ausnahme: das anti-jüdische Element fehlte. Das schien uns damals eine neue Qualität, ein neuer Populismus von rechts zu sein. Was wir jetzt haben, ist nicht in zwei, drei Worten zu analysieren. Jedenfalls ist es nicht der Strauß'sche Diskurstyp, der zur Macht gekommen ist. Ich halte das für eine wichtige Unterscheidung.

Vor über 20 Jahren erschien zum ersten Mal Ihre Arbeit „Hilfloser Antifaschismus", die inzwischen ihre fünfte Auflage im Argument-Verlag erlebt. Was war Anlaß und Einsatz Ihrer Arbeit, was wollten Sie mit diesem Begriff kennzeichnen?

Man muß sich die Situation von damals vergegenwärtigen. Damals haben Studenten einen Teil des Lehrkörpers zwingen können, über die faschistische Vergangenheit der Universitäten und bestimmter Fächer zu sprechen. Es ging wie eine Welle durch die Universitäten: Bonn, Tübingen, Berlin, München, ich weiß nicht, wo noch. Nur ein Teil des Lehrkörpers war bereit, über diese Vergangenheit zu sprechen. Dann behandelte der Germanistentag die faschistische Verstrickung der deutschen Literaturwissenschaft. Heute kann man sich kaum mehr vorstellen, daß davor ein fast totales Schweigen geherrscht hatte. Wer gewagt hatte, davon zu sprechen, wurde zum Außenseiter. Daß dagegen jetzt darüber geredet zu werden begann, war ein überregionales Phänomen. Gemeinsamer Nenner dieser akademischen Reden war, darüber zu sprechen, „wie es kommen konnte" und mit dafür Sorge zu tragen, „daß so etwas nie wieder möglich" würde. Insofern kann man von antifaschistischer Grundabsicht sprechen. Tatsache war aber, daß in fast allen diesen Reden, an fast allen diesen Orten geschwiegen wurde über die gesellschaftlichen Grundlagen und Funktionen des Faschismus. Der Faschismus erschien als eine Art Krankheit, die über Infektion und rauschhafte Fieber-Ekstase hereingebrochen war. Oder als Herrschaft des Ungeistes, oder etwas weniger verblümt, als Herrschaft der Unbildung, der Gosse usw. Ich vereinfache jetzt ein bißchen, aber insgesamt kann man sagen, daß so gut wie kein Begriff von dem vorhanden war, was in Wirklichkeit geschehen war. Oder allenfalls in den Beispielen unfreiwillig durchschimmerte, sozusagen gegen die Absicht der Redner. Wollte man das ernst nehmen als eine Verständigung über die Verhinderung eines möglichen neuen Faschismus, dann mußte man diesen Antifaschismus „hilflos", phraseologisch nennen. Trotzdem muß man denen, die damals das Wort ergriffen, auch dankbar sein und vielleicht fühlten sich manche von ihnen durch die Kritik ungerechtfertigt charakterisiert. Es gehörte schon ein bißchen Mut dazu. Jedenfalls waren das diejenigen, die man heute, nach dem Vormarsch der Rechten, vielleicht „Verfassungspatrioten" nennen würde — mit dem Begriff Sternbergers, den Habermas jüngst aufgegriffen hat.

Schriften von W. F. Haug zum Thema (alle Argument-Verlag):

— Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. Die Ideologie der gesunden Normalität und die Ausrottungspolitiken im deutschen Faschismus; Berlin 1986 (Argument-Sonderband AS 80).
— Der hilflose Antifaschismus; 5. Aufl. Berlin 1987 (1. Aufl. Frankfurt 1967).
— Pluraler Marxismus; 3 Bd., Bd. 1 1985, Bd. 2 1987, Berlin.

(zusammen mit dem Projekt-Ideologie-Theorie:)
— PIT (Projekt-Ideologie-Theorie), Theorien über Ideologie; AS 40, Berlin 1979, 1982 (Argument-Sonderband).
— PIT, Faschismus und Ideologie; 2 Bd., AS 60 und 62, Berlin 1980.
— DAS ARGUMENT, Nr. 158, „Das Reich der Markt-Freiheit ... und die Zukunft des Antifaschismus"; Juli/Aug. 1986.
— DAS ARGUMENT, Nr. 161, „Auschwitz ins Museum?", Jan/Febr. 1987.

Andererseits haben Sie geschrieben, daß der „hilflose Antifaschismus" auf einem spezifischen Gemisch von progressiven und konservativen, teilweise sogar reaktionären Komponenten beruhte. Auch das Gleichsetzungstheorem rot gleich braun habe es immer erlaubt, die Position eines formalen Antifaschismus einzunehmen und doch zugleich fundamentale Tendenzen des Faschismus fortzusetzen. Ist diese spezifische Verbindung von formalem Antifaschismus und Fortsetzung fundamentaler Tendenzen des Faschismus selbst überhaupt noch mit dem Begriff „hilflos" richtig zu kennzeichnen?

Man darf nicht verallgemeinern. Es gab natürlich unterschiedliche Nuancen oder Tendenzen in der Auswahl von Texten aus der Mitte der sechziger Jahre, die ich damals untersucht habe. Wenn man über reaktionäre Motive sprechen möchte, dann muß man etwa die Standesmotive nennen. Inzwischen kann man das klarer aussprechen, dank der Arbeit von Fritz K. Ringer über die deutschen Gelehrten vor 1933. Ringer spricht von einem „Mandarinat", von deutschen Mandarinen. Im Grunde waren die von mir beobachteten Motive des Standesdünkels Formen nachfaschistischen Weiterlebens des Diskurses der deutschen Mandarine. Obwohl es damit zusammenhängt, muß man die antisozialistische, erst recht antikommunistische, antimarxistische, anti-radikaldemokratische Grundeinstellung, die viele dieser Reden prägte, davon unterscheiden. Man läßt sich heute durch die späte, aber durchschlagende Thematisierung des Holocausts oft und gern davon ablenken, daß die mindestens ebenso grundlegende Achse und der mindestens ebenso grundlegende Vernichtungsplan, der dem deutschen NS-Projekt zugrunde lag, die Vernichtung der Arbeiterbewegung, die Ausrottung des Marxismus war. Das steht in „Mein Kampf" immer wieder und genau das wurde dann auch praktiziert. Unter Marxismus verstand Hitler, verstanden seine Anhänger und ein Großteil des deutschen Bürgertums nicht das, was wir vielleicht darunter verstehen würden, sondern selbst entpolitisierte Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretung, sowieso Sozialdemokratismus, Reformismus aller Art und natürlich erst recht — das sozusagen als Kern, als Todfeind — den Kommunismus. Eben dieses konstitutive, dieses wahrhaft gründende Element im nazistischen und auch im italienisch-faschistischen Projekt tauchte nun wieder auf. Es war inzwischen eingebaut in das Gründungsfundament der Bundesrepublik Deutschland. In den Diskursen tauchte es meist als Gleichsetzung der Roten aller Art mit den Braunen auf. Dieses Thema spielt heute wieder eine ganz entscheidende Rolle — man denke nur an die Vorstöße von Nolte und Fest, aber auch von Hildebrandt.

Kann ich da nachhaken: Es gibt ja eine von mehreren Liberalen getragene Reaktion auf diese Vorstöße. Wiederholt sich da ein „hilfloser Antifaschismus" oder wie bewerten Sie diese Reaktionen?

Die Situation ist heute völlig anders. Damals gab es einen studentischen, wenn man so will, radikaldemokratischen Ansturm, zwar noch vor der Studentenbewegung, aber schon deren Vorläufer. Dadurch waren Teile der Professorenschaft dazu motiviert worden, den Deckel ein bißchen zu lüften, wo er vorher fest geschlossen war. Heute geht es um eine Schlußstrich-Strategie. Damals gab es noch das Schweigen und die offizielle Behauptung, der Faschismus sei 1945 zusammengebrochen und jetzt herrsche das Reich der Freiheit. Heute läuft die Bewegung anders herum. Eine linke oder radikaldemokratische Bewegung nimmt sich dieser Fragen bisher kaum an. Stattdessen gibt es wachsende und vielförmige Aktivitäten von rechts — zum Teil aus der Wirtschaft, zum Teil aus den Institutionen konservativer Politik, zum Teil auch, wenn man so will, rechtsradikal plebejisch mit neuen Formen von Aggression gegen Ausländer, bestimmte Minderheiten usw. Und bei diesen Vorstößen spielt die Gleichsetzung von rot und braun nun eine ganz andere Rolle. Sie spielt jetzt die Rolle, Deutschland im Nachhinein auf eine politisch-moralische Ebene mit dem Kriegsgegner Sowjetunion zu heben, der immerhin Alliierter des Westens im zweiten Weltkrieg gewesen war. Das ist paradox, weil gleichzeitig eine gegenläufige Zielsetzung verfolgt wird, nämlich den Kriegsgegner Sowjetunion des zweiten Weltkrieges sozusagen auf die Ebene des damaligen Nazismus zu drücken. Es ist ein historisches Bäumlein-Wechsle-Dich, was hier gespielt werden soll, als wäre das Deutsche Reich im zweiten Weltkrieg Alliierter des Westens gewesen und als wäre der zweite Weltkrieg vom Westen gegen die Sowjetunion geführt worden. Das ist alles abenteuerlich widersprüchlich, was aber nicht hindert, daß versucht wird, diese Lektüre durchzusetzen. Ich denke, hier hat die Rot-Braun-Gleichsetzung ihre Funktion völlig gewandelt. Damals war sie, so falsch sie war, wenigstens unterm Zeichen des „Nie Wieder" aufgetreten.

Sie sprechen davon, daß die Auseinandersetzung um die „Lebenslügen" der Bundesrepublik eine entscheidende Rolle spielt für die Entwicklung in diesem Land. Was verstehen Sie darunter?

Lebenslügen gibt es sicher viele, aber zwei interessieren hier besonders. Sie betreffen den Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus und den Übergang vom Nationalsozialismus in die Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die beiden Begriffe, die diese Übergänge besetzt halten, sind die der „Machtergreifung Hitlers" und des „Zusammenbruchs" des Nationalsozialismus. In beiden sitzt die Lüge. Man muß über die Funktionalität dieser Lüge nachdenken. Die erste Lüge besteht zunächst darin, daß Hitler niemals die Macht ergriffen hat, sondern von einer Intrige konservativer Eliten und großbesitzender Kreise an die Macht gesetzt wurde. Dies geschah in Form einer Regierung, in der die NS-Leute eine Minderheit von 25% darstellten. Es war eine Art Papen-Regierung mit der Besonderheit, daß die Nazis außer dem Kanzler die Sektoren innere Repression und Propaganda besetzten. Das ist deswegen wichtig, weil sich mit der Rede von der Machtergreifung Hitlers diejenigen, die ihm die Macht in die Hand gedrückt und ihn auf den Sessel gesetzt haben, nachträglich herausreden. Da es diese Kräfte noch immer gibt und eine Auseinandersetzung mit dieser ihrer historischen Schuld noch immer nicht geleistet ist, ist das wirklich eine relevante Lebenslüge dieses Gemeinwesens.

Auf der anderen Seite ist der Nazismus im Unterschied zum italienischen Faschismus niemals zusammengebrochen. Man muß sich klarmachen, daß beide aus mindestens zwei Fundamentalkomponenten bestanden: Beiden lag ein Bündnis der konservativen Eliten mit einer faschistischen Bewegung zugrunde. In Deutschland war das Bündnis 1931 geschlossen worden, in der sogenannten Harzburger Front. In Italien brach dieses Bündnis im Laufe des Krieges auseinander; die Deutschen restituierten dann bekanntlich mit Gewalt Mussolini als imaginären Herrscher unter ihrer Besatzungsmacht. In Deutschland gab es nach Stalingrad den Versuch, aus der sich abzeichnenden Niederlage die Konsequenz zu ziehen. Die konservative Komponente, der „Geist von Potsdam", scherte zumindest teilweise aus; das wird als 20. Juli und Widerstandstat heroisiert, führte aber im Unterschied zu Italien nicht zum Bruch der Formation. So hatten wir niemals den inneren Zusammenbruch dieser tragenden Achse von konservativer und faschistischer Bewegung. Und was vielleicht für das deutsche Volk, für seine Geschichte, noch schlimmer ist: Weder angesichts dessen, was man als „Verbrechen" etwas verharmlosend (weil juristisch statt politisch) thematisiert, noch angesichts der Zerstörung der eigenen Städte und der sich abzeichnenden Niederlage drehten diese verdammt geduldigen Deutschen die Gewehre um. Das war eben anders als im ersten Weltkrieg und in so vielen Kriegen. Wenn man sieht, wie der griechische Faschismus zu Ende ging, dann war es im Krieg, und die argentinische Diktatur ebenfalls in Folge eines Krieges, wie schon 1917 der russische Zarismus. Sehr oft sind es Kriege, die solchen Formationen den Todesstoß versetzen.

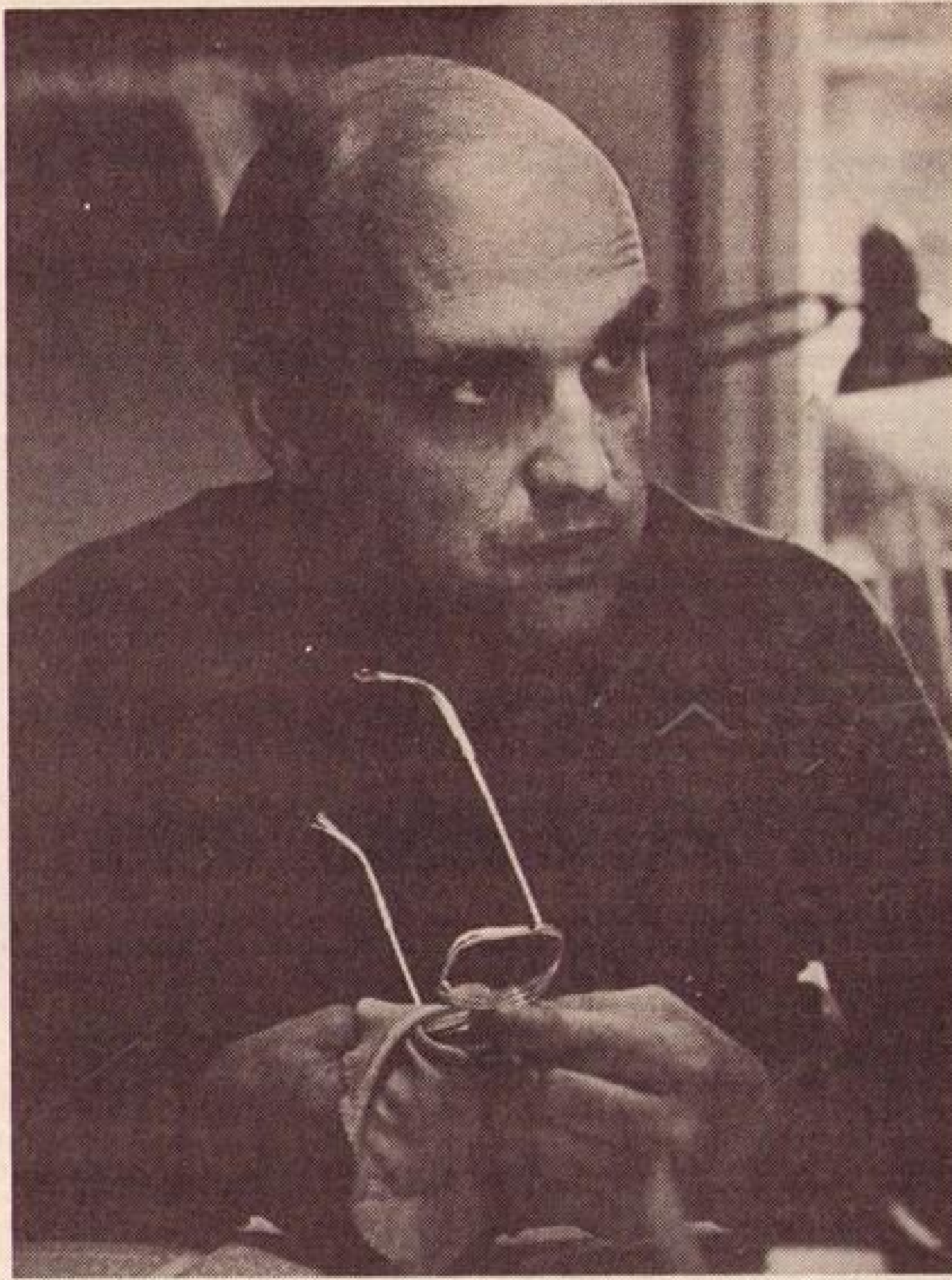


Foto: Reinhard Matz

In Deutschland hatte immerhin 1918 der Krieg so geendet. Die Verhinderung eines solchen Endes war ein bewußtes Ziel der Nazis. Und sie hatten Erfolg. In Deutschland gab es 1945 keinen Zusammenbruch. Helmut Ridder hat deswegen, wie ich finde, sehr bedenkenswert, davon gesprochen, daß der Zusammenbruch des Nazismus etwas ist, was bis heute ungeleistet ist, was sozusagen in Raten passiert, noch nicht fertig ist und was man endlich zum guten Ende bringen muß.

Welche Rolle spielt für Sie der Antifaschismus heute? Ich habe den Eindruck, daß in einzelnen Teilen der Linken ein ganz anderer Begriff von hilflosem Antifaschismus vorherrscht, nämlich daß der Antifaschismus hilflos ist, beispielsweise gegenüber einer bürgerlichen Demokratie. Sie selber haben geschrieben, daß der Kampf für den Sozialismus, daß andererseits sozialistische Politik zugleich wirksame antifaschistische sein muß. Wie sind Sie zu dieser Einschätzung gekommen, welche Erfahrungen liegen dem zugrunde?

Man kann an den Auflagen des „Hilflosen Antifaschismus" einen Lernprozeß ablesen. Ich hoffe, daß es einer zum Besseren ist. Am Anfang hieß der Satz, der Kampf gegen den Faschismus ist nur zu gewinnen als Kampf für den Sozialismus. Später, unter dem Eindruck des faschistischen Putsches in Chile 1973, hat ja die Linke fast der ganzen Welt versucht, diese Erfahrungen auszuwerten. Man hat den Zusammenhang von linkem Verbalradikalismus mit den Machtchancen rechtsextremer Bewegungen oder Formationen neu untersucht. Man hat in dieser Auseinandersetzung auch die Vorgeschichte des italienischen und deutschen Faschismus etwas besser verstanden. Man hat begriffen, daß dem Faschismus in beiden Ländern unmittelbar eine Phase radikaler linker Diskurse vorausging, die die real bereits eingetretene Niederlage der Arbeiterbewegung überdeckten. So daß die wirkliche Niederlage der Arbeiterbewegung schon davor lag und nicht zum jeweiligen Termin der Machteinsetzung faschistischer Regime erfolgte. Darum wurde jener Satz nun ergänzungsbedürftig. Der Kampf für den Sozialismus hatte nur Sinn, wenn er von einer wirksamen antifaschistischen Politik begleitet war.

Ja, die Frage ist eine zentrale und keine, auf die ich eine Patentantwort sehe. Man kann heute immerhin folgendes lernen: In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen, in denen die Linke recht schwach ist, gibt es eine Front von Habermas bis hin zum Bundespräsidenten oder zum Vorsitzenden des Deutschen Historikerverbandes, den Hans Schwab-Felisch in der „FAZ" als „Alt-Konservativen" charakterisiert hat. Also, verschiedene Tendenzen und Gruppierungen, wie immer sie die Dinge im einzelnen einschätzen, erklären es jedenfalls für fundamental für dieses Land, daß das „Nie Wieder" in Bezug auf Nazismus als Vorzeichen vor allen politischen Diskussionen zu stehen habe. Da, denke ich, zeigt doch die antifaschistische Orientierung eine überlegenswerte Fähigkeit, eine sehr breite Front aufzubauen. Aber andererseits kann das natürlich für uns Linke nicht heißen, daß wir unsere sozialistischen Orientierungen dem opfern und vor allem nicht, daß wir den Diskurs eines von Weizsäckers oder eines Christian Meier, so sehr wir das respektieren können, übernehmen dürften. Denn der Diskurs dieser Leute, die heute wirklich zu den besten Vertretern bürgerlich-humanistischer Tradition im konservativen Lager gehören, beruht auf dem Schweigen über die Klassengrundlage und die sozialen Funktionen des Faschismus. In dieser Beziehung sind sie die Fortsetzung des hilflosen Antifaschismus.

Andererseits können wir Linke nicht immer bloß unsere Hände in antifaschistischer Unschuld waschen, ohne das linke „Mit-von-der-Partie-Sein" in der Zeit der Entstehung des Faschismus mit zu reflektieren. Ich denke, das ist unbedingt nötig. Und es führt auch kein Weg darum herum, die Interaktion von sogenanntem Stalinismus und Nazismus zu diskutieren.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Was meinen Sie mit linker Mitschuld in diesem Zusammenhang?

Da wären verschiedene Parameter zu diskutieren. Einmal war für die Sozialdemokratie und die Kommunisten die jeweilige Gegnerschaft in den ersten Wochen wichtiger als die Gegnerschaft gegenüber dem Nazismus. Es gab einen Moment, zu dem die Kommunisten einen Einheitsaufruf an die SPD richteten und abblitzten, und es gab einen Moment, zu dem die Sozialdemokraten einen Einheitsaufruf an die Kommunisten richteten und abblitzten. Ich spreche jetzt von der ersten Wochen, die aber entscheidend waren, denn noch war die NS-Macht in keiner Weise gefestigt. Andere Faktoren waren die Politikmuster beider Bewegungen: verbalradikaler Klassenreduktionismus, der proletarische Diskurs der KP, der zum Teil nur einen imaginären Kontakt mit den realen Verhältnissen hatte, dabei im übrigen von unten getragen wurde. Das gibt es ja, daß eine Art Segmentierung der Arbeiterklasse oder der Schichten, die überhaupt für Sozialismus oder Demokratie in Frage kämen, eintritt. Auf der anderen Seite betrieb die Sozialdemokratie eine Politik der Besitzstandswahrung. Man kann sogar die Gründe diskutieren, aus denen die Sozialdemokratie ihr Regierungsbündnis mit dem Zentrum aufkündigte, was das Ende der Weimarer Republik eingeleitet hat. Später dann, als es für die Rettung der parlamentarischen Demokratie zunächst zu spät war und es um den breitest-möglichen Widerstand ging, da war besonders verhängnisvoll die politische Organisationsstruktur der Kommunisten, die in gewisser formaler Hinsicht derjenigen der Nazis glich: Beide hatten das Führerprinzip. Dahinter stand bei beiden auch der Terror.

hätte, also eine, die stärker auf Freiheit und Gleichheit, auf radikaldemokratischer Partizipation an der Macht basiert hätte. Ja, dann hätten die Dinge wahrscheinlich ganz anders ausgesehen. Ich glaube, dann wäre das Ende des deutschen Faschismus möglicherweise wirklich der Beginn einer sozialistischen Ära gewesen. (Einmal ganz abgesehen von den Machtverhältnissen und von der Frage, ob die Westalliierten das nicht sofort wieder militärisch erstickt hätten, wie man es aus anderen Ländern kennt.) Wenn wir annehmen, es hätte damals Gorbatschow gegeben statt Stalin, wäre das alles neu zu denken. Heute ist das Paradoxe, daß von rechts — auch von der staatstragenden Rechten, etwa von der „FAZ“ — ein neuer virulenter Antikommunismus oder Antisowjetismus betrieben wird, je stärker in der Sowjetunion die überfälligen Tendenzen werden, die Gesellschaft zu demokratisieren oder auch nur die ökonomischen und allgemein die Herrschaftsstrukturen rationaler zu machen. Es ist, als ob sich unser Bürgertum gegenwärtig durch bestimmte seiner Vertreter in eine Angst oder eine Art Rage hineinreden läßt, die gefährlich werden könnte. Das muß man sich jedenfalls gründlich überlegen, was es bedeutet, daß diese Rage sich genau in dem Moment hochsteigert, in dem in der Sowjetunion nun wirklich dramatische Veränderungen sich abzeichnen.

Helmut Gollwitzer hat argumentiert, daß die Demokratie im Atombombenzeitalter zur bloßen Fassade werde und doch gleichzeitig unsere wichtigste Waffe sei. Georges Labica hat in seinem neuesten Buch „Marxismus-Leninismus“ (Argument-Verlag 1986) davon gesprochen, im Eurokommunismus habe der Kampf für Demokratie, so notwendig er sei, die umfassendere Notwendigkeit der antikapitalistischen Revolution verdeckt. Wir sehen Sie den Kampf um Demokratie im Kontext der sozialistischen Revolution?

„Dem Faschismus ging eine Phase radikaler linker Diskurse unmittelbar voraus, die die real bereits eingetretene Niederlage der Arbeiterbewegung überdeckten. So daß die wirkliche Niederlage der Arbeiterbewegung schon davor lag und nicht zum jeweiligen Termin der Machteinsetzung faschistischer Regime erfolgte.“

Nun wäre aber jeder breite Abwehrkampf gegen den NS ja auch ein Abwehrkampf gegen das Prinzip der absoluten Unterordnung unter die Spitze und der mörderischen Willkürherrschaft gewesen. Im Abwehrkampf hätte Demokratisches mit Sozialem verschmelzen müssen. Das war durch das stalinistische Führerprinzip un-

Rosa Luxemburgs Losung — kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus — scheint mir aktuell.

Auch in einer relativ entwickelten bürgerlichen Demokratie?

Das ist genau die Frage. Jedenfalls

Nun wäre aber jeder breite Abwehrkampf gegen den NS ja auch ein Abwehrkampf gegen das Prinzip der absoluten Unterordnung unter die Spitze und der mörderischen Willkürherrschaft gewesen. Im Abwehrkampf hätte Demokratisches mit Sozialem verschmelzen müssen. Das war durch das stalinistische Führerprinzip unmöglich geworden. Das ist einer der Gründe, warum ich die „Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss für eine unvergleichlich wichtige Form der Aufarbeitung dieser Geschichte halte. Dort ist dieser Tiefpunkt der Geschichte des Sozialismus, Kommunismus, Marxismus, wie immer man es ausdrücken möchte, beschrieben. Dort reflektieren die Helden, das heißt die Widerstandskämpfer, in der verzweifelsten Situation darüber, daß sie nicht mehr genau wissen, welche Feinde schlimmer sind, die eigenen Genossen oder die Nazis. Natürlich darf man das nicht als historische Analyse nehmen, sondern Peter Weiss versucht damit — sozusagen in der Erlebnisqualität der Verzweiflung derer, die das durchmachen mußten — ein Stück historischer Wirklichkeit einzufangen. Dieses Element der Beschreibung des Peter Weiss ist wahr, und es darf heute nicht fehlen.

Wenn das Führerprinzip bei den Kommunisten vor 1945 so eine zentrale Rolle gespielt hat, wie sah das nach dem zweiten Weltkrieg aus und wie schätzen Sie die neueren Entwicklungen im Zusammenhang mit Gorbatschow ein?

Gelegentlich kriegt man von einzelnen Linken noch ein Lamento mit, daß es in der Nachkriegszeit nicht zum sozialistischen Einheitsbündnis kam oder allenfalls partiell in der späteren DDR (und das wurde sehr bald durch repressive Strukturen entwertet, denn ein Bündnis ist ja freiwillig oder es ist keines). Ich denke, darüber braucht man sich nicht zu wundern. Es ist doch klar, daß gerade diejenigen, die gegen das „Führerprinzip“ waren, nicht aus dem Regen der einen Diktatur in die Traufe der nächsten wollten, sondern Freiheit eine enorm wichtige Losung sein mußte. Die damaligen Umstände aber haben Freiheit zur parteilichen Losung des Westens gemacht. Man müßte einmal das Gedankenexperiment machen, wie die Dinge ausgesehen hätten, wenn in der Sowjetunion eine andere Formation von Sozialismus oder Kommunismus geherrscht

Rosa Luxemburgs Losung — kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus — scheint mir aktuell.

Auch in einer relativ entwickelten bürgerlichen Demokratie?

Das ist genau die Frage. Jedenfalls darf man das nicht so verstehen, als wären das zwei Komponenten, die man beliebig mischen kann: Nehmen Sie Kaffee mit oder ohne Zucker? Sondern es geht um etwas anderes. Sozialismus ist streng genommen nichts anderes als die Ausdehnung des demokratischen Prinzips von der politischen Form auf andere gesellschaftliche Lebensbereiche, insbesondere den Bereich der Produktion, Reproduktion und Verteilung der materiellen Lebensbedingungen, Lebensressourcen usw. Ich denke, das hatte Rosa Luxemburg im Sinn, nicht eine Kombinatorik, sondern eine „Ausdehnung“. Den Begriff verwendet Marx, wenn er über die Kommune von Paris spricht.

Lenin spricht von „allseitiger Demokratie“.

Lenin hat die Tendenz, es immer gleich als ganz komplett auszusprechen; oft ist dann eine Realität gefolgt, die nicht so vollständig war. Die Kategorie von Marx ist interessanter. Er spricht von ausdehnungsfähiger Form. Das läßt ja offen, wieweit es erreicht ist, sagt ja nur, daß es geeignet ist, ausgedehnt zu werden. Marx meinte, daß die Kommune von Paris mit ihrem neuen Politikmuster eine Form gefunden hatte, die geeignet war, ausgedehnt zu werden auf andere Bereiche des sozialen Lebens.

Wenn man das so versteht, denke ich, daß die Dinge heute nicht so verzweifelt aussehen. Denn es gibt vielfältige Bestrebungen in vielen Formen, die Ausdehnung von etwas, was man demokratisch nennen kann, auf solche Bereiche zu betreiben, die traditionell ausgeklammert sind: Auf die Verhältnisse in der Arbeit, auf die Geschlechterbeziehungen, auf das Bestimmen über den konkreten Stoffwechsel Mensch-Natur, auf die technisch vermittelte Kommunikation usw. Es käme allerdings darauf an, all diese in Einzelformen zerfahrenen Tendenzen in einem neuen Projekt zusammenzubringen.

Ist die Revolution im Westen seit 1917 vielleicht mit daran gescheitert, daß es nie gelungen ist, die Frage der Ausdehnung der Demokratie in relativ entwickelten demokratischen Ländern auf die Tagesordnung zu setzen?

Man könnte die Geschichte seit 1917 unter der Fragestellung neu lesen, wie ein „Mehr-Demokratie-Wagen“, um es mit Willy Brandt zu sagen, in verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten auf die Tagesordnung kam. Und wie es dann jeweils zurückgeschlagen wurde. Das wäre ein Thema. Aber die Frage, warum nach der Leninschen Revolution von 1917 Revolutionen im Westen sich nicht halten konnten, muß man wohl doch anders diskutieren. Denn schließlich war es die Revolution von übermorgen, die damals gesiegt hat, es war die dem Programm nach höchstentwickelte Revolution in einem unterentwickelten, despotisch regierten Land. Sie blieb also auch gefärbt von der Despotie, die sie selber angriff.

„Im Abwehrkampf gegen den NS hätte Demokratisches mit Sozialem verschmelzen müssen. Das war durch das stalinistische Führerprinzip unmöglich geworden.“

Vor allem war es eine Revolution auf einem materiellen Entwicklungsniveau, welches vom Standpunkt der entwickelten Länder und ihrer Bevölkerungen ein Elendsniveau war. Zunächst strahlte die Revolution zwar einen enormen geistigen Impuls aus, der aber durch die konkrete Anschauung der Verhältnisse, wie sie sich gestalteten, sehr schnell in den Augen einer großen Mehrheit blamiert wurde. Und ich denke, das erklärt, daß danach zunächst einmal für lange Zeit der Ofen aus ist. Allenfalls bestand in Ländern, die mit dem vorsowjetischen Rußland vergleichbar waren, eine Chance auf Ausbreitung.

Noch einmal zurück zum Faschismus. Die Auseinandersetzung damit gehört sicher zu den Kontinuitäten des Argument-Verlages. Nun ist dem Projekt Ideologie-Theorie, dem Sie angehören, vorgeworfen worden, daß mit den beiden Bänden über Faschismus und Ideologie ein Bruch gegenüber der früheren Position erfolgt sei. Sie bestehen darauf, daß es keinen Bruch gegeben habe, sondern eine notwendige Ergänzung. Welches war die frühere Position, welches die Ergänzung?

Es kommt immer darauf an, wie man die Dinge benennt. Es war kein Bruch, wenn es darum geht, den Klassencha-

früheren Position erfolgt sei. Sie bestehen darauf, daß es keinen Bruch gegeben habe, sondern eine notwendige Ergänzung. Welches war die frühere Position, welches die Ergänzung?

Es kommt immer darauf an, wie man die Dinge benennt. Es war kein Bruch, wenn es darum geht, den Klassencha-

rakter des Faschismus auszusprechen. Den sprechen wir auch heute aus. Es war doch ein Bruch, wenn es darum geht, *wie* dieser Klassencharakter ausgesprochen wird und vor allem, wie die konkrete Analyse durchgeführt wird. Jedenfalls war es ein Paradigmenwechsel der Erforschung der konkreten Bildung politischer Macht im Faschismus. Unter dem Einfluß der Frankfurter Schule sind wir früher — siehe die erste Auflage des „Hilflosen Antifaschismus“ oder die noch davor liegenden Argument-Hefte zum Faschismus — davon ausgegangen, daß die Nazis eigentlich keine Ideologie in irgendeinem relevanten Sinn hatten, sondern ein eklektizistisches Gebräu reaktionärer Ideen, das aber nicht dazu da war, geglaubt zu werden. Der Zynismus gehörte, wie uns Adorno und Horkheimer vorskandiert haben, sozusagen zur Funktionsweise. Später haben wir, nach dem Studium verschiedener ideologietheoretischer Traditionen (vgl. „Theorien über Ideologie“), die Frage neu aufgenommen und hatten das Gefühl, daß es uns wie Schuppen von den Augen fällt. Wir entdeckten ein effizientes populistisches Regime mit einer enormen Mannigfaltigkeit ideologischer Mechanismen. Das kam daher, daß wie jetzt die Fragen anders stellten. Wir fragten nicht mehr primär nach einer Weltanschauung, die vermeintlich in die Tat umgesetzt wurde, sondern untersuchten Verhältnisse, Praxisfelder, Formen, Rituale, Anordnungen, in denen das, was wir die „Faschisierung der Subjekte“ nannten, zuwege gebracht wurde. So heißt deswegen auch meine letzte Untersuchung.

Häufig wird der Faschismus mit dem Überleben vorindustrieller, vorkapitalistischer Klassen und Verhältnisse erklärt bzw. sogar damit, daß der Kapitalismus seinem „Begriff“ entsprechend noch nicht voll entwickelt war. Nun sprechen Sie von einem modernen und effizienten populistischen Regime. Inwiefern kann man von der Modernität des Faschismus sprechen?

Es waren denkbar heterogene Widersprüche, die sich in der Situation des Übergangs zum Faschismus „überdeterminiert“ hatten. Unter anderem wirkten Elemente eines Aufstands gegen die Moderne mit: „Deutsche Sütterlin“ gegen „lateinische Schrift“, gotische Fraktur gegen Antiqua, die in diesem Fall nicht fürs Antiquierte, sondern für die Moderne steht, im Kunstgeschmack Gotik gegen Renaisssance usw. Und natürlich gegen die ästhetische Avantgarde, die „entartete Kunst“. Aber seit der Olympiade von 1936 war es der Klassizismus, der die Staatsästhetik bestimmte, und selbst die Sütterlin-Handschrift wurde ab 1941 nicht mehr obligatorisch unterrichtet. Was auf den ersten Blick nach Zunftschildern ausgesehen hatte, entpuppte sich als Ornament der Masse. Die große Serie war das Gesetz, die US-amerikanische Markenartikelreklame das Vorbild. Travertin, der obligatorische Baustein der Staatsarchitekturen, lieferte nur die Fassadenverkleidung vor Stahlbeton. Nein, es war nicht nur „Idealismus“, was da 1933 von allen bürgerlichen Seiten zusammenschoß und faschistische Energien generierte. Was die Nazis im röchelnden Ton der Zeit die „Schmach von Versailles“ nannten, hatte durchaus einen harten Kern: die Blockierung des deutschen Kapitalismus, der ab 1929 in den Fängen einer fürchterlichen Schuldenkrise lag, in die er nicht zuletzt durch die Bestimmungen des „Friedensvertrags“ getrieben worden war. Der Nazismus war auch das Projekt der Deblockierung des deutschen Kapitalismus durch Beseitigung äußerer Schranken, schließlich durch die national-ökonomische Potenz des Krieges. Dazu war der Nazismus das Projekt der Beseitigung innerer Schranken des Kapitalismus: vor allem der Arbeiterbewegung, aber ganz allgemein auch der „sozialen Frage“. Hitler hatte den Wirtschaftsführern des Rhein-Ruhr-Klubs schon früh erklärt: der politische Bereich widerspreche dem ökonomischen, solange jener demokratisch organisiert sei. Hitler versprach den Unternehmern, die Politikform der Herr-im-Haus-Form des Kapitals anzupassen. Und das nazistische Projekt schien zunächst zu glücken. Der Begriff „Wirtschaftswunder“ wurde nicht ohne Grund in der Mitte der dreißiger Jahre geprägt. Damals wurden in Deutschland die Fundamente der „motorisierten Gesellschaft“ gelegt: Steuervergünstigungen bei PKW-Kauf und Straßenbau sind zwei Elemente davon. „Modernisierung“ ist nur ein Deckwort für den Vorgang. Seine populistische und führerbezogene Form war, wie wir seit Marxens Analysen des Bonapartismus wissen können, nichts was der kapitalistischen Moderne widersprach.

Kauf und Straßenbau sind zwei Elemente davon. „Modernisierung“ ist nur ein Deckwort für den Vorgang. Seine populistische und führerbezogene Form war, wie wir seit Marxens Analysen des Bonapartismus wissen können, nichts was der kapitalistischen Moderne widersprach.

wandlungen durchgemacht hatten, von der 48-Revolution her. Jedenfalls hat Hitler die Erfahrung gemacht, daß er durch antisemitische Themenstellung seinen Widerhall in diesem Resonanzboden enorm steigern konnte, ein Mehrfaches an Echo bekam und die Säle einfach schlagartig voller waren.

Hatte der Antisemitismus eine Art Katalysatorfunktion?

Die Frage ist wofür? Entscheidend war: Mit Hilfe des Antisemitismus konnte Hitler die völkischen Splitterelemente abtrennen vor ihren demokratischen Wurzeln. Er konnte ja mit Hilfe des Antisemitismus die prinzipielle Ungleichheit einführen. Damit konnte Hitler eine Desegalisierung der Idee des Völkischen durchsetzen und zugleich die völkischen Sekten vereinheitlichen. Man stelle sich vor: Er mußte ein zersplittertes Feld einigen und er mußte dieses Feld, das möglicherweise von Haß gegen andere ethnische Gruppen erfüllt war, aber doch in Bezug auf die Angehörigen der gleichen ethnischen Gruppe nicht notwendig undemokratisch war, abschotten gegen die demokratische Versuchung. Diese doppelte Leistung erbrachte den Judenhaß. Der Judenhaß war so etwas wie die Säule, auf der Hitler selber stand. Der Judenhaß war es eigentlich, mit dem Hitler die Notwendigkeit des Führers in diesem völkischen Feld begründete. Dadurch, daß es die Beziehung zum „Gegenvolk“ gab, schloß er das „eigene Volk“ zusammen, wie er auch die Notwendigkeit von dessen Führung von oben nach unten sozusagen in die Konstitution dieses Volkes hineinschrieb. Insofern ist der Antisemitismus von der Gründungskonstellation her mit der Führerposition und dem Führerprinzip verknüpft. Antisemitismus heißt: Das Volk wird durch Beziehung auf ein „Gegenvolk“ der Führung Hitlers unterstellt.

Wie schätzen Sie die Gefahr eines neuen Faschismus ein?

Zunächst mal bin ich kein Prophet, und im Moment ist es nicht soweit. Es gibt kein relevantes faschistisches Projekt in unserem Land. Aber die Geschichte ist immer für Überraschungen gut, auch wenn sich nichts wiederholt — das sind alles bekannte Platitüden. Es geht eher zu wie in einem Kaleidoskop; die kleinen Farbsteinchen fallen in immer neuen Konstellationen zusammen. Das kann überraschende Wendungen nehmen. Und einzelne Elemente sind heute da. Manches an der gegenwärtigen geistigen Situation unserer Zeit ist mit einem Präfaschismus vergleichbar. Mit dem entschei-

skop; die kleinen Farbsteinchen fallen in immer neuen Konstellationen zusammen. Das kann überraschende Wendungen nehmen. Und einzelne Elemente sind heute da. Manches an der gegenwärtigen geistigen Situation unserer Zeit ist mit einem Präfaschismus vergleichbar. Mit dem entschei-

„Hitlers Konzept der „Rassenreinheit“ ist gar nicht verständlich, wenn man bei „Reinheit“ nicht die rassen-hygienischen Diskurse mitklingen hört, die sich im Unkreis der Thematisierung von Syphilis entwickelt hatten. Und heute ist es so, daß von Tag zu Tag mehr sichtbar wird, was man sich vorher an den Fingern abzählen konnte, daß AIDS nicht bloß zu einer Modifikation der moral-ideologischen Verhältnisse, der Gesundheitsdiskurse und des dazugehörigen Zwangsapparates führen wird, sondern geradezu einen Umsturz herbeiführen kann.“

Wie schätzen Sie die Bedeutung von Antisemitismus und Rassismus für die faschistische Ideologie ein?

Ich schätze die Rolle des Rassismus und speziell des Antisemitismus für den deutschen Faschismus sehr hoch ein. Das tut man ja heute allgemein. Es ist sogar so, daß man heute nur noch den Antisemitismus sieht. In der sogenannten Historikerdebatte wurde nur noch darum gestritten, ob es Hitler allein war, der diese Ideen hatte, die in die Tat namens Auschwitz umgesetzt wurden, oder ob es noch einige andere in seinem Umkreis waren. Kurzum, der Antisemitismus in der Vernichtungsqualität, die er im NS angenommen hat, steht in der heutigen öffentlichen Debatte als Stellvertreter für den ganzen Nazismus, als wäre sonst nichts gewesen. So sehe ich die Dinge natürlich nicht. Eine genaue Analyse der Genese des nazistischen Diskurses verhilft zu einem Verständnis, wie der Antisemitismus zu seiner Bedeutung kam. Hitler intervenierte in das Feld des Völkischen, dort konnte er seine Massenbasis rekrutieren. Dieses Feld war aber erstens außerordentlich gespalten in viele kleine Sekten. Es gab viele kleine völkische Gurus oder „Inflationsheilige“, wie sie damals auch genannt wurden. Zweitens war das Feld des Völkischen traditionell nicht immun gegen Demokratie — schließlich steckt das Wort Volk mit Recht in dem Wort Demokratie. Die Völkischen leiteten sich, was immer sie inzwischen für Ver-

denden Unterschied, daß die Zeit vor 1933 sozusagen schon die Zeit der Stellenausschreibung für einen Faschismus war. Wenn man so will, war damals, im Unterschied zu heute, der Systembedarf da, die herrschenden Klassen wollten die Demokratie um jeden Preis loswerden, damit sie die Arbeiterbewegung vernichten könnten. Die Frage war nur noch, wer macht das und in welcher konkreten Form wird das gemacht. Es gab eine ganze Reihe von Konkurrenten um diese Positionen.

Welche „Farbsteinchen“ im Kaleidoskop erkennen Sie heute?

Bestimmte Diskurselemente und ganze Netze, die aus dem damaligen Präfaschismus bekannt sind, tauchen heute wieder auf. Und zwar sehr oft auf Teilen der ehemaligen Linken. Es ist unheimlich, so zu formulieren, aber es scheint so, daß bestimmte Immunitäten, die seit 1945 bestanden hatten, nicht mehr funktionieren. So etwas ähnliches hat auch Habermas formuliert, wenn auch in Bezug auf die bürgerliche Öffentlichkeit. Er sagte, bestimmte Sperren, die bis heute gehalten hätten, seien jetzt gebrochen. Er meinte damit die „FAZ“. Aber ich meine damit noch etwas anderes. Manchmal scheint mir, daß, wie die Franzosen sagen würden, das „Volk der Linken“ bestimmter Immunitäten verlustig zu

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gehen droht. Wenn man sich den Kulturteil der TAZ ansieht, dann gibt es dort gelegentlich Diskurse, die nicht mehr dagegen geschützt sind, von radikal rechts reartikuliert zu werden. Manche scheinen zu glauben, eine neue Unschuld zu haben, um mit dem Feuer spielen zu können. Insofern ist heute wieder ein breiteres Klima, eine Art multi-kultureller Wurzelgrund da, der neue Potentiale bereitstellen könnte.

Wie schätzen sie vor diesem Hintergrund die Auseinandersetzung um die sogenannte ,,deutsche Frage'' bzw. Identität ein, gerade wenn sie von Linken angeschnitten wird?

Das sind natürlich keine ungefährlichen Diskurse. ,,Denk ich an Deutschland in der Nacht...''. Aber vielleicht wäre es noch gefährlicher, als in sie einzugreifen, sie der Rechten zu überlassen. Gilt hier nicht wie überall das Grundgesetz der ideologischen Auseinandersetzungen, daß um die Bedeutung bestimmter Konzepte, um ihre politische Artikulation gerungen wird? Oder tappt man dabei in die Falle, indem man unvermerkt ein ganzes Terrain der Auseinandersetzung durch die eigene Teilnahme der Kritik entzieht? Freilich gilt das alles auch für Themen wie ,,Wuropa'', erst recht ,,Mitteleuropa''. Es gibt keine Chance, sich risikolos rein zu halten, indem man sich heraushält. Es kommt auf das Wie an, auf die Kraft, die Phantasie, die Kunst, mit der man diese Fragen anfaßt.

passiert. Wer weiß, ob wir ihm nicht auf dem Feld der Fitneßpraktiken im Alltag begegnen. Wie ein tätiges Gleichnis des Karrierismus betreiben Millionen ihr Jogging. Aber diese Potentiale sind fürs erste absorbiert von dieser ihrer massenhaften Vereinsamung im Erwerbsleben ...

In Ihrer Untersuchung äußern Sie die Befürchtung, daß wie zu Beginn des Jahrhunderts am Syphilis-Syndrom, heute am AIDS-Syndrom ein neuer Rassismus virulent werden könnte.

Ja, man muß damit rechnen, daß AIDS zu einem Kristallisationskern sozialer Phantasmen wird, mindestens vergleichbar mit der Funktion von Syphilis zu Beginn des Jahrhunderts. Ich spreche von ,,Syphilis-Paradigma'' im Sinne einer Verknüpfung von Medizin, Moral und Politik. Es blieb ja nicht bei der seuchenpolitischen Dimension, d.h. beim rationalen Kern von Ansteckungsgefahr mit Folgeproblemen. Das wird schon daran deutlich, daß ,,Syphilis'' in den politisch-moralischen Diskursen ungebrochen fortwirkte, als es längst Mittel dagegen gab. Angst und Schuld bildeten so etwas wie ein Enzym, das in der Chemie des Ideologischen bestimmte Formationen zersetzte, Reaktionen auslöste, die Bildung neuer Verbindungen ermöglichte. In meiner Forschung bin ich jedenfalls darauf gestoßen, daß das Syphilis-Paradigma in der Vorgeschichte des Nazismus eine Art ideologischer Mutation bewirkt hatte, auf deren Resultaten Hitler aufbaute.

Spielzeug umgehen.

Aber abgesehen davon glaube ich, daß Hinkelammert recht damit hat, daß die Ideologie des freien Marktes gegenwärtig eine totalitäre Ideologie geworden ist, etwas Pseudo-Religiöses. Deswegen ist es kein Zufall, daß die Rede vom Teufel in der Politik plötzlich eine neue Funktion gewonnen hat, vor allem in der US-amerikanischen Politik. Der Satan steht da als Inbegriff dessen, was die vergöttlichten Marktkräfte daran hindert, die beste aller möglichen Welten hervorzubringen. Je weniger der Markt mit seinem berühmten Selbstheilungskräften dieses Wunder vollbringt, desto mehr Schuldprojektion findet statt, und das ist sicher eine gefährliche Dynamik. Dies mag einer der Zusammenhänge sein. Andere kommen dazu: Die Konstellation eines alten, zunehmend brüchig werdenden Schauspielerpräsidenten, dem ein viel jüngerer und viel attraktiverer Generalsekretär gegenübersteht, kann zu der Versuchung führen, nun die Gegensätze doppelt zu dynamisieren, gerade weil sie in der Sache vom Osten aus abgebaut werden.

Im Zusammenhang der Reaganschen politischen Theologie des Bösen, des guten Marktes und der bösen Marktfeinde kann man auch sehen, daß das politisch Imaginäre bei den führenden Konservativen der Bundesrepublik eine neue Virulenz gewinnt. Ich meine damit ausdrücklich nicht Leute vom Schlag des Bundespräsidenten, aber vom Schlag des Bundeskanzlers. Das Interview, das der Historiker Hillgruber für die ,,Welt'' mit dem Bundeskanzler machen durfte, zeigt ein politisch Imaginäres, das ein Alptraum ist: Ein Groß-Europa von hier bis zum Ural, mit gleichermaßen ,,freier'' Gesellschaftsordnung gesegnet, welches mit Amerika verbündet den Gegensatz zum Süden dieses Globus, also zur ,,Dritten Welt'' ausficht. Und in dessen Rahmen die Deutschen ihre Wiedervereinigung ,,über Nacht'', wie es bei Kohl heißt, ,,über Nacht'' geschenkt erhalten. Das ist ein realitätsferner Traum, und so wird es auch, denke ich, überall in der Welt von den nüchterneren bürgerlichen Kräften eingeschätzt. Aber daß es ein Traum ist, heißt ja nicht, daß der Träumer nicht in Versuchung geführt werden könnte, ihn für ernst zu nehmen.

Sie meinen, daß dieses Imaginäre, dieser Traum solch eine Bedeutung bekommt, ist das Gefährliche daran?

Der imaginäre Charakter ihrer Pläne hat die Herrschenden in Deutschland nie daran gehindert, sie umzusetzen. Nur: was herauskam, war etwas ganz anderes. Aber ich sehe heute durchaus einen doppelten Kohl: Im Vordergrund dominiert ein Pragmatiker, der einem Kompromißkabinett vorsteht, in dem neoliberale und hart neurechte, ja sogar sozialliberale Sektoren teils nebeneinander existieren, teil sich wechselseitig bremsen oder verschieben; an der daraus resultierenden Politik ist nicht alles anders als unter Helmut Schmidt. Schwer einzuschätzen ist das Gewicht jenes andern Kohl, dessen politisch Imaginäres nur in Form eines Krieges ins Wirkliche umschlagen könnte.

Wie verhält sich diese Imaginäre zum rechtspopulistischen Potential bei der CDU/CSU?

Es ist vermutlich das Imaginäre genau dieses autoritär-populistischen Potentials. Aber die Kräfteverhältnisse und die Konstellation von inneren und äußeren Bedingungen halten dieses Potential gegenwärtig unter der Decke. Kohl spricht im Interview mit Hillgruber bezeichnenderweise davon, daß unsere Bevölkerung ,,satt und verfettet'' sei. Damit spricht er aus, daß es im Moment kein populistisches Fundament für sein Imaginäres gibt. Dazu tragen wohl auch die Gorbatschowschen Reformen im Osten und der Verfall des Reaganismus in den USA bei. Wenn man aber sieht, wie die CSU die AIDS-Verarbeitung als Rammbock gegen die liberal- und individual-konservative Politik der Bonner Regierung einsetzt, dann läßt sich vorstellen, daß an der AIDS-Frage bisher latentes Potential an die Oberfläche durchbrechen könnte.

Wir danken für dieses Gespräch

kolos rein zu halten, indem man sich heraushält. Es kommt auf das Wie an, auf die Kraft, die Phantasie, die Kunst, mit der man diese Fragen anfaßt.

schichte des Nazismus eine Art ideologischer Mutation bewirkt hatte, auf deren Resultaten Hitler aufbaute.

In Ihrer neuesten Arbeit über die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts werden die Ideologie der ,,gesunden Normalität und die Ausrottungspolitiken im deutschen Faschismus'' untersucht. Wie sehen Sie den Zusammenhang von ,,gesunder Normalität'' und Ausrottungspolitik?

Man kann die These verteidigen, daß die Ausrottungspolitiken eine Betätigungsform von Gesundheits- und Normalitätsideologie waren. Diesen Zusammenhang halte ich für äußerst eng. Das ist schon fast kein bloßer Zusammenhang mehr, sondern eine Identität: Das eine ist Betätigungsform des anderen. Zweitens muß man sich bei der Analyse des Nazismus und des italienischen Faschismus darüber verständigen, was man genau unter Rassismus versteht. Es ist ganz verkehrt, Rassismus auf Antisemitismus zu reduzieren, zumal genau auf die Form, die der Antisemitismus im NS annahm. Es hat seit Anfang des Jahrhunderts zwei rassistische Paradigmen, d.h. zwei Grundmuster des Rassismus gegeben, die sich in immer neuen Konstellationen miteinander verknüpft, bekämpft, überlagert haben und die zum Teil in die Alltagssprache eingegangen sind. Das pseudobiologische Rassenkonzept kennt bestimmte Rassen vom Typ verschiedener Pflanzen- oder Tierarten, zum Beispiel die nordische Rasse oder dergleichen, und behauptet Wertunterschiede bestimmter ,,Rassen'' als solcher. Daneben gab es aber ein ganz anderes Rassenkonzept. Es basierte auf dem Sozialdarwinismus und auf dem Konzept des ,,Survival of the fittest'', also des Überlebens des Fitneß-Helden, des Daseins-Tüchtigstens. Dieses zweite Konzept verstand unter ,,Rasse'' etwas, was man als Resultat eines durch Tüchtigkeit erfolgreich bestandenen Ausleseprozesses beweisen konnte. Demnach würde es in allen ,,biologischen Rassen'' zusätzlich den Unterschied zwischen Eliteschichten, die mehr ,,Rasse'' hätten, und breiten Unterschichten, die sozusagen ,,minderwertig'' wären, geben. Wenn man sich die Sache so vergegenwärtigt, dann ist auch klar, daß dieser weitere Rassenbegriff natürlich niemals aufgehört hat, virulent zu sein. Seine Virulenz war auch nicht auf das Deutsche Reich beschränkt, ganz im Gegenteil, und auch nicht auf das faschistische Italien. Sondern es gibt keine westliche Gesellschaft, die dagegen immun gewesen wäre. Der Rassismus in diesem Sinne war z.B. in England um die Jahrhundertwende äußerst populär und die ersten dementsprechenden ,,eugenischen'' Gesetzgebungen wurden unter anderem in den USA erlassen. Die Nazis wollten einen Rückstand gegenüber den USA aufholen. Sie verstärkten sprunghaft eine weitverbreitete Tendenz, Leistungsfähigkeit als ,,Gesundheit'' zu normieren, um schließlich mit der Vernichtung derjenigen zu beginnen, die Konrad Lorenz als ,,Ausfalltypen'' brandmarkte. Dabei ging es zugleich um Konkurrenzfähigkeit der Nationalökonomie auf dem Weltmarkt und um Kriegsfähigkeit der Bevölkerung. Auch heute gibt es ein breites Feld neorassistischer Artikulationen in jenem zweiten, weiteren Sinn. Es ist ein Rassismus, der zumeist unerkannt

,,Ich sehe durchaus einen doppelten Kohl: Im Vordergrund dominiert ein Pragmatiker, der einem Kompromißkabinett vorsteht. Schwer einzuschätzen ist das Gewicht jenes anderen Kohl, dessen politisch Imaginäres nur in Form eines Krieges ins Wirkliche umschlagen könnte.''

Sein Konzept der ,,Rassenreinheit'' ist gar nicht verständlich, wenn man bei ,,Reinheit'' nicht die rassenhygienischen Diskurse mitklingen hört, die sich im Umkreis der Thematisierung von Syphilis entwickelt hatten. Und heute ist es so, daß von Tag zu Tag mehr sichtbar wird, was man sich vorher an den Fingern abzählen konnte, daß AIDS nicht bloß zu einer Modifikation der moral-ideologischen Verhältnisse, der Gesundheitsdiskurse und des dazugehörigen Zwangsapparates führen wird, sondern geradezu einen Umsturz herbeiführen kann. Das kann schneller kommen, als wir jetzt darüber reden.

Sie argumentieren, daß die derzeitige Erschütterung des Antifaschismus vor dem Hintergrund des neoliberalen Mythos von den Selbstheilungskräften des Marktes und dem Auftauchen des Bösen, des Teufels, in den politischen Diskursen erst ihren eigentlichen Sinn gewinnt. Welchen Zusammenhang sehen Sie?

Das ist eigentlich die Frage nach dem Sinn der gegenwärtigen sogenannten Historikerdebatte, und ich muß gleich bekennen, der Sinn ist mir nicht ganz klar. Es ist doch oft so, daß die Vorgänge, während sie gerade ablaufen, einem einerseits ganz klar sind; andererseits ist es, als würde man träumen. Man weiß nie genau, was eigentlich vorgeht. Wofür stehen diese gegenwärtigen Verschiebungen? Es scheint jedenfalls, daß eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte mit dieser Diskussion markiert ist, daß tatsächlich im politisch-ideologischen Gefüge der Bundesrepublik und vielleicht des ganzen Westens im Verhältnis zum Osten eine Verschiebung passiert ist. Was das genau für eine Verschiebung ist, wie sie genau politisch verarbeitet werden wird, ist heute noch alles andere als klar. Gewiß gehört die reformierte neue Rechte im internationalen Kontext mit hinein, was mit Thatcher und Reagan angefangen hat und bei uns erst halb heraus ist. Dabei unterstelle ich, daß auch die neue Rechte trotz raffinierter Strategieanalysen, nicht wirklich weiß, was sie in der Geschichte bewirken wird, wo es eigentlich mit ihr hinausläuft. Die deutsche Rechte hat es auch nicht gewußt, als sie Hitler auf den Regierungsstuhl setzte. Sie hat sich, zumal in Deutschland, immer wieder aufs fürchterlichste verrechnet. Deshalb muß man ihr Kalkül von heute nicht als etwas analysieren, was allmächtig wäre. Es steht immer auch zu fürchten, daß vielleicht Riesen-Säuglinge mit einem sehr gefährlichen

Lernen von Gorbatschow?

Plädoyer für ein neues Sozialismusverständnis

Jede neue Gorbatschow-Rede sorgt für Spannung und Spekulationen, der Generalsekretär der KPdSU ist wohl der am meisten beachtete Politiker der Welt. Man findet kaum noch jemanden, der nicht zumindest seinen Respekt, wenn nicht offene Bewunderung über Gorbatschow äußert. Die Diskussion in der Linken dagegen verläuft in der gewohnten Oberflächlichkeit. In der ,,*taz*'' streiten sich die Interpreten (wobei in erster Linie zu Wort kommt, wer irgendwie aus dem Osten kam), um die Frage, was und wie nun Gorbatschow will. Das Meinungsspektrum reicht von greller Bewunderung (Bahro) bis hin zu der These, es habe sich so gut wie gar nichts ereignet (Schälike). Ich will mich nicht unter die Auguren reihen und spekulieren, was in welchem Tempo wohl in der UdSSR real umgestaltet werden kann oder wird, sondern mich mit den Positionen Gorbatschows auseinandersetzen, die (auch) für uns Bedeutung haben. D.h. vor allem mit dem Sozialismusverständnis Gorbatschows, mit seiner Alternative zu dem von ihm angegriffenen verkrusteten Denken.

Gorbatschow spricht von Volksmacht, von Selbstverwaltung, von Demokratie und Rechtsstaat, von einer grundlegenden Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft. Und Gorbatschow spricht von der Vernunft - nicht von der Vernunft um ihrer selbst Willen, sondern von einer Vernunft für das nackte Überleben.

Von Klasseninteressen redet er wenig ...

Das erste, was an den Reden Gorbatschows auffällt, ist, daß er im Unterschied zu den bekannten Standardreden kaum abgegriffene Floskeln benutzt, daß er das abgegriffene Vokabular eines vulgarisierten Marxismus abgelegt hat, in dem soziologische Abstraktionen die Weltgeschichte gestalten. Gorbatschow stellt sich nicht nur auf den Standpunkt des Proletariats, nicht nur auf den Standpunkt des Sozialismus, sondern er argumentiert vom Standpunkt einer allgemeinen und dennoch konkreten menschlichen Vernunft aus: ,,*Die allerletzten Jahrzehnte waren dadurch gekennzeichnet, daß die Menschheit erstmalig in ihrer Geschichte, und nicht nur einzelne ihrer Vertreter, beginnt, sich als einheitliches Ganzes zu begreifen, die globalen Wechselbeziehungen des Menschen, der Gesellschaft und (der) Natur zu sehen und die Folgen des Ausmaßes ihrer materiellen Tätigkeit einzuschätzen*'' (1).

Dies habe zum einen seine Ursache in der Entwicklung der modernen Kommunikations- und Produktionsmittel, zum anderen in dem Bewußtsein einer ,,*gleichen Gefahr des nuklearen Todes, einer ökologischen Katastrophe und eines globalen Ausbruchs der Widersprüche zwischen der Armut und dem Reichtum ihrer verschiedenen Teile*'' (1). Gorbatschow fügte unter Hinweis auf die Katastrophe von Tschernobyl hinzu: ,,*Früher strebte das menschliche Denken überstürzt danach, sich die Naturkräfte unterzuordnen. Heute kann das Eindringen in die Natur, ohne daß man alle Folgen vorausberechnet, sie zu einem Todfeind der Menschheit machen*'' (1).

Der naive Wissenschafts- und Technikfetischismus ist also nun auch in der KPdSU keine Selbstverständlichkeit mehr und damit kann auch die platte Sozialismusdefinition, Sozialismus = kapitalistische Technikentwicklung plus Staatsmacht des Proletariats, nicht mehr greifen. Zum ersten Mal wird nicht nur der Personenkult um Stalin angegriffen, sondern die marxistisch-leninistische Theorie, die auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre stagnierte (2). Es bedarf wohl keiner näheren Begründung, daß es für die krisengeschüttelte sozialistische Linke in der BRD von allergrößtem Interesse ist, sich mit Gorbatschows Alternative zu dem stalinistischen ML auseinanderzusetzen.

Gorbatschows Alternative ist nicht vereinbar mit den auch bei uns noch anzutreffenen Kritiken, die Grünen und der Ökologismus überhaupt würden mit Gattungs- **statt** mit Klasseninteressen argumentieren.

Die „Herausbildung einer echten Volksmacht" (Gorbatschow) (6)

Gorbatschow spricht von einer akuten Gefahr für die gesamte menschliche Zivilisation und erklärt, ,,*die Katastrophe (sei) auch politisch überaus wahrscheinlich*'' (1), wenn die Menschheit sich nicht von den aus der Steinzeit stammenden Methoden der Gewalt löse. In dieser Lage ist es nicht nur möglich, sondern zwingend geboten, im Namen der allgemeinen Interessen der Menschheit, im Namen einer gesamtmenschlichen Vernunft zu handeln. Und eben nicht nur im Namen sozialer Teile oder Klassen. Denn die Interessen der Menschheit stehen höher als die einzelner Staaten oder Klassen und seien diese noch so fortschrittlich, berechtigt oder sonst etwas. Die letzte Begründung, auf die sich Politik legitimierend berufen kann, sind die Interessen der Menschheit. Es fragt sich nur, sind es illusorische, nur vermeintliche Gesamtinteressen wie das ,,*libertè, egalitè, fraternitè*'' der bürgerlichen Revolution oder sind es wirkliche Gesamtinteressen, in deren Namen Politik gemacht wird.

Sozialismus hat also wieder etwas mit Moral zu tun und etwas mit Vernunft. Sozialismus, so Gorbatschow, wie ich ihn verstehe, das ist eine Gesellschaft und eine Politik, die sich dem Anspruch der Vernunft unterwirft und die daran gemessen werden kann, ob sie konkret und nachweisbar den konkret und empirisch auffindbaren Interessen der Menschheit (und nicht nur der Klasse, der Partei oder des Staates) dient und nützt. Ein so verstandener Sozialismus ist ebenso fortschrittlich wie legitimiert. Dabei geht es nicht etwa darum, die Bedeutung der Klassenverhältnisse in und für die heutige Situation abzustreiten. Aber Gorbatschow dreht die Argumentation um und kommt auf diesem Wege zu Marx zurück:

Die Interessen des Proletariats, der Arbeiterklasse sind dann fortschrittlich, **wenn** sie mit den Interessen der Menschheit zusammen fallen, **wenn** die Arbeiterklasse konsequenteste Kraft der **gesellschaftlich** notwendigen Umgestaltungen ist. Genau darauf zielte auch Lenin ab, als er erklärte, das Proletariat sei nur insofern revolutionär, ,,*als es sich dieser Idee der Hegemonie bewußt ist und sie in die Tat umsetzt*'' (8). Um auch die letzten Zweifel auszuräumen, noch einmal Lenin: ,,*Vom Standpunkt der Grundideen des Marxismus (aus) stehen die Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung höher als die des Proletariats*'' (9). Zwar hat Lenin diesen Ansatz keineswegs konsequent durchgehalten, es steht jedoch außer Frage, daß sowohl Marx als auch Lenin das Proletariat nicht per se für eine fortschrittliche Kraft hielten, sondern seine politische (oder wenn man so will: historische) Rolle an konkret überprüfbaren Funktionen festgemacht wissen wollten. Es ist eben keinesfalls Marxismus, sich ganz allgemein auf einen abstrakten ,,*Standpunkt der Arbeiterklasse*'' zu stellen, sondern man muß als Marxist konkret analysieren, welche sozialen und politischen Kräfte konkret die Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung vertreten.

„Eine echte Demokratie existiert nicht außerhalb des Gesetzes und über ihm" (Gorbatschow) (2)

Wenn Gorbatschow von Volksmacht, Selbstverwaltung und Kontrolle von unten spricht, wird natürlich jedem Linken warm um's Herz. Manch einer bekommt aber Skrupel und Zweifel, wenn von der Rolle des Gesetzes und von ,,*Rechtsstaat*'' die Rede ist. Das klingt manchem Linken nach Otto Schily oder Schlimmerem. Und hatte nicht Lenin in seiner Polemik gegen Kautsky den Sozialismus als ,,*Diktatur des Proletariats*'' bezeichnet und ohne Schnörkel erkärt: ,,*Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist*'' ? (3).

Nach den Erfahrungen mit dem Stalinismus und der jahrzehntelangen Unterdrückung kritischer Diskussionen in Partei und Gesellschaft stellt sich die Frage juristisch garantierter persönlicher Rechte anders, als Lenin es einst dachte. Die Umgestaltung des Rechtswesens in der Sowjetunion verfolgt das Ziel, ,,*die sozialistische Selbstverwal-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

tung des Volkes und die Erweiterung der Garantien für die Rechte und Freiheiten der Bürger" rechtlich zu verankern (2). Dabei soll ein effektiveres „*Verfahren der Klage vor Gericht gegen unrechtmäßige Handlungen von Amtspersonen*" durchgesetzt werden (2).

Rechtsstaat heißt Rechtsgleichheit aller Bürger und Rechtsgebundenheit aller staatlichen Tätigkeiten, was wiederum die Unabhängigkeit der Justiz und damit die Gewaltenteilung zwingend impliziert. Mit der Staatskonstruktion aus Lenins „*Staat und Revolution*" hat das tatsächlich wenig gemeinsam, wenngleich auch Lenin anerkannt hatte, es bedürfe auch im Sozialismus über lange historische Zeiträume eines „*bürgerlichen Rechtes*". Die entscheidende Frage ist doch die, auf wessen Kosten die Rolle der Justiz gestärkt werden soll. Auf Kosten der Partei und der Eigenmächtigkeiten der Bürokratie! Das scheint mir ziemlich fortschrittlich zu sein.

Denn die „*Demokratisierung wirft erneut auch die Frage nach einer Kontrolle darüber auf, wie die Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane und deren Kader arbeiten*" (2). Die Durchsetzung eines „*Rechtsstaates*" soll erstens die Bürger vor politischer Verfolgung schützen (2/4) und zweitens ein Instrument der Kontrolle von unten sein, indem „*Amtspersonen*" auch (aber nicht nur!) juristisch belangt werden können. Die Rechtsreform bindet sich also ein in die Zielsetzung der Demokratisierung, die Gorbatschow definiert: „*Doch bei aller Bedeutung einer Kontrolle 'von oben' hat die Erhöhung des Niveaus und der Effektivität der Kontrolle 'von unten' unter den Bedingungen der Demokratisierung der Gesellschaft prinzipielle Bedeutung, damit jeder Leiter, jeder Funktionär ständig seine Verantwortung und seine Abhängigkeit von den Wählern, den Arbeitskollektiven, den gesellschaftlichen Organisationen, von der Partei und dem ganzem Volk spürt. Das Wichtigste dabei ist (es), alle Instrumente und Formen einer realen Kontrolle zu schaffen, die von den Werktätigen ausgeht*" (2).

Nun sind natürlich Justiz und „*Kontrolle von unten*" nicht dasselbe. Die Möglichkeit, **auch** juristisch gegen Beamte und Funktionäre vorgehen zu können, **kann** jedoch zu einem Instrument der Kontrolle von unten werden. (Und dies selbst im Kapitalismus. Man denke an die ambivalente Rolle von Arbeitsgerichten). Es fragt sich durchaus, ob es eine sinnvolle Alternative zu einer (relativ) unabhängigen Justiz gibt, wenn man sich nicht zwischen der Willkür der Staatsmacht und der Willkür der „*Volkstribunale*" entscheiden will. Jeder, der in einer WG gelebt oder in einem „*alternativen*" Projekt gearbeitet hat, weiß, daß durch Mehrheits- will. Jeder, der in einer WG gelebt oder in einem „*alternativen*" Projekt gearbeitet hat, weiß, daß durch Mehrheits-entscheidungen der Betroffenen keineswegs automatisch Gerechtigkeit entsteht, daß Statuten und Vereinbarungen ohne einen Zwang zu ihrer Einhaltung oft nicht mal das Papier wert sind, auf dem sie niedergeschrieben wurden. Ob man an das Gute in den Menschen der Zukunft glaubt oder nicht, unter den gegebenen Verhältnissen in Ost und West gibt es zu dem „*bürgerlichen*" Rechtsstaat als Prinzip keine vernünftige Alternative. Womit natürlich über den **Inhalt** der Gesetze noch gar nichts gesagt ist. Den Rechtsstaat als Prinzip anzuerkennen, heißt für mich natürlich nicht, die kapitalistischen Gesetze anzuerkennen!

Volksmacht und Einzelinteressen

Als die bürgerliche Revolution sich gegen den Absolutismus erhob, stand die Forderung nach einem demokratischen Rechtsstaat im Vordergrund. Auf daß die Nation selbst entscheide, wie sie regiert wird, wurde gefordert, daß erstens alle Menschen gleiches Recht erhielten (d.h. Abschaffung aller Standesunterschiede) und daß zweitens die Gesellschaft „*das Recht (habe), von jedem öffentlichem Beamten für seine Verwaltung Rechenschaft zu fordern*" (5). Dementsprechend wurde erklärt: „*Das Gesetz ist Ausdruck des allgemeinen Willens*" (5).

Die sozialistische Kritik an diesen Idealen war zunächst die, daß der „*allgemeine Wille*" eben nicht allgemein sei, sondern im Kapitalismus nur Wille der Herrschenden sein könne, d.h. daß die Gesetze im Kapitalismus zu seiner Erhaltung dienen. Das läßt sich ja auch kaum bezweifeln.

Dennoch hatte nicht nur die bürgerliche Revolution, sondern ebenso die sozialistische das Kernproblem, wie sich einerseits persönliche Freiheiten und andererseits die Durchsetzung allgemeiner Interessen durch einen Staat oder ein „*Gemeinwesen*" vereinbaren lassen. Es zeigte sich in der UdSSR sehr schnell, daß die Konzeption einer Massendemokratie in Form der Sowjets dieses Problem nicht löste.

Das Scheitern des Sowjetmodells in der UdSSR läßt sich nicht nur auf widrige historische Umstände zurückführen, sondern lag in der Konzeption selbst begründet. Um das einmal anschaulich zu machen: Nehmen wir an, die Belegschaft eines Chemiekonzerns würde ganz demokratisch beschließen, daß Umweltschutzmaßnahmen den Betriebsfond zu stark belasten, und daher den Dreck in den nächsten Fluß schütten. Ganz klar, so etwas muß man verhindern können, weil es eben allen Bürgern schadet. Und genau da liegt das Problem:

Ob man es nun Sowjetdemokratie oder Basisdemokratie nennt oder wie auch immer, es stellt sich das Problem, wer und wie welche allgemeinen Interessen durchsetzen darf, wenn Teile der Gesellschaft (seien es Einzelne oder Kollektive) den gesamtgesellschaftlichen Interessen schaden. Und da ist die sozialistische Antwort von der bürgerlichen gar nicht soweit erntfernt: „*Die Freiheit bedeutet, daß man alles tun kann, was keinem anderen schadet. Die Nutzung der Naturrechte jedes Menschen hat nur die Grenzen, die den anderen Gliedern der Gesellschaft den Genuß derselben Rechte zusichern*" (5).

Bekanntlich kann der Kapitalismus diese Maxime, in deren Namen er einst Europa umgestaltete, nicht einlösen. Im Gegenteil. Gerade im Namen dieser Maxime oder Norm kann und muß der Kapitalismus angegriffen und überwunden werden. Aber das ist trivial, weil bekannt. Das Problem, um das es hier geht, ist ein anderes. Wenn es einen latenten Widerspruch zwischen den einzelnen und den gesellschaftlichen Interessen gibt und wenn es daher weiterhin notwendig ist, die gesellschaftlichen Interessen zu formulieren und durchzusetzen, dann stellt sich natürlich die Frage, *wer* formuliert die gesellschaftlichen Interessen und *wer* setzt sie *wie* durch. Und dann stellt sich weiterhin die Frage, *wer* kann *wie* das gesamtgesellschaftliche Organ, ob es nun Staat heißt oder nicht, kontrollieren.

Es scheint vom heutigen Wissensstand aus so zu sein, daß Lenin und mit ihm der ganze Komintern-Kommunismus einem fatalen Irrtum unterlagen, als sie aus der Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus schlossen, es bedürfe im Sozialismus keiner repräsentativen Organe, keiner Parteien und keiner allgemeinen Wahlen. Es hat sich gezeigt, daß auch und gerade im Sozialismus die Kommunistische Partei kontrollierbar sein muß und eben das ist nicht möglich, wenn sie das politische Monopol besitzt und per definitionem und per Verfassung „*führende Partei*" ist. Denn auf diese Weise wird die Partei selbst zum einzi- das politische Monopol besitzt und per definitionem und per Verfassung „*führende Partei*" ist. Denn auf diese Weise wird die Partei selbst zum einzigen Organ, das allgemeine Interessen formulieren kann und darf, zum Repräsentativorgan der Gesellschaft. Das bringt dann die Partei in einen Widerspruch, denn zugleich will sie ja die Avantgarde, die fortschrittlichsten Teile der Gesellschaft vertreten. Dieser Widerspruch, einerseits die gegebene Gesellschaft verkörpern zu müssen und andererseits zugleich ihre revolutionäre Kritik sein zu wollen, drängt zu einer Lösung, die sich in der UdSSR als Verstaatlichung der Partei vollzog, die schließlich dominanter Staatsapparat wurde. Im Ergebnis konnten sich gesellschaftliche Interessen also nur noch innerhalb eines Staatsapparates formulieren, der umso konservativer wurde, je mehr er auf die Symbiose mit der Staatsmaschinerie angewiesen war. Dieser Zusammenhang, der in *allen* realsozialistischen Ländern zu beobachten ist, wird bislang in der UdSSR nicht problematisiert.

„Mit der Umgestaltung bei sich selbst beginnen!" (Gorbatschow (2)

Als Gorbatschow 1985, wenige Monate vor dem XXVII.Parteitag für eine echte Volksmacht votierte, waren die Konzeptionen noch ziemlich vage. Doch seitdem wurde Monat für Monat draufgesattelt, bis nunmehr offen eine Änderung des sowjetischen Wahlmodus verkündet wurde. So sensationell dieses Vorhaben ist, kann man doch nicht übersehen, daß es bislang einen recht begrenzten Umfang besitzt. Noch jedenfalls geht es nicht um die Zulassung mehrerer Parteien, sondern „*nur*" um die effektivere Kontrolle der KPdSU, oder genauer: ihrer Funktionäre, durch das Volk. Immerhin.

Es gibt ja auch in der UdSSR kaum Kräfte, die eine bessere Partei schaffen könnten, wenn die KPdSU durch ihren Modernisierungskurs den größten Teil des engagierten Potentials an sich bindet. Insofern kommt zunächst den Veränderungen in der KPdSU die entscheidende Bedeutung zu. Wie verrottet die KPdSU war, läßt sich ermessen, wenn ein Generalsekretär folgendes von sich geben muß: „*Schon allein die Tatsache der Durchführung einer Unionsparteikonferenz entsprechend dem Statut der KPdSU würde zu einem gewaltigen Schritt bei der praktischen Demokratisierung unseres Parteilebens und bei der Aktivierung der Kommunisten werden*" (2).

Auch in der Partei muß also die Legalität,d.h. in diesem Falle die Beachtung des Statutes durch die Leitungsorgane, erst durchgesetzt werden, um Demokratie und Umgestaltung zu ermöglichen. Damit entsteht jedoch bereits wieder ein neues Problem. Würde sich die jetzige Führung der KPdSU so verhalten, wie es ihr Bahro in der „*taz*" empfahl, und als Macchiavellis „*Principe*" die „*erprobte Tyrannis*" benutzen, und würde sich Gorbatschow als „*bester Zar*" aufspielen (alles O-ton von Bahro), was würde sich ändern? Heldenverehrung hat immer auch den Aspekt der Projektion, den Wunsch, ein anderer werde tun, wozu man selbst nicht willens oder nicht fähig ist. Das ist vom Kern her eben das Gegenteil aufgeklärter Vernunft, der Mechanismus, aus dem Religionen entstehen, aber keine Emanzipation. Und nichts Dümmeres kann getan werden, als mit der übertriebenen Hoffnung gen Osten die eigene Untätigkeit im Westen zu legitimieren. Nein, Gorbatschow hat recht und Bahro hat unrecht: Die Umgestaltung ernstzunehmen, heißt sie bei sich selbst zu beginnen. Es ist ein trauriges Paradoxon, daß Bahro (ausgerechet Bahro!) über den Umweg des Mystizismus wieder bei dem Personenkult des Stalinismus landet.

Ob jemand die Pläne Gorbatschows verstanden hat oder nicht, ob er ihre theoretischen Grundlagen gutheißt oder nicht, läßt sich nicht daran ermessen, wieviele Schmeicheleien einer nach Osten sendet, sondern nur daran, ob einer mit Gorbatschowschem Mut seine eigene Lage erkundet und ob er entsprechend handelt.

Die Maxime der Aufklärung soll ja gerade nicht zu unkritischer Bewunderung vernünftiger Führer verleiten, sondern zur eigenen, persönlichen Verantwortung und Vernunft. Statt Gorbatschows Bild an die Wand zu hängen und ihn ikonenhaft zu verehren, sollten wir lieber diskutieren, was hierzulande getan werden muß, um die Gefahren abzuwehren; sollten wir lieber diskutieren, wie wir jene theoretische Eiszeit beenden können, an der die hiesige Linke kaum weniger leidet als die Gesellschaftswissenschaften in der UdSSR.

Die Chance nutzen!

Die Chance nutzen!

Ich sehe eine Chance darin, daß Gorbatschow einige wichtige Fragen anspricht und in einer eingängigen Weise auf ihre Lösung drängt. Diese Fragen aufzunehmen, sich auf den Dialog einzulassen, das scheint mir ebenso wichtig wie möglich zu sein. Nur kann das keinesfalls heißen, unkritisch sich allmorgendlich nach Osten zu verneigen, sondern wir müssen auch da sprechen, wo Gorbatschow schweigt (wobei ich eingestehe, daß er aufgrund seiner Funktion zu manchem schweigen **muß**). Aber wir sind nicht alle Generalsekretäre und können die Antworten daher auch rücksichtslos weitertreiben.

Insbesondere sollten wir die Chance nutzen und über das Sozialismusverständnis diskutieren. Es ist einerseits klar, daß die alten marxistisch-leninistischen Konzepte sich nicht bewährt haben, und es ist andererseits nicht zu übersehen, daß die abstrakte Beschwörung „*basisdemokratischer*" Prinzipien in der heutigen Linken völlig ungenügend ist. Vielleicht bietet sich dabei ja die Möglichkeit, über den deklamatorischen Streit fundamentale „*Basisdemokratie*" versus realohaftes „*Gewaltmonopol*" hinauszukommen und die Staatsfrage inhaltlich zu diskutieren.

jb

Anmerkungen:
(1) Gorbatschow: „*Für eine Welt ohne Kernwaffen und (für) das Überleben der Menschheit*" in: taz vom 17.02.1987
(2) Gorbatschow: „*Über die Umgestaltung ...*" in: AK 279
(3) Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Werke Bd.28, S. 234
(4) Rechenschaftsbericht an den XXVII.Parteitag (vergl. AK 268)
(5) Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, 1789
(6) Gorbatschow: Referat vor dem ZK der KPdSU, Okt. 1985
(7) Bahro: Il principe; in:taz 14.2.87
(8) Lenin: Der Reformismus in der russischen Sozialdemokratie, Werke Bd. 17, S. 219
(9) ders.: Entwurf eines Programms unserer Partei, Werke Bd.4, S. 230



DKP-Vorsitzender Mies: Schwächeanfall nach Lektüre der UZ vom 21.2.

Sockenwechsel bei der DKP

Der Bezirksvorstand der DKP Schleswig-Holstein erwecke „*in der Öffentlichkeit den schädlichen Eindruck, die Partei würde ihre politischen Anschauungen in wahltaktischer Hinsicht schneller wechseln als manche Menschen ihre Socken.*" — Der Autor dieser Beschwerde, der vom Kulturniveau in der DKP offensichtlich keine hohe Meinung hat, heißt Ralf Cüppers und war Bundestagskandidat der DKP-gesponserten Friedensliste im Wahlkreis Flensburg-Schleswig. Ort seiner Beschwerde ist die „Diskussionstribüne" der DKP-Tageszeitung UZ, 21. Februar. Anlaß seines Ärgers ist die Entscheidung der DKP, zur Landtagswahl (13. September) eigene Kandidaten aufzustellen. „*Die Wähler, die mir als Friedenslistenkandidaten ihre Stimme gegeben haben, würden es mehrheitlich nicht verstehen, wenn ich zu den Landtagswahlen eine eigenständige DKP-Kandidatur unterstützen würde. Da die politischen Bedingungen sich nicht in einem halben Jahr so sehr verändern, daß wir unsere Wahlaussage vom Bundestagswahlkampf revidieren müssen, bleibt uns nichts anderes, als auch zur Landtagswahl auf Grüne und SPD zu orientieren.*" — Die DKP hatte im Bundestagswahlkampf aufgerufen, die Erststimme an die Friedensliste zu geben und mit der Zweitstimme nach persönlicher Präferenz grün oder sozialdemokratisch zu wählen.

Man weiß inzwischen, daß der schleswig-holsteinische Sockenwechsel der neuen Linie der Gesamtpartei kratisch zu wählen.

Man weiß inzwischen, daß der schleswig-holsteinische Sockenwechsel der neuen Linie der Gesamtpartei entspricht. Auch in Hessen will die DKP zur Landtagswahl (5. April) unter eigenem Namen antreten. Der Beschluß wurde von der Bezirksdelegiertenkonferenz laut UZ „mit überwältigender Mehrheit" gefaßt; „nur wenige Delegierte" sprachen sich kontrovers aus. Ebenfalls will die DKP zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (17. Mai) kandidieren. Für Hamburg, wo am gleichen Tag neu gewählt wird, steht eine Entscheidung der DKP noch aus, mit Eigenkandidatur wird aber auch hier gerechnet.

Die Ergebnisse der DKP bei den kommenden Landtagswahlen werden sich nicht nennenswert von den vor vier Jahren registrierten Zahlen unterscheiden. Das waren in Schleswig-Holstein 0,1 %, in Rheinland-Pfalz 0,2 % und in Hessen 0,3 %. Also alle drei selbst an DKP-Verhältnissen gemessen nicht gerade Stärkepositionen. Außer einer neuerlichen Schwächedemonstration der DKP wird nichts herauskommen.

Mit politischer Vernunft und Logik läßt sich die Umorientierung der DKP nicht erklären. *Wenn* die Taktik der DKP zur Bundestagswahl zweckmäßig war — und an dieser Behauptung wird eisern festgehalten — müßten eigentlich alle damals genannten Argumente gegen eine Selbstkandidatur der DKP, insbesondere für die hessische Situation, erst recht gelten. *Wenn* diese Taktik außerdem durch den Wahlkampf und das „relativ zufriedenstellende" Abschneiden der Friedensliste als richtig bestätigt wurde — genau das behauptet der DKP-Parteivorstand in seiner Wahlauswertung (1) — ist erst recht kein vernünftiger Grund für einen Taktikwechsel zu erkennen.

Erinern wir uns an die Argumentationsführung der DKP zur Bundestagswahl: Hauptziel sei die Ablösung der Regierung Kohl. Dazu sei realistischerweise ein Bündnis SPD-Grüne nötig und unterstützenswert. Daher Nichtantritt der DKP und der Friedensliste zum Wettbewerb um die wahlentscheidenden Zweitstimmen und Empfehlung für SPD oder Grüne. Mit der Erststimme hingegen könne mensch, ohne der SPD und den Grünen zu schaden, ein Signal „für Frieden" setzen.

Logische Fortschreibung wäre: In Hessen muß die „rot-grüne Koalition" bekräftigt werden, um Wallmann zu stoppen. In Schleswig-Holstein müssen SPD und Grüne unterstützt werden, um Barschel abzulösen. Oder umgekehrt: *Wenn* jetzt in Hessen und Schleswig-Holstein wirklich so eindeutig die Notwendigkeit steht, „das eigene Profil der DKP als revolutionäre Arbeiterpartei" durch Eigenkandidatur zur Schau zu stellen, warum bestand dann im Bund diese Notwendigkeit *nicht*? Warum ist die Präsentation der „umfassenden gesellschaftlichen Alternative" der DKP auf eigener Liste bei Landtagswahlen unentbehrlich, im Bund hingegen verzichtbar? Wo ist denn die politische Ebene, auf der über „gesellschaftliche Alternativen" entschieden wird?

Wie gesagt, niemand wird darauf eine einleuchtende Antwort geben können. Stattdessen schneidiges Schnarren: „*Jetzt ist der Klassenstandpunkt der Kommunistinnen und Kommunisten in Hessen gefragt.*" — „*Gerade weil in Hessen SPD und Grüne regiert haben, halten wir es für wichtig zu zeigen, daß wir da und unverwechselbar sind.*" — „*Wir müssen selbst kandidieren, denn das 'Kopf-an-Kopf'* *-Rennen wird es jede Wahl wieder ge- gen, daß wir da und unverwechselbar sind.*" — „*Wir müssen selbst kandidieren, denn das 'Kopf-an-Kopf'* *-Rennen wird es jede Wahl wieder geben.*" — „*Gerade die laufenden Auseinandersetzungen machen es erforderlich, daß unsere Partei kandidiert.*" (2)

Der Taktikwechsel der DKP ist dennoch nicht ohne eine immanente Logik, die niemand offen ausspricht: Das Experiment mit der Friedensliste, von der Masse der Traditionalisten in der DKP von Anfang an beargwöhnt und nur mißmutig mitgetragen, hat sich als Reinfall erwiesen. Sicher, die Friedensliste hat jetzt ziemlich genau doppelt soviel Stimmen bekommen wie die DKP unter eigenem Namen bei der Bundestagswahl 1983. Wenn es lediglich darum ging, die DKP zur Irreführung von einigen Zigtausend Wählern hinter einem attraktiveren Firmenschild zu verstecken, ist diese Verdoppelung ein ganz hübsches Ergebnis. Aber der Anspruch war ja eigentlich ein anderer: Es sollte ein „breites Bündnis" aufgebaut werden, das in der Lage sein sollte, erhebliche Teile der Friedensbewegung auf sich zu ziehen. Das ist mißlungen. 0,5 % der Erststimmen repräsentieren keine neue politische Bewegung, sondern sind die Größenordnung einer Sekte, übrigens nicht einmal wesentlich mehr als das Bundestagsergebnis der DKP 1972, und sogar *unter* dem Ergebnis, das die gerade erst gegründete DKP 1969 mit ihrer damaligen Briefkastenfirma ADF erreichte. Daß die Friedensliste kein echtes Bündnis ist, ist nach dem weitgehenden Wegfallen ihres Juniorpartners DS noch offensichtlicher. Über die offizielle Selbstbeschreibung der Friedensliste, sie umfasse neben Christen, Sozialdemokraten, Grünen usw. „*auch*" DKP-Anhänger, darf gelacht werden. Aussagekräftiger sind Beschreibungen aus dem Inneren der DKP, daß die Partei mangels Bündnispartnern 85 bis 90 Prozent der Aktiven im Bundestagswahlkampf der Friedensliste gestellt habe (3), daß der

Fortsetzung nächste Seite

Bronislaw antwortet

Mit Stolz und freudiger Überraschung haben wir registriert, daß ein ,,Erkennerbrief'' aus AK 278 wenn auch nicht vom Empfänger, so doch direkt aus der Sowjetunion Antwort bekam. Dies verdanken wir einem AK-Leser, E.R. aus Hamburg, früher Westberlin, der sich unentgeltlich als Übersetzer und Vermittler zur Verfügung gestellt hat. Und nun werden insbesondere ,,konkret''-Leser staunen: Der ihnen wohlbekannte Bronislaw S., 44jähriger Stahlkocher, verheiratet, hat zur Feder gegriffen, extra für den AK. Aufgrund postalischer Verzögerungen waren wir zu unserem tiefsten Bedauern zu einigen Kürzungen des aufschlußreichen Textes genötigt.

Ursk-Challow, den 15.2.1987

Liebe Freunde von der Redaktion des ,,Arbeiterkampf'',
ein Kollege aus Ihrem Land hat mir eine Kopie des Briefes ,,Hallo Gorbi'' aus Nr. 278 Ihrer Zeitung zukommen lassen, wobei er mir schrieb, daß mit ,,Gorbi'' der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genosse Gorbatschow gemeint sei.

Wir Sowjetbürger schätzen es hoch ein, daß viele junge Menschen im Westen versuchen, sich in den Fragen der Weltpolitik, insbesondere in der Frage von Krieg und Frieden, ein eigenständiges Urteil zu bilden. Trotz aller Propagandakampagnen finden diejenigen, die unserem Land aggressive Absichten unterstellen, immer weniger Gehör. Doch geht der Abschied von den Trugbildern, die der Imperialismus von der wirklichen Lage in der Welt gezeichnet hat und zeichnet, oft nur zögernd und nicht ohne Umwege vor sich.

Vielleicht fehlten uns in der Vergangenheit der Mut und die Aufrichtigkeit, aber auch das Verständnis für neuartige Formen und Inhalte der Politik, um uns so offen und ernsthaft, wie es die Pflicht von Revolutionären im Geiste Lenins ist, mit Ihren Fragen auseinanderzusetzen, Ihre Anregungen ernst zu nehmen und Ihnen zu helfen, sich selbst ein realistisches Urteil über die Grundfragen der Weltpolitik zu bilden. Gestatten Sie mir deswegen, anstelle des Genossen Gorbatschow auf Ihre Fragen zu antworten, die trotz ihrer ironischen Form von ernsthafter Sorge um den richtigen Weg gegen die verhängnisvolle Politik des Wettrüstens zeugen. (...)

Sie werfen die Frage auf, ob nicht die Sowjetunion gut beraten wäre, SDI wegen der offensichtlichen Unmöglichkeit der Realisierung aller damit verbundenen maßlosen Pläne einfach hinzunehmen. In der Tat sind auch in unserem Land gelegentlich Stimmen zu vernehmen, wonach wir doch ruhig zusehen sollten, wie die Imperialisten ihr Geld für einen sinnlosen und unrealisierbaren Traum verpulvern. Solche Vorschläge zeugen jedoch von einer gefährlichen und höchst einseitigen Sichtweise. Man muß nun einmal den Gesamtkomplex der heutigen weltpolitischen Situation analysieren, um sich verantwortungsbewußt und richtig zu verhalten. (...)

Zunächst einmal enthält das Sternenkriegsprojekt nicht nur Träumereien, die utopischen Filmen zu entstammen scheinen. Diese dienen zum Teil als Nebelvorhang, hinter dem die alten Ziele der strategischen Überlegenheit und des ,,erfolgreichen'' Erstschlages verborgen und Projekte geplant werden, deren Realisierung durchaus im Bereich des Möglichen liegt, die sich aber in höchstem Maße destabilisierend auf die Weltlage auswirken würden. Die geplante Lösung vom ABM-Vertrag und die forcierte Entwicklung von ABM-Raketen und -systemen sollen es nach dem Willen der Initiatoren der USA ermöglichen, einen relativ ,,erfolgreichen'' ersten Schlag zu führen, d.h. einen Krieg zu beginnen, in dem ,,nur'' die Hälfte der Bevölkerung der USA umkäme, während das Volk der UdSSR, die mit ihm verbündeten Völker und die Völker Westeuropas so gut wie vollständig ausgelöscht würden. Die eingebildete Fähigkeit, einen solchen Krieg zu führen, wird von den US-,,Abrüstungs''-Experten zunehmend offen als ,,strategische Überlegenheit'' bezeichnet.

Im Zusammenhang damit müssen Sie sich vergegenwärtigen, daß der Imperialismus als untergehendes Gesellschaftssystem zunehmend zum strategischen Leichtsinn, zu einer Haltung tendiert, die man treffend mit den Worten ,,Nach uns die Sintflut!'' charakterisieren kann. Je schwieriger die ökonomische und politische Lage des Imperialismus wird, und je mehr andererseits die Führungsschichten der imperialistischen Länder insbesondere die USA, an eine strategische Überlegenheit *glauben*, desto größer und dramatischer wird die Gefahr einer Politik der Konfliktlösung durch Gewalt und Erpressung, die Gefahr des thermonuklearen Weltkrieges.

Diesem Leichtsinn der imperialistischen Führungen wirkt allerdings eine Kraft entgegen: das unbeirrbare Streben der Völker nach einem dauerhaften und gesicherten Frieden, insbesondere der Kampf der Friedenskräfte der imperialistischen Länder selbst. (...)

Diese Stimme der Völker hofft man mit SDI und der darauf gestützten maßlosen Unbesiegbarkeits-Propaganda insbesondere in den USA zum Verstummen zu bringen. Im Ergebnis würde das den Handlungsspielraum der aggressivsten Kräfte erweitern und die Lage für alle progressiven und auf friedliche Koexistenz gerichteten Bestrebungen weltweit erheblich verschlechtern.

Gerade in Ihrem Land sollte man nicht vergessen, daß die imperialistische deutsche Führung, aber in besonderem Maße auch das deutsche Volk, aufgrund des Glaubens an neue Wunderwaffen blind in die Katastrophe stürmte und den Kampf gegen die Befreier Europas bis fünf Minuten nach zwölf führte. Daß der Glaube an die Wunderwaffen sich als Illusion erwies, konnte den 100.000 Sowjetsoldaten, die bei der Befreiung Berlins gefallen sind, nicht ihr Leben zurückgeben.

Dieses Beispiel aus der Geschichte unserer Völker sollte jedem deutlich machen, daß es Waffensysteme gibt, die katastrophale Auswirkungen nicht allein auf den Schlachtfeldern eines Krieges, sondern auch in den Hirnen und Herzen der Menschen entfalten.

Sie sehen also, daß es keineswegs ein Widerspruch ist, wenn wir einerseits betonen, daß wir auf ein realisierbares SDI-Programm eine adäquate, wesentlich weniger aufwendige Antwort finden werden, daß jeder Unbesiegbarkeits-Traum jetzt und in Zukunft vergeblich ist, und wenn wir andererseits feststellen, daß das SDI-Programm gegenwärtig die Hauptgefahr für den Weltfrieden darstellt. (...)

In der Konsequenz all dieser und weiterer Tatsachen muß heute mit aller Eindringlichkeit festgestellt werden, daß es zur Zügelung der Weltherrschaftspläne des Imperialismus und zur Verhinderung des Weltkrieges weniger denn je ausreicht, durch geeignete militärpolitische Gegenmaßnahmen das weltstrategische Gleichgewicht zu erhalten. Solche Maßnahmen allein vermögen auf die Dauer die Gefahr eines Weltkrieges nicht zu bannen. Erforderlich ist vielmehr vor allem auch, daß jede *Vorstellung* von Unverwundbarkeit, Unbesiegbarkeit und militärischer Überlegenheit endgültig aus der Arena der internationalen Politik verschwindet. Nur bei einem solchen Denken wird in Zukunft die Erhaltung des Friedens unter den Bedingungen friedlicher Koexistenz gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen möglich sein. (...)

Mit herzlichen Grüßen
Bronislaw Schwatilow



aus: „taz"

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wahlkampf der FL ,,fast ausschließlich von der DKP geführt wurde'' (4). Daß angesichts dieser Realität Frust gerade bei den DKPlern ,,an der Basis'' aufkommt, ist verständlich. Zumal ein Ergebnis von 0,5 % wirklich keine Entschädigung für monatelange Mühsal und Selbstverleugnung ist. Gerade die Masse der DKP-Traditionalisten hängt mit trotzigem Stolz an ihrer ,,revolutionären Arbeiterpartei'' und hat eigentlich noch nie eingesehen, warum man sich ,,ausgerechnet'' bei Wahlen hinter irgendwelchen Promis und Kleinbürgern verstecken soll. Die Wahlbündnis-Orientierung hat der Parteivorstand seit 1981 (unter dem Eindruck der grünen Wahlerfolge) von oben nach unten durchgesetzt. Um diese neue Linie als ,,Wahlstrategie'' wirklich zu verankern, wären aber praktische — ,,abrechenbare'' sagt man dazu in der DKP — Erfolge nötig gewesen. Sie blieben aus.

Und jetzt also wieder Eigenkandidatur, bis zum nächsten Sockenwechsel. Die ,,parteilosen'' Mitreisenden der DKP in der Friedensliste hat man vorher nicht einmal gefragt. Wozu auch: ohne die DKP läuft mit der FL sowieso nichts. Und als eiserne Reserve für den Fall, daß man sie hier und dort doch wieder hervorzaubern möchte, bleibt die FL vorerst erhalten. Damit sie die Durststrecke des untätigen Abwartens besser übersteht, wird man der FL wohl demnächst strammere organisatorische Strukturen verpassen und sie damit als fiktives Wahlbündnis noch untauglicher machen. Die Behauptung von Mies und anderen nach der Bundestagswahl, die DKP halte ,,daran fest, daß sie auf eine Weiterentwicklung von Wahlbündnissen setzt'' (1), ist an der Praxis gemessen nur eine leere Phrase.

Auch von den Kritikern der angekündigten Selbstkandidaturen der DKP befürwortet kaum jemand, stattdessen die Friedensliste antreten zu lassen. Der Unterschied im Endergebnis wäre vermutlich allzu gering. Logisch also die Position von Jörg Huffschmid, Bremen:,,*Ein Blick auf die wahlpolitisch relevanten Kräfteverhältnisse macht deutlich, daß es gegenwärtig keinen wahlpolitischen Platz für eine Kräftegruppierung links von der SPD und den Grünen in der Bundesrepublik gibt, jedenfalls nicht bei Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen (...) Wir wollen als Kommunisten in die Parlamente, auch in den Bundestag. Diesem Ziel kommen wir jedoch durch immer erneute Kandidaturen — sei es als Eigenkandidaturen, sei es als Kandidaturen in einem Bündnis — nicht näher, deren Ergebnis für jeden vorhersehbar im Bereich der politischen Bedeutungslosigkeit liegt.*'' Die DKP solle ,,*unter den gegenwärtigen und absehbaren politischen Konstellationen...bei den zentralen Wahlen auf eine Kandidatur — sowohl als Partei als auch im Bündnis — verzichten.*'' (5)

Nichts wäre logischer. Aber die ,,revolutionäre Partei der Arbeiterklasse'' mit dem ,,unverwechselbaren Profil'', selbsternannter Champion aller außerparlamentarischen Kämpfe, hat tatsächlich Angst, daß ihre Existenz nicht mehr ,,wahrgenommen'' wird, sobald ihr Name nicht mehr auf jedem Stimmzettel erscheint. Warum nur, warum?

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1) Parteivorsitzender Herbert Mies: „Auch mit Wahlkampf und Abschneiden der Friedensliste können wir sagen, daß unsere politische Linie Bestätigung erfahren hat." „Der politische Handlungsspielraum der Partei, ihr Ansehen und ihre Autorität, seien größer geworden, die Rolle der Partei in Bewegungen und Wahlkampf habe auf andere eingewirkt." „Das Profil der DKP als konsequenteste Partei des Kampfes gegen rechts sei noch schärfer geworden." (UZ, 2.2.)
2) DKP-Bezirksvors. Rudi Maurer; Peter Gingold; Emil Carlebach; Begründung des Kandidaturbeschlusses. Alle Zitate nach UZ, 16.2.
3) Rudi Maurer; nach UZ, 10.2.
4) Uschi Döring, München; nach UZ, 10.2.
5) In UZ, 10.2.

Die DKP von antiquierten Ritualen befreien

Erasmus Schöfer (Köln) in der UZ

In der Diskussion über die vergangene und zukünftige Wahlorientierung der DKP sind Erfahrungen und Ansichten vorgebracht worden, die ich hier nicht wiederholen oder variieren, sondern ergänzen möchte. Mir scheint, daß Wahlergebnisse nicht nur dadurch beeinflußt werden, welche Bündnisse die Partei eingeht oder nicht und welche programmatischen Aussagen sie macht, sondern wie sie sich für ihre Mitglieder, Freunde, Wähler im täglichen Umgang erleben läßt. Um diesen Punkt kritisch zu beleuchten, berufe ich mich auf den Satz aus dem Referat von Herbert Mies vor der 5. PV-Tagung: ,,Darum sollte in der Parteidiskussion, in der wir alle Fragen, die es in der Partei gibt, freimütig und wo das notwendig ist, auch kontrovers diskutieren wollen, dennoch die Frage nach der Stärkung der Partei im Zentrum stehen ...''

Wenn ich mich ausdrücklich auf diesen Satz berufe, so ist dies bereits ein Teil des Problems, von dem ich handle: Eigentlich ist eine freimütige und auch kontroverse Aussprache unter Mitgliedern einer Partei eine Selbstverständlichkeit, um der sich verändernden Gesellschaft verstehend und sinnvoll handelnd auf den Fersen zu bleiben. Bei uns jedoch fanden Aussprachen, kritische Selbstverständigungen über neue Situationen fast ausschließlich im engsten Kreis und unter Vermeidung jeder Öffentlichkeit statt. Selbstkritik hat eher formalen Charakter, das Aussprechen von Kritik an der Politik gewählter Genossen erfordert überdurchschnittliches Durchsetzungsvermögen und erhebliche Zivilcourage.

Für die Aufrechterhaltung dieses Zustands mit Mitteln der Parteidisziplin gibt es politische Begründungen, die seit langem kanonisiert sind und nie mehr an der veränderten Wirklichkeit überprüft wurden. Das Bild, das die Partei dadurch für jene abgab, die sie wählen sollten oder wollten, ist das abweisende, leblose eines eiszeitlichen Findlings, in den man allenfalls mittels Preßluftbohrer eindringen kann. Darüber kann auch das lockere Ambiente unserer Pressefeste nur kurzfristig hinwegtäuschen. Für viele Parteimitglieder, die als ,,mündige Bürger'' dennoch mitmachten, sind die fehlenden innerparteilichen Einfluß- und Mitwirkungsmöglichkeiten Grund für innere oder auch ausdrückliche Kündigung, sprich: Resignation.

Ohne einen selbstkritischen Gedanken auf die Frage zu verwenden, ob es vielleicht auch mit dem Zustand der Partei zu tun hat, daß sie trotz eines einsichtigen Programms seit Jahren an Wählern verloren hat, erklärt der Parteivorstand als große Schlußfolgerung aus seiner 5. Tagung, daß jetzt die Partei durch neue Mitglieder gestärkt werden müsse — wie im vorigen und vorvorigen und jedem früheren Jahr auch schon. Aber nicht nur der Inhalt dieser ,,DKP-Initiative 87'' hat den Charakter eines Allgemeinplatzes, sondern seine Formulierung zeigt auch das gestrige patriarchalische Selbstverständnis des Parteivorstands gegenüber den Mitgliedern, wenn da gesagt wird: ,,Diese Aufgabe stellt der Parteivorstand jeder Genossin und jedem Genossen'', fast als habe Kaiser Wilhelm seine Landeskinder zu größerem Bürgerfleiß, zum Wohl von Krone und Altar aufgefordert. Statt daß sich ein gewählter Vorstand als Ausführer und Verwalter des Mitgliederwillens verstünde. Wie unter einem Brennglas entlarvt sich beispielhaft an diesem Satz, was unsere Partei für die denkenden Menschen dieses Landes so uninteressant macht. Und sie doch, nicht die Bild-Leser, können Kommunisten werden.

Da ist es nur noch ein weiterer Ausdruck der Rat- und Hilflosigkeit, fast ein Offenbarungseid, daß Traumreisen für die Werbung eines Kommunisten als Belohnung angeboten werden, als wär's die Prämie für einen erfolgreichen Autoverkäufer!

Wenn noch die Arbeitslosen in diesem reichsten Land der Welt weit mehr als ,,ihre Ketten'' zu verlieren haben, dann müßte für unsere Politik klar sein, daß in den seltensten Fällen Menschen zu Kommunisten werden, weil sie in der KP ihre eigensten Interessen besser vertreten können. Jeder weiß, daß das Gegenteil der Fall ist und daß sie die absehbaren Nachteile ihrer Organisierung nur deshalb in Kauf nehmen, weil sie in besonderer Weise ein ethisch begründetes gesellschaftskritisches Bewußtsein entwickelt haben. Dieses Bewußtsein wollen sie nicht von einem Parteivorstand abgenommen und durch Appelle und Parolen ersetzt haben, sondern sie wollen es in dieser Partei bekräftigen und anwenden.

Es gibt unter den Kommunisten dieses Landes ein verbreitetes Leiden an ihrer Partei — das ist nicht das vom Gegner verursachte, nicht das von der allgemeinen Erfolglosigkeit bewirkte, sondern das Leiden an der Vergeblichkeit aller Bemühungen, die Organisation dieser alten Partei von antiquierten Ritualen und hierarchischen Rücksichten zu befreien, so daß sie zu einem den Geist und die Tatkraft erfrischenden Organismus würde, der in seiner innere Lebendigkeit die Gesellschaft vorahnen läßt, die wir erstreben. Als Materialisten vertrauen wir nicht auf die verheißene kommunistische Gesellschaft im Jenseits des 3. Jahrtausends, vielmehr wollen wir hier und heute den realisierbaren Teil der kommunistischen Gesellschaftsorganisationen erproben und erleben.

Das Erproben von Neuem bringt Risiken mit sich, gewiß. Aber gegen diesen Einwand könnte man das Manifest-Zitat, etwas übertreibend, vielleicht so variieren: Die Kommunisten der Bundesrepublik haben als Partei nichts zu verlieren als ihre Erfolglosigkeit.

Ich schreibe das nicht als Ergebnis meiner individualistischen Schriftsteller-Phantasie, sondern als Summierung der Erfahrungen und Gespräche mit Genossen und Genossinnen, die ich über Jahre in Köln und der ganzen Republik gehabt habe. Eine Diskussion in der UZ über diese Fragen sollte ihre Allgemeinheit und Dringlichkeit bestätigen oder widerlegen. Beides würde uns helfen, sicher auch für zukünftige Wahlen.

"Drinnen stehen und draußen — als Beobachter, als Clown"

Interview mit David Mouchtar-Samorai, Regisseur der "Palästinenserin" in Hamburg



In den ersten Jahrzehnten des Staates Israel ,,arbeiteten die Theater daran mit, nationale Mythen zu schaffen,'' schreibt der israelische Theaterkritiker Handelzalc, ,,in den achtziger Jahren begannen sie, diese kritisch zu überprüfen.'' (1)

Und die Theaterkritikerin Schoschana Avigal registriert 1985 ein schon seit Jahren währendes ,,fieberhaftes Interesse an den alten Mythen des Zionismus''. Die Theater gäben sich nicht mehr zufrieden mit den ''fraglosen Rechtfertigungen, mit denen unsere Gründer uns ausgestattet haben. Der Zeitpunkt solcher Fragen ist kein Zufall, sie entstehen vielmehr aus einer neuen Realität, welche di alten Rechtfertigungen außer Kraft setzt; aus einer tiefen Verwirrung und Hilflosigkeit gegenüber den Konsequenzen, zu welchen der von unseren Vätern als selbstverständlich vorgezeichnete Weg geführt hat. Irgendwoist irgendetwas schiefgelaufen. (...) Wie konnten unsere großen historischen Vorgänger ,vergessen' haben, daß das Land, in welchem sie siedeln wollten, nicht unbesiedelt war, und wie konnten sie eine nationale gesellschaftliche und säkulare Revolution sowie einen territorialen politischen Anspruch auf einem religiösen und göttlichen Versprechen begründen?'' (2)

Die Arbeiten der Theatermacher entsprechen den Interessen des Publikums; es will, schreibt Handelzalc, ,, ,relevantes' Theater sehen, das heißt Stücke, die sich auf israelisches Alltagsleben beziehen oder in irgendeiner Weise die eigene Lebensrealität betreffen.'' — Joschua Sobol, Autor der auch in der BRD aufgeführten Stücke ,,Weiningers Nacht'', ,,Ghetto'' und ,,Die Palästinenserin'', nicht der einzige, aber der bekannteste Autor der kritischen israelischen Bühne, wendet sich mit seinem ,,Theater der Provokation'' an ,,eine Gesellschaft, die ihre Berufung verloren hat''.

Wir sprachen mit David Mouchtar-Samorai, dem Regisseur der Hamburger Inszenierung der ,,Palästinenserin'' über das Theater in Israel und der BRD, über seine Inszenierung und die Vorbehalte gegenüber der Aufführung von Stücken wie denen Sobols auf ,,deutschem Boden''. Mouchtar-Samorai, 1942 in Bagdad geboren, emigrierte mit seinen Eltern 1950 nach Israel, lebte dort bis 1965

nen Sobols auf ,,deutschem Boden''. Mouchtar-Samorai, 1942 in Bagdad geboren, emigrierte mit seinen Eltern 1950 nach Israel, lebte dort bis 1965

und ging dann zum Studium nach England. Bis 1978 arbeitete er an britischen Theatern, seither lebt und arbeitet er in der BRD. Er inszenierte in Bremen, Heidelberg, Basel und — derzeit — in Bonn. Seine Inszenierungen von Gogols ,,Revisor'', Shakespeares ,,Viel Lärm um Nichts'' und Marlowes ,,Eduard II.'' wurden zum Westberliner Theatertreffen eingeladen.

ARBEITERKAMPF: Seit einigen Jahren werden in Israel Stücke geschrieben und aufgeführt, die sich kritisch mit dem Zionismus, mit der Entwicklung des israelischen Staates und der aktuellen Situation im Lande auseinandersetzen. Worin gründet diese Entwicklung?

David Mouchtar-Samorai: Es gibt eine Entfremdung zwischen Regierung und Gesellschaft im allgemeinen, und im Verhältnis der Regierung zu den Künstlern im besonderen.

Ich denke, der Sechs-Tage-Krieg war der Anfang dieser Entwicklung. Es war das letzte Mal wo die Leute verstanden, weshalb sie in den Krieg gehen müssen und sich verteidigen. Es war ganz klar, in was für einem Staat man lebt, wofür man kämpft. Nach dem Sechs-Tage-Krieg waren die Ideale total vernichtet. Dieser große Sieg, dieses wunderbare Überleben. Plötzlich war die schmalste Stelle Israels — bei Netania zwischen dem Meer und der Grenze Jordaniens — nicht mehr nur zwanzig Kilometer schmal. Der Traum von der großen Macht. Die biblischen Grenzen Israels — dabei gibt es mindestens zwanzig verschiedene biblische Grenzen Israels ... Ich denke, diese verfluchten besetzten Gebiete, sie sind der Fluch der israelischen Gesellschaft und des Staates. Und seither ist die moralische Sensibilität, sind die Ideale in Rauch aufgegangen.

Sind es vor allem jüngere Autoren, die sich ihren Stücken kritisch mit der israelischen Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen?

Ja, die Sobol-Generation und noch etwas jünger. Es gibt jetzt auch wieder neue und noch jüngere Autoren dieser Richtung. Die israelischen Rechten behaupten, daß die israelischen Theater in der Hand der Linken sind.

Wegen einer Aufführung der ,,Palästinenserin'' hat die Tchiia (3) vor drei Wochen in Tel Aviv protestiert. Es war und ist noch immer ein ganz großer Skandal. Vorher hatten mich Freunde gefragt, ob ich mit der Hamburger Inszenierung des Stückes zu einem Theaterfestival nach Israel kommen würde. Ein deutsches Theater bringt ,,Die Palästinenserin'' nach Israel ... Nach dem Auftritt der Tchiia reizt es mich noch mehr, die Inszenierung in Israel zu zeigen. Ob die Organisatoren des Festivals es allerdings jetzt noch wagen, das weiß ich nicht.

mehr, die Inszenierung in Israel zu zeigen. Ob die Organisatoren des Festivals es allerdings jetzt noch wagen, das weiß ich nicht.

Viele Leute in Israel, die sich für liberal halten, für links, waren sehr aufgeregt darüber, daß ich dieses Stück in Deutschland inszeniere. In England wäre es nicht soschlimm gewesen.

Und was haben diese Leute zur Aufführung der ,,Palästinenserin'' in Israel gesagt?

Sie waren froh, daß es dieses Stück gibt, sie haben es unterstützt.

,,Ghetto'', das erste Stück Sobols das in der BRD aufgeführt wurde, ist von Peter Zadek mit großen Stars als bunte Revue inszeniert worden. Wie war die Uraufführung in Haifa?

Sehr einfach. — Aber ich mag Zadeks Inszenierung. Diese Fähigkeit ein solches Thema so zu bringen — toll! Es ist die einzige Möglichkeit, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. In Israel ist gerade im Radio, in den Zeitungen die Rede von Treblinka, von Demjanjuk, der jetzt vor Gericht steht. Ich habe einen Brief von meiner Schwester aus Israel bekommen, jedesmal wenn sie davon hört, wird ihr schlecht. Es ist sehr schwer, mit dieser Vergangenheit zu leben. Auch für die erste und zweite Generation besteht noch das Trauma. Deshalb ist die Verdrängung auch in Israel sehr stark.

Ich habe ,,Ghetto'' hier in Hamburg gesehen, ich habe den Kampf erlebt, eine Karte zu kriegen, weil die Aufführungen dauernd ausverkauft waren. Die gleichen Leute, die auch sonst immer ins Theater gehen. Sie saßen gespannt da, lachten, reagierten und atmeten mit dem Stück. Zuckerbrot und Peitsche. Die ersten zehn Minuten dieses ,,Musicals'' waren schwer für mich. Aber als guter Zuschauer liebe ich Zuckerbrot und liebe ich die Peitsche.

Merkwürdigerweise brachte dieser Schmalzfilm ,,Holocaust'' hundertmal mehr Aufklärung für die deutschen Massen als Dokumentarfilme, die immer zu später Stunde ausgestrahlt werden.

Das Stück ,,Die Palästinenserin'' wie der Autor Sobol überhaupt werden von der ,,Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung'' scharf angegriffen — allerdings ohne eine Auseinandersetzung mit Sobols Stücken direkt zu führen. Es heißt dort, Joshua Sobol habe ,,der Bundesrepublik gleich drei Theaterstücke beschert, die sich prächtig dazu eignen zu praktizieren, was Henryk M. Broder so treffend die Umschuldung genannt hat.'' Und unter anderem bezogen auf ,,Die Palästinenserin'' ist von einer ,,brüderlichen Annäherung von Opfern und Tätern'' die Rede. (4)

Wenn es nur so wäre ...

Wenn es nur so wäre ...

Die ,,Allgemeine Jüdische'' meint mit Opfern und Tätern nicht Israelis und Palästinenser, sondern vielmehr Deutsche und Juden ...

Sobol hat diese Stücke nicht für Deutschland, er hat sie für Israel geschrieben. Es sind gute Stücke, es ist deswegen nicht zu vermeiden, daß sie hier aufgeführt werden.



Ich, und ich vermute auch Sobol, glauben nicht an eine erzieherische Wirkung des Theaters. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Stücke keine antiisraelischen oder antisemitischen Haltungen erzeugen werden. Im Gegenteil. Sie zeigen eine sehr positive Seite Israels: aufrichtig, selbstkritisch und opferbereit für seine Überzeugung einzustehen. Die Öffentlichkeit wird mit einem schmerzhaften Thema konfrontiert und hoffentlich zur Diskussion gebracht. Was ist daran falsch?! Es ist überdies die einzige Möglichkeit einer intellektuellen Bewegung. Ich finde das nur positiv.

Ich war auch für die Aufführung des Fassbinder-Stückes. Es enthält antisemitische Aspekte, aber wenn eine Aufführung dieses Stückes einige Leute zum Buhrufen oder zu irgendeiner Reaktion gebracht hätte, das wäre toll gewesen.

Aber das ist doch ,,Erziehung?!''

Stell Fragen, und dann laß das Publikum reagieren! Als damals ,,Bruder Eichmann'' in Frankfurt aufgeführt wurde, da gab es Proteste von Neonazis. Das gehört dazu, das muß rausgelassen werden. Ich hätte sogar gern Zeitstücke aus dem Nazideutschland gezeigt. Ich bin sicher, das hätte zu einer sehr gesunden Reaktion geführt — positiv wie negativ. Und diese Reaktion wäre das ungeschminkte Gesicht Deutschlands gewesen.

Kürzlich machte das Haifa-Theater ein Programm mit nazideutschen Liedern. Es war ein wichtiger Schock zu sehen, daßNationalismus und Fanatismus nicht ein einmaliges Phänomen Nazideutschlands sind.

Kahane (5) zum Beispiel: sein Agieren hat auch positive Folgen. Erst neulich konnte er in einem arabischen Dorf keine Rede halten, weil er von Arabern und Juden gemeinsam vertrieben wurde. Es gibt eine positive Reaktion, wenn man negative Sachen zeigt. Man muß diese Themen, diese Vergangenheit in die öffentliche Diskussion bringen. Man mußdie Büchse der Pandora (6) öffnen.

Wenn man mit Zensur anfängt, dann hat es kein Ende mehr. Alles hat Recht, auf die Bühne zu kommen, solange es einen theatralischen Wert hat. Soll man diese Stücke etwa verbieten?!

dann hat es kein Ende mehr. Alles hat Recht, auf die Bühne zu kommen, solange es einen theatralischen Wert hat. Soll man diese Stücke etwa verbieten?!

In der ,,Palästinenserin'' verschafft eine Gruppe linker Israelis durch die Übernahme finanzieller Risiken die Möglichkeit, über das Dilemma Araber-Juden, über die Koexistenz von Arabern und Juden einen Film zu machen, also über das zentrale Pro-

Fortsetzung nächste Seite

Joschua Sobols

„Die Palästinenserin"

Joschua Sobol, 1939 in Palästina geboren, studierte Philosophie an der Sorbonne. Nach Abschluß seines Studiums 1970 nach Israel zurückgekehrt, begann er Theaterstücke zu schreiben — zuerst dokumentarische Stücke, die soziale Probleme thematisierten, dann einige satirische Arbeiten.

Die meisten seiner siebzehn seit 1971 in Israel aufgeführten Schauspiele sind ,,Zeitstücke''. Zuerst mit ,,Weiningers Nacht'', dann mit ,,Ghetto'' und der ,,Palästinenserin'' versuchte er, wie er in einer autobiografischen Notiz schrieb, ,,die schwierige Beziehung zwischen Judentum, dem Staat Israel und dem Zionismus darzustellen.'' Sobol ist künstlerischer Leiter des Stadttheaters Haifa, der einzigen Bühne in Israel, auf der Stücke für ein arabischsprachiges Publikum von festengagierten arabischen Schauspielern aufgeführt werden. Für die 1985 in Israel uraufgeführte ,,Palästinenserin'' (das ,,Skandalstück des Jahres'') wurde Sobol im April 1985 vom Israelischen Rat für israelisch-palästinensischen Frieden mit dem Issam Sartawi-Preis ausgezeichnet.

In der ,,Palästinenserin'' stellt Sobol eine Gruppe von arabisch- bzw. jüdisch-israelischen Schauspielern auf die Bühne, die in einem Studio die Geschichte der Palästinenserin Zamira verfilmt. Die tatsächliche Zamira, Mitautorin des Drehbuchs und Kommentatorin zwischen und zu den einzelnen Szenen, wird im Film als Magda von der jüdisch-israelischen Schauspielerin Daliah verkörpert. Der jüdisch-israelische Schauspieler Udi, im ,,wirklichen Leben'' Linker, spielt den nationalistischen Juden David. Magda, die verkleidet auf einem jüdischen Studentenfest an einem antizionistischen Sketch mitgewirkt hat, wird von nationalistischen Juden, darunter David, zusammengeschlagen. Erst als sie sich als Araberin zu erkennen gibt, hören die Schläger auf — sie hatten Magda für eine ,,jüdische Verräterin'' gehalten. Vor einer ,,nationalistischen Araberin'', sagt David ihr später, habe er jedoch durchaus Hochachtung. Magda und David verlieben sich ineinander (ob das nun ,,logisch'' ist oder nicht, ist eine zweitrangige Frage — Sobol macht, und dies ist ausdrücklich positiv zu verstehen, ,,Gebrauchs-

nun ,,logisch'' ist oder nicht, ist eine zweitrangige Frage — Sobol macht, und dies ist ausdrücklich positiv zu verstehen, ,,Gebrauchs-

theater'', formale Mängel haben da geringere Bedeutung), scheitern in ihrer Liebe aber sowohl an ihrer arabischen wie ihrer jüdischen Umwelt. Als Magda gefragt wird, wer die Parole ,,Tod den Verrätern. Euer Urteil ist gefällt'' an ihre Haustür gemalt hat, antwortet sie, gleichermaßen resigniert und aufgebracht: ,,Was weiß ich, wer. Meine Freunde, seine Freunde. Gibt es nicht genug Wahnsinnige in diesem Land?'' (7)

Nicht um eine so-und-sovielte ,,Romeo und Julia''-Version geht es also, sondern um die unüberhörbare Forderung nach dem friedlichen Zusammenleben von Juden und Palästinensern. Sobol bleibt, ebenso wie in ,,Ghetto'', nicht bei Apellen stehen, er fragt nach der Geschichte, nach den Ursachen. ,,Wir wissen'', schrieb Sobol im Materialienband zu ,,Ghetto'', ,,von den Gaskammern und dem Massenmord an Millionen, aber sind wir je der Frage nachgegangen, wie die Nazis unsere Seele geschändet haben?Haben wir uns gefragt, was sie unserer Moral angetan und welch furchtbaren Schaden sie unserer Seele zugefügt haben?'' (8) Und in der ,,Palästinenserin'' besteht der arabische Darsteller darauf, in seiner Filmrolle nicht — wie vom wohlmeinenden Drehbuchautor und Regisseur angelegt — als ,,der gute Araber'' dazustehen. Ihm ist es gerade wichtig, zu verdeutlichen, ,,daß die schändliche Lage, in die man Menschen mit Gewalt bringt, sie auch zu einem schändlichen Verhalten zwingt.'' Und er fragt, an das restliche Team gewendet: ,,Ihr als Juden, versteht ihr das nicht?'' (9)

Kultur

Fortsetzung von vorheriger Seite

blem des ganzen Staates Israel. Diese Besessenheit des Filmteams, diesen Film auch zu machen, die moralische Sensibilität, das ist die wirkliche Hoffnung für Israel.

In fast allen bundesdeutschen Rezensionen über „Die Palästinenserin" wird auf die „besondere Problematik" einer Aufführung dieses Stückes in Deutschland hingewiesen, verschiedentlich wurde es sogar als gefährlich oder falsch bezeichnet, Stücke dieser Art überhaupt hierzulande aufzuführen.

Allerdings bin ich gegen eine pauschale Kritik an „Israel" oder an „den Juden". Ich habe in England und in Deutschland zur Zeit des Libanonkrieges erlebt, daß dort gesagt wurde: Aha, auch die Juden ...! Also nicht nur die Deutschen ... Ich halte es auch für grundfalsch, den Zionismus als Rassismus zu definieren. Linke wie Sobol und ich sind Zionisten, denn Zionismus ist das Recht der Juden, nach Israel zurückzukehren, das Recht, einen Staat zu haben. Natürlich gibt es auch faschistische Strömungen in der israelischen Gesellschaft und Politik, aber die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus stellt die Existenz des israelischen Staates in Frage.

Die israelische *Regierung* kann man selbstverständlich kritisieren und soll man kritisieren, das steht nicht in Frage. Gegen den Libanon-Krieg haben auf einer einzigen Kundgebung 400.000 Leute demonstriert. Soldaten, Offiziere, sogar ein General verweigerten den Gehorsam. Deswegen ist es für mich unverständlich, warum einige Israelis und Juden unfähig sind, Kritik vom Ausland zu ertragen.

Auf eine Sache bin ich sehr stolz: das Programmheft zur Hamburger Aufführung der „Palästinenserin". Wir haben den PLO-Palästinenser Issam Sartawi, der als Terrorist angefangen hatte und als Kämpfer für Frieden und Koexistenz von Abu Nidal umgebracht wurde, dem Israeli Emil Grünzweig gegenübergestellt, der bei einer Friedensdemonstration von jüdischen Rechtsradikalen mit einer Handgranate getötet wurde. Hierin sind Tragödie und Hoffnung vereint.

Sie glauben, betonen Sie, nicht an eine „erzieherische Wirkung" des Theaters. Aber warum dann die Mühe, ein politisch brisantes Programmheft durchzusetzen? Warum überhaupt Stücke wie „Die Palästinenserin"?

In meiner Arbeit drücke ich meine persönliche Meinung aus. Ich reagiere mit meiner ganzen Aufnahmefähigkeit als Künstler und hoffe, damit ein Auslöser zu sein.

Die modernen kritischen Stücke Israels werden, meines Ermessens auch sehr zu Recht, als „Gebrauchsstücke" bezeichnet. Ein Theaterautor bzw. ein Regisseur dieser Stücke „für den Gebrauch" kann doch wohl schwerlich, wie Sie es für sich in Anspruch nehmen, nur seine persönliche Meinung ausdrücken wollen und dann den Rest dem Publikum überlassen.

Ich akzeptiere die Begrenztheit der Wirkung von Kunst und Theater in der Gesellschaft. Es wäre hier eine Illusion, mehr zu erwarten, als möglicherweise einen Diskussionsanstoß geben zu können.

Nicht so in Israel. Israel ist eine kleine Gesellschaft, wie eine kleine Stadt. Es ist dort viel mehr möglich. 1971 wurde Josef Mundis Stück „The Governor of Jericho" aufgeführt, in dem ein verrückter General auftritt, der einen PLO-Terroristen verhört. Das Stück wurde in der Knesset diskutiert, man versuchte, die Aufführung zu stoppen. Vielleicht gründet das Interesse an Kunst und Theater in Israel in der unendlichen Vielfalt der fundamentalen Probleme und der Unsicherheit der Existenz. In diesem Zustand stellt man bessere Fragen.

Israelischen Theaterautoren, hörte ich, sei es unvorstellbar, daß in der BRD keine Stücke über die großen Skandale geschrieben werden, über die Neue Heimat, über Flick.

Zu einem Teil habe ich die Frage schon beantwortet. Eine andere mögliche Antwort wäre, daß es eine verborgene Zensur gibt. Viele Intendanten neigen dazu zu harmonisieren, um niemanden zu stören. Und gerade sie hätten die Macht, solche Stücke zu unterstützen, zu sponsorn und anzuregen. Aber wie soll ein Intendant, der eben 10.000 für den Autrag, ein Flick-Stück zu schreiben, aus gegeben hat, seinem Kulturdezernenten gegenübertreten?!



Die Wirkung von Theaterarbeit ist nach Ihren Worten in Israel weitaus größer als hierzulande, Sie arbeiten aber seit rund zwanzig Jahren an britischen und deutschen Theatern.

Das gehört zu meiner Biografie und ich will nicht viele Worte darüber verlieren. Nur eins: in Israel beschäftigt man sich viel mehr mit Inhalt, und nur ganz wenig mit Form. Und für mich hat Form auch ihre Notwendigkeit und Verdienste.

Wenn man israelische Zeitungen liest und einen Shakespeare inszenieren will, dann kann man nur „Timon von Athen" machen. Ich habe mich daran gewöhnt, auf einer Insel zu leben und mich in meinen Träumen zu verlieren. Manche nennen es Masturbation. Ich mag es. Um auf Timon zurückzukommen: ich spiele lieber die Rolle von Abamantes. Drinnen stehen und draußen. Der Beobachter, der Clown.

Das Interview (im Wortlaut autorisiert von David Mouchtar-Samorai) wurde geführt von Re. und K., Hamburg

Quellen und Anmerkungen:

1 Michael Handelzalc (Theaterkritiker von „Haaretz"): Was auf der Bühne geschieht, betrifft das Land. Die israelischen Theater 1986. In: Theater heute, Heft 9, September 1986

2 Schoschana Avigal (Theaterkritikerin von „Dawar" und „Koteret Raschit"): Frisches Blut. In: Spektrum, Monatsschrift der israelischen Arbeiterbewegung, Tel Aviv, September 1985

3 Tchiia (Tehya), rechtsradikale israelische Partei, die sich gegenüber der Kach (s. Anm. 5) als „liberal" zu profilieren bemüht

4 „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 5.12.86

5 Kahane, aus den USA stammender Führer der rechtsradikalen, militant rassistischen Kach

6 Pandora, Gestalt der griechischen Mythologie. Zeus gab Pandora eine Büchse, in der unter verschiedenen Gaben auch Übel eingeschlossen waren. Als Pandora die Büchse öffnete, flogen die Übel heraus, nur die Hoffnung blieb in der Büchse, als Pandora sie wieder schloß.

7 Joschua Sobol, Die Palästinenserin. In: Theater heute, H. 9/86, S. 51

8 Joschua Sobol, Ghetto. Mit Dokumenten und Beiträgen. Hg. Harro Schweizer. Westberlin: Quadriga-Verlag Severin, 1984. S. 192

9 J. Sobol, Die Palästinenserin, a.a.O., S. 45

Fotos: K.M./AK

Literatur-Tips

Wir wollen auf dieser Seite neuere Veröffentlichung des westberliner Argument-Verlages vorstellen. Es handelt sich dabei durch die Bank um neu erschienene Bücher, die interessante Anstöße für die linke Diskussion bieten.

Georges Labica: Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik, Argument-Verlag, 18,- DM

Labica ist Professor für Philosophie in Paris und verfaßte eine Reihe interessanter Beiträge zur marxistischen Diskussion der letzten Jahre. Er gehörte zu den Initiatoren des Projektes, aus dem das Kritische Wörterbuch des Marximus (KWM) entstand. Sein 1984 in Frankreich veröffentlichtes Buch „Der Marxismus-Leninismus" liegt nun auch auf deutsch vor.

Labica versucht mit dem Buch, dem blinden Fleck der kommunistischen Diskussion auf die Spur zu kommen und die Frage nach dem Gehalt des ML zu beantworten. Zunächst einmal legt Labica dar, wie der ML entstand und ruft die historischen Zusammenhänge in Erinnerung, vor allem das „Jahr des Großen Umschwunges" in der UdSSR 1928/29, in dem der Stalinismus sich endgültig durchsetzte. Indem sich Labica von verschiedenen Aspekten aus dem ML annähert, zeigt er anschaulich, daß dieser die „Offizialdoktrin" des Stalinismus darstellte. Im weiteren verdeutlicht Labica, daß die offizielle Entstalinisierung in der UdSSR unter Chruschtschow nur die dysfunktionalen Auswüchse beseitigen sollte, um den Stalinismus in seiner Grundstruktur erhalten zu können.

Labica geht es um eine Umkehrung des Prozesses, der aus dem Marxismus eine Legitimationsideologie machte. Zurecht verweist Labica dabei auf den desolaten Zustand der kommunistischen Diskussion, deren Inkonsequenzen Symptome einer Situation seien, „*in denen der Wunsch nach einem radikalen Umdenken und das Unvermögen, es wirklich zu tun, miteinander im Clinch liegen*".

Die Stärke des Buches liegt darin, daß Labica sehr eindringlich die historischen Ursachen benennt, die zu der Stagnation des marxistischen Denkens führten. Gerade diese Stärke macht das Buch von Labica für alle interessant, die sich mit der Geschichte des ML oder den gegenwärtigen Diskussionen in der Sowjetunion beschäftigen.

Labica plädiert allerdings trotzallem dafür, an dem ML als Begriff festzuhalten, und er verteidigt ihn als eine „Replik auf den Stalinismus". So recht Labica hat, wenn er den ML als „*unsere Geschichte*" bezeichnet, so uneinsichtig bleibt, warum an einem so belasteten Begriff festgehalten werden sollte oder warum es nicht ausreichen sollte, von (revolutionärem) Marxismus zu reden. Labicas Ausführungen scheinen mir in diesem Punkt unzulänglich zu sein, zumal er den näheren Gehalt des „Leninismus" nicht bestimmt. Insoweit handelt es sich tatsächlich um Elemente einer Kritik, die erst beginnt. Trotzdem handelt es sich bei dem Buch von Labica um einen interessanten Beitrag, der sehr pointiert die Grundlagen des stalinistischen Denkens angreift und darauf verweist, daß es keinen allgemeinen, überhistorischen Marxismus geben kann, sondern daß sich der Marxismus immer wieder in konkreten historischen und regionalen Situationen herausbilden muß.

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

Band 2
Charisma bis Funktionär

Argument

Kritisches Wörterbuch des Marxismus Argument-Verlag, 24,- DM pro Band

Wir hatten im Dezember 1984 das *Kritische Wörterbuch des Marxismus* (KWM) bereits einmal im *Arbeiterkampf* vorgestellt. Damals waren erst zwei Bände erschienen und die Alltagserfahrungen mit dem KWM waren noch gering. Nunmehr gibt es fünf Bände (bis zu dem Buchstaben „O"), drei weitere werden demnächst erscheinen. Das KWM hat sich längst als ein nützliches und unentbehrliches Arbeitsmittel etabliert, weil es die große Lücke zwischen den plattpopulären Schnellschußdefinitionen und der wissenschaftlichen Spezialliteratur schließt. Wer einen Grundbegriff der marxistischen Diskussion nachschlagen will, tut dies am besten zuerst im KWM. Es sei denn, er zieht das alte „Marxistisch-leninistiche Wörterbuch der Philosophie" von Buhr und Klaus vor, das in griffigen Texten das Sozialismusverständnis der SED offeriert.

Der vierte Band (K-L) des KWM weist eine Reihe interessanter Beiträge auf. In einem ausführlichen Beitrag analysiert Bensussan die „Krisen des Marxismus". Weniger gefallen hat mir der Artikel „Leninismus" von Labica, der die Hegemonieproblematik ausklammert und damit die „regulative Hauptidee des Bolschewismus" (Sinowjew). Dagegen besticht Cachon mit seinem Artikel über „Logik", der trotz aller Kürze das Problem auf den Punkt bringt. Unter dem Stichwort „Linie" findet sich zwar kein Text, aber einige Querverweise: „*Siehe: Abweichung, Krisen des Marxismus, Linksradikalismus, Opportunismus*".

Auch der fünfte Band ist eine Fundgrube, in der man Stichworte wie „Natur", „Mensch", „Materialismus" und -natürlich auch - „Opportunismus" findet. Wie in den vorherigen Bänden auch sind alle Stichworte mit Querverweisen und Literaturangaben versehen. Wer will, kann in das KWM an einem beliebigen Punkt einsteigen und sich dann durch das weite Feld der marxistischen Kontroversen führen lassen. So ein Schmökern lohnt sich durchaus. Wer allerdings unter dem Stichwort „Oktober" Literarisches über den Herbst erhofft, wird bitter enttäuscht. Im KWM gibt es nur einen Oktober und der war rot und außerdem 1917 und eigentlich ein November. Man lernt halt nie aus...

Das KWM ist insgesamt tatsächlich ein ebenso ansprechendes wie nützliches Werk geworden. Das KWM ermöglicht es jedem, an der marxistischen Diskussion teilzunehmen, ohne zu jeder Frage hunderte von Seiten lesen zu müssen. Es ist auch ein Stück Demokratie, Wissenschaft allen zugänglich zu machen, die sich für sie interessieren. Abschreckend ist wohl der Preis der Gesamtausgabe (über 200,- DM), der für manchen Geldbeutel ein ziemliches Problem sein dürfte. Bei den geringen Auflagen, die marxistische Publikationen heute erreichen, kann der Preis jedoch kaum eine Kritik am Argument-Verlag sein, der in seinen Preisen eher „unter Schnitt" liegt. Einsteigern in die Diskussion sei das oben besprochene Buch Labicas empfohlen, denn es veranschaulicht die historischen Hintergründe, die den heutigen Zustand des Marxismus bewirkten.

Widersprüche der Automationsarbeit, Argument-Verlag 1987, 18,- DM



Allen berechtigten Vorurteilen gegen Soziologie zum Trotz: Das Buch ist spannend. Das Projekt Automation und Qualifikation (PAQ) hat seine jahrelange Arbeit in die Form eines „Zusammenfassenden Handbuchs" gebracht (220 Seiten). Der Leser wird nicht mit ellenlangen Statistiken oder ausufernder Faktenhuberei genervt, sondern erhält komprimiertes Material zu wichtigen Fragen. Zunächst einmal führen die Autor(inn)en in die Problematik ein und setzen sich von gängigen Plattheiten ab.

Das Autorenkollektiv geht von der These aus, „*daß die Technologie selbst weder neutral, noch in ihrer je(weils) konkreten Gestalt eine historisch zufällige Größe darstellt, ja, daß in ihre Konstruk tion Herrschaftsansprüche, Kontrollverlangen und der Wunsch, die Arbeit menschengerechter zu gestalten, nur insoweit eingingen, wie der Arm und die Kraft gewerkschaftlicher Organisationen reichte*". Der gegebene Stand der Arbeitsorganisation wird konfrontiert mit der Überlegung, „*was in der Arbeit möglich wäre, wenn sie mit dem heutigen Stand an verfügbarem Wissen menschlich gestaltet würde*".

Das PAQ lehnt die alte These von der „Stagnation und Fäulnis" des modernen Kapitalismus ab: „*Wichtig schien uns daher nicht zu fragen, ob der Kapitalismus die Produktivkräfte noch weiterentwickeln könnte, sondern warum und wie er dieses tut*". Zugleich benennt das PAQ die Gefahr, „*daß die Erhaltung und Weiterentwicklung des Systems auf seine Selbstvernichtung zusteuert*".

In dieser Situation zeigen die „Widersprüche der Automationsarbeit" anhand konkreter Untersuchungen die Auswirkungen der kapitalistischen Arbeitsteilungen ebenso auf wie die emanzipatorischen Möglichkeiten der neuen Technologien. Dieser Versuch, statt Technikfetischismus oder allgemeiner Technikfeindlichkeit die konkreten Widersprüche der Entwicklung zu bestimmen, ist in der Linken oft gefordert aber selten angegangen worden. Das PAQ-Handbuch stellt ebenso Kategorien wie konkrete Ergebnisse einer solchen Analyse zur Diskussion. Vom Umfang und vom Preis her bietet dieses Buch ein attraktives Angebot zum Einstieg in eine viel zu wenig geführte Diskussion.

Josè Carlos Mariategui: Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen Argument-Verlag/Exodus 1986, 32,- DM

Man nannte Mariategui (1894-1930) den „*ersten Marxisten*" Lateinamerikas und dennoch ist er bis heute in Europa fast unbekannt geblieben. In einer ausführlichen Einleitung schreibt Füssel, Mariategui sei „*im Rahmen der Selbstkritik der kommunistischen und sozialistischen Bewegungen*" Lateinamerikas in den letzten Jahren wiederentdeckt worden und spiele für Lateinamerika eine ähnliche Rolle wie Gramsci für uns.

Mariategui wurde von dem offiziellen ML seiner Zeit heftig befehdet. Seine Versuche, die besondere Situation „Indio-Americas" zu analysieren, führten ihn in einen Konflikt mit dem starren Universalismus der Komintern-Doktrinen. Er analysierte vor allem das Problem der Indios sowie das kulturelle Erbe der Kolonisation. Dabei untersuchte er die konkrete Rolle der Religion und des Mythos':

„*Der Religionsbegriff hat sich sowohl quantitativ als auch qualitativ erweitert. Er reduziert Religion nicht länger auf Kirche und Ritus. Er erkennt den religiösen Institutionen und Gefühlen eine Bedeutung zu, die sich stark von der unterscheidet, die ihr Leute zuschreiben, die aus einem glühenden Radikalismus heraus Religiosität einfach mit Obskurantismus gleichsetzen*".

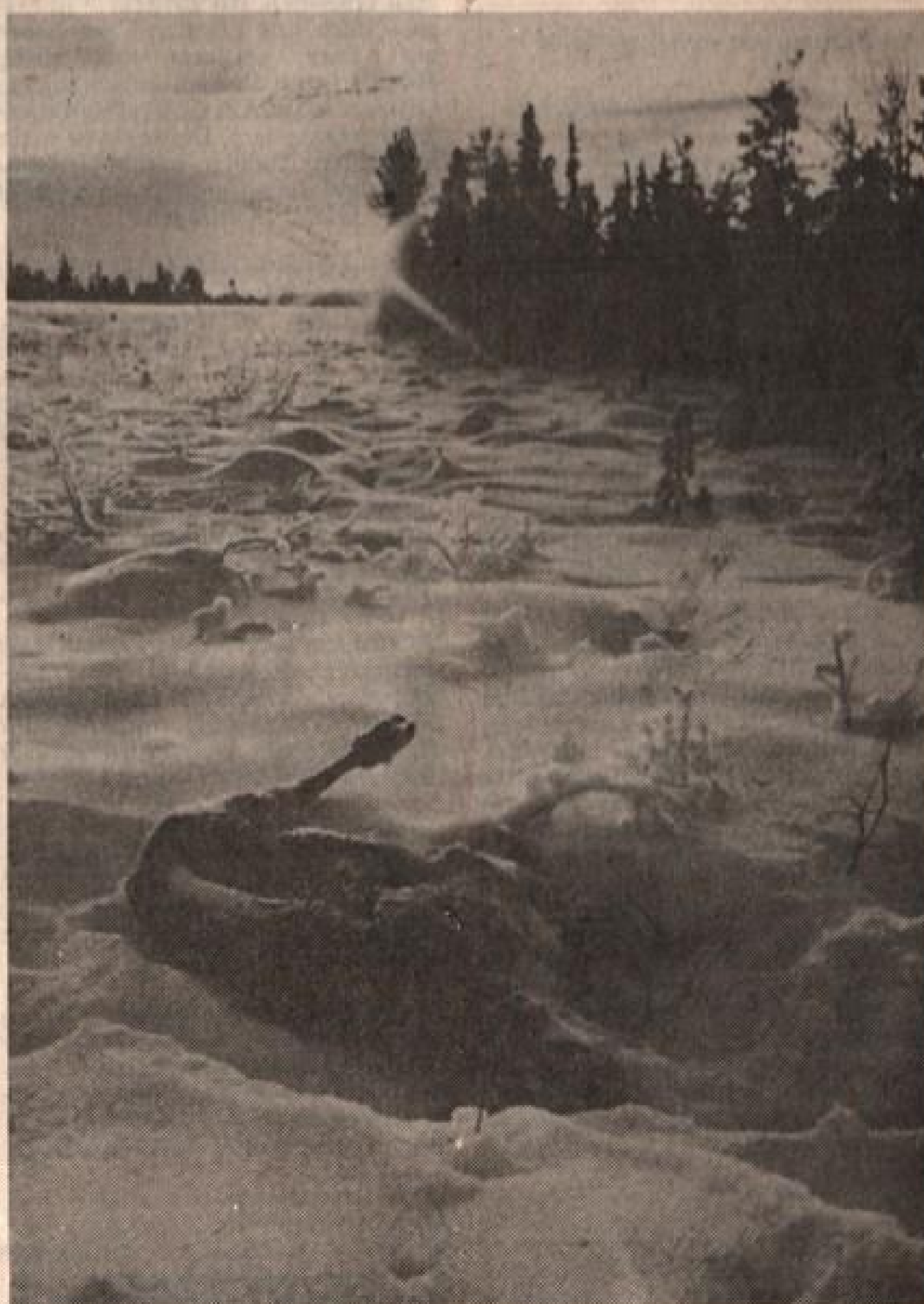
Wie auch Gramsci fragte Mariategui nach der konkreten historischen Rolle der Religiosität und wurde so zum Vordenker der „Theologie der Befreiung", die auf ihn Bezug nimmt.

Es ist dem Argument-Verlag zu verdanken, daß das Hauptwerk Mariateguis nun auch deutschsprachig zugänglich ist. Die „Sieben Versuche" dürften bald zur Pflichtlektüre für jeden geworden sein, der sich mit der Geschichte Lateinamerikas oder den Debatten seiner Linken auseinandersetzt.

jb

Berlinale 87

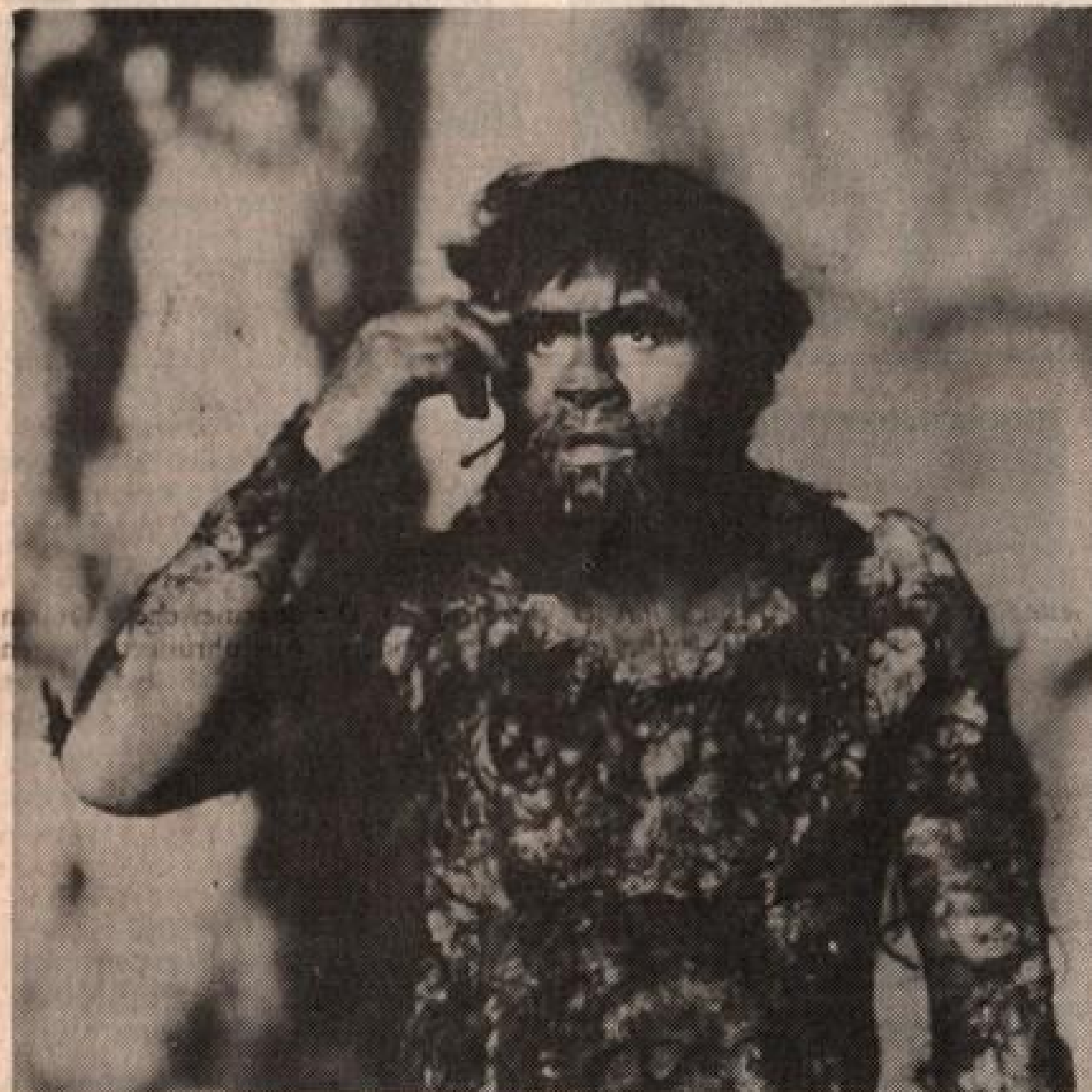
''Spaltprozesse'' und andere Filme für die Bewegung(en)



Hotet/Uhkkadus, Die Bedrohung; Schweden 1986

Die Presse hat bereits — kleinerenteils informativ, größerenteils breit und schlapp — über die 37. Internationalen Filmfestspiele Westberlin, die Anfang März beendet wurden, berichtet. Ich will hier gezielt einige der Filme knapp vorstellen, die ich politisch für interessant halt. Filme, die zur Diskussion anregen, Denkanstöße geben, bei Veranstaltungen eingesetzt werden könnten.

Beginnen will ich jedoch mit einem ambitiösen Film, der über 14 (vierzehn) Stunden reine Langeweile verbreitet: *The journey* von Peter Watkins. Zentrales Element des Films sind Gespräche mit Familien aus allen Ecken der Welt, den P. Watkins mit Suggestivfragen humanistische Plattheiten abringt. Am Ende steht die Erkenntnis, daß wir ja alle für den Frieden sind und statt Rüstung Hungerhilfe wollen. Eine endlose Zumutung für die Zuschauer.



Triumpf der Gerechten; BRD 1987

Triumpf der Gerechten; BRD 1987

Autor und Unterstützergruppen rechtfertigen dies mit der Bedeutung des Themas, der angeblichen Komplexität der Zusammenhänge und einem ideologischen Überbau über Schnittfolge und Erzählfluß. Ein Film, den wohl nur in Sitzblockaden erprobte Friedenskämpfer aussitzen werden. Es lohnt sich nicht.

Lohnender ist da schon der Film *Joe Polowsky — ein Amerikanischer Träumer* von Wolfgang Pfeifer. Am 25. April 45 trafen in Torgau an der Elbe Patrouillen der Amis auf sowjetische Einheiten. In der Euphorie ihrer kurzen Begegnung versprachen sich die Soldaten, alles zu tun, um einen neuen Krieg zu verhindern. Joseph Polowsky, ein Taxifahrer aus Chicago, war als einfacher Soldat dabei und nahm sein Versprechen so ernst, daß er den Rest seines Lebens und selbst seinen Tod der Verständigung und Freundschaft zwischen US-amerikanischem und sowjetischem Volk widmete. Eine sehenswerte kleine Geschichte vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, aus Dokumentaraufnahmen und Interviews montiert in ruhigem Erzähl-Rhythmus.

Ebenfalls eine Montage aus Archivmaterial und Interviews mit Zeitzeugen ist *Are we winning Mommy? — Amerika und der Kalte Krieg* von der US-Amerikanerin Barbara Margolis. Der Film vermittelt einen guten Eindruck von der antikommunistischen Hetze in den USA der 50er und 60er Jahre. Politsche Hindergründe werden nur zaghaft angesprochen, der Film bleibt an der Oberfläche der Ereignisse.

Eine ganz andere Art Geschichtsfilm ist *DrehOrt Berlin* von Helga Reidemeister. Die Regisseurin befragte Menschen aller Altersgruppen in West- und Ostberlin zu ihren Lebensperspektiven, ihrem Begriff von Freiheit, Geschichte und natürlich zur Teilung und Mauer. Zumindest für mich Nicht-Berliner war dabei oft am Anfang der Gespräche unklar, was nun ,,Ost'' und was ,,West'' ist. So schafft der Film es, Vorurteile abzubauen und das an den Anfang des Films gestellte Kohl-Zitat vom ,,KZ DDR'' Lügen zu strafen. Da fühlt sich nämlich die Sozialhilfe-Empfängerin aus Westberlin viel unfreier, als der Maurer-Brigadier aus Ostberlin. Ein Film, dem die Lust am Forschen nach dem Leben der ,,ganz normalen Menschen'' anzusehen ist, ein Film für mehr Geschichtsbewußtsein und gegen Revanchismus.

Nicht mit der ,,Teilung des Vaterlandes'', sondern mit dem Mythos vom Vaterland schlechthin setzt sich Peter Kriegs Film *Vaters Land* auseinander. Ein Film der so gut ist, daß Zimmermann nicht nur die letzte Förderrate einbehält, sondern das bereits gezahlte Geld zurückforderte. Formaler Anlaß für den Film ist die Reflexion seiner Vaterrolle gegenüber seiner fünfjährigen Tochter. In einer Art filmischen Brief filmt er seinen alten Schulweg vorbei an klerikalen Bußestatuen, interviewt er seinen alten Landesvater Filbinger, Bundeswehrsoldaten, ,,linke'' Patrioten, die im deutschen Interesse US-Raketenstützpunkte blockieren. Solch ,,linke'' Patrioten anzugreifen war Peter Krieg bei seinem Film am wichtigsten, wie er in der Diskussion erklärte. Die Bilder sind gut, werden jedoch vom Kommentar manchmal erdrückt. Davon abgesehen ein wirklich guter Film der zum Denken anregt ohne langweilig zu sein.

Ebenfalls gerade eben noch durch die Filmförderung alten Zuschnitts gefördert ist Josef Bierbichlers Erstlingsfilm *Triumph der Gerechten*. Auch dieser Film ist eine Auseinandersetzung mit Geschichte und Protestbewegungen, allerdings verpackt in eine Spielhandlung auf drei Zeitebenen. Die Hauptebene spielt ,,anno traurig 1633'' als sich bayerische Bauern gegen das plündernde und bauernschindende Millitärvolk wehren. Daneben gibt es Aufnahmen der Gegenwart und einer fiktiven Zukunft, aus der heraus ein Wesen, halb Affe halb Mensch, das Vergangene kommentiert. Josef Bierbichler will zeigen, daß Protestbewegungen durch Geschichtslosigkeit immer wieder dieselben Fehler machen. Die Bauern spalten sich, die eine Hälfte läßt sich von der Befriedungsstrategie des Fürsten überzeugen, die andere Hälfte wird daraufhin geschwächt geschlagen. Der intellektuelle Hutmacher, der den Aufstand anzettelte, begeht verzweifelt Selbstmord. Für alle, die bereit sind, sich auf eine fiktive und z.T. verwirrende Handlung einzulassen ein sehr anregender Film.

Von Widerstand im selben Landkreis zu heutiger Zeit handelt der Film *Spaltprozesse* von Bertram Verhaag und Claus Striegel. Der bisher beste Wackersdorffilm, den ich kenne. Als im Februar 1985 der endgültige Standort für die WAA in Wackersdorf entschieden wurde, entschlossen sich die Filmemacher, ,,während der zehnjährigen Bauzeit menschliche, ökologische und politische Veränderungen filmisch zu dokumentieren.'' (die Regisseure im Gespräch) Während ihr erster Film in den Kinos anläuft, drehen sie schon für den zweiten und planen, mit ihrem Film im Kinomobil durch den Landkreis zu fahren und ihn mit den Leuten dort zu diskutieren. — Ihrem Interesse, Veränderungsprozessen nachzuspüren entsprechend, verzichten die Regisseure auf einen eigenen Kommentar. Sie lassen die Oberpfälzer selbst zu Wort kommen, zeigen in ruhigen Bildern Szenen vom alltäglichen Widerstand, dem Polizeiterror; nicht sensationslüstern, sondern präzise beobachtend, stellen diesen Bildern die Reden von Strauß, Zimmermann und Co entgegen, die so filmisch als Lügen enttarnt werden. Ein Film, der das Publikum nicht entmündigt, sondern am Erkenntnisprozeß teilhaben läßt, ein Film der Mut macht weiterzukämpfen.

Nicht die drohende Gefahr durch Atomenergie, sondern die konkrete Katastrophe ist Gegenstand des Sowjetischen Film *Die Glocken von Tschernobyl*, von dem ein Rohschnitt zu sehen war. Ein Film, der nicht Parteipropaganda herunterleiert, sondern viel Raum läßt, um die Hilflosigkeit der evakuierten Bauern im Umgang mit der nicht greifbaren Gefahr durch die Radioaktivität zu zeigen. Die Interviews sind die Stärken des Films, neben denen seine Schwächen — die Heroisierung der nur schlecht geschützten Auf:äumarbeiter und die Propagierung des Festhaltens am Atomprogramm — nicht übersehen werden sollten.

Ebenfalls mit den Folgen der Tschernobylkatastrophe beschäftig sich der schwedische Film *Hotet / Die Bedrohung* von Stefan Jarl, der zeigt wie die Kultur der Rentiere züchtenden Lappen von der Zerstörung bedroht ist. Ihre Lebensgrundlage ist vernichtet: von 1.000 geschlachteten Rentieren sind nur fünf unter dem Grenzwert. Auch die Fische sind verseucht. Es gibt keine ,,unberührte Wildnis'' mehr.

Ebenfalls von einer schönen Landschaft, die das Elend der Region nicht mehr verdecken kann, handelt der britische Film *Rocinante* von Cinema Action, einem Londoner Filmemacher-Kollektiv, daß sich 68 gründete, um über die Ereignisse des Mai '68 zu berichten und seither die Arbeiterbewegung mit Filmvorführungen unterstützt und ihre Entwicklung dokumentiert. Nun haben sie endlich mal etwas Geld bekommen und konnten ihren ersten Spielfilm drehen: Eine sehr intelligente Auseinandersetzung mit der heutigen Situation in Wales nach dem Bergarbeiterstreik. Der romantische
sten Spielfilm drehen: Eine sehr intelligente Auseinandersetzung mit der heutigen Situation in Wales nach dem Bergarbeiterstreik. Der romantische
Bill lebt allein in einem verfallenem Kino. Auf die zerrissene Leinwand projiziert er zeitlose Bilder von England. Als er erfährt, daß das Gebäude abgerissen werden soll, packt Bill seine Sachen und macht sich auf die Reise. Dabei trifft er auf die Aktivistin Jess, die an einer obskuren Verschwörung teilhat, bei der es um Computer-Technologie geht, und ihn in ihrem Lieferwagen mitnimmt. Diese beiden Personen verkörpern den Grundkonflikt im Film, dessen Handlung aber noch weitaus vielschichtiger ist, eingepackt in wunderschöne Landschaftsaufnahmen. Die am Anfang geheimnisvolle Handlung dechriffriert sich zum Ende hin mehr und mehr, weshalb ich hier nicht mehr über die Handlung schreibe, um die Spannung nicht zu nehmen. Der Film ist auf jeden Fall mein persönlicher Favorit, der einzige, den ich mir gleich zweimal angesehen habe.

In einer ganz anderen Landschaft und Kultur spielt der chinesiche Film *Ye Shan / Wilde Berge* vom Xian Filmstudio, dem avantgardistischsten in China. Dementsprechend bricht der Film auch mit vielen chinesischen Moralvorstellungen und zeigt das Leben auf dem Lande ungeschminkt, die Probleme bei der Durchsetzung der neuen Reformgedanken (Privatisierung) in
ralvorstellungen und zeigt das Leben auf dem Lande ungeschminkt, die Probleme bei der Durchsetzung der neuen Reformgedanken (Privatisierung) in
den Köpfen der Bauern. Zwei Ehen gegen an den unterschiedlichen Vorstellungen von Reform und Tradition kaputt. Am Ende heiraten die Paare überkreuz neu. Diese Handlung ist Aufhänger für eine präzise Beschreibung des Dorfalltags. Ein faszinierender Einblick in das chinesische Leben.

Einen Einblick in das heutige Chile versucht Miguel Littin mit seinem Film *Acta general de Chile* zu vermitteln. Die abenteuerliche Entstehungsgeschichte des Films schildert Gabriel Garcia Marquez in einem Buch, das im Sommer in Deutsch erscheint. Der Exil-Chilene Littin hat nämlich mit Hilfe von Maskenbildnern und Verhaltenspsychologen eine völlig neue Identität angenommen und mit vier internationalen Filmteams gedreht, die offiziell mit ganz anderen Aufträgen angereist waren. Herausgekommen ist ein Film, der uns teilhaben läßt an einer subjektiven Reise durch das Land, voll Erinnerung, auf der Suche nach den Menschen, ihrem Leben, nach Widerstand. Es werden die Frauen gezeigt, die in den Armenvierteln Gemeinschaftsküchen organisieren, es gibt ein Interview mit der Guerillaorganisation FPMR. Der letzte Teil ist Salvador Allende gewidmet, rekonstruiert seine letzten Stunden. Für Littin ist der Allende, der in seinem Arbeitszimmer mit
FPMR. Der letzte Teil ist Salvador Allende gewidmet, rekonstruiert seine letzten Stunden. Für Littin ist der Allende, der in seinem Arbeitszimmer mit
der Waffe in der Hand auf die Putschisten wartet, das Symbol ,,der Zukunft und der Einheit, die wir brauchen'', wie Littin in einer Diskussion erläuterte.

ol.



Rocinante; GB 1986



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

„Späth-Faschismus?"

Betr.: „Visionen des Späth-Kapitalismus" und „Nicht übertreiben Genossen!" (AK 278)

Werte Genossinnen und Genossen,
wir sind sehr zufrieden damit, daß der Arbeiterkampf sich nach langer Zeit wieder einmal zur Späth-Politik äußert. Wir sind jedoch sehr unzufrieden mit dem Umgang mit einer Seminarstellungnahme der Autonomen und mit der Aussage eures Artikels.

Zum 1. Punkt: Die Stellungnahme der Autonomen ist für die Seminateilnehmer geschrieben und für solche Kräfte, die die Ergebnisse des Seminars kennen. Zum Seminar lag ein Materialheft vor; nach dem Seminar wurde die Autonomen-Stellungnahme zusammen mit einem Diskussionsbericht veröffentlicht. Uns fallen nur schlechte Gründe ein, warum ihr darauf mit keinem Wort hingewiesen habt. Wie soll der Leser sich eine Auffassung zur abgedruckten Stellungnahme machen, wenn er die Diskussionsergebnisse nicht mal thesenhaft erfahren kann?

Wenn ihr euch dieses Material selber einmal anseht, werdet ihr feststellen, daß es keinen „BWK-Begriff des Späth-Faschismus" gibt, wie es eure Überschrift ausdrückt. Ihr mißhandelt die Autonomen-Stellungnahme, wenn ihr in der Einleitung schreibt: „Die Autonomen wenden sich damit gegen die Auffassungen des BWK" und dann fett als Überschrift heraushebt: „Nicht übertreiben Genossen!" Als ob das das Hauptinteresse ihrer Stellungnahme wäre. Eure unzureichende redaktionelle Sorgfalt hat auch dazu geführt, daß ihr die Autonomen-Stellungnahme mit „Die Kritik der autonomen Genoss/inn/en" überschreibt, statt mit der ganz anderen Aussage, die die Autonomen selbst als Überschrift vorsahen: „Einige Fragen und Anmerkungen zum Seminar der Landesredaktion in Freiburg." Es geht schon um Kritik, aber es geht nicht um Kritik im Sinne von Runterputzen, sondern es geht um Kritik mit dem Interesse der weiteren Aufklärung.

Wir möchten euch zu einer solchen kritischen Auseinandersetzung auffordern. Was meint ihr selber zu den Seminarergebnissen?

In dem Artikel „Visionen..." habt ihr zwei Fragen/Thesen aufgestellt: 1. Späths Umsetzung seiner Zukunftsentwürfe finden Parallelen bei Orwells „1984", 2. Ist Baden-Württemberg Vorreiter für den Spät(h)-Kapitalismus insgesamt?

Durch die erzwungene Parallelbeziehung Späth-Orwell verschwindet ganz, für wen und wieso Späth Politik macht. Daher habt ihr die unter 2. genannte Frage auch nicht beantwortet. Unsere Position ist: Die Zukunftsentwürfe stammen nicht von Späth, sondern aus den Vorstandsetagen der Konzerne, dort finden sich auch die Parallelen. Die Konzerne wollen direkte Steuerung der staatlichen Exekutive, daher wird der staatliche Verwaltungsapparat der Struktur der Konzernverwaltung angepaßt.

Wenn verschwindet, welche Auftraggeber und welche Politikinteressen bestehen, wird auch undeutlich, wie Opposition aufgebaut werden kann. Wir sind nicht damit einverstanden, daß die prinzipiell mit Späth übereinstimmende Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze als entschiedenste Kritikerin seiner Politik herausgehoben wird. Es gibt von seiten der ÖTV und auch des DGB sehr viel weitergehende Kritiken am Landessystemkonzept, die von uns gezielt unterstützt werden müssen.

Der Abschlußabsatz mit der Überschrift „Big Brother und Little Brother" geht — wie das „Little" andeuten soll — auf die SPD-Politik ein. Wir sind, wie die Seminarergebnisse zeigen, der Auffassung, daß die Kritik an der SPD-Haltung zur Späth-Politik falsch liegt, wenn sie bloß feststellt, daß eh alle aus einem Topf kommen. Späth hat andere Auftraggeber, Verbindungen und Interessen als SPD-Lang. Die SPD steht im reformistischen Lager, Späth dagegen gehört ins reaktionäre Lager. Die einen muß man mindestens punktuell zur oppositionellen Politik zwingen, um die anderen bekämpfen zu können. Dazu liegen verschiedene Vorschläge vor.

Mit dem Interesse an der Fortführung der Diskussion

Die Landesredaktion des BWK-Baden-Württemberg
c/o GNN Mannheim, Waldparkstr. 19, 6800 Mannheim
i.A. Barbara, Eva, Christina, Uli und Thomas

Innere politische Selbstzensur

Betr.: „Es gibt keine Lösung der Judenfrage" und „Gedanken über eine Erfindung" (AK 277)

Im AK 277 erschien eine zweiseitige Rezension des Buches von Henryk M. Broder „Der ewige Antisemit", die einer entscheidenden Berichtigung bedarf.

Im dem AK-Artikel heißt es, daß Broder unter den Begriff des Antizionismus „*j e d e Kritik an Israel packt, sofern sie von Linken geübt wird und/oder ein bestimmtes, von Broder zugebilligtes Maß überschreitet*" (AK 277). Im gleichen Tenor heißt es an anderer Stelle: „*Wenn er (Broder, St.) formuliert, der ‚Antizionismus' habe ‚im Kern dieselbe libidinöse Qualität wie der Antisemitismus: Es geht gegen die Juden' (S. 43), dann bedeutet das logischerweise, daß j e d e Kritik an Juden oder an Israel als triebhaft und intellektuell unredlich abgetan werden k a n n. Auf diese Weise k a n n man jede Kritik an Israel als suspekt hinstellen, jede Debatte von vornherein unmöglich machen.*" (ebenda)

Der Autor des AK-Artikels hat „über-

möglich machen." (ebenda)
Der Autor des AK-Artikels hat „über-

sehen", daß Broder den Antizionismus genau umreißt als „*eine Haltung, die den Juden das Recht, sich als Territorialnation zu organisieren, verweigert*" (S. 45) Broder betont an mehreren Stellen ausdrücklich, daß es *nicht* um eine Abwehr von Kritik an israelischer Politik geht (vgl. S. 35 und S. 69). Nicht legitim und antisemitisch aber sei die Propagierung der Zerstörung des heutigen Judenstaates. Das befürchtet er als eine Neuauflage des Holocaust. Auf dieser Prämisse beruhen die gesamten Argumentationen und Befürchtungen Broders, und es wird am Schluß zu fragen sein, warum sie im AK unterschlagen wurden.

Broder konstatiert: Wenn es nach Auschwitz Antisemitismus gibt, dann hat er in der Regel etwas mit dem Ort zu tun, an dem die Juden heute konzentriert sind: mit Israel. Nach Auschwitz hat der alte NS-Antisemitismus „seine Unschuld" verloren. Totz des Tabus aber gibt es noch einen Antisemitismus, zu dem sich aber kaum noch jemand offen bekennt. Wir stehen heute vor dem paradoxen Phänomen eines „Antisemitismus ohne Antisemiten".

Zugleich mit dem Antisemitismus habe sich der Antizionismus nach Auschwitz verändert: Wenn es in der Weimarer Republik durchaus legitim war, als Antizionist auf Assimilation, bürgerliche Humanität und (eventuell) europäischen Sozialismus zu setzen, so habe sich doch der Zionismus als der geschichtlich hellsichtigere erwiesen. Antizionismus *nach* Auschwitz, der den Juden ihren Staat verweigert, schlage um in Antisemitismus.

Antisemitische Tendenzen im antizionistischen Gewand stellt Broder fest, wenn die Kritik der Israelpolitik mit „jüdischen Eigenschaften" angereichert wird, wenn Massaker von der „Gegenseite" unter den Tisch fallen (wer kennt schon das syrische Hama?), und wenn nur israelisches Vorgehen hochemotionalisierte Ausbrüche provoziert, wobei häufig das Verhalten der Israelis mit den Nazis und deren Methoden verglichen wird. Wer kennt nicht die berüchtigte, entlastende Phrase von der „Solidarität mit den Opfern der Opfer", die die Juden zu Tätern macht, auf einer Stufe stehend mit ihren NS-Mördern.

Allerdings nimmt Broder nicht nur die Linke aufs Korn (wie der Autor des AK-Artikels suggeriert), sondern anhand der Vorfälle von Bitburg und der Helmut Schmidt-Begin-Kontroverse auch die bundesrepublikanische Rechte (die geheime Macht des 'Weltzionismus', 'die Juden seien selbst Schuld, wenn der Antizionismus wieder auflebt' etc.) Circa zwei Drittel der Broder-Zitate beziehen sich übrigens *nicht* auf die Linke. Nichtsdestoweniger wäre die Linke gut beraten, sich mit Broders Position nicht auf der Ebene der Kriminalistik (stimmt dieses oder jenes Zitat) auseinanderzusetzen. Die grundlegende und problematische Tendenz der von Broder zitierten Fälle dürfte m.E. unumstritten sein. Es lohnt sich z.B., einen Blick in die AKs der frühen 70er Jahre zu werfen (...).

Ob man allerdings Broders Schluß folgt, daß sich im Antizionismus (im obigen Sinn) unbewußt der Wunsch nach vollständiger Vernichtung der Juden ausdrückt, die als Überlebende an dieses Schuldgefühl immer wieder erinnern, mag jeder für sich selbst beantworten.

In den Schlußkapiteln seines Buches geht Broder u.a. auf antizionistische Stellungnahmen verschiedener Staatenvertreter in der UNO und auf antizionistische Ausführungen in der UdSSR ein, die in der Tat in der zitierten Form ihre Affinität zum Antisemitismus kaum verleugnen können (die hätte sich der AK vornehmen sollen, anstatt mit Akribie und Aufwand ein Broderzitat von 1976 als Fläschung zu entlarven — siehe den Artikel „Gedanken über eine Erfindung", AK 277).

Um zum Schluß zu kommen: Die „message" der AK-Rezension ist: Broder sichert die aggressive israelische Außenpolitik mit demagogischen Anwürfen gegen die Linke ab. Seine abstrusen und konstruierten Thesen eines auch in der Linken virulenten Antisemitismus auf der Grundlage unverarbeiteter Schuldgefühle brauchen gar nicht erst diskutiert zu werden („keine Herausforderung", Kt.). Sicher, Broders Buch lebt von der Lust an der polemischen Zuspitzung, der gelegentlich zu flotten Gleichsetzung, und insbesondere seine unhistorische Antisemitismusrezeption wirft Fragen auf. Aber unbestritten ist doch wohl, daß er — wenn auch vielleicht für manchen mit „falscher Gewichtung" — den Finger auf eine offene Wunde legt (vgl. z.B. die im AK 1983 geführte Diskussion über die „Endlösung der Palästinenserfrage"). Die angemessene Reaktion auf Broders Ausführungen wären Nachdenklichkeit und Selbstreflexion anstelle von Abwehr und Verdrän-

Nachdenklichkeit und Selbstreflexion
anstelle von Abwehr und Verdrän-

gung.

Um die eingangs gestellte Frage zu beantworten: Es muß wohl an der inneren politischen Selbstzensur gelegen haben, die es dem Autor der Rezension unmöglich gemacht hat, Broders Position zum Antizionismus und zur Legitimität von Israelkritik sachlich korrekt wiederzugeben. Vielleicht ist sie das Ergebnis einer selektiven „parteiischen" Herangehensweise an das Thema, die sich mit fataler Auswirkung affirmativ in den Dienst des Bestehenden gestellt hat. Konträr hierzu sei Broders Buch als Herausforderung zur Lektüre empfohlen.

St. St.

PS: Ich suche frühe KBW-Veröffentlichungen zum Komplex Zionismus/Israel.
Kontakt über AK-Redaktion.

Auge um Auge

Texte von Simone de Beauvoir aus den Jahren 1945 - 1955

Wie fängt man einen Artikel über „Rechtes Denken, heute" an? „*Die Wahrheit ist eins; der Irrtum vielfältig. Es ist kein Zufall, daß die Rechte den Pluralismus lehrt.*" Und wie ein Kapitel „Aktueller Stand des bürgerlichen Denkens?" „*Wir wissen es: der Bürger von heute hat Angst. In sämtlichen Büchern, Artikeln, Reden, in denen er sein Denken ausdrückt, ist es zuallererst diese Panik, die ins Auge springt...Europa hat aufgehört, sich in Freiheitsbegriffen zu denken und denkt sich in Schicksalsbegriffen.*" Geschrieben 1955. Überholt?

Durch die Veröffentlichung von Simone de Beauvoir: „Auge um Auge, Artikel zu Politik, Moral und Literatur 1945-1955" erfährt der deutsche Leser mit mehr als dreißigjähriger Verspätung, daß Simone de Beauvoir nicht allein die Lebensgefährtin Sartres, Vorkämpferin der Frauenbewegung und Verfasserin von Romanen und Aufsätzen war, sondern eine brillante philosophisch-politische Schriftstellerin der Linken. Im ersten Artikel „Moralischer Idealismus und politischer Realismus" wendet sie ihre Philosophie des Existentialismus auf die politische Theorie an. Sie weist nach, daß beide der genannten Positionen für sich allein zum Scheitern verurteilt sind und daß ein politischer Realismus nur dann Erfolg hat, wenn er sich von einem moralischen Idealismus inspirieren läßt. In „Der Existentialismus und die Volksweisheit" verteidigt sie in unnachahmlicher Weise den Existentialismus gegen den Vorwurf, er würde den Menschen in den schwärzesten Farben schildern und zur Verzweiflung treiben. An treffenden Beispielen von verbreiteten Sprüchen über das Leben zeigt sie die Doppelzüngigkeit der Volksweisheit auf, die offiziell den Menschen als Helden verklärt und inoffiziell — auf der Stammtischebene — augenzwinkernd als Schwein darstellt. Dem setzt Simone de Beauvoir den realistischen Optimismus des Existentialismus entgegen. In dem Titelaufsatz „Auge um Auge" setzt sie sich mit den Prozessen gegen die französischen Kollaborateure der Nazis auseinander. Während sie die normale bürgerliche Strafjustiz ablehnt, verlangt sie die Bestrafung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie es die Kollaboration darstellt. Aber weder der spontane Racheakt noch die unpersönliche institutionelle Strafjustiz können Verbrechen gegen die Menschlichkeit wiedergutmachen: dem ersten gelingt es nicht, die Situation von Gefoltertem und Folterer wirklich umzukehren, die zweite bleibt abstrakt und trennt den Menschen von seiner Tat. Dennoch weigerte sich S. de Beauvoir, ein Gnadengesuch für den Kollaborateur Brasillach zu unterschreiben.

Will der Roman die menschliche Existenz in ihrer permanenten Spannung zwischen Determination und Freiheit wirklich einfangen, muß er dazu eine philosophische Dimension enthalten, ohne deshalb zu einem Thesenroman zu werden. Das führt sie in „Literatur und Metaphysik" aus. Der umfangreichste Artikel ist der grundsätzlichen Widersprüchlichkeit und zynischen Menschenverachtung rechten Denkens gewidmet, das hier in sarkastischer Weise entlarvt wird. Es würde sich lohnen, diese Typologien einmal auf rechtes Denken im Jahre 1987 anzuwenden.

Der Übersetzerin ist es in überzeugender Weise gelungen, den rhetorischen Schwung und die brillante Gedankenführung in all ihrer Frische im Deutschen wiederzugeben, sodaß auch sprachlich dem deutschen Leser eine neue Simone de Beauvoir geboten wird. In ihrem Nachwort gibt die Herausgeberin und Übersetzerin in prägnanter Form die notwendigen zeitgenössischen Informationen, die zum Verständnis und zur atmosphärischen Einordnung dieser Artikel erforderlich sind. Dieses Nachwort schließt mit einem Zitat aus einem weiteren noch nicht übersetzten Artikel Simone de Beauvoirs, mit dem ich den Leser auf dieses Buch neugierig machen will:

„*Die Pantoffelphilosophie des Kleinbürgers, der, soweit er kann, zu leben vermeidet und den Ereignissen sowenig Bedeutung wie möglich beimißt, der sich entscheidet, ohne Ambitionen, ohne Liebe, ohne Begeisterung zu sein — diese Philosophie ist für uns die radikale Verneinung der Existenz. Der Mensch ist weder ein Stein noch eine Pflanze, und er kann sich nicht seelenruhig durch seine bloße Anwesenheit auf der Welt rechtfertigen. Der Mensch ist nur dadurch ein Mensch, daß er sich weigert, passiv zu bleiben (...) Existieren heißt für den Menschen, die Existenz neu zu schaffen (...) Wir halten den Menschen für frei: aber seine Freiheit ist nur in dem Maße real und konkret, wie sie engagiert ist, ein Ziel anstrebt und sich anstrengt, einige Veränderungen in der Welt zu bewirken.*"

T., Ffm

Simone de Beauvoir
Auge um Auge — Artikel zu Politik, Moral und Literatur 1945-1955
Deutsche Erstveröffentlichung; übersetzt, herausgegeben und mit einem Nachwort von Eva Groepler; März 1987, Rowohlt, 240 S., geb., 28 DM

Simone de Beauvoir
Auge um Auge
Artikel zu Politik, Moral und Literatur 1945-1955
Deutsche Erstveröffentlichung





AK-Fundbüro

Thomas Ebermanns Einzug in den Bundestag — Langers Marsch — ist der „FAZ" (18.2.87) ein Porträt des Politikers wert. Wir erfahren: „ ‚Langer' nennen ihn seine alten Mitkämpfer aus gemeinsamen Zeiten beim ‚Kommunistischen Bund' in hitziger werdenden Debatten. Spitzname wegen seiner Körpergröße? Bloß Pseudonym, unter dem er im ‚Arbeiterkampf' gegen den ‚Imperialismus' wetterte oder gar ein Deckname? Ist er ein Kaderpolitiker, der alte marxistisch-leninistische Vorstellungen nie abgelegt hat, sondern sie nun in grünem Gewande durchsetzen will, wie ihm manche Grüne unterstellen? Oder ist er ein Spielertyp, dem Politik ebenso Spaß macht wie der Trabrennsport? Will er den Aufstand der Arbeitermassen, wenigstens die Verweigerung der Gesellschaft gegen die ‚Herrschenden' oder strebt er, aus einfachsten Verhältnissen kommend, doch soziale Reformen an, wie er sagt?"
— So viele Fragen ...

Abschied von Jose Afonso

Adeus Mauern von Custoias

Im Januar trink ich Wein, im Januar trink ich Wein
Im Februar eß ich Brot, im Februar eß ich Brot
Auch wenn alles zusammenbricht
Du wirst doch fallen, Du halbe Million

Adeus Stadt Porto, adeus Stadt Porto
Adeus Mauern von Custoias, adeus Mauern von Custoias
Als ich in Regen und Wind sang, als ich in Regen und Wind sang
Hab ich die Stunden getötet, hab ich die Stunden getötet

Ich hab mehr als tausend Freunde, ich hab mehr als tausend Freunde
Hier bin ich nicht allein, hier bin ich nicht allein
Wir werden im Wechsel singen, wir werden im Wechsel singen
Keiner soll mit mir Mitleid haben, keiner soll mit mir Mitleid haben

O Du mein schönes Portugal, o Du mein schönes Portugal
Wiege der Großgrundbesitzer, Wiege der Großgrundbesitzer
Wo ein Premierminister, wo ein Premierminister
„Scheiße" zu den Arbeitern sagt, „Scheiße" zu den Arbeitern sagt.

Aber doch so schlau ist, aber doch so schlau ist
Und sich Revolutionär nennt, und sich Revolutionär nennt
Und sich aus den Taschen des Volkes, und sich aus den Taschen des Volkes
Den Tresor der Bankiers füllt, den Tresor der Bankiers füllt.

(Custoias ist das Militärgefängnis bei Porto, wo nach dem Rechtsputsch vom 25. November 1975 viele revolutionäre und antifaschistische Soldaten und Offiziere eingesperrt wurden. Das Lied entstand nach einer Massendemonstration, die die Freilassung der Genossen forderte, und in deren Verlauf die faschistische Polizei in die Menge schoß. Diesem Blutbad fiel auch der deutsche Genosse Günter Bruns zum Opfer.
Der „Ministerpräsident, der zu den Arbeitern ‚Scheiße' sagt", ist der Herr Azevedo, dessen Palast im November 75 von den Bauarbeitern belagert wurde. Als ihn die Arbeiter nicht länger anhören wollten, beschimpfte er sie als unflätig und dokumentierte damit vor den Massen, wessen Ministerpräsident er ist.)

(Grandola wurde von José Afonso bereits 1971 geschrieben. Es wurde vom faschistischen Regime sofort als Ausdruck des Freiheitswillens des portugiesischen Volkes erkannt und durfte nicht öffentlich gespielt werden.
Am 25. April 74 wurde es von Radio Clube Portugues ausgestrahlt — als Signal für die Militärrevolte, die den Faschismus stürzte.)

Der Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal am 25. April 1974 ist untrennbar mit dem Schaffen José Afonsos verbunden. Die Ausstrahlung seines bereits 1971 geschriebenen Liedes ,,Grandola, vila morena'' durch den Sender ,,Rádio Renescenca'' war das Signal für die ,,Bewegung der Streitkräfte'' MFA um Othelo de Carvalho, die alte Herrschaft zu stürzen und den Weg für ein Portugal des ,,Poder Popular'' frei zu machen. Ein wichtiger Baustein auf diesem Weg war die Enteignung der Großgrundbesitzer durch die Landarbeiter im Süden des Landes, vor allem im Alentejo. Die Landarbeiter bildeten Kooperativen und schufen erste Elemente von ,,Volksmacht''.

Diesem revolutionären Prozeß war José Afonso aufs engste verbunden. Viele seiner Lieder sind dem Leben und den Kämpfen der Landarbeiter des Alentejo gewidmet. Mit seinen Liedern griff er, der ein radikaler Linker war, ohne parteipolitisch gebunden zu sein, überall dort ein, wo es die Ziele und Utopien eines revolutionären Portugal zu erkämpfen, als auch zu verteidigen galt. Als am 25. November 1975 der Revolution durch die Allianz reaktionärer Militärs, den Konservativen und der Sozialdemokratie das Ende bereitet wurde und die führenden Kräfte wie Carvalho ins Militärgefängnis Custóias gesperrt wurden, organisierte Afonso Solidaritätsveranstaltungen, deren Erlöse den nun von der reaktionären Regierung bedrohten Landkooperativen zukamen.

Weiterhin ließ er nicht nach, mit neuen Lieder die neuen Verhältnisse anzuklagen. Eines dieser Lieder, ,,Adeus Muros de Custóias'', schrieb er anläßlich einer Massendemonstration am 1. Januar 1976 vor dem Militärgefängnis Custóias in Porto, die die Freilassung der am 25. November verhafteten Offiziere und Soldaten forderte. Die Polizei schoß daraufhin in die Menge. Dabei starb auch ein junger Genosse aus der BRD, Günter Bruns.

Anläßlich dieser Ereignisse führte der KB am 23. Januar 1976 eine Solidaritätsveranstaltung mit der revolutionären Linken Portugals durch, und über 3.000 Besucher im Hamburger Audimax erlebten Portugals engagiertesten und populärsten Volkssänger. José Afonsos beeindruckender Auftritt ist uns dank eines Live-Mitschnittes des Verlag Arbeiterkampf erhalten geblieben.

In den Monaten Februar und März trat Afonso auf zahlreichen Solidaritätsveranstaltungen in der BRD auf. Die Einnahmen und Spenden ließ er den Landkooperativen zukommen, ebenso die Erlöse seiner insgesamt 14 veröffentlichten Langspielplatten.

Eine unheilbare Krankheit zwang ihn schon vor mehreren Jahren, öffentliche Auftritte aufzugeben. Er war auf die Hilfe von Freunden angewiesen, um den Unterhalt seiner Familie zu sichern und die in Portugal teure medizinische Behandlung bezahlen zu können. Seine Familie ist auch nach seinem Tod am 23. Februar auf die Solidarität angewiesen.

Konto Afonso in Hamburg:
Kto. Nr. 60 50 06 - 204
Postscheckamt Hamburg
BLZ 200 100 20
Spende José Afonso

Grandola

Grandola, Stadt der braunen Erde
Land der Brüderlichkeit
Und das Volk bestimmt,
Stadt, in Dir.

Stadt, in Dir
Bestimmt das Volk
Land der Brüderlichkeit
Grandola, Stadt der braunen Erde.

Stadt, in Dir
Bestimmt das Volk
Land der Brüderlichkeit
Grandola, Stadt der braunen Erde.

In jeder Ecke ein Freund
Auf allen Gesichtern Gleichheit
Grandola, Stadt der braunen Erde
Land der Brüderlichkeit.

Land der Brüderlichkeit
Grandola, Stadt der braunen Erde
Und das Volk bestimmt.

Im Schatten einer Steineiche
Die ihr Alter nicht mehr weiß
Habe ich geschworen, Grandola
Daß Dein Wille immer
mein Begleiter sein soll.

Daß Dein Wille immer
mein Begleiter sein soll
Habe ich geschworen, Grandola
Im Schatten einer Steineiche
Die ihr Alter nicht weiß.

INHALT

Ist Schily ein Marxist? .... S. 23
Begeisterung über Gorbatschow — Kelly und Bastian kommen tief beeindruckt aus Moskau zurück .... S. 23
Thomas Ebermann/Günter Kolodziej:
Grüne Einzelfallprüfung .... S. 2